



Die
Bundesregierung

Umsetzungsbericht zum Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2017 bis 2020



Impressum

Der vorliegende Umsetzungsbericht wurde am 24. Februar 2021 durch das Bundeskabinett beschlossen und anschließend als Bundestagsdrucksache veröffentlicht. Er kann als PDF-Dokument über die Publikationsseite des Auswärtigen Amts bezogen werden unter www.diplo.de/publikationen.

Herausgeberin

Interministerielle Arbeitsgruppe zur Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit bestehend aus:

Auswärtiges Amt

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Verteidigung

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Redaktion

Auswärtiges Amt

Referat OR06

10117 Berlin

www.auswaertiges-amt.de

Satz und Layout

Braun Grafikdesign

www.braun-grafik.com



Die
Bundesregierung

Umsetzungsbericht zum Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2017 bis 2020

Inhalt

Einleitung.....	6
Zusammenfassung.....	10
SCHWERPUNKT I	
Die Geschlechterperspektive bei der Prävention von Konflikten, Krisen und Gewalt systematisch einbeziehen.....	16
SCHWERPUNKT II	
Die Mitwirkung von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen der Prävention und Beilegung von Konflikten, der Stabilisierung, der Friedensbildung und des Wiederaufbaus sowie der Nachsorge und der Friedenskonsolidierung ausbauen und ihre Führungsrolle stärken.....	26
SCHWERPUNKT III	
Die Belange und Interessen von Frauen und Mädchen bei entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitischen sowie humanitären Maßnahmen analysieren und berücksichtigen.....	44
SCHWERPUNKT IV	
Den Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und internationaler Ebene verbessern sowie der Straflosigkeit von Tätern entgegenwirken.....	52
SCHWERPUNKT V	
Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ stärken und auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für sie werben.....	64
Anhang: Tabellarische Übersicht der Aktivitäten 2017–2020.....	78

Einleitung



Fachlich-operativer Austausch zwischen Bundesregierung,
Wissenschaft und Zivilgesellschaft, hier mit Staatsministerin
Michelle Müntefering im November 2018

Einleitung

Als der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 31. Oktober 2000 eine Resolution verabschiedete, die sich mit der Rolle von Frauen in Frieden- und Sicherheitsprozessen beschäftigte, wurde dies von vielen als Meilenstein gefeiert: Zum ersten Mal erkannte der Sicherheitsrat an, dass die Beteiligung von Frauen zur Schaffung und Erhaltung von Frieden nötig ist. Die Beteiligung an Konfliktprävention, Friedensprozessen und Konfliktnachsorge wurde als Frauen- und somit Menschenrecht verstanden. Er stellte klar, dass sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt nicht unvermeidbare Begleiterscheinung von Kriegen ist, sondern ein Verbrechen, das systematisch bestraft und überwunden werden muss.

Die internationale Gemeinschaft entsprach damit einer langjährigen Forderung der Zivilgesellschaft, die die Realitäten in Krisengebieten abbildet: Frauen verhandeln und vermitteln häufig auf lokaler Ebene in Friedensprozessen und setzen sich auf lokaler Ebene für ihre Rechte ein, auch in Konfliktgebieten. Dies steht in starkem Kontrast zu formellen Friedensverhandlungen, wo Frauen nach wie vor weitestgehend außen vor gelassen werden. Obwohl Studien belegen, dass eine Beteiligung von Frauen die Chancen auf einen nachhaltigen Erfolg bei Friedensverhandlungen stei-

gert, waren zwischen 1992 und 2019 durchschnittlich nur 13 Prozent derjenigen, die Verhandlungen führen, weiblich. Und dies, obwohl nachgewiesen ist, dass ein dauerhafter Frieden wahrscheinlicher ist, wenn Frauen mitverhandeln. Hinzu kommt: Werden Frauen aus der Zivilgesellschaft beteiligt, berücksichtigen Abkommen eher die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung und enthalten mehr Regelungen, von denen Frauen und Männer gleichermaßen profitieren.

Ziel der Resolution 1325 zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ist es, diese Kluft zu schließen. Sie wurde im Verlauf der Jahre durch die Folgeresolutionen 1820, 1888, 1889, 1960, 2106, 2122, 2242 sowie die von Deutschland eingebrachte Resolution 2467 und anschließend Resolution 2493 weiter konkretisiert. Alle Resolutionen zusammen bilden die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (Women, Peace and Security, WPS) des VN-Sicherheitsrats. Sie besteht aus vier Strängen: Der vollständigen, gleichberechtigten und wirkungsvollen Teilhabe von Frauen an Krisenprävention, an Friedensprozessen, an Konfliktnachsorge und Wiederaufbau, sowie der Vorbeugung und Beseitigung konfliktbezogener sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen alle Geschlechter.

Der Ansatz der Bundesregierung für die Umsetzung der WPS-Agenda

Die Bundesregierung setzt sich seit Verabschiedung von Resolution 1325 für die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit ein. Sie tut das sowohl vor Ort in Krisengebieten, als auch in multilateralen Organisationen wie den Vereinten Nationen und auf regionaler Ebene. Deutschland verfolgt einen ganzheitlichen und menschenrechtsbasierten Ansatz in der Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit, der die Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Themensträngen berücksichtigt¹.

Die WPS-Agenda hat sowohl innen-, als auch außenpolitische Elemente. Die Bundesregierung trägt dem Rechnung, indem sie die Umsetzung der WPS-Agenda als Querschnittsmaßnahme innerhalb der Bundesregierung verankert hat. Unter der Federführung des Auswärtigen Amts koordinieren das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ihre Aktivitäten zur Umsetzung der WPS-Agenda.

¹ Die thematische Abgrenzung und Zuordnung einzelner Maßnahmen zu Zielen ist daher nur begrenzt möglich. Die Zuordnung der einzelnen Aktivitäten zu einzelnen Schwerpunkten ist entsprechend nicht immer unstrittig: Ein Projekt kann beispielsweise präventiven Charakter haben, die Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen fördern, zu einem gesellschaftlichen Normenwandel beitragen und damit sexualisierter Gewalt entgegenwirken und zusätzlich auf den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen abzielen. Die Bundesregierung ordnet dennoch jedes Projekt nur einmal zu. Das Bild, das sich dadurch ergibt, ist daher eine Annäherung an die Bandbreite und Vielschichtigkeit der Aktivitäten, die durchgeführt wurden.

Dabei werden sie vom Aktionsplan zu Frauen, Frieden und Sicherheit geleitet, in dem die Bundesregierung ihre thematischen Schwerpunkte mit konkreten Zielsetzungen und zu setzenden Maßnahmen untermauert. Zwischen 2017 und 2020 wurden Aktivitäten in den folgenden fünf thematischen Schwerpunkten umgesetzt:

I. Die Geschlechterperspektive bei der Prävention von Konflikten, Krisen und Gewalt systematisch einbeziehen.

II. Die Mitwirkung von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen der Prävention und Beilegung von Konflikten, der Stabilisierung, der Friedensbildung und des Wiederaufbaus sowie der Nachsorge und der Friedenskonsolidierung ausbauen und ihre Führungsrolle stärken.

III. Die Belange und Interessen von Frauen und Mädchen bei entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitischen sowie humanitären Maßnahmen analysieren und berücksichtigen.

IV. Den Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und internationaler Ebene verbessern sowie der Straflosigkeit von Tätern entgegenwirken.

V. Die Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stärken und auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für sie werben

Der folgende Bericht stellt die Aktivitäten dar, die die Bundesregierung während der Laufzeit des zweiten Aktionsplans durchgeführt hat, und analysiert, inwieweit die geplanten Maßnahmen umgesetzt und die gesetzten Ziele erreicht wurden. Der Umsetzungsbericht ist nach den Schwerpunkten des Aktionsplans strukturiert, bietet aber im Anhang auch einen tabellarischen Überblick über alle

Aktivitäten. Dieser Aktivitätenkatalog ist so strukturiert wie der Ziel- und Maßnahmenplan im letzten Teil des Aktionsplans. Auf diese Weise ist auf den ersten Blick ersichtlich, mit welchen Aktivitäten die Maßnahmen zur Erfüllung der im Aktionsplan gesetzten Ziele umgesetzt wurden. In den Aktivitätenkatalog wurden neben geförderten Projekten auch andere Aktivitäten aufgenommen.

© Radio Daljir



Das lokale somalische Radio Daljir setzt sich für regionale Entwicklung und Menschenrechte ein. Es arbeitet sowohl mit Menschenrechtsverteidiger*innen als auch mit lokalen Behörden zusammen. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Thema Geschlechtergerechtigkeit, wie hier in einer Diskussionsrunde zur Teilhabe junger Frauen an der Lokalpolitik.

Zusammenfassung



Bundesaußenminister Heiko Maas trifft im September 2019 den Gründer und medizinischen Direktor des Panzi-Krankenhauses, Denis Mukwege, in Bukavu, DR Kongo, und spricht mit Überlebenden sexualisierter Gewalt.

Zusammenfassung

Die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit war im Berichtszeitraum eine Priorität der Bundesregierung. Dies zeigt sich sowohl an der Vielzahl der umgesetzten Aktivitäten, als auch an der Bandbreite der Maßnahmen. Die inhaltliche Verankerung konnte in vielen Tätigkeitsbereichen der Bundesregierung deutlich vorangetrieben werden.

Insgesamt wurden zwischen Januar 2017 und Dezember 2020 in den fünf Schwerpunkten des Aktionsplans 696 Aktivitäten durch die sechs am Aktionsplan beteiligten Ressorts durchgeführt. Dank des holistischen und ressortübergreifenden Ansatzes der Bundesregierung wurden Aktivitäten innen- wie außenpolitisch, in der Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik, in bilateralen, regionalen und multilateralen Kontexten umgesetzt. Neben Projekten mit zivilgesellschaftlichen und VN-Organisationen, die den Hauptanteil der Aktivitäten ausmachen, wurden auch andere Formen politischer und finanzieller Unterstützung, Veranstaltungen wie Konferenzen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen, sowie Fortbildungsmaßnahmen und andere Aktivitäten, beispielsweise zur Stärkung interner Strukturen, umgesetzt.

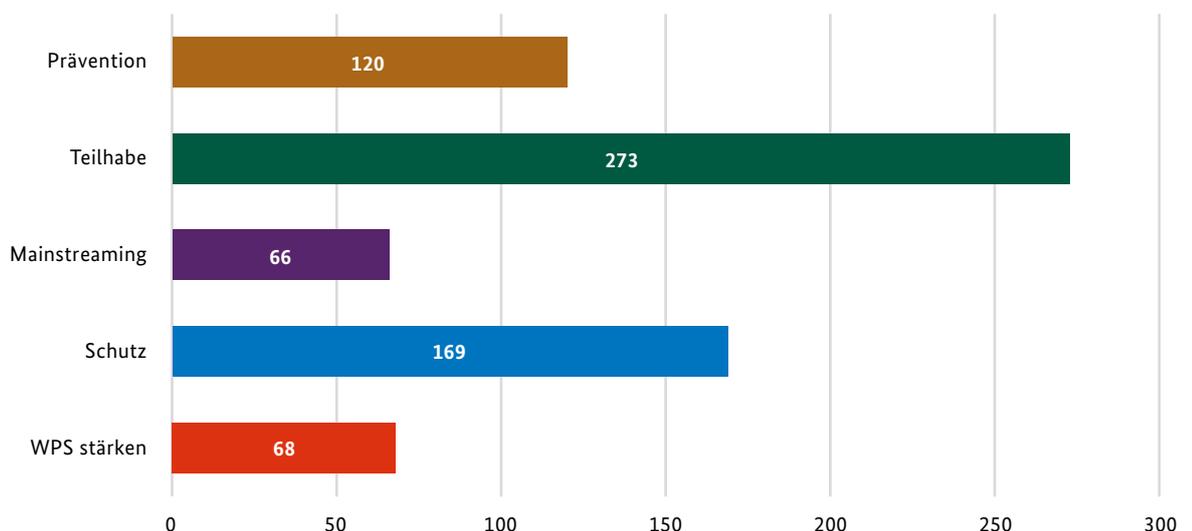
Mehr als ein Drittel aller Aktivitäten (39,2 Prozent) dienten hauptsächlich der **Stärkung der Teilhabe von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen von Krisenprävention, Friedensprozessen, Konfliktnachsorge und Wiederaufbau, in Friedensmissionen und an Entscheidungsprozessen in Fluchtkontexten, sowie einer geschlechtergerechten Personalentwicklung innerhalb der Bundesregierung.**

Beispielsweise konnte die Teilhabe von Frauen am afghanischen Friedensprozess und in vier Krisenkontexten im Nahen Osten (Irak, Jemen, Libyen, Syrien) gestärkt werden. Mit der Gründung des African Women Leaders Network wurde eine afrikaweite Struktur für die Teilhabe von Frauen an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Transformations- und Entwicklungsprozessen geschaffen.

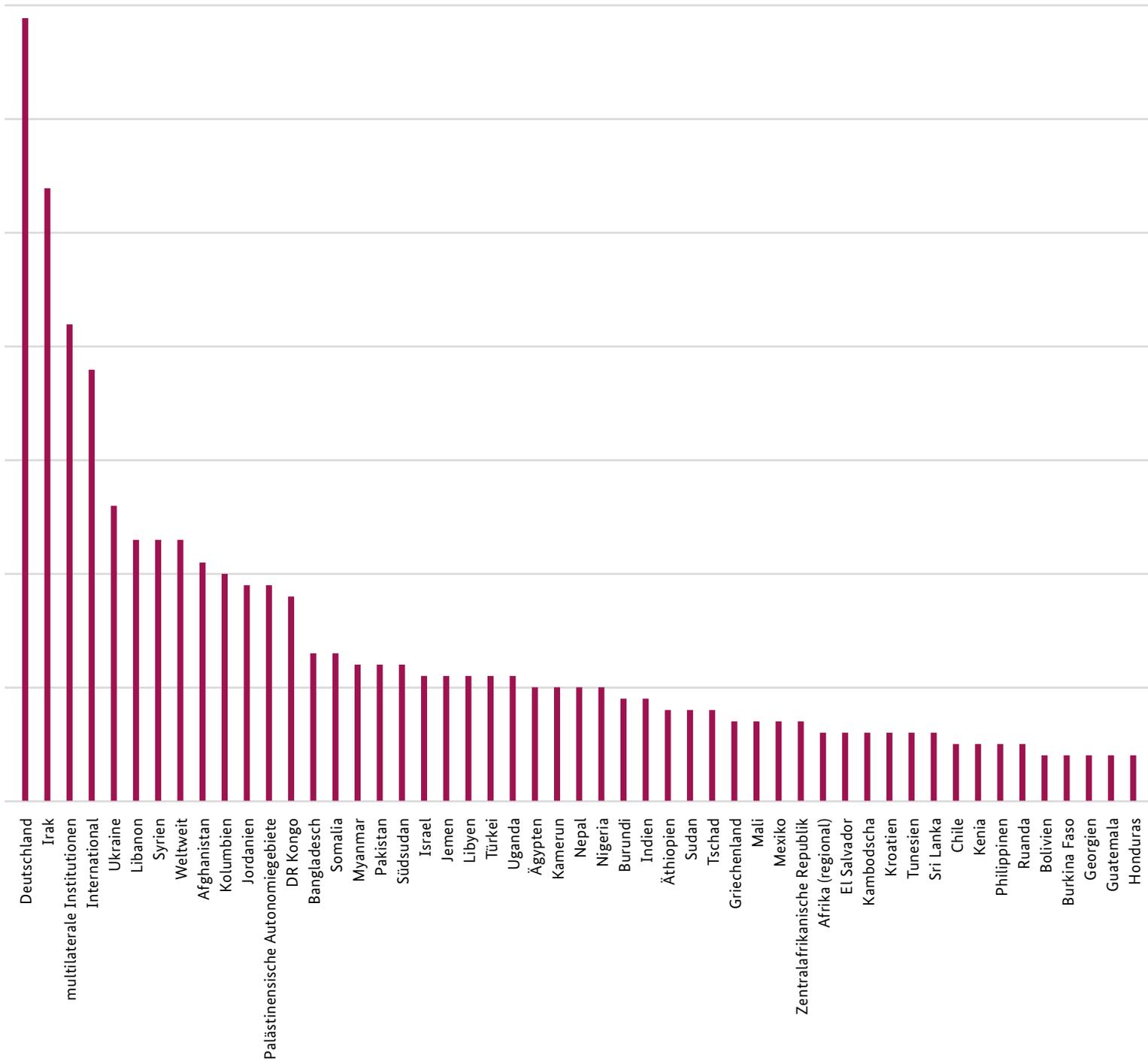
Schutzaspekte vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt wurden in knapp einem Viertel (24,3 Prozent) der Aktivitäten als vorrangiges Thema bearbeitet, sowohl in der Projektarbeit der Bundesregierung, als auch in der bilateralen und multilateralen Außenpolitik. 2019 wurde im VN-Sicherheitsrat unter deutschem Vorsitz Resolution 2467 zu Prävention und Bekämpfung konfliktbezogener sexueller Gewalt verabschiedet. Seitdem konnte der überlebendenzentrierte Ansatz, der die medizinischen, psychosozialen, sozioökonomischen und rechtlichen Bedürfnisse von Überlebenden in den Mittelpunkt stellt, in einer Vielzahl von Projekten gestärkt und das Vorgehen gegen Straflosigkeit weiter vorangetrieben werden.

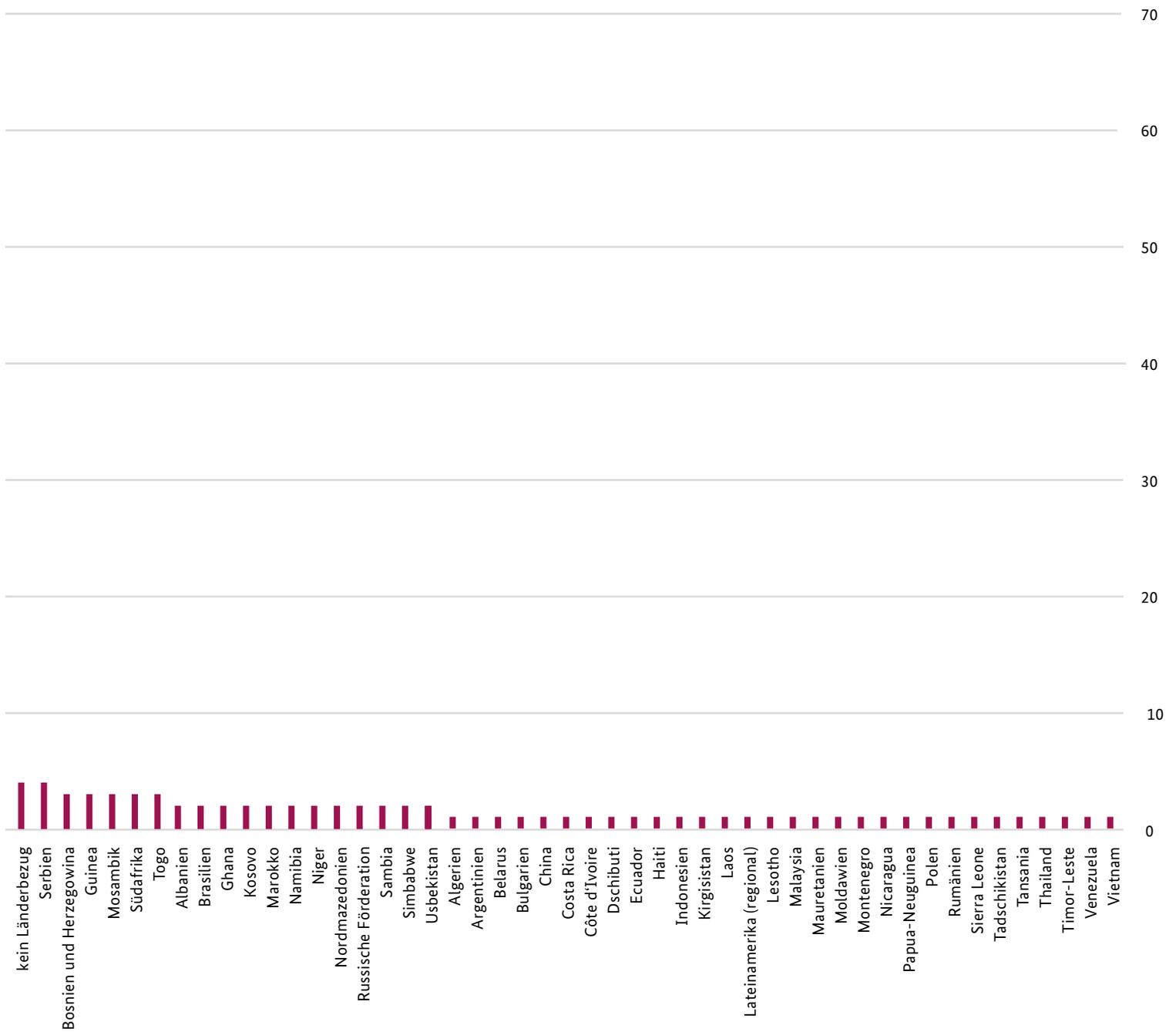
Prävention machte rund ein Fünftel der Aktivitäten aus (17,2 Prozent), die sowohl Krisenprävention, Gewaltprävention gegen Frauen und Mädchen und Abbau geschlechtsspezifischer Rollenstereotype – gerade auch in Deutschland –, als auch den Schutz des Raums der Zivilgesellschaft und den Einsatz für Menschenrechte von Frauen und Mädchen umfassten. Auf multilateraler und bilateraler Ebene nahmen hier Aktivitäten zur Bekämpfung des „Pushback“ gegen Menschenrechte einen wichtigen Stellenwert ein, der

Aktivitäten im Berichtszeitraum 2017–2020



Länder, in denen Aktivitäten durchgeführt wurden (Zahl der Aktivitäten)





sich besonders stark durch zunehmende Anfeindung des bestehenden Acquis zu Frauenrechten, Rechten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI-Personen), sowie sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte und all jener, die sich dafür einsetzen ausdrückt. Zur Stärkung des multilateralen Systems, das eine zentrale Rolle im Erhalt einer normbasierten Weltordnung hat, gründete Außenminister Heiko Maas 2019 am Rande der VN-Generalversammlung das Netzwerk Allianz für den Multilateralismus. Zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen wurde 2020 die Elisabeth-Selbert-Initiative gegründet.



Nadia Carine Therese Fornel-Poutou, Präsidentin der Association des Femmes Juristes de Centrafrique, spricht anlässlich der offenen Debatte zu sexualisierter Gewalt in Konflikten auf Einladung Deutschlands vor dem VN-Sicherheitsrat, Juli 2020.

Rund jeweils ein Zehntel aller Aktivitäten bezog sich auf die **Verankerung der WPS-Agenda als Querschnittsmaßnahme in entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitischen, und humanitären Maßnahmen** (9,5 Prozent), sowie auf die **Stärkung der WPS-Agenda** (9,8 Prozent). Im Berichtszeitraum gelang die Querschnittsverankerung des Themas in Strategiedokumenten der Bundesregierung, die systematische Erfassung und Bewertung bei Projektvorschlägen sowie die Verankerung des Themas in Schulungen. Ebenso konnte zur Stärkung der WPS-Agenda das Thema noch besser in der bilateralen Außenpolitik und der Arbeit in VN, EU, NATO und OSZE verankert werden. Die Zusammenarbeit mit der deutschen Zivilgesellschaft wurde im Berichtszeitraum intensiviert und systematisiert.

Die meisten länderspezifischen Aktivitäten zur Umsetzung des Aktionsplans fanden in Irak statt, gefolgt von Ukraine, Libanon und Syrien, Afghanistan und Kolumbien. Die Häufigkeitsverteilung zeigt abermals die Bedeutung des multilateralen Engagements der Bundesregierung in der

Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit¹. Regional wurde knapp ein Drittel der Aktivitäten im Nahen Osten und Nordafrika durchgeführt, etwas weniger als ein Viertel in Afrika. 10 Prozent aller Aktivitäten entfielen auf Deutschland, wobei dies auch strukturelle Maßnahmen innerhalb der Ressorts umfasst.

Aus den Auswertungen der einzelnen Schwerpunkte ergeben sich die folgenden Schlussfolgerungen für den dritten Aktionsplan zu Frauen, Frieden und Sicherheit:

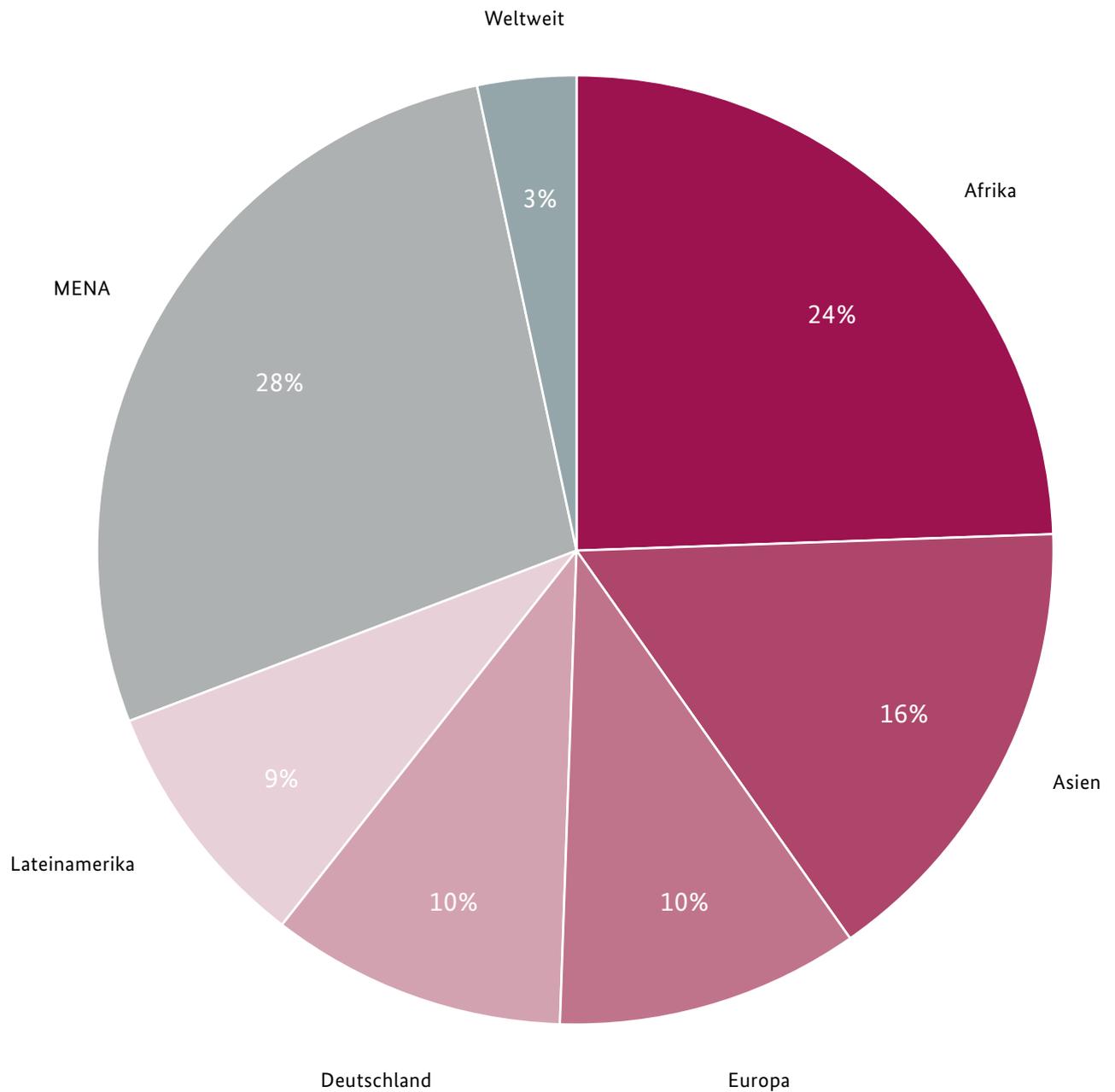
Auch weiterhin soll der Aktionsplan einem holistischen Ansatz folgen und alle Säulen der WPS-Agenda in gleichem Maße abdecken. Die bestehende außenpolitische Ausrichtung mit innenpolitischen Elementen, für deren Umsetzung die gesamte Bundesregierung zuständig ist, soll daher beibehalten werden. Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau sollte als eigener Schwerpunkt wieder in den Aktionsplan aufgenommen werden. Neben der fortgesetzten Bekanntmachung der WPS-Agenda in Deutschland, sowie im bilateralen und multilateralen Rahmen soll verstärkt auf den Aufbau von Strukturen innerhalb der Bundesregierung und die Stärkung bestehender Kapazitäten hingewirkt werden.

Die Kohärenz zu relevanten Richtlinien der Bundesregierung sowie Komplementarität mit Richtlinien auf europäischer Ebene zu wahren ist für die effektive Querschnittsverankerung der WPS-Agenda von zentraler Bedeutung. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass flexible Reaktionsmöglichkeiten auf neue Herausforderungen und Krisen von grundlegender Bedeutung sind. Eine Vorab-Festlegung von Schwerpunktländern und -regionen würde dieser Flexibilität entgegen wirken.

Eine wichtige Funktion des Aktionsplans ist das Monitoring und die Evaluation geplanter Maßnahmen. Der bereits in diesem Aktionsplan erfolgreich eingesetzte Monitoringplan *Ziele und Maßnahmen des Aktionsplans* (S. 24–35) sollte noch stärker operationalisiert werden, etwa durch den Einsatz von Indikatoren.

¹ Die Kategorie „weltweit“ bezieht sich auf Maßnahmen, die in einer Vielzahl von nicht näher spezifizierten Ländern durchgeführt wurden; die Kategorie „international“ bezieht sich auf Aktivitäten mit internationaler Reichweite, beispielsweise eine internationale Konferenz; die Kategorie „multilaterale Institutionen“ bezeichnet Aktivitäten, die im Rahmen einer multilateralen Organisation umgesetzt wurden, beispielsweise die Aktivitäten Deutschlands im VN-Menschenrechtsrat.

Verteilung der Aktivitäten nach Regionen
(ohne Aktivitäten in internationalen Kontexten)



SCHWERPUNKT I

Die Geschlechterperspektive bei der Prävention von Konflikten, Krisen und Gewalt systematisch einbeziehen.



Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, Frauenrechten und der Schutz der Menschenrechte sind ein wichtiger Beitrag zur Krisenprävention. Bundesaußenminister Heiko Maas beim 43. Menschenrechtsrat im Februar 2020.

SCHWERPUNKT I

Die Geschlechterperspektive bei der Prävention von Konflikten, Krisen und Gewalt systematisch einbeziehen.

Unser Ansatz

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit ist in ihrem Kern eine präventive Agenda. Während Teilhabe- und Schutzaspekte große Bedeutung in der Agenda haben, ist ihr vornehmliches Ziel jenes, gewaltsamen Konflikten vorzubeugen und Krisen zu verhindern. Dafür ist sowohl ein Ansatz nötig, der die Teilhabe von Frauen an Krisenprävention und Frühwarnung stärkt, als auch ein langfristiger struktureller Wandel zu gleichberechtigter politischer und wirtschaftlicher Teilhabe, der die Ursachen von Konflikten, darunter Ungleichheit, thematisiert und bekämpft.

Die Bundesregierung verfolgt bei der Krisenprävention einen vernetzten und holistischen Ansatz, der Instrumente der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik integriert. Durch dieses umfassende Engagement möchte die Bundesregierung einen möglichst effektiven Beitrag leisten, um Krisen zu verhüten, Konflikte friedlich beizulegen und nachhaltige Friedensstrukturen zu schaffen.

Bewaffnete Konflikte und Krisen wirken sich unterschiedlich auf alle Geschlechter aus. Es zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede, was die Handlungsspielräume oder den Zugang zu überlebensnotwendigen Ressourcen sowie die Rollen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten vor, während oder nach Konflikten angeht, aber auch was das Risiko und die Ausprägungen von Gewalt betrifft. Ein inklusiver Ansatz in der Krisenprävention, der alle gesellschaftlichen

Gruppen einbezieht, ist daher effektiver und nachhaltiger. Gleichzeitig müssen Projekte zur Gewaltprävention gendersensibel sein und auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse eingehen. Die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in Maßnahmen der Krisenprävention ist damit sowohl Schwerpunkt- als auch Querschnittsthema.

Gesellschaftliche Ungleichheiten und gewaltfördernde Geschlechterrollen können soziale Spannungen befördern, die wiederum innergesellschaftliches Gewaltpotenzial erhöhen und sich in manifesten Gewaltausbrüchen zeigen können. Umgekehrt ist die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen durch Staaten mit hoher Geschlechtergerechtigkeit geringer¹. Aus diesem Grund sieht die Bundesregierung in der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, Frauenrechten und dem Schutz der Menschenrechte einen wichtigen Beitrag zur Krisenprävention.

Eine wichtige Maßnahme zur Krisenprävention ist die Herstellung gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Um dies zu erreichen, muss auch die rechtliche, soziale, politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter hergestellt werden.

¹ UN Women (2015), A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325, *Preventing Conflict: The Origins Of The Women, Peace And Security Agenda*, p. 206, <https://wps.unwomen.org/preventing/>

Unsere Ziele

Um diesen Ansatz umzusetzen, hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt,

- Projekte zur Krisen- und Gewaltprävention gendersensibel auszugestalten und ein umfassendes Friedensverständnis zu fördern;
- Maßnahmen zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen umzusetzen;
- diskriminierende und gewaltbezogene geschlechtsspezifische Rollenstereotype abzubauen;
- weltweit für den Schutz des Raums der Zivilgesellschaft, darunter auch Frauenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger*innen, einzutreten; und
- sich weiterhin für eine progressive Frauenrechtsagenda einzusetzen.

Unsere Aktivitäten

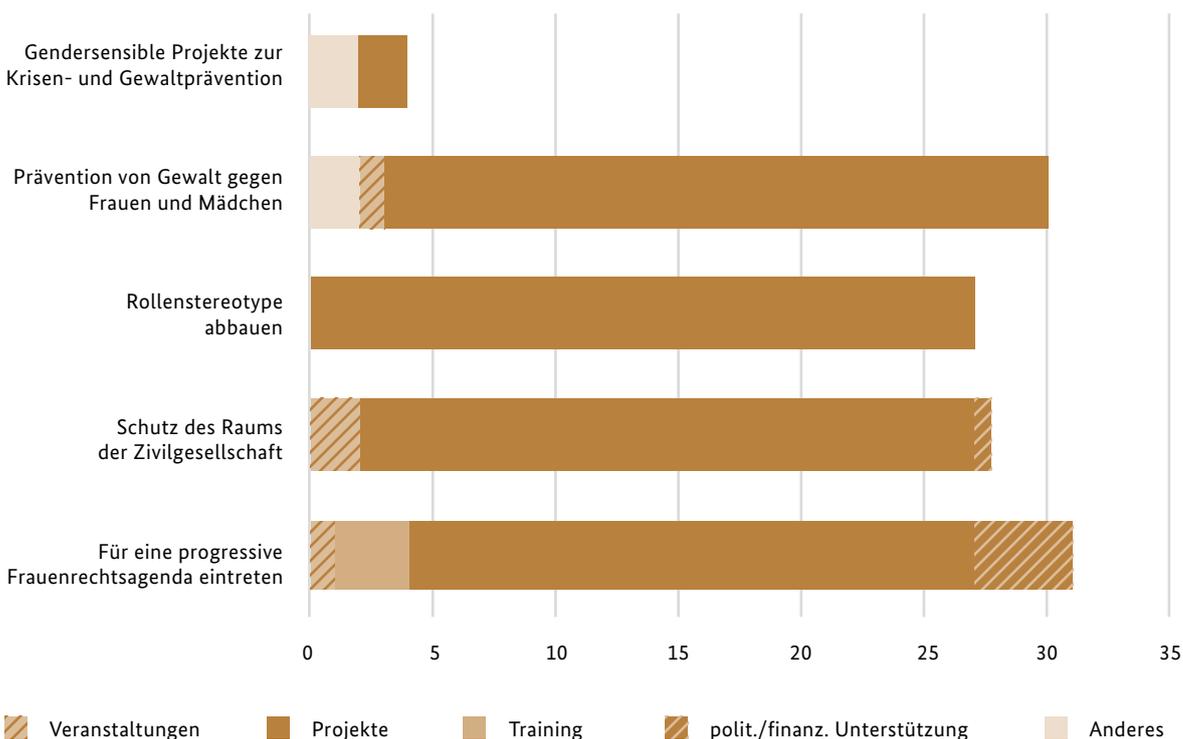
Prävention ist, ähnlich wie Teilhabe und Schutz, einer der umfangreichsten Themenschwerpunkte des Aktionsplans. Die fünf Ziele und 17 Maßnahmen umfassen eine große Bandbreite an Themen. Insgesamt wurden im Schwerpunkt Prävention 120 Aktivitäten umgesetzt.

Im Rahmen dieses Schwerpunkts des Aktionsplans wurden, wo methodisch sinnvoll, **genderspezifische Indikatoren in das Krisenfrühwarnsystem und Krisenfrüherkennungsanalysen** aufgenommen. Im Rahmen qualitativer Länderanalysen werden genderspezifische Indikatoren des EU-Frühwarnsystems angewendet. Bei allen Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit müssen geschlechterspezifische Fragen verpflichtend analysiert und berücksichtigt werden. Für Vorhaben der strukturbildenden Übergangshilfe und der BMZ „Sonderinitiative Fluchtursachen mindern; Flüchtlinge (re-)integrieren“ gilt außerdem als Mindeststandard, die Gleichberechtigung der Geschlechter als Projektnebenziel zu verankern (GG1-Kennung). Darüber hinaus werden genderspezifische Indikatoren, wo methodisch sinnvoll, in Früherkennungsmodelle und in datengestützte Instrumente zur Beobachtung krisenhafter Entwicklungen integriert. Die Analysen werden damit erstens aussagekräftiger, weil sie die Analysen von Expert*in-

nen einbeziehen und berücksichtigen, dass Menschen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten unterschiedlichen Zugang zu gesellschaftlichen Informationen haben. Zweitens werden die daraus resultierenden Prognosen inklusiver. Beides kann dazu dienen, Präventionskonzepte besser auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse zuzuschneiden. Bei Vorhaben der strategischen Vorausschau, die Krisen und Konflikte betreffen, werden wo immer möglich Personen aus dem jeweils untersuchten Kontext beteiligt. Dabei werden Personen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten systematisch einbezogen, damit ihre jeweiligen Interessen, Erfahrungen und Sichtweisen in die Entwicklung außenpolitischer Handlungsoptionen Eingang finden.

Die Bundesregierung trug weiterhin zur Überwindung des **illegalen Handels mit Kleinwaffen bei und führte Projekte zur Bewusstseinsbildung zu Genderaspekten bei der Proliferation von Kleinwaffen** durch: Frauen besitzen weltweit überwiegend weniger Waffen, sind im Gegensatz dazu aber überproportional von deren negativen Auswirkungen betroffen. So wird ein Drittel der gewaltsamen Tode von Frauen weltweit durch Schusswaffen verursacht. Befinden sich Schusswaffen im Haushalt, erhöht das die Wahrscheinlichkeit, dass häusliche Gewalt gegen Frauen tödlich endet.

Zahl und Verteilung der Aktivitäten zu Prävention



© Hum Ahang



Ein gendertransformativer Ansatz, beispielsweise in Krisenprävention oder Friedensverträgen, unterstützt sozialen Wandel. Die Organisation Hum Ahang fördert sozialen Zusammenhalt und damit Krisenprävention in Pakistan.

Um diesem Zusammenhang Rechnung zu tragen, fördert Deutschland die Stärkung der Datengrundlagen durch vermehrte Forschungsaktivitäten in diesem Bereich. In Projekten in Serbien und Somalia wurden Kommunikationskampagnen gefördert, die auf die Gefahren von Schusswaffen in Verbindung mit häuslicher Gewalt aufmerksam machen. Außerdem wurden staatliche Akteur*innen dabei unterstützt, Betroffene zu betreuen und Prozesse zur Strafverfolgung zu verbessern.

Projekte und Programme zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen

wurden in einer Vielzahl von Konflikt- und Postkonfliktkontexten, darunter auch Fluchtsituationen, sowie in Deutschland durchgeführt. Es ging dabei einerseits um die Verbesserung von gendersensibler Infrastruktur zur Vorbeugung geschlechtsspezifischer Gewalt, andererseits aber auch um Kapazitätsaufbau durch Stärkung der Zivilgesellschaft und Unterstützung von Frauen und Frauenorganisationen. Ein Schwerpunkt lag auf der Förderung gendersensibler Infrastruktur im Nahen Osten und in Ost- und Zentralafrika, beispielsweise durch den Bau von Wasser-, Sanitär- und Hygieneanlagen in Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Hierbei wurden die Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen und Frauenorganisationen besonders berücksichtigt und gestärkt. Im Rahmen

des Austauschs zur „Preventing Sexual Violence Initiative“ wurden Schutz- und Präventionskonzepte weiterentwickelt, darunter besonders der überlebendenzentrierte Ansatz. Auf multilateraler Ebene unterstützte die Bundesregierung deutlich und sichtbar die Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, sowie die Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in Konflikten. In Deutschland erleichterte die Bundesregierung geflüchteten Frauen und Mädchen den Zugang zum deutschen Hilfesystem durch Bereitstellung einer mehrsprachigen Beratungsleistung beim bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ und beim Hilfetelefon „Schwangere in Not“.

Der globale „Pushback“ gegen Menschenrechte nahm im Berichtszeitraum zu. Er äußerte sich in verschiedenen Bereichen, darunter in **Angriffen gegen multilaterale Übereinkommen und etablierte Konzepte zu Frauenrechten, insbesondere in den Bereichen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte** (Sexual and Reproductive Health and Rights, SRHR). Dies ging mit Versuchen einher, Geschlechtergerechtigkeit in Krisenkontexten und darüber hinaus zu untergraben und den Zugang zu Dienstleistungen im Bereich sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte zu unterbinden. Nicht nur auf multilateraler Ebene,

sondern auch auf nationaler und lokaler Ebene werden Frauen und Organisationen, die sich für diese Rechte einsetzen, angegriffen. Zunehmend eingeschränkte Handlungsspielräume für Menschenrechtsverteidiger*innen und Friedensaktivist*innen gingen vermehrt mit einer Zunahme sexistischer, frauenfeindlicher und homophober gesellschaftlicher Tendenzen einher. Diese Tendenzen wurden von politischen Persönlichkeiten teilweise gezielt befeuert.

Aus diesem Grund lag ein dezidiertes Schwerpunkt der deutschen Präventionsarbeit darauf, diese schädlichen gesellschaftlichen Tendenzen in Deutschland, in Krisenregionen und in Entwicklungskontexten zu thematisieren und abzubauen, Menschenrechtsverteidiger*innen, sowie Friedensaktivist*innen zu schützen und zu unterstützen und sich für ein starkes internationales Regelwerk der Frauenrechte einzusetzen.



Friedensaktivistinnen und Frauenorganisationen in Krisenregionen setzen sich für Mitsprache und friedliche Gesellschaften ein, wie hier die Borno Women's Development Initiative in Nigeria.

Insgesamt 27 Maßnahmen in Deutschland sowie in Krisenregionen und Entwicklungskontexten hatten zum Ziel, **schädliche geschlechtsspezifische Rollenstereotype zu thematisieren und abzubauen**. Dazu zählten beispielsweise Projekte, die Jugendliche, insbesondere junge Männer, zu den Themen Sexismus und Männlichkeitsbilder sensibilisierten. Andere Projekte trugen zur Überwindung schädlicher traditioneller Praktiken und Rollenvorstellungen und zur Bildung neuer gesellschaftlicher Rollenbilder bei. In Deutschland unterstützte die Bundesregierung eine Webseite des Journalistinnenbundes für gendersensible Sprache im Journalismus und der Medienarbeit sowie ein Monitoring-Projekt gegen sexistische Werbung, Informationskampagnen zu den Themen Sexismus und Stereotype in der

medialen Repräsentation, Dialogforen zur Überwindung von Sexismus, sowie Maßnahmen zur Stärkung von Migrantinnen und geflüchteten Frauen. Die „Initiative Klischeefrei“ setzt sich mit ihren Partnerorganisationen aus Bildung, Politik, Wirtschaft und Forschung aktiv und bundesweit für eine geschlechtsunabhängige Berufs- und Studienorientierung frei von Rollenstereotypen ein.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem **Erhalt der Räume für die Zivilgesellschaft und insbesondere dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen sowie der Stärkung der Rolle von Frauen als Friedensaktivistinnen**. Im Rahmen der Menschenrechtsarbeit der Bundesregierung, der Entwicklungszusammenarbeit, sowie der Krisenprävention und Stabilisierung wurden 28 Projekte in Südostasien, Zentralamerika, der MENA-Region und Subsahara-Afrika umgesetzt. Sie haben zum Ziel, Menschenrechtsverteidiger*innen zu vernetzen, Weiterbildungen zu ermöglichen, Schutzräume und ein sichereres Umfeld zu schaffen und Sicherheitsmanagementsysteme aufzubauen. Zusätzlich unterstützten die deutschen Auslandsvertretungen Menschenrechtsverteidiger*innen und Friedensaktivist*innen vor Ort. Durch regelmäßigen Kontakt mit der Zivilgesellschaft, u. a. in Form von regelmäßigen Treffen und Informationsaustausch, Förderung von Projekten sowie Prozessbeobachtung und den aktiven Einsatz für gefährdete Personen engagierten sich die Mitarbeiter*innen der deutschen Auslandsvertretungen für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen. Als weitere Instrumente zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen dienen drei vom Auswärtigen Amt ins Leben gerufene Schutzprogramme, darunter die 2020 neu gegründete Elisabeth-Selbert-Initiative. Dieses neue Schutzprogramm steht Menschenrechtsverteidiger*innen aus allen Ländern außerhalb der Europäischen Union offen und ermöglicht u. a. Schutzaufenthalte in Deutschland. Ein Instrument zur Würdigung des Einsatzes für Menschenrechte ist der deutsch-französische Menschenrechtspreis.

In die **Unterstützung der globalen Frauenrechtsarchitektur** flossen im Berichtszeitraum besonders viele Ressourcen. UN Women wurde im Zeitraum 2017–2020 mit insgesamt 29,4 Mio. Euro (25 Mio. Euro Kernbeiträge, 4,4 Mio. Euro zweckgebundene Beiträge) gefördert. Dabei wurden die Kernbeiträge auf 9 Mio. Euro pro Jahr im Berichtszeitraum mehr als verdoppelt, um die wichtige Arbeit von UN Women im VN System zu unterstützen. Zusätzlich wurde die Arbeit des Nationalen Komitees von UN Women in Deutschland finanziell gefördert. Das VN-Hochkommissariat für Menschenrechte in Genf wurde mit 31,2 Mio. Euro an freiwilligen Beiträgen unterstützt. Darüber hinaus nahm Deutschland jeweils hochrangig an der jährlich tagenden Frauenrechtskommission (Commission on the Status of



Vorbereitung auf die „16 Tage des Aktivismus gegen geschlechtsspezifische Gewalt“ im Rahmen eines Fortbildungsprojekts der irakischen Organisation SAWA zu Konfliktprävention und Bewusstseinsbildung für Regierung und Frauenorganisationen in Irak.

Women, FRK/CSW) teil. Die Bundesregierung unterstützte die Teilnahme der Zivilgesellschaft an der Fachkommission für Gleichstellung der Geschlechter und der Förderung von Frauenrechten der Vereinten Nationen und organisierte Veranstaltungen am Rande der FRK. Im Menschenrechtsrat setzte sich die Bundesregierung für progressive feministische Sprache in Resolutionen ein. Dies umfasste insbesondere Resolutionen zu Frauenrechten, darunter Resolutionen zur Eliminierung von Diskriminierung gegen Frauen, zur Prävention und Überwindung von Gewalt gegen Frauen und zur Eliminierung von weiblicher Genitalverstümmelung, ebenso wie die von Deutschland mitinitiierte Resolution gegen Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern. Als Vertragsstaat ist Deutschland zur

Umsetzung der Vorgaben der VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) verpflichtet und kam aktiv und fristgerecht allen Berichtsanforderungen nach. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit setzt die Bundesregierung sich dafür ein, die Ziele und Arbeitsweise der VN-Frauenrechtskonvention der Öffentlichkeit bekannter zu machen, u. a. mit einer großen Dialog- und Jubiläumsveranstaltung anlässlich des 40. Jahrestags der Verabschiedung der Frauenrechtskonvention im November 2019 und der Veröffentlichung eines Handbuchs zur Konvention (online abrufbar unter www.bmfsfj.de/cedaw). Die Bundesregierung wird den Neunten CEDAW-Staatenbericht im März 2021 dem VN-Frauenrechtsausschuss in Genf vorlegen.

Schlussfolgerungen

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit soll Konflikte verhindern, nicht Krieg sicherer für Frauen machen: Dieses Schlagwort, das die Rückbesinnung auf zentrale Aufgaben der WPS-Agenda fordert, war eines der Kernergebnisse des Überprüfungsprozesses anlässlich des 15. Jahrestags der Resolution 1325². Der Bereich Prävention wird im nächsten Aktionsplan verstärkt einen wichtigen Schwerpunkt darstellen. Da Krisenprävention aufgrund der thematischen Breite schwer abgrenzbar ist, ist dabei besonders auf eine konkrete und messbare Maßnahmensetzung zu achten.

Der „Pushback“ gegen Frauenrechte, insbesondere gegen sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, und gegen die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit nimmt zu. Dies äußert sich auf multilateraler Ebene, ebenso wie durch schrumpfende Räume für all jene, die sich auf nationaler und lokaler Ebene für Menschenrechte einsetzen. Der Einsatz für Menschenrechte in multilateralen Foren, ebenso wie die Unterstützung und der Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, aber auch Friedensaktivist*innen sollte auch im künftigen Aktionsplan eine wichtige Rolle einnehmen.

2 UN Women (2015), A Global Study On The Implementation of United Nations Security Council resolution 1325, Preventing Conflict: The Origins Of The Womens, Peace And Security Agenda, <https://wps.unwomen.org/preventing/>

PRAXIS BEISPIEL

Frauen, Frieden und Sicherheit und das deutsche Biosicherheitsprogramm



Praktisches Training als Teil einer Simulationsübung mit dem Charles Nicolle-Krankenhaus, Tunis 2019.

©GIZ

Was haben Milzbrand, Pest und Ebola gemein? Alle drei sind hochgefährliche Krankheiten, die sich seuchenartig verbreiten. Und alle drei können in den falschen Händen zu Biowaffen und damit zu einem ernstzunehmenden Sicherheitsrisiko werden.

Als Antwort auf diese Bedrohung hat das Auswärtige Amt 2013 das deutsche Biosicherheitsprogramm ins Leben gerufen. Im Rahmen der Globalen Partnerschaft der G7 gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien setzt das Programm nachhaltige Projekte im Bereich der Biosicherheit um und trägt zudem zur Stärkung des Biowaffenübereinkommens (BWÜ) bei. Ziel des Programms ist es, Partnerländer bei der Kontrolle von biologischen Sicherheitsrisiken zu unterstützen. Damit soll einerseits der Missbrauch biologischer Erreger, der auch für Deutschland gefährlich werden könnte, verhindert werden. Andererseits kommt die Arbeit in den Zielländern in Afrika, Zentralasien und Osteuropa auch den dortigen Gesundheitssystemen und der nationalen Sicherheit der Partnerländer zugute. Gemeinsam mit den deutschen Partnerinstitutionen werden aktuell Aktivitäten in neun Partnerländern und darüber hinaus zwei überregionale Projekte umgesetzt.



Fortress Yayra Aku, Senior Biomedical Scientist des Volta-Regionalkrankenhauses in Ghana, im Stipendienprogramm GIBACHT, das eine einjährige Ausbildung im Bereich der Biosicherheit anbietet.

©BNITM

Bei der Planung der dritten Phase des Deutschen Biosicherheitsprogramms (2020–2022) wurden alle Projektbeteiligten dazu angehalten, ihren Projektanträgen eine gendersensible Analyse zugrunde zu legen. In der Projektplanung sollten sie erstens die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Aktivitäten und zweitens die Auswirkungen der Projekte auf die gesellschaftliche Beteiligung von Frauen und Männern zu verstärkt berücksichtigen. Monitoring und Berichterstattung des Programms werden zukünftig das Geschlechterverhältnis bei allen Veranstaltungen und Aktivitäten erfasst werden.

Die fünf umsetzenden Institutionen³ fördern nicht nur in ihren Partnerländern, sondern auch intern gezielt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Entscheidungsebenen. Nachwuchskräfte (Doktorandinnen) werden in Trainingsmaßnahmen, Arbeitstreffen und bei Konferenzen, sowie in Projektaktivitäten direkt eingebunden. Auch die Programme selbst thematisieren Bewusstseinsbildung für Gleichberechtigung, indem zivilgesellschaftliche Frauenrechtsorganisationen eingebunden und gendersensible Strategien und Notfallpläne entwickelt werden.

³ Robert-Koch-Institut, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, Friedrich-Loeffler-Institut für Tiergesundheit, Institut für Mikrobiologie der Bundeswehr

Schutz-Komitees auf Gemeinde-Ebene in der DR Kongo

Im Rahmen seiner humanitären Hilfe fördert Deutschland eine systematische Datenerfassung zu vorhandenen Schutz- und Überweisungsstrukturen sowie den Aufbau von Schutzkomitees und Frauenforen auf Gemeinde-Ebene in der DR Kongo. In den Gemeinden werden aktiv Informationen verbreitet zu wirksamen Schutzmaßnahmen und Anlaufstellen für von Gewalt betroffenen Menschen. Dieses Programm enthält auch Maßnahmen, die über Rechte, über die Verantwortung von Gemeindemitgliedern und über Strategien des Selbstschutzes aufklären und dafür sensibilisieren. Thematisiert werden auch Frühehen, Zwangsheirat und geschlechterspezifische Gewalt.



PRAXIS BEISPIEL

Sprache transportiert Rollenbilder und schafft Bewusstsein. Eine Webseite des Journalistinnenbundes bietet konkrete Unterstützung für geschlechtersensible Sprache im Journalismus und der Medienarbeit.

Genderleicht.de Gendercheck



© Journalistinnenbund

Gendersensible Medienarbeit ist zeitgemäß, fair und praxistauglich. Das Webportal genderleicht.de zeigt, warum das so ist und wie das Ganze funktioniert. Es ist ein Serviceangebot für Journalist*innen sowie für alle, die Texte schreiben, fotografieren, Audios oder Videos produzieren. Das Portal bietet Orientierung, schlagkräftige Argumente, fachlichen Rat und praktische Tools. Es verwendet dazu eigene Texte und Elemente, integriert aber auch vorhandenes Wissen oder verweist darauf.

Als ein von Journalistinnen initiiertes Projekt zeigt genderleicht.de insbesondere auf, wie sich mit einfachen Methoden die Qualität der Berichterstattung steigern lässt. Gendersensibler Journalismus beginnt bei der Recherche. Auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis von Personen in journalistischen Beiträgen oder bei Podiumsdiskussionen zu achten, Beiträge von Anfang an geschlechtergerecht zu konzeptionieren, gängige Rollenklischees zu hinterfragen und so zu formulieren, dass wirklich alle Menschen gemeint sind – egal ob weiblich, männlich, oder divers, all das ist genderleicht. Es entstehen lebendige, lebenswirkliche und qualitativ hochwertige Ergebnisse, die sich sehen und hören lassen können.

Gendersensibler
Journalismus
beginnt bei der
Recherche

G

www.Genderleicht.de

© Journalistinnenbund

[Genderleicht.de](http://genderleicht.de) hat das Ziel, die laufende Gender-Debatte zu versachlichen und Fakten zu vermitteln. Es bündelt Lösungsansätze und sammelt Anwendungsbeispiele, die zur Nachahmung verleiten. Dementsprechend schließt sich an den Launch des Portals die Entwicklung von Fortbildungsangeboten für verschiedene Zielgruppen an. Durch aktive Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen aller Art wie auch durch eine gezielte Social-Media-Strategie werden die Inhalte publik gemacht und die Reichweite fortlaufend vergrößert.

BMFSFJ fördert diese Maßnahme von 2018 bis 2021 mit 273.524 Euro.

Krisenprävention durch Anpassung an den Klimawandel in humanitären Situationen in Subsahara-Afrika



Das VN-Welternährungsprogramm fördert mit deutscher Unterstützung die saubere Produktion von Kochherden im Staat West Nile in Sudan und trägt so zur Verringerung von Klimakonflikten bei.

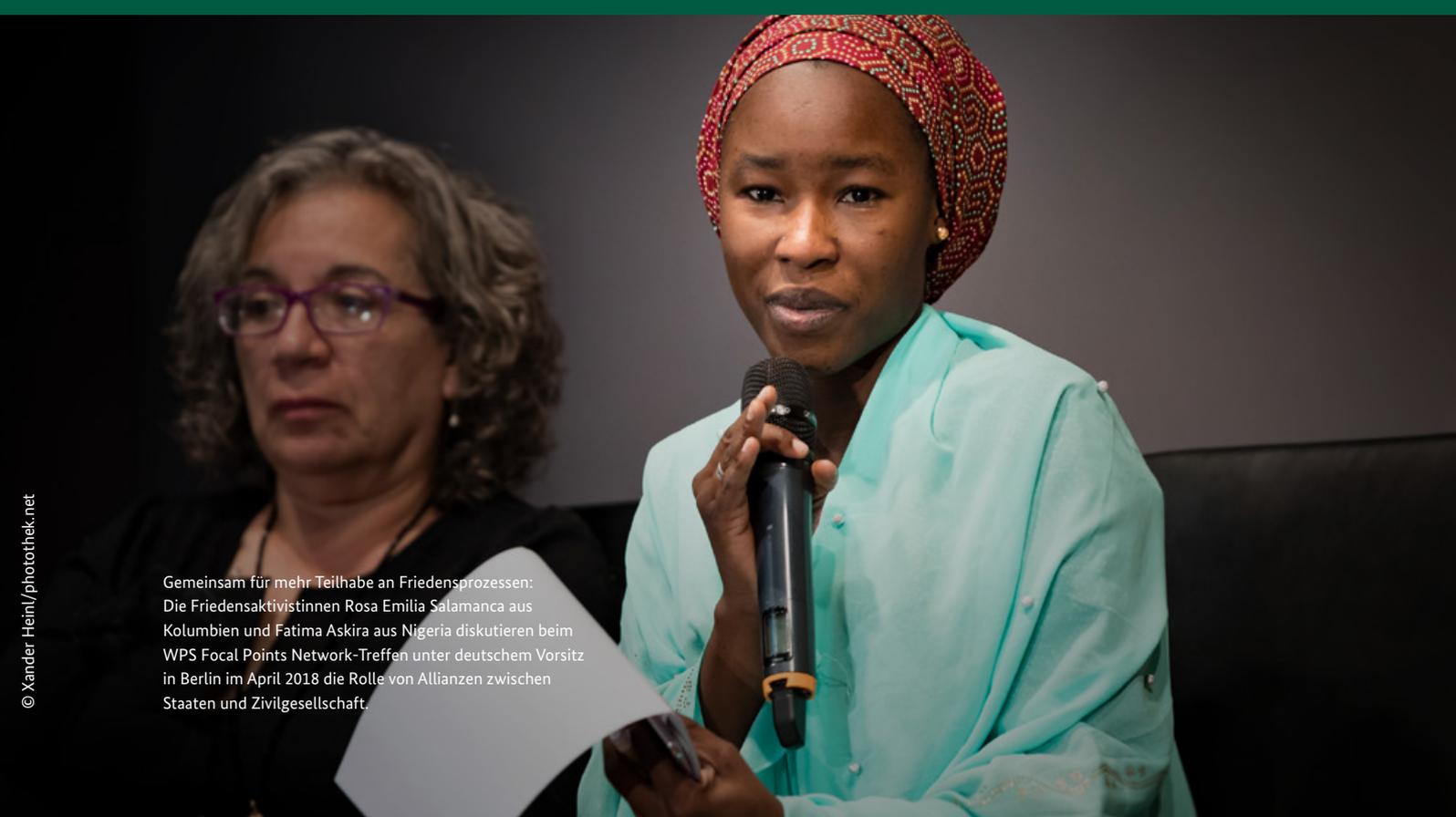
© WFP/Sudan

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) fördert im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) das vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP) durchgeführte Projekt zur Stärkung der Kapazitäten zur Klimaanpassung von vertriebenen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Burundi, Sudan und Tschad. Dabei arbeitet das Projekt insbesondere in Flüchtlingslagern. Länderspezifische Untersuchungen werden das Mainstreaming von Umweltschutz und Klimawandel in humanitären Maßnahmen bewerten. In Burundi und Sudan wird eine „No regrets“-Strategie angewendet, um die Anpassungsfähigkeit von Haushalten und Gemeinden in bestehenden humanitären Programmen zu verbessern. So soll der Bevölkerung der Zugang zu Brennstoffen, Kochmöglichkeiten und zu nachhaltigen Wasserquellen erleichtert werden. Für die Gemeinden wird die Nutzung von erneuerbaren Energien verbessert, die für die Gesundheits- und Bildungsdienste benötigt werden. Technische Unterstützung und Wissenstransfer werden die Kapazitäten der Regierungen und ihrer Partner*innen zur Bewältigung von Umwelt- und Klimarisiken erhöhen. Frauen aus Fluchtkontexten aber auch Frauen der aufnehmenden Gemeinden sind Hauptzielgruppe des Projekts. Sie profitieren insbesondere von

den Maßnahmenpaketen, die unter die Themenbereiche „No Regrets Strategy“ und „Outreach & Awareness“ gefasst sind, darunter verbessertem Zugang zu saubereren Energielösungen, verbesserte Kochherde und alternative Brennstoffe für Haushalte und Gemeinden, verbesserte Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen durch umweltfreundliche und klimafreundliche Infrastruktur und technische Schulungen und Workshops zur Förderung alternativer Lebensgrundlagen.

SCHWERPUNKT II

Die Mitwirkung von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen der Prävention und Beilegung von Konflikten, der Stabilisierung, der Friedensbildung und des Wiederaufbaus sowie der Nachsorge und der Friedenskonsolidierung ausbauen und ihre Führungsrolle stärken.



Gemeinsam für mehr Teilhabe an Friedensprozessen:
Die Friedensaktivistinnen Rosa Emilia Salamanca aus Kolumbien und Fatima Askira aus Nigeria diskutieren beim WPS Focal Points Network-Treffen unter deutschem Vorsitz in Berlin im April 2018 die Rolle von Allianzen zwischen Staaten und Zivilgesellschaft.

SCHWERPUNKT II

Die Mitwirkung von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen der Prävention und Beilegung von Konflikten, der Stabilisierung, der Friedensbildung und des Wiederaufbaus sowie der Nachsorge und der Friedenskonsolidierung ausbauen und ihre Führungsrolle stärken.

Unser Ansatz

Die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen, die von internationaler Seite unterstützt werden, bleibt unzureichend. Ein häufiges Argument, das für die Ausgrenzung von Frauen aus bestimmten Phasen von Friedensprozessen vorgebracht wird, ist ein falscher Effizienzgedanke. Ihm folgend wird argumentiert, dass Frauen und andere gesellschaftliche Gruppen erst eingebunden werden sollten, nachdem in einem ersten Schritt mit den (meist männlichen) Verhandlungsführern der Konfliktparteien ein Waffenstillstand verhandelt wurde. Dem muss entgegengehalten werden, dass viele Friedensprozesse an mangelnder gesellschaftlicher Unterstützung scheitern. Ein früher inklusiver Prozess sichert ein gesellschaftliches „Buy-in“ ebenso wie eine inhaltliche Verbreiterung des Prozesses¹.

Die Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen und in allen Phasen von Friedensprozessen zu verbessern ist daher ein wesentlicher Ansatz zur Stärkung von Friedensprozessen und einer der fünf Schwerpunkte der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. Deutschland setzt dabei auf eine Strategie, die quantitative mit qualitativen Elementen der Partizipation verbindet. Erstens wird die Teilhabe von Frauen in allen Phasen von Friedensprozessen gestärkt. Denn die Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen stellt eine wichtige Krisenpräventionsmaßnahme dar. Die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen stärkt die Postkonfliktordnung. Die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und anderen gesellschaftlichen Gruppen an Postkonfliktgesellschaften ist wiederum eine weitere präventive Maßnahme zur Verhinderung eines Wiederaufflammens

des Konfliktes. Um diese verstärkte Teilhabe zu ermöglichen, unterstützt Deutschland deshalb zweitens inklusive Prozessformate, wie Nationale Dialoge, Nationale Dialogkonferenzen, Multi-Stakeholder-Prozesse, sowie nationale, lokale und regionale prozessbegleitende Konsultationen mit der Zivilgesellschaft, wo dies für die Konfliktbearbeitung sinnvoll erscheint. Drittens setzt sich die Bundesregierung in jenen Prozessen, die sie unterstützt, für die Teilhabe von Friedensaktivist*innen und anderen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft ein. Gerade wenn es um die Verhandlung von Postkonfliktordnungen geht, kennen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft die Forderungen und Bedürfnisse lokaler Gemeinschaften häufig besser als die Konfliktparteien². Viertens sollen, zusätzlich zur aktiven und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen, auch die Inhalte dieser Prozesse geschlechtergerechter werden. Die Ergebnisse von Friedensprozessen legen häufig das Fundament für eine Postkonfliktgesellschaft, in Form einer neuen Verfassung oder anderer grundlegender Gesetze. Hier sieht Deutschland eine Chance, durch gendersensible Mediationsunterstützung der Prozesse zu geschlechtergerechteren Postkonfliktordnungen beizutragen.

Nicht nur auf internationaler, auch auf nationaler und lokaler Ebene ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter an Prozessen der Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik wichtig. Eine geschlechtergerechte Personalpolitik ist dafür ebenso nötig wie die substantielle Erhöhung des Frauenanteils in internationalen Organisationen und Friedensmissionen.

¹ UN Women (2015), A Global Study On The Implementation of United Nations Security Council Resolution 1325, Preventing Conflict: The Origins Of The Womens, Peace And Security Agenda, p. 204, <https://wps.unwomen.org/preventing/>; Krause et al. (2018), Women's Participation in Peace Negotiations and the Durability of Peace, *International Interactions*, 44:6, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/03050629.2018.1492386>

² Krause et al. (2018), Women's Participation in Peace Negotiations and the Durability of Peace, *International Interactions*, 44:6, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/03050629.2018.1492386>

Unsere Ziele

Die Bundesregierung hat sich in ihrem zweiten Aktionsplan zum Ziel gesetzt,

- die Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen zu stärken, darunter in Krisen- und Gewaltprävention, Friedensförderung, Konfliktlösungs- und Verhandlungsprozessen, Stabilisierung, Analyse und Minderung von Fluchtursachen, Konfliktnachsorge und Wiederaufbau, bei Abrüstungsfragen und in der Extremismusprävention;
- eine geschlechtergerechte Personalpolitik in der Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik umzusetzen;
- den Frauenanteil in internationalen Organisationen und Friedensmissionen zu erhöhen; und
- die Teilhabe von Frauen in Fluchtkontexten zu fördern.

Unsere Aktivitäten

Mit 273 Einzelaktivitäten hat die Bundesregierung im Schwerpunkt Teilhabe im Berichtszeitraum die meisten Aktivitäten durchgeführt, den Großteil davon (166) zur Erfüllung des Ziels, die Teilhabe von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen von Friedensprozessen zu stärken. Damit wurden zur Erfüllung dieses Ziels in absoluten Zahlen die meisten Aktivitäten umgesetzt. Die Mehrheit dieser Aktivitäten waren Projektförderungen (151). Auch bei der Erfüllung des Ziels, die Teilhabe von Frauen in Fluchtkontexten zu fördern, bestand die Mehrheit der Aktivitäten aus Projektförderungen (93 von 94). Die Aktivitäten zur Erfüllung der beiden anderen Ziele bestanden dagegen einerseits aus Trainings-, andererseits aus den allgemeinen (Personal-) Planungsmaßnahmen, wie etwa der Erstellung und Umsetzung von Gleichstellungsplänen und der Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung des Bundesgleichstellungs- und Bundesgremienbesetzungsgesetzes.

Aktivitäten zur Stärkung der Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen wurden in allen Konfliktphasen und Bereichen³ umgesetzt. Da die meisten Projekte mehr als einen Maßnahmenschwerpunkt haben und sich häufig auch auf mehrere Konfliktphasen beziehen, gibt die folgende Grafik, bei der jedes Projekt nur einmalig zugeordnet wurde, nur einen ungefähren Überblick über die Aktivitäten im Berichtszeitraum.

Projekte, bei denen eine Zuordnung zu einer einzelnen Konfliktphase nicht möglich war, sind in der Kategorie *Politische und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen stärken*



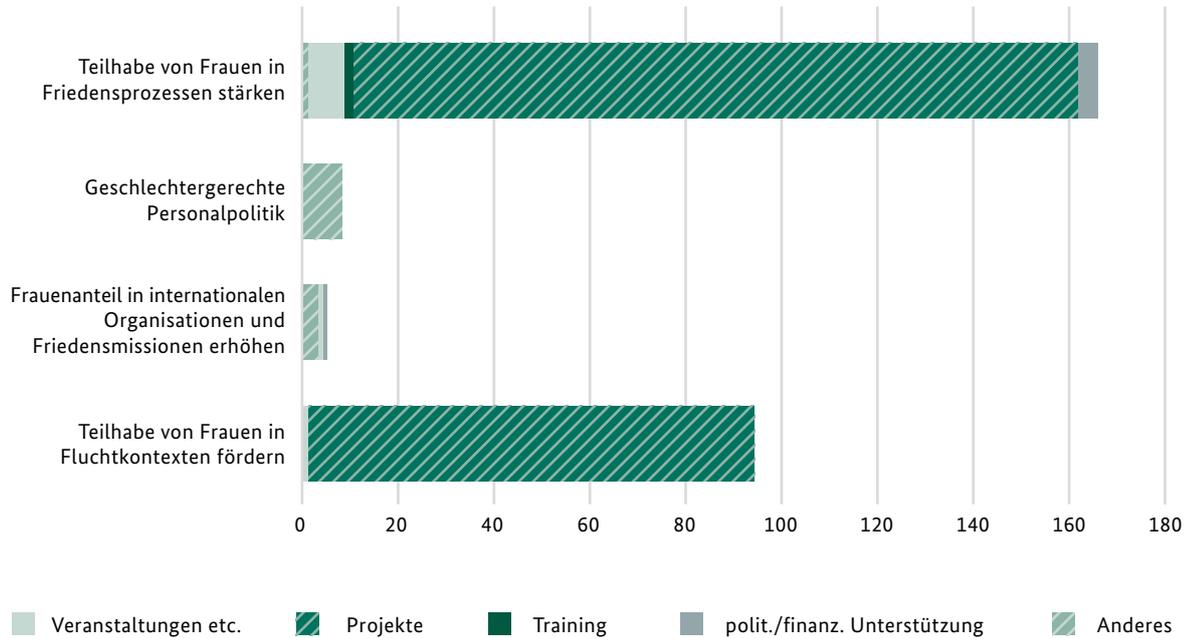
© Taylla de Paula

Das 2019 gegründete deutsch-lateinamerikanische Frauennetzwerk Unidas bringt zivilgesellschaftliche Partner*innen aus Lateinamerika, der Karibik und Deutschland zusammen, die sich für chancengleiche Gesellschaften einsetzen. Hier bei einem Treffen mit Außenminister Heiko Maas in Salvador, Brasilien, im April 2019.

verzeichnet. Darunter fallen beispielsweise die Aktivitäten zur Stärkung des African Women Leaders Network, das zum Ziel hat, die Teilhabe von Frauen an politischen Transformationsprozessen auf dem Kontinent zu stärken, oder die Gründung des deutsch-lateinamerikanischen Frauennetzwerks Unidas. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden am häufigsten Trainingsmaßnahmen und Kapazitätsaufbau gefördert, gefolgt von Strukturmaßnahmen, wie beispielsweise Unterstützungsmaßnahmen für eine gender- und kommunalsensible Reform des nigerianischen Sicherheitssektors, und gesellschaftspolitische Bewusstseinsbildung. Für die Ziele *Stärkung der Teilhabe von Frauen bei Friedensförderung und Konfliktlösungs- und Verhandlungsprozessen* standen dagegen Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit bei formalen Verhandlungsprozessen (sog. Track-1, in Afghanistan, Irak, Syrien, Jemen und Libyen) und bei friedensfördernden, beratenden und verhandelnden Maßnahmen verschiedener zivilgesellschaftlicher Ebenen

³ Krisen- und Gewaltprävention, Friedensförderung, Konfliktlösungs- und Verhandlungsprozesse, Stabilisierung, Analyse und Bekämpfung von Fluchtursachen, Konfliktnachsorge und Wiederaufbau, Abrüstungsfragen und Extremismusprävention.

Zahl und Verteilung der Aktivitäten zu Teilhabe



Aktivitäten zur Stärkung der Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen (absolute Zahlen)



(Track-2 und -3) im Vordergrund. Maßnahmen in den Bereichen Stabilisierung, Fluchtursachenminderung, Konfliktnachsorge und Wiederaufbau bestanden jeweils zu einem großen Teil aus Strukturmaßnahmen und Kapazitätsaufbau. Hier wurden im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit 55 Projekte durchgeführt, um durch bedarfsgerechten Zugang zu sozialer Infrastruktur, Gesundheit und Bildung die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen und Mädchen im Fluchtcontext zu erhöhen. Viele Projekte in diesem Bereich leisten einen Beitrag dazu, die soziale Kohäsion, das friedliche Zusammenleben sowie die Resilienz der Bevölkerung zu stärken.

Die Teilhabe von Frauen im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung wurde gezielt unterstützt durch das Biosicherheitsprogramm der Bundesregierung sowie durch die Gründung des Gender Equality Network for Small Arms Control (GENSAC) und Unterstützung beim Aufbau einer Datenbank für außen- und sicherheitspolitische Expertinnen (WoX). Als überregionales Netzwerk für eine gleichberechtigte Kleinwaffenkontrolle hat GENSAC zum Ziel, eine bessere Vernetzung unter Expertinnen, der Zivilgesellschaft, den VN, der AU und nationalen Kleinwaffenkommissionen sowie Fortbildungen und den Aufbau eines Expertinnenpools anzustoßen. WoX soll als öffentlich zugängliche Datenbank dazu dienen, Expertinnen zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Außenpolitik in Deutschland und auf internationaler Ebene sichtbar zu machen und ihre Teilnahme an Veranstaltungen zu fördern. Außerdem unterstützt Deutschland ein Stipendiantinnenprogramm zwischen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem VN-Büro für Abrüstungsfragen, das sich insbesondere an Frauen richtet, und 2019 den „Gender Champion Award“ erhielt.



Verbesserte Inklusivität stärkt politische Transitionsprozesse. Nach den Kommunalwahlen 2018 in Tunesien, bei denen Frauen mit 47 Prozent in die Stadt- und Gemeinderäte gewählt wurden, forderten die frisch gewählten Kommunalpolitikerinnen Austauschmöglichkeiten, Fortbildungen und Unterstützung, um ihr Mandat ausüben zu können. Die Bundesregierung unterstützt mit der „Initiative für Kommunalentwicklung“ den tunesischen Städteverband FNVT beim Aufbau eines Netzwerks für Kommunalpolitikerinnen.

Die **Personalpolitik der Bundesregierung in der Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik** wurde im Berichtszeitraum geschlechtergerechter.

Mit Stand Ende Juni 2019 waren 55 Prozent des Personals im höheren Dienst des BMZ Frauen. 48 Prozent der Leitungsfunktionen waren durch Frauen besetzt. Damit liegt das BMZ weit über dem Durchschnitt der obersten Bundesbehörden, der bei 36 Prozent liegt. Unter den Mitarbeitenden einschließlich Referatsleitung sind 51,3 Prozent weiblich. Im BMZ stellen Frauen 55,2 Prozent der Beschäftigten. 51,8 Prozent der BMZ-Mitarbeitenden, die einen Berufsaufstieg erreichen, sind Frauen.

Geschlechtergerechtigkeit spielt in der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes (AA) eine wichtige Rolle; dies verdeutlicht auch der im März 2020 veröffentlichte Bericht zu Geschlechtergerechtigkeit im Auswärtigen Amt und der deutschen Außenpolitik⁴. Der Frauenanteil aller Beschäftigten liegt bei rund 50 Prozent. Der Frauenanteil im höheren Dienst, der im Jahr 2000 lediglich 15 Prozent betrug, lag Ende 2020 bei knapp 37 Prozent. Gleiches gilt für den Frauenanteil in Führungspositionen ab Referatsleitungsebene aufwärts: Während dieser Anfang 2008 noch bei 15 Prozent lag, konnte er in den vergangenen Jahren auf 23 Prozent gesteigert werden. Bei den Leitungspositionen an Auslandsvertretungen stieg der Frauenanteil von 5 Prozent Anfang 2008 auf inzwischen 23 Prozent. Im gehobenen Dienst liegt der Frauenanteil an Führungspositionen, darunter Konsulinnen, Verwaltungsleiterinnen und Leiterinnen von Rechts- und Konsular- sowie Kulturabteilungen, bei 50 Prozent. Zu den Maßnahmen, mit denen das AA Geschlechtergerechtigkeit herstellen möchte, gehören die Sensibilisierung der Beschäftigten in der hauseigenen Aus- und Fortbildung, eine geschlechtergerechte Personalpolitik, Unterstützung bei der Kinderbetreuung u. a. durch eine hauseigene Kita, eine kontinuierliche Evaluierung der Auswahlverfahren sowie spezielle Veranstaltungsformate. Das AA fördert die Inanspruchnahme von Vereinbarkeitsinstrumenten in Führungspositionen: Momentan werden beispielsweise die Leitung der deutschen Botschaft Laibach, des Generalkonsulats Montreal, des Referats „Immobilienmanagement Ausland“ und die stellvertretende Leitung der Botschaft Stockholm im Wege des Job-Sharings ausgeübt.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) setzt die Vorgaben des Bundesgleichstellungsge-

⁴ Auswärtiges Amt (2020), Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik und im Auswärtigen Amt, <https://www.auswaertiges-amt.de/blueprint/servlet/blob/2313954/1f7bca6cf71da71a12a22baf-781413ba/geschlechtergerechtigkeit-data.pdf>



Mehrfachdiskriminierungen müssen analysiert werden. Red de Mujeres Chaparralunas por la Paz fördert Diversität im kolumbianischen Friedensprozess.

setzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes sowie die Maßnahmen aus den Gleichstellungsplänen und dem Personalentwicklungskonzept des BMI konsequent um, mit Erfolg: Der Anteil der Mitarbeiterinnen an der Gesamtbeschäftigtenzahl beträgt im BMI mittlerweile 53 Prozent. In allen Bereichen der Führungspositionen im BMI stieg der Frauenanteil seit 2015 konstant an: auf Ebene der Referatsleitung von 33 Prozent 2015 auf 37 Prozent Ende Juni 2019, auf Unterabteilungsebene von 6 Prozent im Jahr 2015 auf 34 Prozent 2019; auf der Ebene der Abteilungsleitung von 9 Prozent in 2015 auf 28 Prozent 2019. Im März 2020 lag der Anteil an Frauen in Führungspositionen⁵ im Geschäftsbereich bei 26 Prozent. Das BMI hat sich, durch spezifische Maßnahmen wie z. B. der Etablierung eines „Netzwerktreffens von Frauen in Führungspositionen“ das Ziel gesetzt, Frauen gezielt zu fördern und solche, die eine Führungsposition anstreben, auf dem Weg dorthin zu unterstützen.

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) wurden im Zeitraum 2017 bis 2019 eine Vielzahl an Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit etabliert. Die Rahmenbedingungen und organisatorischen Strukturen zur Koordinierung von Chancengerechtigkeit in Verbindung mit gezielter Personalführung und -entwicklung wurden verbessert. Der Anteil an Soldatinnen konnte im Berichtszeitraum von 11 auf mehr als 12 Prozent, an Beamtinnen von 29 auf 32 Prozent, bei den Tarifbeschäftigten von 39 auf 41 Prozent gesteigert werden. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit

5 Ab Stufe A16, ohne Bundespolizei.

zwischen den Geschlechtern, insbesondere zur Reduzierung der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen, zeigen Erfolge. Der Anteil an zivilen Mitarbeiterinnen in Führungspositionen im BMVg wurde im Zeitraum 2017 bis 2019 von 30 auf 32 Prozent, im nachgeordneten Bereich um drei auf 19 Prozent erhöht. Der Anteil an Soldatinnen in Führungspositionen stieg zwischen 2017 und 2019 um zwei auf 13 Prozent⁶. In der Laufbahn des Sanitätsdienstes, die Frauen seit 1975 offensteht, stieg der Anteil an Soldatinnen in Führungspositionen⁷ von 36 auf 49 Prozent und in herausgehobenen Führungspositionen⁸ von acht auf 12,5 Prozent. In den nachgeordneten Bundesoberbehörden des BMVg⁹ wurden vermehrt Spitzenpositionen mit Frauen besetzt. Der Tagesbefehl des Generalinspektors der Bundeswehr wies im August 2019 das BMVg und die Bundeswehr explizit dazu an, mehr Stabsoffizierinnen und Militärbeobachterinnen für VN-Friedensmissionen zu stellen.

Was den **Ausbau des Anteils von Frauen in europäischen und internationalen Friedensmissionen** angeht, so konnte eine signifikante Steigerung des Frauenanteils deutscher Polizistinnen am Gesamtkontingent in internationalen Frie-

6 Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der uneingeschränkte Zugang zu allen militärischen Laufbahnen in der Bundeswehr Frauen erst seit 2001 offensteht.

7 Besoldungsgruppe A 15

8 Besoldungsgruppe A 16/B 3

9 Dies umfasst z. B. das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr, das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr und das Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst.



© Jonas Wresch

Zivile Expertinnen und Experten, die vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) auf Friedensmissionen vorbereitet werden, fördern aktiv die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen.

den Friedensmissionen von 9 Prozent (2018) auf 23 Prozent (2020) erreicht werden. Gemeinsam mit dem Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) legt das Auswärtige Amt einen besonderen Wert auf einen ausgeglichenen Anteil an sekundierten Frauen in Friedensmissionen. Dieser konnte zwischen 2017 und 2019 von 39 Prozent auf 42 Prozent gesteigert werden. Beim ZIF selbst liegt der Anteil an Frauen in der Belegschaft bei 77 Prozent.

Seit 2019 wird am VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg jährlich der VN-zertifizierte Militärbeobachter-Lehrgang mit besonderem Fokus auf Frauen in Friedensmissionen durchgeführt. Dafür wurde ein bereits etablierter Militärbeobachter-Lehrgang um zusätzliche Ausbildungsmodule ergänzt, die die verbesserte Wirksamkeit von VN-Friedensmissionen durch Peacekeeperinnen verdeutlichen (u. a. Gesprächsaufklärung durch Frauen, Rollentausch, Modul zu *Sexual Exploitation and Abuse*). Deutschland bewirbt den Lehrgang bei den Vereinten Nationen und lädt internationale Teilnehmerinnen dazu ein. Die Teilnahme- und Reisekosten der internationalen Lehrgangsteilnehmerinnen werden durch Deutschland getragen. 2019 nahmen 25 Frauen aus 23 Nationen an dem Lehrgang teil.

Überdies hat Deutschland mit 2 Mio. US-Dollar zum *Elsie Initiative Fund for Uniformed Women In Peace Operations* beigetragen und ist damit viertgrößter Geber des Fonds zur Erhöhung des Frauenanteils in Friedensmissionen. Länder, die sich bei dem Fonds bewerben, werden dabei unterstützt, bestehende Hürden zu identifizieren und abzubauen.

In Federführung des BMVg hat Deutschland darüber hinaus die Rolle eines „Champions“ zum Themenfeld Frauen, Frieden und Sicherheit im Rahmen der *Action-for-Peacekeeping*

(A4P)-Reforminitiative des VN-Generalsekretärs übernommen. Champions koordinieren den Austausch zwischen Staaten und setzen eigene Maßnahmen um. Deutschland plant hierzu Workshops und ggf. Einsatzreisen und wird den Austausch zu Maßnahmen koordinieren. Das BMVg führt ferner eine Studie durch, in der die Hürden untersucht werden, die der verstärkten Entsendung von Bundeswehr-Soldatinnen in VN-Friedensmissionen entgegenstehen (*Barrier-Studie*). Die Ergebnisse sollen mit den anderen A4P-Champions zu Frauen, Frieden und Sicherheit geteilt werden.

Zur **Stärkung der Teilhabe von Frauen in Fluchtkontexten** setzte die Regierung insgesamt 18 Aktivitäten um.

Die Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland, die 2016 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem VN-Kinderhilfswerk UNICEF ins Leben gerufen wurde und nun 18 Organisationen umfasst, veröffentlichte 2016 erstmalig bundesweite *Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften*¹⁰. Diese dienen als Leitlinien für die Erstellung und Umsetzung einrichtungsbezogener Schutzkonzepte, gerade auch für besonders schutzbedürftige Personen in Flüchtlingsunterkünften, für die gesellschaftliche Teilhabe und für Entwicklungs- und Integrationsmöglichkeiten aller Be-

10 Bundesministerium für Familien, Frauen, Jugend, Senioren; United Nations Children's Fund (UNICEF) (2016; 2. Aufl. 2018), *Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften*, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/117472/bc24218511eaa3327fda2f2e8890bb79/mindeststandards-zum-schutz-von-gefluechteten-menschen-in-fluechtlingsunterkuenften-data.pdf>

wohner*innen. Zur Umsetzung der Mindeststandards in die Praxis wurden zwischen 2016 und 2018 100 Personalstellen für Gewaltschutzkoordinierung in Unterkünften gefördert sowie von UNICEF praxistaugliche Instrumentarien, Handreichungen und Trainingshandbücher entwickelt¹¹. Seit 2019 werden mit dem Projekt „Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“ Multiplikator*innen für Gewaltschutz gefördert. Die Servicestelle Gewaltschutz steht zudem als Ansprechpartnerin für Träger von Flüchtlingsunterkünften und die zuständigen Landes- und kommunalen Behörden zur Verfügung. Seit 2019 fördert das BMFSFJ im Rahmen der Initiative zudem ein Projekt zum Monitoring und zur Evaluierung von Schutzkonzepten in Flüchtlingsunterkünften. Die Maßnahmen dienen der Umsetzung von § 44 Abs. 2a AsylG, wonach die Länder „geeignete Maßnahmen treffen [sollen], um bei der Unterbringung Asylbegehrender nach Absatz 1 den Schutz von Frauen und schutzbedürftigen Personen zu gewährleisten“. Gemäß § 53 Abs. 3 AsylG gilt diese Vorgabe für Gemeinschaftsunterkünfte entsprechend.

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden seit 2020 Projekte zur Teilhabe von geflüchteten Menschen gefördert. Dazu zählt insbesondere das Modellprojekt „Mädchen Mischen Mit – Inklusive Mädchenarbeit für Vielfalt und Teilhabe“ des *International Rescue Committees (IRC)* Deutschland, das die Teilhabechancen geflüchteter Mädchen fördert und unterstützende Netzwerke aufbaut.

Die Beteiligung von Frauen im Fluchtcontext an Entscheidungsprozessen zu stärken ist auch ein Fokus des entwick-

11 Bundesinitiative „Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“, <https://www.gewaltschutz-gu.de/>

Schlussfolgerungen

Die Bundesregierung konnte im Berichtszeitraum die Teilhabe von Frauen an von ihr unterstützten Friedensprozessen stärken. Die Projekte setzen alle im Aktionsplan angestrebten Unterziele um. Dennoch sollte der kommende Aktionsplan einen noch systematischeren Ansatz verfolgen, der sich an den von Deutschland 2019 unterzeichneten „Commitments 2025“ orientiert, einer spanisch-finnischen Initiative zur Stärkung der Teilhabe von Frauen in Friedensprozessen.

Von Geschlechtergerechtigkeit sind viele globale Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozesse weit entfernt. Das Netzwerk GENSAC zur Förderung von Geschlechtergerech-

lungspolitischen Engagements der Bundesregierung. Beim Globalen Flüchtlingsforum 2019 wurde das Globale Aktionsnetzwerk zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe von geflüchteten Frauen vorgestellt. Das Aktionsnetzwerk wurde im Oktober 2020 gegründet. Durch einen angeschlossenen Fonds, der durch den *Women's Peace and Humanitarian Fund (WPHF)* verwaltet wird, werden Projekte zur Förderung der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe geflüchteter Frauen finanziert.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees/UNHCR) ist zweitgrößter Zuwendungsempfänger deutscher humanitärer Hilfe und zentraler Partner beim Flüchtlingschutz weltweit. 2019 führte UNHCR eine sog. „Age, Gender and Diversity Policy“ (GAD-Policy) ein, die in allen Programmen operationalisiert werden muss und die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnissen der Schutzbedürftigen zu Ziel hat. Als zweitgrößter (bilateraler) Geber des UNHCR unterstützt Deutschland maßgeblich auch die Umsetzung der GAD-Policy.

Auch in der Projektförderung von Nichtregierungsorganisationen unterstützt die deutsche humanitäre Hilfe die Teilhabe von Frauen und Mädchen in Flucht- und Vertreibungskontexten. Beispielsweise wurde von 2018 bis 2020 ein Projekt der Johanniter Unfallhilfe für die Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser, Hygiene und medizinischen Leistungen für Binnenvertriebene, Rückkehrende und Gastgemeinden in den informellen Siedlungen Kabuls gefördert. Eine Projektkomponente thematisierte die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, die unter einer mangelhaften Menstruationshygiene und Harnwegsinfekten litten.

tigkeit bei der Kontrolle von Kleinwaffen ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Im nächsten Aktionsplan sollten noch weitere Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozesse im Vordergrund stehen.

Es entspricht dem umfassenden Ansatz der Bundesregierung, dass Projekte multidimensional sind und mehrere Aspekte der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit umfassen, sich über mehrere Konfliktphasen erstrecken und verschiedene Ansätze zur Zielerreichung verfolgen. Zur besseren analytischen Abgrenzung sollte der nächste Aktionsplan die Ziele und Schwerpunkte in größerer Trennschärfe darstellen.

Unterstützung von Zivilgesellschaftsvertreterinnen und Friedensaktivistinnen in Afghanistan und Stärkung der Teilhabe von Frauen am innerafghanischen Dialog

Die Bundesregierung organisierte gemeinsam mit Katar Anfang Juli 2019 die Konferenz für den innerafghanischen Dialog (IAD) in Doha (Katar): Mitglieder der afghanischen Regierung, der Opposition sowie der Zivilgesellschaft nahmen nicht als Repräsentanten ihrer Institutionen oder Gruppen, sondern als Privatpersonen an dieser Veranstaltung teil und tauschten sich erstmals in der jüngeren afghanischen Geschichte direkt mit Vertretern der Taliban über die politische und gesellschaftliche Zukunft Afghanistans aus.

Als vertrauensbildende Maßnahme in Zusammenarbeit mit der *Berghof Foundation* konzipiert, ermöglichte der Dialog direkten Kontakt und konstruktive Gespräche zwischen den Teilnehmenden und schließlich die Einigung auf ein gemeinsames Abschlussstatement. Dabei war es Deutschland wichtig, den Dialog inklusiv zu gestalten und unterschiedlichen Gruppen innerhalb der afghanischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Im Unterschied zu vorangegangenen Gesprächsformaten waren sowohl Angehörige der in Afghanistan vertretenen Ethnien und Religionen, als auch der jüngeren Generation aktiv an dem Dialog beteiligt und trugen maßgeblich zu seinem Erfolg bei. Rund 20 Prozent der Teilnehmenden waren Frauen. Wenngleich die Bundesregierung eine noch stärkere Einbindung von Frauen in künftige Friedensbemühungen anstrebt, hat der IAD hier Maßstäbe gesetzt.



© Twitter/Markus Potzel

Gesellschaftliche Inklusion war einer der Parameter des im Juli 2019 von Deutschland und Katar organisierten innerafghanischen Dialogs.

Die afghanischen Teilnehmerinnen am Innerafghanischen Dialog in Doha vom 7.-8. Juli 2019 gehören den verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes an und kommen aus unterschiedlichen Bereichen. So zählen zu ihnen Menschenrechts-, insbesondere Frauenrechtsaktivistinnen, Juristinnen und Islam-Expertinnen, ehemalige Abgeordnete des afghanischen Parlaments, ebenso wie führende aktuelle und ehemalige Mitglieder der afghanischen Regierung (u. a. Habiba Sarabi, Ex-Frauenministerin, Ex-Provinzgouverneurin, aktuell stellvertretende Handelsministerin; Shaharзад Akbari,

ehemalige stellvertretende Direktorin des Nationalen Sicherheitsrats, Direktorin der Afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission (AIHRC), Jamila Afghani (Gründerin eines Netzwerks von Islamingelehrten/Mullahs, um gegen Gewalt gegen Frauen vorzugehen). Deutschland ist Gründungsmitglied des Gender Caucus in Afghanistan, der Verhandlungsführerinnen fachlich berät, lokale Gemeinschaften in den Prozess einbindet und das Thema Inklusion fördert.

Die Stärkung von Friedensaktivistinnen und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft ist ein zentrales Anliegen des gesamten deutschen Afghanistan-Engagements. So führt die Bundesregierung regelmäßig auf hochrangiger Ebene Gespräche mit afghanischen Frauen, die sich für Frieden und Menschenrechte einsetzen. Außerdem setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass diese Frauen auch Gelegenheit zum Austausch u. a. mit Bundestagsabgeordneten haben. Darüber hinaus fördert Deutschland Aktivitäten zum Schutz afghanischer Friedensaktivistinnen und Menschenrechtsverteidigerinnen und ihrer Familien.

© Berghof Foundation



Einige der Teilnehmerinnen am innerafghanischen Dialog im Gespräch mit dem Sonderbeauftragten der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Markus Potzel, Juli 2019.

- Bundesminister Maas traf Vertreterinnen der afghanischen Zivilgesellschaft am 11. März 2019 in Kabul und afghanische Künstlerinnen in Masar-e Sharif.
- Staatsminister Annen traf sich zum Austausch mit afghanischen Zivilgesellschaftsvertreterinnen in Kabul am 15. Januar 2020 sowie mit jungen Frauen und Männern des Young Leaders Programme der Friedrich-Ebert-Stiftung und mit afghanischen Künstlerinnen in Masar-e-Sharif.
- Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Markus Potzel, hält regelmäßigen Kontakt zu afghanischen Aktivistinnen, und trifft diese bei seinen Afghanistan-Reisen und in Deutschland.

Förderung der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen im Nahen Osten



© UN Women

Teilnehmende des Workshops
„Frauen und junge Menschen in
Friedensprozessen: Synergien
und gemeinsames Lernen“
(Beirut, September 2019).

Das von UN Women durchgeführten Vorhaben verbessert die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und den Einfluss von Frauen in hochrangigen Friedens- und Übergangsprozessen im Nahen Osten und Nordafrika. Der Fokus der Maßnahmen liegt auf Jemen, Libyen, Irak und Syrien. Das Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) läuft von Ende 2016 bis Ende 2022.

Das Vorhaben besteht aus mehreren Aspekten. Zum einen werden Teilnehmerinnen der Friedensprozesse und weitere ausgewählte Frauengruppen durch gezielte Fortbildung, taktische Vorbereitung auf politische Gespräche und strategische Beratung unterstützt, um sich effektiv und fachlich versiert in die Prozesse einzubringen. Daneben wird praktische Unterstützung geleistet, um logistische und andere Hindernisse für Reisen z. B. zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand, zu parlamentarischen Ausschüssen oder zu internationalen Konferenzen, zu überwinden. Zugleich werden andere Akteur*innen des Friedensprozesses, u. a. Mediator*innen und Sondergesandte der VN sowie ihre Teams, zu den Vorteilen und Potentialen stärkerer Frauenbeteiligung sensibilisiert.

Durch dieses kombinierte Vorgehen werden praktische Hindernisse für die Teilnahme von Frauen an politischen Gesprächen, wie z. B. den Waffenstillstandsverhandlungen für Jemen oder der internationalen Konferenz zu Libyen in Palermo ausgeräumt. Zugleich fühlen sich die Frauen besser vorbereitet auf die Verhandlungen, können vorbereitete Sachpositionen einbringen und finden mehr Gehör in internationalen Gremien.

Neben dem Fokus auf politischer Beteiligung unterstützt das Vorhaben ein zentrales Anliegen der Frauen – die Verfolgung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt. Damit trägt es dazu bei, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies geschieht v. a. auf der Ebene des Politikdialogs und durch Befähigung für die Dokumentation sexualisierter Gewalt. Bisher konnten drei zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen im Irak, Libyen und Jemen ihre Expertise zu Rechtsfragen und gesetzlichen

Mechanismen für Überlebende stärken. So verfügen sie über bessere Fähigkeiten, Fälle zu dokumentieren und Überlebenden Zugang zu Gerechtigkeit zu verschaffen. Zugleich können die Erkenntnisse in die Formulierung von politischen Forderungen einfließen.

Diese Bemühungen im regionalen Kontext werden verbunden mit der weltweiten Arbeit von UN Women. So unterstützt die Organisation beispielsweise eine weltweite Allianz von Mediatorinnen-Netzwerken oder die Anpassung der Terms of Reference für VN Mediatoren und Mediatorinnen hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit. Auch wird derzeit die Liga Arabischer Staaten bei der Einrichtung eines arabischen Netzwerks für Mediatorinnen beraten.

Das Programm hat zudem eine starke Forschungskomponente, um die Erfahrungen von insgesamt 30 Friedensprozessen seit 1990 systematisch aufzuarbeiten und für laufende Verhandlungen nutzbar zu machen. 20 detaillierte Länderfallstudien berichten über die Rolle und den Einfluss von Frauen in Friedens- und Transformationsprozessen in Ländern wie Guatemala, Kenia, Nepal und Somalia. Dadurch werden konkrete Erfahrungen ausgewertet und den Frauen zur Verfügung gestellt. Auch werden Gesprächsformate und andere Modalitäten für inklusive Friedensverhandlungen wie z. B. das Women Advisory Board im syrischen Verhandlungsprozess weiterentwickelt.

Publikationen und Länderstudien werden durch vereinfachende Info-Grafiken und Erklär-Videos über soziale Medien verbreitet. Sie zeigen auf, wie Frauen in Krisenregionen Friedensverhandlungen beeinflussen, und machen durch Erfolgsbeispiele und Erfahrungsberichte einem weiten Kreis von Frauen –Mut. Sie zeigen, wie politische Teilhabe und damit die Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit gelingen kann.

© UN Women



Workshop zu „Frauen und junge Menschen in Friedensprozessen: Synergien und gemeinsames Lernen“ (Beirut, September 2019).

Vernetzt für Frauenrechte: Das deutsch-lateinamerikanische Frauennetzwerk Unidas



© Xander Heiml/photothek.net

Am 21. Mai 2019 wurde das deutsch-lateinamerikanische Frauennetzwerk Unidas im Beisein von 21 Außenminister*innen und rund 1.000 Konferenzteilnehmenden durch BM Heiko Maas eingeweiht.

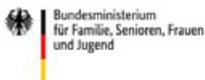
Im Jahr 2019 wurde unter der Schirmherrschaft des deutschen Außenministers das Frauennetzwerk Unidas gegründet. Hier kommen zivilgesellschaftliche Partner*innen aus Lateinamerika, der Karibik und Deutschland zusammen, die sich für chancengleiche Gesellschaften einsetzen.

Ziel des Netzwerks ist es, die Teilhabe von Frauen in Politik, Medien, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zu stärken und den Austausch zu fördern. Das Netzwerk ist daher ein Angebot zum gegenseitigen Kennenlernen, zum Bündeln von Ressourcen und zum internationalen Austausch, um gemeinsam den Wunsch nach geschlechtergerechter Gesellschaften zu realisieren. Die Mitglieder setzen sich besonders für die folgenden Themen ein: Überwindung von Gewalt gegen Frauen und Femizid, reproduktive Rechte und Selbstbestimmung über den eigenen Körper, Rechtsstaatlichkeit und Frauenrechte, Krisenprävention und die Rolle von Frauen in der Friedensförderung, Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Friedensaktivistinnen, Teilhabe von Frauen am Wirtschaftsleben.

Unidas gehören mittlerweile 240 Personen und neun Organisationen aus LAK und Deutschland an. Zum Austausch steht ihnen eine virtuelle Plattform (www.unidas.world) zur Verfügung. Treffen zu Themen, zu denen sich die Mitglieder austauschen möchten, fanden 2020 regelmäßig virtuell statt. Es werden außerdem Projekte finanziell unterstützt, die insbesondere die verbesserte (politische) Einbeziehung und Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen oder die Prävention von geschlechterspezifischer sexualisierter Gewalt in Konflikten bearbeiten.

Demokratie leben!

Die Bundesregierung fördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, für gesellschaftliche Vielfalt und gegen politischen und religiös begründeten Extremismus in Deutschland. Dabei wird ein ganzheitlicher jugendpädagogischer Ansatz in der Extremismusprävention verfolgt, bei dem alle Formen des Extremismus in den Blick genommen werden.



Demokratie
leben!

[DAS PROGRAMM](#)
[MAGAZIN](#)
[PROJEKTE & EXPERTISE](#)
[FÖRDERN & ENGAGIEREN](#)
[VERANSTALTUNGEN](#)

Programmfilm

"Demokratie leben!" wirkt

"Warum engagiere ich mich für Demokratie?" In diesem Film werden ganz unterschiedliche Antworten auf diese Frage gegeben.

FILM ABSPIELEN →



Gender Mainstreaming ist bei der Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ein leitendes Prinzip. Damit sollen die Anliegen und Erfahrungen nicht nur von Frauen und Mädchen sowie die von Männern und Jungen, sondern auch die von LSBTI-Personen in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung von Projekten und Maßnahmen selbstverständlich einbezogen und ihre Teilhabe an Projekten und Maßnahmen sichergestellt werden.

Im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden bereits in der ersten Förderperiode (2015–2019) konkrete Maßnahmen und Ansätze gefördert, die die Geschlechterdimension des Extremismus thematisieren. Dies ist in der zweiten Förderperiode (2020–2014) ebenso Thema wie die Prävention von Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus sowie linkem Extremismus mittels Kinder- und Jugendarbeit und Medienpädagogik. Viele Projekte thematisieren die Verschränkung extremistischer Ideologien mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie etwa Antifeminismus, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, sowie Homo- und Transfeindlichkeit. Einzelne Modellprojekte widmen sich gezielt geschlechterspezifischen Aspekten der Extremismusprävention.

Gefördert werden auch Modellprojekte, die die Verschränkung von Online- und Offline-Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen und Gruppen erproben. So sollen erfolgsversprechende Wege der aufsuchenden online-Ansprache und einer darauf basierenden Arbeitsbeziehung und pädagogischen Arbeit in offline-Kontexten ausgelotet werden.

PRAXIS BEISPIEL

Towards Bullet-proof Inclusion – Effektive Kleinwaffenkontrolle dank Gleich- berechtigung

Kleinwaffen töten jährlich weltweit über eine halbe Million Menschen. Der Zugang zu Waffen verstärkt strukturelle und sexualisierte Gewalt und verfestigt ungleiche Machtverhältnisse. Trotzdem werden Frauen sowie das Thema Gleichberechtigung selten in Lösungsansätze einbezogen – mit negativen Folgen für die Effektivität dieser Lösungsansätze.

Das will das überregionale Netzwerk für gleichberechtigte Kleinwaffenkontrolle (Gender Equality Network for Small Arms Control, GENSAC) ändern: Frauen sollen – genau wie Männer – an allen Maßnahmen sowie an multilateralen Veranstaltungen der Kleinwaffenkontrolle teilhaben, um eine „schussichere“ Beteiligung und Teilhabe zu erreichen. Außerdem setzt sich das Netzwerk dafür ein, dass Gleichberechtigung als Schlüsselthema in alle Bereiche der Kleinwaffenkontrolle Eingang findet, um eine möglichst effektive Kleinwaffenkontrolle zu erreichen. Dafür identifiziert das Netzwerk Positivbeispiele, die als Vorbild dienen können.



© Janine Schmitz/photothek

Hochrangiges Netzwerktreffen des Gender Equality Network for Small Arms Control (GENSAC) am 20. und 21. Februar 2020 in Berlin



20.21 February 2020, Berlin

Gender Equality Network for Small Arms Control

Am 20. und 21. Februar 2020 fand im Auswärtigen Amt die erste hochrangige Konferenz von GENSAC mit rund 100 Expert*innen aus Regionen, die besonders stark von Waffengewalt betroffen sind (Westlicher Balkan, Subsahara-Afrika und Lateinamerika/Karibik), sowie Vertreter*innen internationaler Organisationen statt. Darauf aufbauend und in Anbetracht der von Covid-19 ausgehenden Mobilitätseinschränkungen führte GENSAC im Frühjahr und Sommer 2020 eine Vielzahl von Webinaren durch und plant, seine Aktivitäten durch einen Netzwerkkordinator und regionalen Focal Points für Südamerika und die Karibik sowie für West- und Ostafrika auszubauen. Dies umfasst Forschung, Training und die Teilnahme an relevanten Veranstaltungen.

elbarlament for Syria 2019 – Syrian women taking the lead



© Rabee Karzoun

Die Führungskompetenzen geflüchteter syrischer Frauen zu fördern stand im Mittelpunkt des Projekts der deutschen Organisation elbarlament. Ziel war es, die Frauen auf Führungsrollen in ihren Gemeinden beim Wiederaufbau vorzubereiten. Zwischen Februar und Dezember 2019 wurde das Projekt mit der exilsyrischen Partnerorganisation *Women Now for Development* im Libanon durchgeführt. Rund die Hälfte der mehr als eine Million Menschen, die aus dem Nachbarland in den Libanon geflüchtet sind, sind

Mädchen und Frauen. Jeder fünfte syrische Flüchtlingshaushalt, der durch die schwierigen Lebensverhältnisse in den Lagern und Armut besonders herausgefordert ist, wird nach Angaben des UNHCR von Frauen geführt.

40 Frauen, die beim Wiederaufbau ihrer Heimatgemeinden Führungsrollen übernehmen können, wurden in vier mehrtägigen Workshops in den Bereichen Leadership, Projektmanagement, Kommunikation, Advocacy, Kampagnen, Frauen- und Bürgerrechten sowie Transitional Justice fortgebildet. Die Workshops trugen dazu bei, dass die Teilnehmerinnen ihre Rechte und Möglichkeiten sowie ihren Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse erwogen. Mehrere starteten daraufhin eigene gesellschaftliche Initiativen und gründeten informelle Netzwerke. Einige beteiligen sich seither an den Diskussionen über eine neue syrische Verfassung oder gründeten Online-Petitionen zur Förderung des Bildungszugangs von Frauen, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Syrerinnen im Libanon sowie zur Verhinderung von Kinderheirat.

Dank der Aktivitäten zu Fortbildung Bewusstseinsbildung und Vernetzung setzen sich die Teilnehmerinnen nun für die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an Krisen- und Gewaltprävention in ihrem derzeitigen Aufenthaltsland ein. Darüber hinaus stehen sie als Führungskräfte für den Wiederaufbau ihrer Heimat bereit, in den sie sich aufgrund der dortigen Situation bisher vor allem in Diskussionsprozessen und mit Initiativen einbringen.

2020 und 2021 fördert die Bundesregierung ein Nachfolgeprojekt von elbarlament, das zusätzlich Frauen aus aufnehmenden Gemeinden im Libanon einbezieht. Teilnehmerinnen aus dem Vorjahr werden als Alumni an der Stärkung und Vernetzung der Frauen mitwirken.

© Rabee Karzoun



PRAXIS BEISPIEL

Unterstützung der Afrikanischen Union im Bereich Frieden und Sicherheit (APSA) Phase III

Deutschland unterstützt die Afrikanische Union (AU) beim Aufbau der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA). Diese Maßnahme zur Vorbeugung und Bewältigung von gewaltsamen Konflikten und zur Friedenskonsolidierung leistet wichtige Beiträge insbesondere zur Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen, aber auch zum Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie zur Stärkung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. Das Vorhaben fördert seit 2009 die Nutzung bestehender AU-Instrumente zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Regionalorganisationen. Durch die Zusammenarbeit mit der AU, insbesondere mit dem *AU Peace and Security Department* sowie dem *Office of the AU Special Envoy for Women, Peace and Security*, werden die Kapazitäten und Instrumente der AU und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich Frieden und Sicherheit gestärkt. Die aktuelle Phase läuft bis Juni 2021, eine Verlängerung ist in Vorbereitung.



© AMISOM Somalia

Fortbildung für Mitarbeiter*innen von AMISOM Somalia, die als Ansprechpersonen für Genderfragen fungieren

In den Bereichen Konfliktprävention und Mediation, Konfliktmanagement und Friedenskonsolidierung trägt das Vorhaben dazu bei, die Kapazitäten von Mediatorinnen zur aktiven Teilhabe an Friedensprozessen zu stärken. So wird das Mediatorinnen-Netzwerk *FemWise* gefördert, konkret durch Beratung des *FemWise*-Sekretariats und durch die Entwicklung von Mediationstrainings. Die Einsätze von *FemWise*-Mediatorinnen

haben sich dadurch im Jahr 2019 verdoppelt. Ferner fördert das Vorhaben die Einbindung von unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur*innen in Dialog- und Mediationsprozesse. Ein wichtiger Meilenstein dieser Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ist das seit Januar 2019 jährlich stattfindende *International Young Women Mediation Forum*, das junge Mediatorinnen aus über 27 Ländern zusammenbringt. Damit wirkt APSA der Marginalisierung junger Frauen in Friedensprozessen entgegen, so dass sie langfristig ihre Teilhabe in diesem Bereich steigern können.



Im Bereich Konfliktmanagement unterstützt das Vorhaben die AU dabei, ein Rahmenwerk zur Einhaltung professioneller Standards in AU-Friedensmissionen zu entwickeln, um bei deren Durchführung die Bestimmungen der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit sowie internationale Menschenrechtsstandards zu verankern. In diesem Zusammenhang wird auch ein Trainingspaket entwickelt, um u. a. sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in bewaffneten Konflikten entgegenzuwirken. Durch einen Workshop im Tschad mit der zivilen Komponente der *Multinational Joint Task Force (MNJTF)* und der AU hat APSA zum Austausch und zur weiteren Förderung der Kooperation zwischen den beteiligten Institutionen rund um das sensible Themenfeld beigetragen. Darüber hinaus arbeitet das Vorhaben eng mit der AU sowie dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) daran, Rekrutierung und Einsatz ziviler Fachkräfte im Rahmen von Friedensmissionen geschlechtergerechter zu gestalten (*African Standby Capacity, ASC*).

Im Bereich Friedenskonsolidierung unterstützt APSA die Umsetzung der Regionalen Stabilisierungsstrategie für das Tschadseebecken von 2018. Die Stärkung der Teilhabe von Frauen an der Friedensarbeit in der Region ist eine der neun Säulen der Strategie. Konkret hat ein regionales Forum in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere Frauen- und Jugendorganisationen, sowie traditionellen und religiösen Führungspersonlichkeiten aus vom Boko Haram-Terror betroffenen Regionen eine Plattform geschaffen, in der alle relevanten Stakeholder ihre Perspektiven für die Umsetzung der Strategie einbringen. Darüber hinaus pilotiert das Vorhaben in den entsprechenden Regionen Weiterbildungen im Bereich der psychischen und psychosozialen Gesundheit, die sich insbesondere an Frauen richten.

SCHWERPUNKT III

Die Belange und Interessen von Frauen und Mädchen bei entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitischen sowie humanitären Maßnahmen analysieren und berücksichtigen.



Strukturelle Verankerung der WPS-Agenda, Kapazitätsaufbau und Herstellung von Chancengleichheit innerhalb der Bundesregierung sind wichtige Ziele. Der Weltfrauentag 2020 im Auswärtigen Amt bot Raum für Austausch und gegenseitiges Lernen.

SCHWERPUNKT III

Die Belange und Interessen von Frauen und Mädchen bei entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitischen sowie humanitären Maßnahmen analysieren und berücksichtigen.

Unser Ansatz

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit stellt ein programmatisches Rahmenwerk dar, das alle friedens-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Bereiche betrifft. Die Inhalte der Agenda sind daher als Querschnittsmaßnahmen in allen relevanten Arbeitsbereichen der Bundesregierung umzusetzen. Das betrifft die Erfassung der Betroffenheit und Bedürfnisse aller Geschlechter in (Konflikt-)Analysen. Darauf aufbauend müssen die Bedürfnisse, aber auch die Potenziale aller Geschlechter in allen Phasen der Maß-

nahmenplanung und -umsetzung Berücksichtigung finden. „Mainstreaming“ muss daher sowohl in den verschiedenen Themenbereichen, als auch in allen Arten außen-, friedens-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Maßnahmen Anwendung finden, von Stellungnahmen und Resolutionsverabschiedungen in multilateralen Foren, der Strategieentwicklung in den verschiedenen Bereichen, Aus- und Weiterbildungen, bis hin zur konsequenten Nachhaltigkeit in Projektzyklen.

Unsere Ziele

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt,

- die Prinzipien der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in den Konzepten der deutschen Krisenprävention zu verankern;
- die Grundsätze der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit als Querschnittsmaßnahme in Projekten und Aktivitäten zu verankern;
- deutsches Militär-, Polizei und ziviles Personal kontinuierlich zu Frauen, Frieden und Sicherheit fortzubilden;
- bei Projekten der Abrüstung und Rüstungskontrolle eine Geschlechterperspektive stärker einzubeziehen; und
- Maßnahmen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus geschlechtersensibel zu gestalten.

Unsere Aktivitäten

Zur Querschnittsverankerung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit wurden im Berichtszeitraum insgesamt 69 Aktivitäten, darunter Projekte, Fortbildungen, Strategien und Strategiepapiere, Evaluationen und Veranstaltungen verabschiedet und umgesetzt.

Für das Mainstreaming der Prinzipien der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit ist die **Verankerung in Strategiepapieren** von besonderer Bedeutung. Dies gelang in mehreren Grundlagenpapieren der Bundesregierung zu ziviler Krisenprävention und Krisenmanagement. Im Jahr 2017 hat die

Bundesregierung die Leitlinien *Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern*¹ verabschiedet, die Bezug auf die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit nehmen. In den Folgejahren 2018 bis 2020 wurde an deren Umsetzung im Ressortkreis mit der Verabschiedung von entsprechenden Strategien gearbeitet. In der ressortgemeinsamen Strate-

¹ Die Bundesregierung (2017), *Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern – Leitlinien der Bundesregierung*, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0e-c6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf>

gie zur Vergangenheitsarbeit und Versöhnung² wurde die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit als eines der vier zentralen Handlungsfelder definiert. Auch in den ressortgemeinsamen Strategien zur Sicherheitssektorreform³ und zur Rechtsstaatlichkeit⁴ werden die Ziele der WPS-Agenda hervorgehoben. Das 2019 veröffentlichte *Konzept Friedensmediation*⁵ betont die Notwendigkeit inklusiver Friedensprozesse. Im November 2017 wurde außerdem das 5-Punkte-Papier *Keine Gewalt gegen Frauen*⁶ veröffentlicht, welches festlegt, dass die besondere Situation von Frauen und Mädchen in allen Verhandlungen des BMZ mit Partnerländern thematisiert werden soll.

Die Bundesregierung trug dazu bei, die Ziele der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit weiter **in der Arbeit multilateraler Institutionen zu verankern**. Als einen der Schwerpunkte der deutschen Sicherheitsratsmitgliedschaft 2019/20 konnte die Bundesregierung die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit weiterentwickeln und ihre Inhalte

in die Resolutionen des VN-Sicherheitsrates integrieren. Als Ko-Vorsitzende der zuständigen Arbeitsgruppe des Sicherheitsrates, der informellen WPS-Expertengruppe, trug Deutschland dazu bei, wichtige länder- und themenspezifische Sitzungen des Sicherheitsrates mit WPS-Expertise anzureichern. Auch in der Arbeit anderer multilateraler Organisationen und Gremien berücksichtigte Deutschland WPS systematisch als Querschnittmaterie und brachte die Thematik in Debatten und in die programmatische Arbeit der Organisationen ein. Dazu zählen die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), NATO, EU, VN-Institutionen und Gremien wie die Welternährungsorganisation, der VN-Menschenrechtsrat und die WTO (siehe dazu Schwerpunkt V).

Um eine **geschlechtergerechte Projektgestaltung und Durchführung** zu garantieren, hat das Auswärtige Amt in jenen Förderinstrumenten, in denen sie noch nicht angewandt wurden, sogenannte Gender Marker eingeführt und die Antragsunterlagen so überarbeitet, dass sie systematisch Gendermainstreaming einfordern. Das Referat für Menschenrechte und Genderfragen verfügt seit 2017 über einen eigenen Marker zu Frauen, Frieden und Sicherheit, und hatte bereits zuvor gendersensible Marker, darunter zu Frauenrechten und Genderfragen und zu LSBTI, sowie zu weiteren relevanten Aspekten der deutschen Menschenrechtsarbeit. Die Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und humanitäre Hilfe hat für die Projektvergabe im Bereich der humanitären Hilfe drei besonders relevante Kategorien, nämlich Geschlechtergerechtigkeit, Berücksichtigung der Bedürfnisse unterschiedlicher Altersgruppen und Berücksichtigung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung mit einem Gender-Age-Disability-Marker erfasst. 2019–2020 wurden die Anforderungen an Projektunterlagen antragstellender Organisationen für Maßnahmen der Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge um eine geschlechtersensible Kontextanalyse erweitert. Seitdem fordert das Auswärtige Amt in diesen Bereichen eine jeweilige Darstellung ein, wie Frauen

2 Die Bundesregierung (2019), Ressortgemeinsame Strategie zur Unterstützung von „Vergangenheitsarbeit und Versöhnung (Transitional Justice)“ im Kontext von Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2298366/818f4a11299421d6d6b7780b39681dc9/vergangenheit-und-versoehnung-data.pdf>

3 Die Bundesregierung (2019), Ressortgemeinsame Strategie zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform (SSR) im Kontext von Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/222c695ee476e6ec1eaa350989c08f41/sicherheitssektorreform-data.pdf>

4 Die Bundesregierung (2019), Ressortgemeinsame Strategie zur Rechtsstaatsförderung im Bereich Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2247428/0f9752f12b9e969bd0bf19a02d7a5f14/rechtsstaatsfoerderung-data.pdf>

5 Auswärtiges Amt (2017), Konzept Friedensmediation, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2226842/a6c306e63080bf53ec-02663c147f74de/190614-mediationskonzept-aa-data.pdf>

6 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017), Keine Gewalt gegen Frauen, https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/menschenrechte/Keine_Gewalt_gegen_Frauen_Fuenf-Punkte-Plan_des_BMZ.pdf



Mediatorinnen kommen zu einem Dialog zusammen, um Streitigkeiten und Anliegen der Gemeinschaft in der Provinz Ruyigi zu erkennen und zu bearbeiten.

und Mädchen von Maßnahmen profitieren und daran teilhaben können. Das BMZ analysiert und berücksichtigt die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen sowohl in Projekten als auch im internationalen Dialog mit den Partnerländern konsequent. Bei allen Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit müssen geschlechterspezifische Fragen verpflichtend analysiert und berücksichtigt werden.

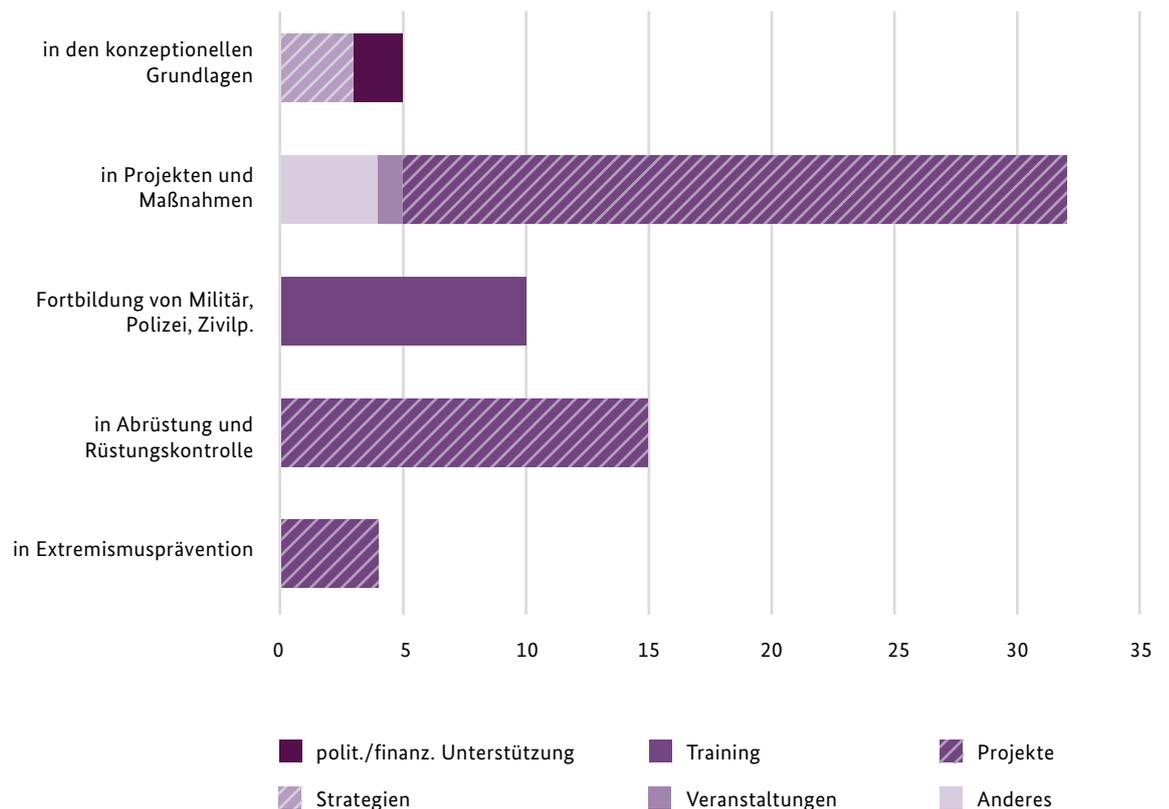
Für alle Projekte der Bundesregierung, die zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) gerechnet werden, muss eine OECD-DAC Gender-Kennung vergeben werden. Im Rahmen der entwicklungspolitischen strukturbildenden Übergangshilfe ist die Kennung GG1 (Gleichberechtigung der Geschlechter als Nebenziel) für Projekte sogar als Mindeststandard gesetzt. Im Rahmen der Sonderinitiative Flucht des BMZ haben rund zwei Drittel der laufenden und geplanten Projektpha-



Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze hat Gender in seine Aus- und Fortbildungen integriert. Interaktive Assoziationsübung helfen dabei, sich Vorurteilen bewusst zu werden und Stereotype abzubauen.

© ZIF

Zahl und Verteilung der Aktivitäten zu Mainstreaming

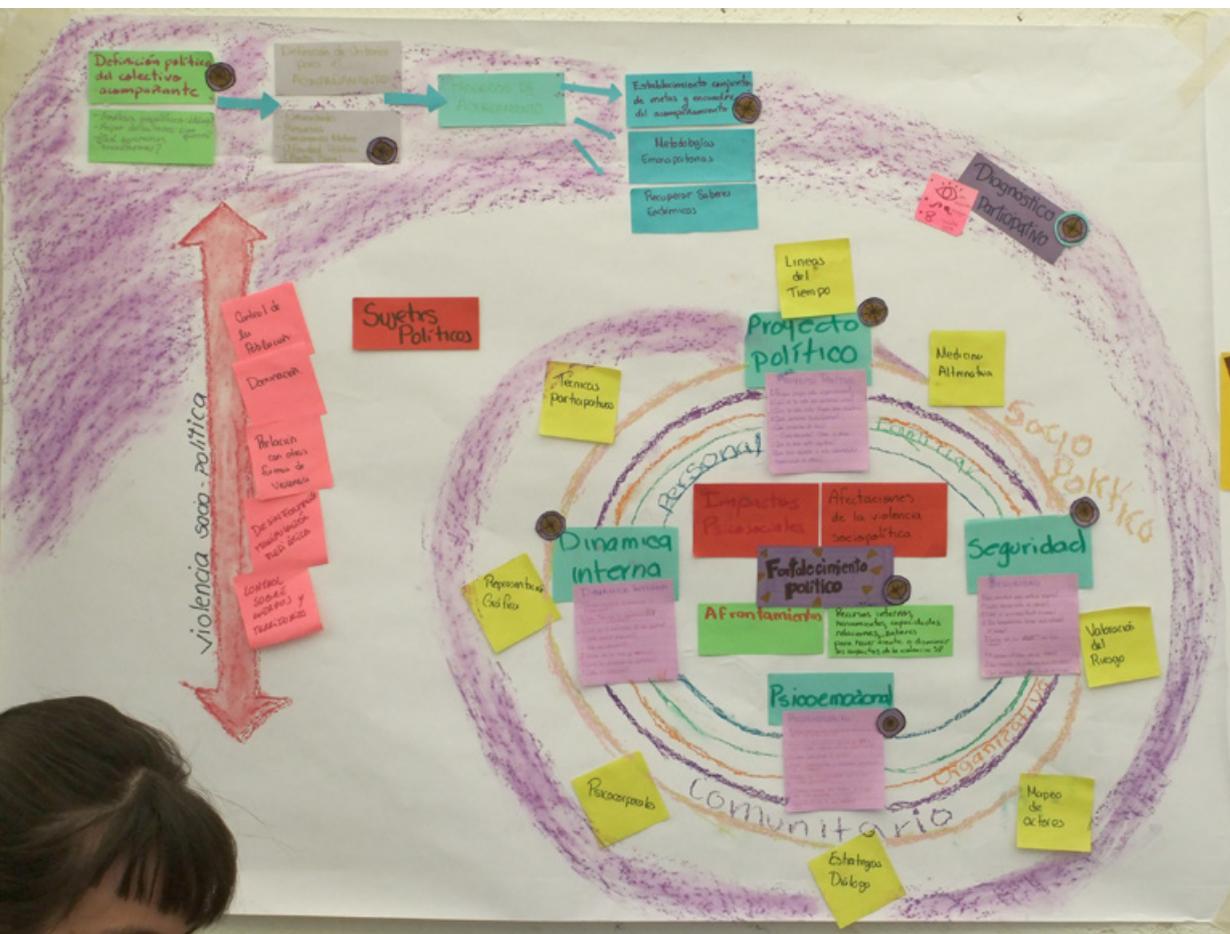


sen eine GG1-Kennung (Gleichberechtigung der Geschlechter als Nebenziel) und fünf Vorhaben eine GG2-Kennung (Gleichberechtigung der Geschlechter als Hauptziel) nach OECD-DAC laufend oder in Planung (Stand Dezember 2019). Bei den 1757 ODA-Projekten des Auswärtigen Amts im Zeitraum 2017–2020 hatten insgesamt 1526 Projekte (86,9 Prozent) Geschlechtergerechtigkeit als wichtiges Nebenziel und 231 Projekte (13,2 Prozent) verfolgten sie als Hauptziel.

Die **Bundesregierung bildet deutsches Militär-, Polizei- und ziviles Personal regelmäßig zur Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit fort**. Die Fortbildungen des Militärpersonals werden vor allem im Rahmen des Militärbeobachter-Lehrgangs am VN-Ausbildungszentrum in Hammelburg durchgeführt, (siehe Maßnahmen in Schwerpunkt 2). Die Trainingszentren der deutschen Polizei setzen das von den VN vorgegebene Curriculum für Basisseminare und die darin enthaltenen Unterrichtseinheiten zur Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit, zu sexualisierter Gewalt und Ausbeutung sowie zum Schutz von Zivilpersonen konsequent

um. Diese sind für alle Polizeibeamtinnen und -beamte, die für einen Friedenseinsatz vorgesehen sind, verpflichtend. Außerdem werden die Seminare „Frauen, Frieden und Sicherheit“ in Kooperation mit dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) weitergeführt, ebenso wie das Train-the-Trainers-Seminar, das Vermittlung von Inhalten zum Thema Prävention und Strafverfolgung von Sexualdelikten und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen zum Inhalt hat. Vermittelt werden die Inhalte der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit, internationales Recht zum Verbot von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und Präventionsansätze. Darüber hinaus werden Standards für die Strafverfolgung und den traumasensiblen Umgang mit Überlebenden besprochen. Die Teilnehmenden werden befähigt, die Trainingsinhalte selbständig in zukünftigen Trainings zu vermitteln.

Der Grundkurs zur Einsatzvorbereitung (Comprehensive Generic Training Peace Operations) enthält außerdem ein Modul zum Thema „Preventing Sexual Exploitation and



© ALUNA



Außenminister Maas, der Außenminister Jordaniens, Ayman Safadi, und die schwedische Außenministerin Ann Linde im Rahmen des Außenministertreffens der Stockholm Initiative für nukleare Abrüstung im Januar 2021.

Abuse“ sowie ein Modul zu Frauen, Frieden und Sicherheit („Women, Peace & Security reloaded: Gender-sensitive Approaches in Peace Missions“). Das ZIF führt auch Fortbildungen im Rahmen einzelner Missionen durch, so 2019 in der OSZE Special Monitoring Mission to Ukraine zu „Gender Awareness“.

Im **Abrüstungs- und Rüstungskontrollbereich** wurde im Berichtszeitraum die Teilhabe von Frauen im Biosicherheitsprogramm der Bundesregierung gestärkt. Projektkomponenten wurden um genderspezifische Inhalte erweitert. In Rüstungsexportkontrollprozessen wird bei der Risikoanalyse möglicher Menschenrechtsverletzungen konsequent auch das Risiko mitbewertet, ob mit jeweils beantragten Rüstungsgütern schwerwiegende Akte sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt oder schwerwiegende Gewalt gegen Frauen und Mädchen verübt werden könnten (Vertrag über den Waffenhandel, Art. 7(4)).

Im Bereich Kleinwaffenkontrolle und -abrüstung werden antragstellende Organisationen dazu aufgefordert, in ihren Projektanträgen ausführlich auf die Rolle von Gender sowie ihren Beitrag zur Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit einzugehen. Außerdem wird ihnen nahegelegt, bei Projektaktivitäten Frauen zu mindestens 30 Prozent zu beteiligen und Bezug zu dem Handbuch „Gender-responsive Small Arms Control: A Practical Guide“ des Forschungsinstitutes Small Arms Survey sowie den VN-

Standards „Modular Small-arms-control Implementation Compendium“ (MOSAIC), zu nehmen.

Zur Bekämpfung illegaler Waffenströme fördert die Bundesregierung die Entwicklung regionaler Fahrpläne. Diese basieren auf abgestimmten Bedarfsanalysen, Zielen und Indikatoren zwischen internationalen Gebern und regionalen und nationalen Akteur*innen. In Anlehnung an die deutsch-französische Kleinwaffeninitiative auf dem westlichen Balkan werden auch in anderen regionalen Prozessen Gendermainstreaming und die Teilhabe von Frauen gefördert und durch Projektarbeit unterfüttert. Dafür arbeitet die Bundesregierung mit dem United Nations Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean (UNLIREC) sowie mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) zusammen. Durch Kapazitätsaufbau, Forschungsaktivitäten, Konferenzen und Webinare stärkt das von Deutschland gegründete überregionale Netzwerk für gleichberechtigte Kleinwaffenkontrolle (Gender Equality Network for Small Arms Control, GENSAC) die Expertise seiner Mitglieder und trägt zur Verbesserung der Datengrundlage zum Thema gendersensible Kleinwaffenkontrolle und Abrüstung bei. Deutschland unterstützt zudem das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) in der Entwicklung von Trainingsmodulen zu Munitionsmanagement und Gender.

Im Bereich der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle hat die Bundesregierung die Berücksichtigung einer genderspezifischen Perspektive durch die Nominierung einer Expertin aus dem Forschungszentrum Jülich für die „VN-Expertenkommission zu nuklearer Abrüstungsverifikation“ gefördert.

In jenen **Projekten, die im Rahmen der Extremismusprävention durch die Bundesregierung gefördert werden**, wird die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit nicht sys-

tematisch durch einen speziellen Marker erfasst oder in den Projektanträgen eingefordert. Dennoch gab es im Berichtszeitraum einige Entwicklungen hin zu einer querschnittmäßigen Berücksichtigung der WPS-Agenda in Projekten zur Vorbeugung von gewalttätigem Extremismus. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ fördert zur Vorbeugung von Rechtsextremismus, islamistischem Extremismus und linkem Extremismus Modellprojekte, die schwerpunktmäßig geschlechterspezifische Aspekte der Extremismusprävention berücksichtigen. Zudem berücksichtigt das Bundesprogramm auch Wechselwirkungen zwischen Extremismus und Antifeminismus und sieht genderspezifische Aspekte als Querschnittsmaßnahme. Darüber hinaus förderte die Bundesregierung im Rahmen ihrer Projektarbeit zur Extremismusprävention genderspezifische Aktivitäten, beispielsweise in der Arbeit mit jungen Menschen auf den Philippinen. Die Jugendlichen wurden im Bereich Friedensentwicklung und gewaltfreier Konfliktbearbeitung gestärkt und sollen so vor Radikalisierung und Rekrutierungsversuchen durch bewaffnete Gruppen bewahrt werden. Ein weiteres Projekt der Bundesregierung förderte die Rechte von Frauen durch Stärkung ihrer Führungsqualitäten, um dadurch und mittels anderer geschlechtsspezifischer Ansätze gewalttätigen Extremismus in den nigerianischen Staaten Borno und Yobe entgegenzuwirken.



© IOM
 Psychosoziale Unterstützung für Frauen, die ehemals mit extremistischen Gruppen affiliiert waren, von Deutschland gefördertes Projekt der IOM in Baidoa, Somalia.

Schlussfolgerungen

Mainstreaming der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit wird in vielen relevanten Bereichen sowohl auf strategischer wie auf Projektebene und bei Trainingsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt. Abrüstungs- und Rüstungskontrolle sowie Extremismusprävention sind zwei Tätigkeitsfelder der Bundesregierung, die von einer noch stärkeren Querschnittverankerung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit profitieren könnten. Gewalttätiger Extremismus verursacht Krisen, verlängert Konflikte und mindert Erfolgsaussich-

ten in der Friedenskonsolidierung. Deshalb ist das Thema der Prävention und Bekämpfung von Extremismus in den Stabilisierungsansatz des Auswärtigen Amtes eingebettet. Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des Staates sollen erhöht und der Einfluss von bewaffneten, insbesondere terroristischen und kriminellen Gruppen, sowie deren Operationsradius und damit auch Rekrutierungsgrundlage reduziert werden.

Fortbildungen zu Frauen, Frieden und Sicherheit für Teilnehmende an Polizeimissionen

Die Trainingszentren der deutschen Polizei, in denen auf friedenssichernde Einsätze der Vereinten Nationen sowie auf Missionen der Europäischen Union vorbereitet wird, haben im Berichtszeitraum die Inhalte ihrer Seminare stärker auf die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit ausgerichtet. Themenbezogene Seminare waren nicht nur bei deutschen Polizist*innen und deutschen zivilen und militärischen Teilnehmenden gefragt. Vielmehr wurde das gute Netzwerk der Institute genutzt, die Inhalte auch an andere polizeistellende Staaten, sowie Angehörige von internationalen Einsätzen zu vermitteln. Die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg hat im Auftrag der Bund-Länder Arbeitsgruppe für Internationale Polizeimissionen und in Kooperation mit der Trainingspartnerplattform im Berichtszeitraum neun Seminare (jeweils eine Woche) „Frauen, Frieden und Sicherheit“ mit insgesamt 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Davon waren 52 internationale Teilnehmende aus Ländern bzw. Missionen wie z. B. Brasilien, Kanada, Niederlanden, Ghana, Pakistan, Estland, Polen, Ruanda, Peru etc; UNAMID, UNIFIL, MONUSCO, MINUSCA. Darüber hinaus wurden sieben Seminare zur Ausbildung von Trainern zur „Strafverfolgung und Prävention von sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Konfliktgebieten“ durchgeführt (jeweils zwei Wochen). Im Rahmen dieser Trainings wurden insgesamt 104 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu SGBV-Trainerinnen und Trainern ausgebildet. 87 der Teilnehmenden kamen aus Ländern bzw. Missionen wie z. B. Ghana, Niederlanden, Niger, Österreich, Estland, Dänemark, Ukraine, Finnland, Burundi, Philippinen, Argentinien, Schweden, Spanien, Großbritannien, UNAMID, UNMISS, EUFOR Bosnien, MINUSMA, EUBAM Libya. Seit 2019 wird dieses Training auch im Rahmen des Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskollegs angeboten und findet in Kooperation mit der *Swedish National Courts Administration* statt, um das gesamte Strafverfahren abbilden zu können. Durch die Öffnung der Kurse für einen internationalen Teilnehmendenkreis wird die dringend benötigte Fachexpertise im Bereich WPS den Missionen – auch unabhängig von der Beteiligung deutscher Polizist*innen an dem jeweiligen Einsatz – zugänglich gemacht.



Die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg führt im Auftrag der Bund-Länder Arbeitsgruppe für Internationale Polizeimissionen und in Kooperation mit der Trainingspartnerplattform Seminare zu den Themen „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und zu „Strafverfolgung und Prävention von sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Konfliktgebieten“ durch

SCHWERPUNKT IV

Den Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und internationaler Ebene verbessern sowie der Straflosigkeit von Tätern entgegenwirken.



Binnenvertriebene aus dem anglophonen Norden Kameruns nehmen an einer Kampagne zur Prävention sexualisierter Gewalt bei, die gleichzeitig die Einkommensmöglichkeiten Binnenvertriebener stärkt.

SCHWERPUNKT IV

Den Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und internationaler Ebene verbessern sowie der Straflosigkeit von Tätern entgegenwirken.

Unser Ansatz

Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt passiert nicht in einem Vakuum: Sie ist häufig Ausdruck und Folge struktureller geschlechtsspezifischer Ungleichheit, die sich in schädlichen gesellschaftlichen Normen und Geschlechterstereotypen ausdrückt. Sie steht außerdem in Wechselwirkung mit steigender gesellschaftlicher Gewaltbereitschaft, Militarisierung, der Verbreitung von Kleinwaffen und leichten Waffen, Flucht und Vertreibung, dem Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit, sowie der Nähe bewaffneter Personen zur Zivilbevölkerung¹. Konfliktbezogene sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird vor, während und nach bewaffneten Konflikten verübt.

Die Bundesregierung orientiert sich dabei an der Definition, die der VN-Generalsekretär seinem jährlichen Bericht zu konfliktbezogener sexualisierter Gewalt² zugrunde legt. Sie liefert einen Einblick in die Vielschichtigkeit sexualisierter Gewalt:

Konfliktbezogene sexualisierte Gewalt bezeichnet Vergewaltigungen, sexuelle Sklaverei, erzwungene Prostitution, erzwungene Schwangerschaft, erzwungene Abtreibung, erzwungene Sterilisierung, Zwangsheirat und jede andere Form sexueller Gewalt von vergleichbarer Schwere, die an Frauen, Mädchen, Männern, Jungen, [sowie Menschen jeder sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, Anm. Bundesregierung] im Zusammenhang mit einem Konflikt verübt wird. Der Zusammenhang zu einem Konflikt kann im Profil des Täters oder der Täterin liegen, der oder die beispielsweise Teil staatlicher oder nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen oder terroristischer Netzwerken sein kann, oder im Profil des Opfers, das häufig

tatsächliches oder mutmaßliches Mitglied einer verfolgten politischen, ethnischen oder religiösen Minderheit ist oder aufgrund seiner tatsächlichen oder mutmaßlichen sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verfolgt wird; im Klima der Straflosigkeit, das allgemein mit dem Zusammenbruch des Staates einhergeht; in grenzübergreifenden Konsequenzen, wie Vertreibung oder Menschenhandel; und/oder in Verletzung der Vorgaben von Waffenstillstandsvereinbarungen. Der Begriff umfasst auch Menschenhandel zum Zweck sexueller Gewalt und/oder Ausbeutung, wenn er in Konfliktsituationen verübt wird.

Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt hat auf individueller, familiärer, gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene drastische Folgen. Überlebende erfahren nicht nur häufig zu wenig medizinische, rechtliche und psychosoziale Unterstützung, sie sind oft sozialem Stigma ausgesetzt, werden aus ihren Gemeinschaften vertrieben und haben keine Einkommensmöglichkeiten. Besonders betroffen sind auch aus Vergewaltigung geborene Kinder und deren Mütter. Das soziale Stigma kann auch zum Zusammenbruch von Familien und Gemeinschaften beitragen. Ein nachhaltiger Friedensprozess muss daher auch daran ansetzen, sexualisierte und geschlechtsspezifische Verbrechen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene aufzuarbeiten, zu Gerechtigkeit beizutragen, Stigmata zu überwinden und Überlebenden die Unterstützung zu geben, die sie benötigen.

Auch hier muss ein umfassender Ansatz alle Aspekte der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit im Blick behalten: Ein effektiver Präventionsansatz zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt muss gesellschaftliche Ungleichheit überwinden, Rechtsstaatlichkeit stärken und Zugang der Opfer zu Rechtsmitteln verbessern. Er muss ebenso der Straflosigkeit entgegenwirken (siehe Schwerpunkt Prävention). Rechenschaftspflicht muss in allen Kontexten gestärkt werden, auf nationaler und bei Völkerstrafataten auch auf internationaler Ebene. Alle Maßnahmen müssen einem überlebendenzentrierten Ansatz folgen und die Bedürfnisse der Überlebenden ins Zentrum stellen: In allen Kontexten

1 Generalsekretär der Vereinten Nationen (2020), 11th Report Of The Secretary General On Conflict-Related Sexual Violence, Factsheet, <https://www.un.org/sexualviolenceinconflict/factsheet-11th-annual-report-of-sg-on-conflict-related-sexual-violence-crsv/>

2 Generalsekretär der Vereinten Nationen (2020), Conflict-Related Sexual Violence, Report of the United Nations Secretary General, S. 3, <https://www.un.org/sexualviolenceinconflict/wp-content/uploads/2020/07/report/conflict-related-sexual-violence-report-of-the-united-nations-secretary-general/2019-SG-Report.pdf> [inoffizielle Übers. d. Verf.]

sollten Opfer und Überlebende Zugang zu bedarfsorientierter rechtlicher, medizinischer und psychosozialer Versorgung haben. Dies beinhaltet auch sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte. Strafverfolgung im Einzelfall dient

auch der Anerkennung des Unrechts, das Überlebenden widerfahren ist, und muss die Bedürfnisse der Überlebenden zu jedem Zeitpunkt im Blick haben. Wiedergutmachungsmaßnahmen sind ein Teil davon.

Unsere Ziele

Um den Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und internationaler Ebene zu verbessern und der Straflosigkeit entgegenzuwirken, hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt,

- deutsches Militär-, Polizei- und ziviles Personal vor dem Einsatz in einer Friedensmission zum Thema sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt, auch durch Peacekeeping-Truppen selbst, zu schulen und zu sensibilisieren;
- umfassende Maßnahmen zum Schutz und zur medizinischen, psychosozialen und rechtlichen Unterstützung von Überlebenden sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern sowie einer generationenübergreifenden Übertragung der Traumata vorzubeugen; dies schließt Personen jeden Geschlechts unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung ein;
- zum Schutz von Frauen und Mädchen vor sexualisierter Gewalt in Herkunftsländern und Fluchtkontexten beizutragen;
- Bedürfnisse von Frauen und Mädchen, sowie Schutz vor sexualisierter Gewalt auch im Kontext der Gestaltung humanitärer Maßnahmen zu berücksichtigen;
- weiter die Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts zu erfüllen, bei anderen Staaten für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu werben, die Verfolgung von Völkerstraftaten zu fördern, einschließlich der Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit;
- sexualisierte oder geschlechtsspezifische Gewalttaten durch Personal in Friedensmissionen zu ahnden;
- sich weltweit für Gesetzesreformen einzusetzen, mit denen Vergewaltigung und weitere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt als strafrechtliche Tatbestände anerkannt werden;
- eine gendersensible Strafverfolgung von Völkerstraftaten zu fördern; und
- Übergangsjustiz gendersensibel zu gestalten und sich für weitere Maßnahmen zur Aufarbeitung von Konflikten und die soziale Anerkennung des Unrechts einzusetzen.

Unsere Aktivitäten

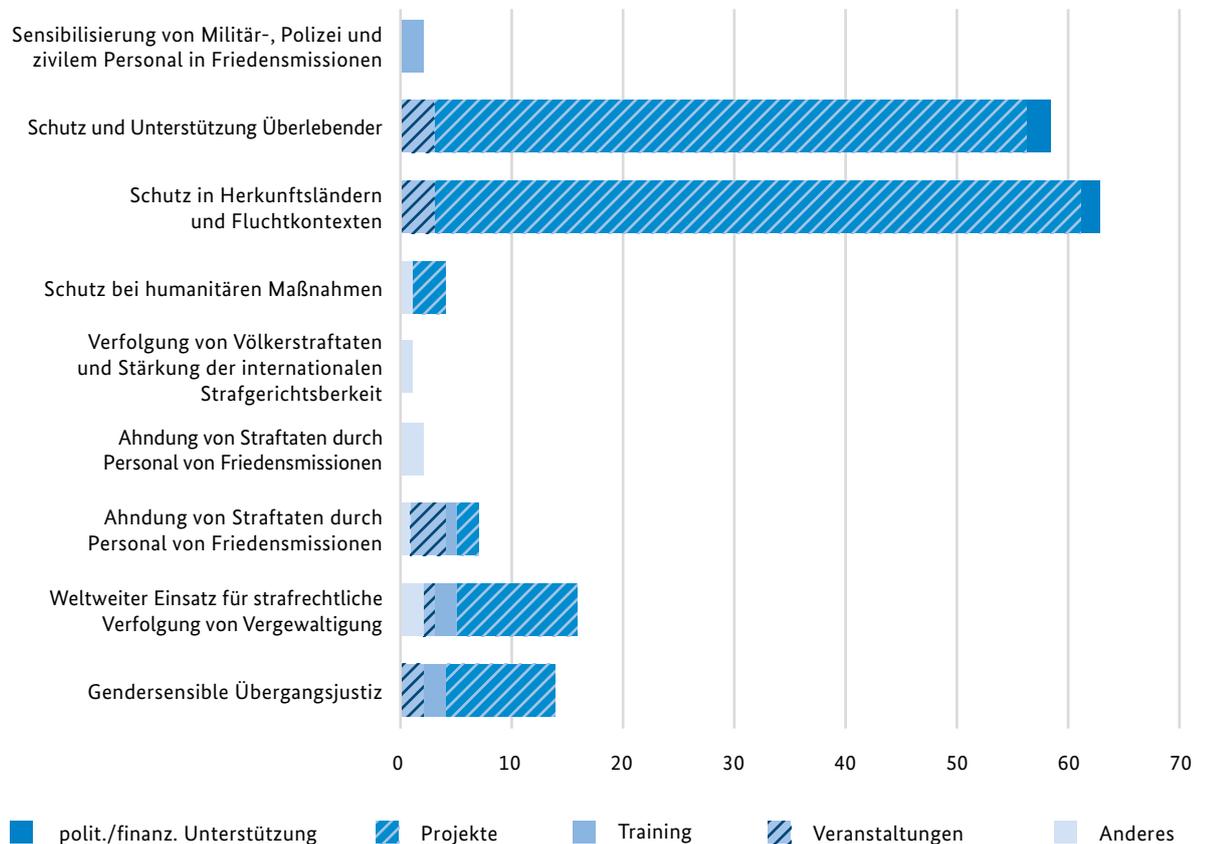
Mit 169 Aktivitäten hat die Bundesregierung im Berichtszeitraum im Schwerpunkt Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt und Unterstützung von Überlebenden die zweitmeisten Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans umgesetzt. Ein besonderer Fokus lag dabei auf Maßnahmen zur Umsetzung eines überlebendenzentrierten Ansatzes, darunter der Verbesserung der rechtlichen, medizinischen und psychosozialen Unterstützung Überlebender, auch in Herkunftsländern und Fluchtkontexten und im Zuge der Gestaltung humanitärer Maßnahmen, sowie zur Gestaltung gendersensibler und überlebendenzentrierter Übergangsjustiz (insgesamt 123 Maßnahmen). Ein zweiter Schwerpunkt lag auf der Überwindung der Straflosigkeit,

durch Förderung der internationalen Gerichtsbarkeit, Verfolgung von Völkerstraftaten und Förderung gendersensibler Gesetzesreformen.

Diese beiden Elemente konnten auch in der im April 2019 unter deutschem VN-Sicherheitsratsvorsitz verabschiedeten VN-Sicherheitsratsresolution 2467 stark verankert werden.

Im September 2017 hat die Bundesregierung einen von den VN erarbeiteten *Compact* zur **Bekämpfung von Sexual Exploitation and Abuse (SEA) in Friedensmissionen** unterzeichnet. Deutschland verpflichtet sich darin, Fällen nachzugehen, in denen deutsches Personal verdächtigt wird, und

Zahl und Verteilung der Aktivitäten zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und zur Unterstützung Überlebender



präventive Maßnahmen zu ergreifen. Im September 2017 hat VN-Generalsekretär Guterres neben dem *Compact* auch einen *Circle of Leadership* (CoL) ins Leben gerufen, um ein politisches Signal des Engagements gegen SEA auf höchster Ebene der VN-Mitgliedstaaten zu senden. Für Deutschland gehört Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel dem CoL an. Über einige **Maßnahmen zur Sensibilisierung und Ausbildung von Personal in Friedensmissionen zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, auch durch Friedensmissionen**, wurde bereits unter dem Schwerpunkt der Querschnittverankerung³ berichtet. Dies umfasst zwei Module zu „Schutz vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch“ (*Protection against sexual exploitation and abuse, P-SEA*) im Rahmen des Grundkurses für Friedensmissionen (*Comprehensive Generic Training Peace Operations; CGTPO*), der drei Mal jährlich durch das Auswärtige Amt abgehalten wird, sowie die Umsetzung des von den VN vorgegebenen Curriculums für Basisseminare, darunter der Unterrichts-

einheiten zu sexualisierter Gewalt und Ausbeutung sowie den Schutz von Zivilpersonen für alle Polizeibeamt*innen, die für einen Friedenseinsatz vorgesehen sind. Auch das *Train-the-Trainer*-Seminar „Prävention und Strafverfolgung von Sexualdelikten und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ wird durch das BMI regelmäßig abgehalten. Zusätzlich wurden durch das BMVg weitere Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zur Thematisierung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt umgesetzt. Im Rahmen der andauernden Maßnahme „Gute Führung von Anfang an vermitteln“ wurden Unterrichts- und Ausbildungshilfen zu über 100 Themen aus dem Bereich der Inneren Führung entwickelt. Sie richten sich insbesondere an das ausbildende Personal in Lehreinrichtungen der Bundeswehr und behandeln unter anderem die Themen Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Mobbing/Bossing sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung. Informationen zum Thema Prävention von Diskriminierung und sexueller Belästigung sind zudem für alle Ausbildungseinrichtungen und Dienststellen der Bundeswehr online abrufbar.

³ Ziel 3c) Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, deutsches Militär-, Polizei und ziviles Personal zu den Prinzipien der Resolution 1325 kontinuierlich fortzubilden.



Friedensnobelpreistägerin Nadia Murad spricht bei der offenen Debatte des UN Sicherheitsrats zu Sexualisierter Gewalt in Konflikten 2019 unter dem Vorsitz von Bundesaußenminister Heiko Maas. Neben ihr ihre Anwältin Amal Clooney und Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege.

Die Bundeswehr hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder Vorfällen mit sexuellem Bezug entgegenzuwirken. So wird im Rahmen der Lehr- und Ausbildungsinhalte der verschiedenen Laufbahnen, von der Grundausbildung bis zum Offizierslehrgang und auch in der einsatzvorbereitenden Ausbildung, über die Themenbereiche Prävention und rechtliche Konsequenzen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie sexuelle Ausbeutung und Missbrauch informiert. Ziel ist die diesbezügliche Sensibilisierung der Soldat*innen.

Maßnahmen zum Schutz und zur rechtlichen, medizinischen und psychosozialen Unterstützung Überlebender sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, auch in Flucht Kontexten und durch Maßnahmen der humanitären Hilfe und strukturbildenden Übergangshilfe⁴, umfassen eine große regionale und thematische Bandbreite. In erster Linie wurden Projekte zur direkten Unterstützung in spezifischen Ländern und Kontexten gefördert. Neben Maßnahmen zur direkten medizinischen, mentalen und psychosozialen, rechtlichen und sozioökonomischen Unterstützung Überlebender umfassten die Projekte auch gesellschaftliche Bewusstseinsbildung, sowie den Aufbau von Netzwerken.

Im Bereich mentale Gesundheit und psychosoziale Unterstützung (MHPSS) verstärkte das BMZ sein Engagement sowohl in der Umsetzung entsprechender Projekte als auch auf internationaler Ebene, indem es beispielsweise gemeinsam mit UNICEF im Juli 2018 ein MHPSS-Expertentreffen

veranstaltete und die Bundesregierung bei der internationalen Konferenz zu MHPSS im Krisenkontext in Amsterdam im Oktober 2019 vertrat und entwicklungspolitische Schwerpunkte einbrachte.

Umfassende und vielseitige **Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels** wurden in enger Abstimmung zwischen den Bundesressorts, Ländern und der Zivilgesellschaft durchgeführt. Koordiniert werden diese Maßnahmen nach wie vor durch die seit 1999 bestehende Bund-Länder Arbeitsgruppe Menschenhandel, in der Bund, Länder und zivilgesellschaftliche Akteur*innen regelmäßig Erfahrungen austauschen und Synergien schaffen. Ein detaillierter Bericht zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung des Menschenhandels wurde im Oktober 2020 beim Expertengremium des Europarats (GRETA) eingereicht.

Die wirtschaftliche Stärkung Betroffener, darunter auch von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und aufnehmenden Gemeinden war ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung. Humanitäre Maßnahmen zur Unterstützung Überlebender konzentrierten sich vor allem auf **Prävention von und Reaktion auf sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt in humanitären Kontexten**. So wurden im Berichtszeitraum 127 Projekte mit Komponenten zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt gefördert. Der Sonderhilsaufruf des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu sexualisierter Gewalt, der Maßnahmen insbesondere in Kontexten bewaffneter Konflikte abdeckt, wurde jährlich gefördert. Einzelvorhaben wurden weltweit unterstützt. So wurden beispielsweise in der Tschadsee region und der Zentralafrikanischen Republik Zuwendungen für die NROs Plan International und das International Rescue

⁴ Dies umfasst die Ziele 4 b, c, und d des Aktionsplans.

Committee ausgeweitet, um die Versorgung von Überlebenden zu verbessern, Präventionsmaßnahmen durchzuführen, und ein „Case-Management-System“ für die Versorgung von Überlebenden einzuführen. In Tansania wurden Maßnahmen gefördert, die jungen burundischen Geflüchteten Schutz vor Gewalt und Ausbeutung bieten und Zugang zu psychologischer Unterstützung ermöglichen. Durch gender- und altersgerechte Weiterbildungsangebote sowie Zugang zu Leistungen sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte soll die Resilienz gestärkt und Vulnerabilität gemindert werden.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte wurden meist im Rahmen umfassender Maßnahmen zur Unterstützung Überlebender oder der Teilhabe von Frauen an politischen, gesellschaftlichen oder entwicklungspolitischen Prozessen thematisiert. In El Salvador wurden auch kleinere Projekte zur rechtlichen Unterstützung von Frauen umgesetzt, die aufgrund des staatlichen Umgangs mit Schwangerschaftsabbrüchen in Haft sind. In Afghanistan wurde ein Pilotprojekt zur Erarbeitung klinischer Richtlinien im Umgang mit Männern und Jungen, die Opfer sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt wurden, gefördert. Politische und finanzielle Unterstützung von Maßnahmen und Initiativen zur Stärkung von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten fanden auch auf nationaler Ebene statt. So förderte das BMFSFJ 2020 beispielsweise das Projekt „Stärkung des Rechts auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung durch digitale (Verhütungs-)beratung mit Videodolmetschen“ des pro familia Bundesverbandes.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Bundesregierung lag zudem auf der **Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit, des Justizsektors in Partnerländern und der Bekämpfung der Straflosigkeit von Täter*innen und Tätergruppen.**

Inbesondere unterstützt die Bundesregierung den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) als zentrale Institution zur gerichtlichen Verfolgung von Völkerstraftaten. Für den Haushalt des IStGH ist Deutschland nach Japan der zweitgrößte Beitragszahler. Zudem stellte die Bundesregierung regelmäßig freiwillige Beiträge zugunsten des IStGH-Treuhandfonds für Opfer bereit. Die Bundesregierung setzt sich darüber hinaus politisch für die Universalität des IStGH ein und wirkte u. a. als Mitglied der Vertragsstaatenversammlung aktiv an den Rahmenbedingungen für dessen effektives Funktionieren mit. Die Bundesregierung setzte sich ferner während des Berichtszeitraums für die Stärkung der materiellen Grundlagen des Völkerstrafrechts ein und arbeitete gemeinsam mit Partnern an dem Projekt einer internationalen Konvention zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf Basis der entsprechenden Vorarbeiten

der *International Law Commission* (ILC). Entsprechende Bemühungen werden auch künftig fortgesetzt.

Die internationale Strafgerichtsbarkeit konnte durch Leistung von Rechts- und Vollstreckungshilfe unterstützt werden. In mehreren Fällen wurden umfangreiche Rechtshilfeersuchen erfüllt. In vier Fällen werden Haftstrafen des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) bzw. des Internationalen Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (IRMCT) in Deutschland vollstreckt. Das BMJV engagiert sich auch für die Fortbildung der deutschen Richter*innen sowie Staatsanwält*innen im Humanitären Völkerrecht und Völkerstrafrecht. So wurde im April 2018 bei der Deutschen Richterakademie (DRA) die Fortbildung „Humanitäres Völkerrecht und Völkerstrafrecht – Grundlagen und aktuelle Entwicklungen“ veranstaltet. Ein besonderer Fokus lag hier auf dem Erfahrungsaustausch mit Praktiker*innen, z. B. von internationalen Strafgerichten.



Die Hälfte aller Frauen und fast alle Mädchen, die in Afghanistan im Gefängnis sitzen, sind wegen sogenannter „moralischer Verbrechen“ inhaftiert – wegen Ehebruchs, der noch dazu häufig eine Vergewaltigung war. Mit deutscher Unterstützung berät Medica Afghanistan Frauen und Mädchen, die von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind.

© medica Afghanistan

Eine umfassende internationale Strafverfolgung und Ahndung von Verbrechen z. B. in Irak, Myanmar und Syrien war bislang nicht möglich. Häufig scheiterte eine Befassung des Internationalen Strafgerichtshofs an Blockaden im VN-Sicherheitsrat. Auch die nationalen Systeme stoßen mit der Strafverfolgung vor Ort an ihre Grenzen bzw. wollen Taten von Regierung und Militär überhaupt nicht oder nur sehr zögerlich und auf internationalen Druck hin verfolgen. Darauf hat die internationale Gemeinschaft mit der Schaffung von Beweissicherungsmechanismen (UNITAD, IIIM, II MM) reagiert. Diese neuen Mechanismen haben auch besondere Expertise zur Dokumentation von sexualisierter und

geschlechtsspezifischer Gewalt aufgebaut. Die Bundesregierung unterstützte die Arbeit dieser Mechanismen finanziell und politisch.

Zur **wirkungsvollen Bekämpfung von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt durch Personal in Friedensmissionen** richtete das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) im Dezember 2019 einen Beschwerdemechanismus zu sexueller Ausbeutung und Missbrauch ein: Mitarbeitende, inklusive Sekundierte, können sich als Betroffene oder als Zeug*innen an das ZIF wenden. Das ZIF-interne Beschwerdegremium überprüft den Sachverhalt. Bei strafrechtlichen Anhaltspunkten werden die Informationen den deutschen Ermittlungsbehörden zugeleitet.



Die kamerunische Organisation HOFNA kombiniert einen Präventionsansatz vor geschlechtsspezifischer Gewalt mit Maßnahmen zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit. Auf diese Art soll eine der Ursachen sexualisierter Gewalt bekämpft werden.

Darüber hinaus ist, sofern nicht das Völkerstrafgesetzbuch anwendbar ist, die Strafverfolgung von Personal in Friedensmissionen Ländersache. Nach § 1a Absatz 2 des Wehrstrafgesetzes (WStG) gilt das deutsche Strafrecht unabhängig vom Recht des Tatortes auch für Taten, die ein Soldat oder eine Soldatin während eines dienstlichen Aufenthaltes oder in Beziehung zum Dienst im Ausland begeht. Das deutsche Strafrecht gilt damit auch für Straftaten von Soldat*innen der Bundeswehr in Friedensmissionen im Ausland und umfasst auch sexuelle oder geschlechtsspezifische Gewalttaten.

Die Zentrale Dienstvorschrift A-2160/6 „Wehrdisziplinarordnung und Wehrbeschwerdeordnung“ für Soldat*innen trifft konkrete Regelungen zum Umgang mit sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in der Bundeswehr. Derzeit wird eine aktualisierte zentrale Regelung zum Umgang mit Sexualität, diskriminierendem Verhalten und sexueller Belästigung entwickelt. Diese Regelung, die sich an sämtliche Angehörige der Bundeswehr richten soll, be-

inhaltet unter anderem Ausführungen zu den einschlägigen gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen, Maßnahmen zur Prävention und Reaktion, zu treffende Maßnahmen von Vorgesetzten bei Verdachtsfällen, Maßnahmen zum Opferschutz, diesbezügliche Ansprechstellen und entsprechende Merkblätter. Durch diese Regelung soll Disziplinarvorgesetzten und Dienststellenleitungen sowie Betroffenen und Angehörigen der Bundeswehr die notwendige Sicherheit und Handlungshilfe im Umgang mit dieser Thematik verschafft werden.

Das BMJV setzt sich insbesondere über die Deutsche Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ) für **rechtsstaatliche Reformen in anderen Staaten** ein, u. a. auch zur Stärkung des nationalen Strafrechts. Beispielsweise zu nennen ist hier eine von der IRZ veranstaltete deutsch-georgische Konferenz zu Reformen im georgischen Strafgesetzbuch zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention).

Menschenrechtliche und entwicklungspolitische Projekte zielen außerdem auf den grundsätzlichen Zugang von Frauen zu Gerichtsbarkeit ab, der häufig nicht nur durch rechtliche, sondern auch durch soziale Barrieren behindert wird. Diese Projekte hatten Wissensvermittlung, Bewusstseinsbildung und Kapazitätsaufbau lokaler Rechtsinstitutionen zum Ziel. Das Auswärtige Amt unterstütze außerdem das Expert*innenteam zu Rechtsstaatlichkeit und sexueller Gewalt der Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs zu sexualisierter Gewalt in Konflikten. Ziel des 2009 durch Resolution 1888 gegründeten Teams ist es, nationale Behörden bei der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen, um Täter*innen konfliktbezogener sexualisierter Gewalt häufiger und effektiver zur Verantwortung zu ziehen. Das Team arbeitet dazu mit regionalen und nationalen staatlichen und nicht-staatlichen Akteur*innen zusammen, beispielsweise in der DR Kongo, Guinea, Kolumbien, Irak, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik.

Zur **Förderung einer gendersensiblen Gestaltung der Strafverfolgung** wurden im Berichtszeitraum verschiedene Maßnahmen ergriffen und umgesetzt. Mit Wirkung ab 1. Januar 2017 wurde durch das 3. Opferrechtsreformgesetz vom 21. Dezember 2015 ein Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung gesetzlich verankert. Die psychosoziale Prozessbegleitung ist eine besonders intensive Form der nicht-rechtlichen Begleitung vor, während und nach der Hauptverhandlung und umfasst die qualifizierte Betreuung, Informationsvermittlung und Unterstützung im Strafverfahren.

Die Deutsche Richterakademie bietet jährlich für Richter*innen sowie Staatsanwält*innen mehrere Fortbildungsveranstaltungen an, in denen ein Schwerpunkt auf der Sensibilisierung für sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt sowie für genderspezifische Aspekte liegt. Dazu gehören u. a. Tagungen zu den Themen „Gewaltopfer und Strafverfahren“, „Glaubhaftigkeitsbeurteilungen bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch“, „Strafverfolgung bei sexuellem Übergriff“ sowie „Opferschutz“.

Prozessbegleitende rechtliche und psychosoziale Unterstützungsmaßnahmen kamen außerdem beispielsweise in Afghanistan, Myanmar, Südafrika, Nepal und Irak zum Einsatz. Zudem wurde in Konflikt- und Übergangskontexten mit nationalen Institutionen gearbeitet, zum Beispiel in einem Projekt mit den *Women's Initiatives for Gender Justice* in Kolumbien: Die Sondergerichtsbarkeit, die Behörde für die Suche nach Verschwundenen und die Wahrheitskommission werden dabei bei der Erstellung einheitlicher Richtlinien zum Umgang mit sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt beraten. Die Bundesregierung förderte außerdem ein Projekt der *Internationalen Organisation für Migration (IOM)* zur Entwicklung eines Entschädigungsgesetzes in Irak und zwei Projekte der *Mukwege Foundation*



Auch Männer und Jungen werden Opfer sexualisierter Gewalt. Mit deutscher Unterstützung erarbeitet All Survivors Project Richtlinien zur klinischen Behandlung vergewaltigter Männer und Jungen.

zur Entwicklung eines Programms zu Entschädigungs- und Wiedergutmachungsmaßnahmen in Guinea, Mali, Südsudan, Uganda und Ukraine. Basierend auf den Ergebnissen der beiden Projekte wird die *Mukwege Foundation* einen Fonds zur Entschädigung von Überlebenden sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt einrichten.

Schlussfolgerungen

Deutschland wird sich auch weiterhin multilateral und bilateral für Prävention und Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt einsetzen. Dabei werden die Schwerpunkte des überlebendenzentrierten Ansatzes, inklusive der Verbesserung des Zugangs von Überlebenden zur Justiz, Maßnahmen zur Stärkung des Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, sowie der Überwindung der Straflosigkeit noch weiter an Bedeutung gewinnen. Auch weiterhin ist eine enge Zusammenarbeit mit der Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in Konflikten geplant. Der Generalbundesanwalt wird im Bereich des Völkerstrafrechts seinen Schwerpunkt auf der Aufarbeitung von Gewalt gegen Frauen in Konfliktsituationen beibehalten.

Fragen der Entschädigung und Wiedergutmachung, sowie prozessbegleitende rechtliche und psychosoziale Unterstützungsmaßnahmen, ebenso wie die gendertransformative Ausgestaltung von Maßnahmen der Vergangenheitsarbeit werden mit Blick auf die beiden 2019 verabschiedeten Strategien der Bundesregierung zur Unterstützung von Vergangenheitsarbeit und Versöhnung (*Transitional Justice*)⁵ und zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit⁶ weiter an Bedeutung gewinnen. Die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein eigenes Handlungsfeld in der ressortgemeinsamen Strategie zu Vergangenheitsarbeit und Versöhnung – der 3. Nationale Aktionsplan der Bundesregierung bietet die Möglichkeit, weitere konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie in den Blick zu nehmen.

5 Die Bundesregierung (2019), Ressortgemeinsame Strategie zur Unterstützung von „Vergangenheitsarbeit und Versöhnung (Transitional Justice)“ im Kontext von Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2298366/818f4a11299421d6d6b7780b39681dc9/vergangenheit-und-versoehnung-data.pdf>

6 Die Bundesregierung (2019), Ressortgemeinsame Strategie zur Rechtsstaatsförderung im Bereich Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2247428/0f9752f12b9e969bd0bf19a02d7a5f14/rechtsstaatsfoerderung-data.pdf>

PRAXIS BEISPIEL

Resolution 2467: Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Schutz und Unterstützung für Überlebende

Resolution 2467 wurde auf deutsche Initiative in den VN-Sicherheitsrat eingebracht und am 23. April 2019 unter dem Sicherheitsratsvorsitz von Bundesminister Heiko Maas verabschiedet. Sie ist die neunte Resolution der WPS-Agenda.

Resolution 2467 fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, einen Ansatz zur Verhütung und Überwindung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktsituationen umzusetzen, der die Überlebenden in den Mittelpunkt stellt (überlebendenzentrierter Ansatz). Sie behandelt die Notwendigkeit des Zugangs der Überlebenden zu medizinischer und psychosozialer Versorgung, zu Justiz, ihre soziale und wirtschaftliche Wiedereingliederung und das Ziel, z. B. durch Mobilisierung der Gemeinschaft das Stigma sexualisierter Gewalt von den Überlebenden auf die Tatverantwortlichen zu verlagern. Im Hinblick auf Hilfen bezüglich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit für Überlebende bekräftigt die Resolution unter anderem Resolution 2106 (2013) und damit die bestehende Gültigkeit von früher bereits zu diesem Thema vom Sicherheitsrat abgestimmten Formulierungen.



© Thomas Koehler/photothek.net

Vor der Debatte des VN-Sicherheitsrats zum Thema „Sexuelle Gewalt in Konflikten“ unter dem Vorsitz von Bundesaußenminister Heiko Maas mit VN-Generalsekretär Antonio Guterres, Rechtsanwältin Amal Clooney und Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad.

Zur Stärkung der Rechenschaftspflicht ruft Resolution 2467 die Mitgliedstaaten in beispielloser Genauigkeit dazu auf, ihre Rechtsvorschriften zu stärken und die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung von sexualisierter Gewalt zu verbessern. Die Maßnahmen umfassen Opfer- und Zeugenschutzgesetze, rechtliche Unterstützung, spezialisierte Polizeieinheiten und Gerichte, Beseitigung prozeduraler Hindernisse für die Opfer beim Zugang zur Justiz. Die Mitgliedstaaten werden auch ermutigt, das Fachwissen des Sachverständigenteams der Vereinten Nationen in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und sexualisierte Gewalt in Konflikten zu nutzen. Die Resolution regt an, Bemühungen zur Erfassung und Dokumentierung von sexualisierter Gewalt in Konflikten zu intensivieren. Die Sanktionsausschüsse werden nachdrücklich aufgefordert, zielgerichtete Sanktionen gegen diejenigen anzuwenden, die sexualisierte Gewalt in Konflikten begehen, und der Generalsekretär soll sicherstellen, dass die Sachverständigengruppen und Überwachungsteams über speziellen Sachverstand in Geschlechterfragen verfügen. Den besonderen Bedürfnissen Überlebender ist dabei bei allen Bemühungen Rechnung zu tragen.

Darüber hinaus thematisiert Resolution 2467 bisher nicht oder wenig beachtete Themen wie die Rechte und Bedürfnisse von Müttern und deren Kindern, die aus Vergewaltigung geboren wurden; Jungen und Männer als Betroffene sexualisierter Gewalt; sowie Verbindungen zwischen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt und den Zielen, der Ideologie oder Taktik terroristischer Gruppen. Sie betont und stärkt die Rolle der Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene und im Sicherheitsrat.

Deutschland trägt zur Umsetzung von Resolution 2467 im Rahmen seiner bi- und multilateralen Arbeit und seiner Projektförderung bei. Beispielsweise förderte die Bundesregierung die Mukwege-Stiftung 2019 und 2020 bei einem Pilotprojekt zur finanziellen und psychosozialen Unterstützung Überlebender sexualisierter Gewalt und IOM 2020 bei einem ähnlichen Projekt im Irak. Sie unterstützt *medica mondiale* in ihrer ganzheitlichen und traumasensiblen Arbeit mit überlebenden Frauen und förderte 2020 ein Projekt zur Ausarbeitung klinischer Leitlinien für die Behandlung von Jungen und Männern in Afghanistan, die Opfer sexualisierter Gewalt wurden. In Südsudan hat Deutschland 2018 den *South Sudan Reconciliation, Stabilization, and Resilience Trust Fund* mit ins Leben gerufen und ist mit bisher 13 Mio. Euro Einzahlung wichtigster Geber. Der Fonds unterstützt auch Projekte im Bereich der überlebendenzentrierten Bekämpfung von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt, insbesondere durch Prävention und Unterstützung Überlebender. Im Sicherheitsrat setzte sich Deutschland als gewähltes Mitglied 2019 und 2020 für die Verankerung von Sprache der Resolution in Mandaten von VN-Friedensmissionen, u. a. in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO: 2556 (2020)), Südsudan (UNMISS: 2469 (2019), 2514 (2020)), Sudan (UNITAMS: 2524 (2020)), Somalia (UNSOM: 2498 (2019), 2551 (2020)), Zentralafrikanischer Republik (MINUSCA: 2499 (2019), 2552 (2020)), sowie in thematischen Resolutionen zu Terrorismus (2482 (2019)), zu Jugend, Frieden und Sicherheit (2535 (2020)) sowie zu Sicherheitssektorreform (2553 (2020)) ein. Auch in der Arbeit der Sanktionsregime konnte Deutschland die Inhalte der Resolution verankern. So brachte Deutschland gemeinsam mit Partnern seit April 2019 drei Anträge für Listungen in den Sanktionsregimen Zentralafrikanische Republik und Demokratische Republik Kongo mit Bezug zu sexualisierter Gewalt in Konflikten erfolgreich ein.

Verfolgung von Völkerstraftaten zur Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA)

Gewalt gegen Frauen in Konfliktsituationen ist im Bereich des Völkerstrafrechts auch weiterhin ein Ermittlungsschwerpunkt des Generalbundesanwalts (GBA). Dieser ist in Deutschland für die Verfolgung von Straftaten nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch zuständig.

Der GBA hat im maßgeblichen Zeitraum Ermittlungsverfahren gegen 14 Personen im Zusammenhang mit sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt im Rahmen des Angriffs des sogenannten Islamischen Staates (IS) auf die Region Sindschar im Nordirak eingeleitet, von denen in drei Fällen inzwischen Anklage erhoben wurde. Darüber hinaus laufen derzeit zwei Verfahren gegen aus Deutschland stammende Frauen wegen Sklaverei von Frauen und Mädchen, vorwiegend jesidischer Herkunft. Die betreffenden Verfahren gegen Mitglieder des Islamischen Staates (IS) beinhalten regelmäßig zugleich den Strafvorwurf des Menschenhandels zum Zwecke der Versklavung jesidischer Frauen und Mädchen. Des Weiteren führt der GBA seit Januar 2020 gegen mehrere Mitglieder der Terrororganisation „Boko Haram“ ein Ermittlungsverfahren u. a. wegen der Entführung von 200 Schülerinnen der örtlichen Sekundarschule in Chibok/Borno State in Nigeria.

Besonderer Wert wird bei diesen Verfahren auf eine geschlechtergerechte Gestaltung der Strafverfolgung gelegt. Die Vernehmungen von Opferzeuginnen werden zur Vermeidung von Re- und Sekundärtraumatisierungen in Verfahren des GBA ausschließlich durch kultursensibel geschulte polizeiliche bzw. staatsanwaltliche Ermittlerinnen und Dolmetscherinnen durchgeführt.



Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe

Erweiterung individueller und struktureller Handlungskompetenz zur Überwindung von (S)GBV für Geflüchtetenunterkünfte und Gastgemeinden in der kurdischen Region im Irak



Bildungs- und Aufklärungskurs für Männer in einer Binnenvertriebenenunterkunft.

Der Aufbau und die Unterstützung von Beratungsnetzwerken für Frauen mit geschlechtsspezifischen Gewalterfahrungen in Geflüchtetenunterkünften und Gastgemeinden in der Region Kurdistan, Irak, stehen im Zentrum des Projektes von *medica mondiale* und HAUKARI. Es wird von 2018–2021 vom BMZ mit 1,65 Mio. Euro gefördert. Der Mehrebenenansatz kombiniert Qualifizierung, Stärkung und Vernetzung lokaler, zivilgesellschaftlicher und staatlicher Beratungsstrukturen mit präventiver sozialer Arbeit. Dies erfolgt in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern, wie dem Sozialen und Kulturellen Zentrum für Frauen KHANZAD, der People's Development Organisation (PDO) in Sulaimania/Germian-Region, und der Organisation for Human Development (EMMA) in Erbil/Duhok, sowie staatlichen Akteuren, wie dem Directorate for Combating Violence against Women (DCVAW).

Von Projektbeginn bis Ende 2019 erhielten 952 Frauen und 177 Männer qualifizierte Beratung, 1363 Frauen und 140 Männer nahmen an Berufs- und Ausbildungstrainings teil und 6342 Menschen wurden durch Sensibilisierungsmaßnahmen erreicht. 210 Fachkräfte erhielten Supervision und Fortbildung und 853 Mitarbeitende von Gesundheits- und Bildungsinstitutionen nahmen an Sensibilisierungstrainings zu (S)GBV teil.

Das Projekt wirkt auf drei ineinandergreifenden Ebenen: Erste Wirkungsebene ist die Stärkung von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen. Der Zugang zu qualifizierter Beratung, Aufklärung und Schutzräumen wird verbessert. Neben der akuten Krisenberatung werden in Geflüchtetenlagern und Gastgemeinden Bildungs- und Aufklärungsseminare für Frauen und Männer angeboten. Die angebotenen Kurse ermutigen betroffene Frauen, sich Beratung zu suchen. Sie werden selbstbewusster und sensibilisieren auch ihre Familien zum Thema (S)GBV. Einige Frauen haben selbst Kursangebote und Gesprächsgruppen geschaffen und können so auch ihre wirtschaftliche Situation verbessern. Auf mittlerer Wirkungsebene wird mit Fortbildungen und Fachtagungen u. a. für Polizist*innen, Mitarbeiter*innen im Gesundheitsbereich und Journalist*innen die interinstitutionelle Zusammenarbeit zur Eindämmung von (S)GBV verbessert. Auf oberster Wirkungsebene werden im Projektrahmen entwickelte und erprobte Handlungsstrategien zu (S)GBV-Prävention und -Schutz auf ministerieller Ebene verankert und so staatliche Beratungs- und Schutzangebote verbessert.

Durch den Mehrebenenansatz wird der Übergang von direkter Krisenintervention zur langfristigen Stärkung lokaler Beratungsstrukturen gefördert. Der regionsübergreifende Erfahrungsaustausch befördert Lernprozesse und die Debatte zu einer lokal verankerten, kontextualisierten und verantwortungsvollen Beratung von Frauen, die von (S)GBV betroffen sind.

SCHWERPUNKT V

Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ stärken und auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für sie werben.



Deutschland treibt die Entwicklung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit aktiv voran, wie hier bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2020. Im Bild die beiden Friedensaktivistinnen Hamsatu Alamin und Sanam Aderlini.

SCHWERPUNKT V

Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ stärken und auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für sie werben.

Unser Ansatz

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit ist ein Erfolg des multilateralen Systems: Resolution 1325 wurde einstimmig von den Mitgliedern des VN-Sicherheitsrats verabschiedet; Staaten sind nun hauptverantwortlich für die Umsetzung des darin enthaltenen Programms; international tätige Dachorganisationen der Zivilgesellschaft haben intensiv für die Verabschiedung der Resolution 1325 geworben, sprechen besonders relevante Themen an und tragen dazu bei, dass die Stimme der Zivilgesellschaft auch im VN-Sicherheitsrat gehört wird; VN-Organisationen tragen zur Umsetzung bei und werten die Entwicklungen aus. Ebenso wie das multilaterale System die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit hervorgebracht hat, gilt es, sie in **diesem Rahmen auch weiter zu stärken.**

Diese Bemühungen finden im Kontext problematischer globaler Entwicklungen statt: Erstens führt das Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer politischer Strömungen weltweit dazu, dass das multilaterale System politisch und finanziell geschwächt wird. Zweitens geht damit eine teilweise rückläufige Tendenz („Pushback“) in der multilateralen Entwicklung der Menschenrechte einher, die ihre Entsprechungen auf staatlicher Ebene findet und sich beispielsweise in Repressionen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen äußert. Besonders sichtbar wird dies im Bereich der Frauenrechte, wo bisher selbstverständliche Rechte plötzlich erodiert werden. Nirgendwo ist dies sichtbarer als im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte, die zunehmend politisiert werden.

Covid-19 und Frauenrechte

Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen von Covid-19 tragen in vielen Fällen zu einer Verstärkung des „Pushback“ bei. Leider ist weltweit zu beobachten, dass autoritäre Staaten die Krise nutzen, um ihre Macht zu konsolidieren und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterhöheln: Verschobene Wahlen, verringerte parlamentarische Kontrolle, eingeschränkter Zugang zu Recht, Einschränkung von Kontrollmechanismen der öffentlichen Finanzen, ein vermehrter Einsatz von Militär und Sicherheitskräften bei der Durchsetzung von Notstandsregelungen und starke Beschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums werden unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung legitimiert und zeugen von einer Politisierung der Krise und dem Zuwachs autoritärer Tendenzen. Hinzu kommt die Verstärkung von Diskriminierungen. Frauen sind besonders betroffen von den wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, fehlenden sozialen Sicherungssystemen, dem starken Anstieg häuslicher Gewalt, sowie verringerter Bereitstellung von Dienstleistungen für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte durch verlagerte Prioritäten im Gesundheitsbereich. Welche drastischen Auswirkungen dies haben kann, hat eine ähnliche Entwicklung im Zuge der Ebola-Krise (2014 – 2016) gezeigt, wo die Sterblichkeit von Müttern und Kindern unter 5 Jahren erheblich angestiegen ist. Besonders dramatisch ist die Situation im Kontext von Fragilität und (Post-)Konflikt. In vielen Konfliktregionen und Flucht- und Vertreibungskontexten setzen sich Aktivistinnen und Frauenorganisationen für Covid-19-Prävention und Hilfsmaßnahmen ein.

Deutschland sieht sich als Verfechter der Menschenrechte und einer normbasierten multilateralen Weltordnung in der Verantwortung, diesem „Pushback“ und aggressiven Angriffen auf Frauenrechte entschlossen entgegen zu treten. 2019 gründete Deutschland gemeinsam mit Frankreich die **Allianz für den Multilateralismus** zur Stärkung des multilateralen Systems. Gleichzeitig tritt Deutschland für eine Stärkung der Frauenrechte gegen Rückschritte in diesem Bereich ein. Das aktive Engagement im *Generation Equality*-Prozess, den UN Women zur Fortführung der Pekinger Aktionsplattform entwickelt hat, zählt ebenso dazu wie die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund ist Deutschland auch entschlossen, die Entwicklung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit multilateral, bilateral und in Deutschland aktiv voranzutrei-

ben. Die starke Verankerung der WPS-Agenda in Maßnahmen des VN-Sicherheitsrats, VN-Menschenrechtsrats, sowie der OSZE, NATO und EU dient ebenso der Stärkung der Friedens- und Sicherheitsprozesse, die von diesen Institutionen geleitet werden, wie auch der Stärkung der Institutionen und des multilateralen Systems.

Die „Umsetzung des zweiten Aktionsplans der Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2017–2020“ ist zugleich eine der Maßnahmen der ersten Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung. Damit wurde die WPS-Agenda auf nationaler Ebene zusätzlich gestärkt und als Teil einer breiten Gleichstellungsstrategie beworben.

Unsere Ziele

Zur Stärkung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt,

- sich in internationalen Gremien und Organisationen für die Ziele und Stärkung der Agenda einzusetzen;
- bilateral, einschließlich über die deutschen Auslandsvertretungen in den Gastländern, für die Ziele der Agenda einzutreten;
- die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ambitioniert voranzubringen und
- den deutschen Beitrag zur Agenda auch in Deutschland sichtbar zu machen.

Unsere Aktivitäten

Mit insgesamt 68 Maßnahmen trug die Bundesregierung im Berichtszeitraum dazu bei, die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit zu stärken und in verschiedenen Kontexten für sie zu werben, die meisten davon in Form von Veranstaltungen, Konferenzen, Workshops und Tagungen. Mindestens ebenso bedeutsam, jedoch quantitativ nicht fassbar, war das konsequente Mainstreaming in nationale und EU-Statements und Produkte, sowie die Unterstützung des Themas in multilateralen Foren und die Thematisierung in bilateralen Gesprächen, auch durch die deutschen Auslandsvertretungen.

Das Auswärtige Amt hat im November 2019 eine Studie zur Wahrnehmung des deutschen Engagements zu Frauen, Frieden und Sicherheit im multilateralen Bereich und in den vier Fallstudienländern Afghanistan, Kolumbien, Mali und

Ukraine in Auftrag gegeben¹. Befragt wurden rund 100 Personen aus regionalen und internationalen Organisationen, der Zivilgesellschaft, der Forschung und Regierungen von Partnerländern. Die Studie zeigte, dass das in den vergangenen Jahren auf internationaler Ebene sichtbar gestiegene deutsche Engagement geschätzt wird. Initiativen wie die Unterstützung für das *African Women Leaders Network* oder die Gründung des deutsch-lateinamerikanischen Frauennetzwerks Unidas, aber auch Deutschlands Aktivitäten als nichtständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat sind international anerkannt. Gerade jetzt, im Kontext des globalen „Pushbacks“ gegen Frauenrechte, insbesondere im Zusammenhang mit Corona-Pandemie und Klimawandel, solle

¹ Gender Associations (2000), *The Other Side of the Mirror – Perceptions of Germany's commitment to women, peace and security* <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2408770/25fc046fd9df6f9e2075a39fad969df4/201022-studie-wps-data.pdf>

Zahl und Verteilung der Aktivitäten zur Stärkung der WPS-Agenda



Deutschland aus Sicht der Befragten eine noch aktivere Rolle als Verfechter und Koordinator von WPS-Aktivitäten einnehmen. Die WPS-Agenda wurde als noch nicht so stark verankert wahrgenommen wie in anderen Staaten, die eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Empfehlungen der Studie werden in den dritten Aktionsplan der Bundesregierung zu Frauen, Frieden und Sicherheit einfließen.

Deutschland setzte sich im Berichtszeitraum in einer Vielzahl multilateraler Gremien und Organisationen, darunter dem VN-Sicherheitsrat, dem VN-Menschenrechtsrat, der VN-Generalversammlung und ihren Ausschüssen, dem VN-Kleinwaffenaktionsprogramm, der EU, der OSZE, der NATO, den G7, den G20 und anderen, für die Ziele und Stärkung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit ein.

Während seiner **nichtständigen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat 2019/2020** war es eine der Prioritäten Deutschlands, die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit besser in der Arbeit des Sicherheitsrats zu verankern und inhaltlich weiter zu entwickeln (siehe dazu auch Schwerpunkt III und Infokasten zu Resolution 2467).

Deutschland trieb mit der erfolgreich verabschiedeten Sicherheitsratsresolution 2467 (2019) und der Ausrichtung von zwei offenen Debatten das Thema der Bekämpfung sexualisierter Gewalt in Konflikten im Sicherheitsrat voran. Während der ebenfalls unter deutschem Vorsitz ausgerich-

teten offenen Debatte zu Frauen im Peacekeeping konnte Deutschland auch das Thema Teilhabe von Frauen in der Friedenssicherung auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates setzen.

Als Maßnahmen zum Mainstreaming der WPS-Agenda hat Deutschland bei Einlassungen im VNSR zu relevanten Ländersituationen die Notwendigkeit zur umfassenden politischen Teilhabe von Frauen und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt konsequent auf die Tagesordnung gesetzt, sich bei Verhandlungen einschlägiger Sicherheitsratsdokumente für Bezüge zur WPS-Agenda eingesetzt und zahlreiche informelle Treffen der Sicherheitsratsmitglieder (sogenannte „Arria-Treffen“) zu thematischen und länderbezogenen Aspekten der WPS-Agenda ausgerichtet.

Mit dem Ko-Vorsitz der informellen VNSR-Arbeitsgruppe zu Frauen, Frieden und Sicherheit hat Deutschland herausgehobene Verantwortung für die adäquate Umsetzung dieses Querschnittsthemas durch den VNSR übernommen und sichergestellt, dass im Vorfeld von relevanten Länderbefassungen und Mandatsverlängerungen von VN-Friedensmissionen Informationen zum Umsetzungsstand der WPS-Agenda im Land selbst und durch die VN-Missionen sowie entsprechende Empfehlungen Eingang in die Arbeit des Sicherheitsrats gefunden haben. Neben Sitzungen zu Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo, Kolumbien, Irak, Libyen, Sudan, Südsudan, Syrien und Jemen hat

Deutschland als Ko-Vorsitz im April 2020 den Fokus des Sicherheitsrats auch auf die Auswirkungen von Covid-19 auf die Lage von Frauen in Krisengebieten gelenkt.

Deutschland hat die Beteiligung von Vertreterinnen der Zivilgesellschaft bei länder- und regionalspezifischen Sitzungen des VN-Sicherheitsrats sichtbar gestärkt: Laut UN Women hat Deutschland während seines ersten VNSR-Vorsitzes im April 2019 die bislang höchste Beteiligung von Zivilgesellschaftssprecherinnen bei länderspezifischen Befassungen des VN-Sicherheitsrats erreicht. Während des zweiten VNSR-Vorsitzes im Juli 2020 konnte Deutschland die Beteiligung der Zivilgesellschaft im VNSR auf insgesamt 15 Personen erhöhen, darunter zehn Frauen. Damit waren insgesamt 51 Prozent aller Briefer*innen weiblich.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Resolution 1325 (2000) im Oktober 2020 organisierte Deutschland als VNSR-Vorsitz im Juli 2020 gemeinsam mit der zivilgesellschaftlichen Organisation ICAN (International Civil Society Action Network) – erstmalig seit 2000 wieder – einen Austausch der Botschafter*innen der Sicherheitsratsmitglieder mit Friedensaktivistinnen aus über 25 Konfliktgebieten. Mit dieser Initiative hat die Bundesregierung zu einem besseren Verständnis des VNSR über den Umsetzungsstand der WPS-Agenda und deren unmittelbare Bedeutung für die Friedenssicherung beigetragen.

Auch im **VN-Menschenrechtsrat** setzt sich Deutschland aktiv für die Verankerung der WPS-Agenda ein. Im 44. VN-Menschenrechtsrat verankerte Deutschland u. a. in einer gemeinsam mit Argentinien, Jordanien und den Philippinen eingebrachten Resolution gegen Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern, einen Bezug auf die WPS-Agenda. Die im Konsens verabschiedete Resolution ruft dazu auf, Synergien zwischen Anti-Menschenhandels- und WPS-Bemühungen zu stärken und betont die Bedeutung der Beteiligung von Frauen. Auch im interaktiven Dialog mit der Sonderberichterstatterin zu Menschenhandel stellte Deutschland beim 44. VN-Menschenrechtsrat im Juli 2020 die Bezugspunkte zur WPS-Agenda in den Fokus. Im 45. Menschenrechtsrat unterstützte Deutschland die Resolution zur "Förderung und zum Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen anlässlich des 20. Jahrestages von Sicherheitsratsresolution 1325 (2000)"² in den Verhandlungen aktiv und schloss sich dem Dokument als Miteinbringer an.

Darüber hinaus engagiert sich Deutschland als **Mitglied der Freundesgruppe für Frauen, Frieden und Sicherheit** für eine starke Verankerung der Agenda im VN-System und seinen Mitgliedsstaaten und pflegt engen Kontakt zum Büro der Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs zu sexueller Gewalt in Konflikten, und zur NGO Working Group on WPS, einer Dachorganisation einiger der größten Zivilgesellschaftsorganisationen im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit.

Ein BMZ-finanziertes Vorhaben von UN Women entwickelt und verbreitet innovative Ansätze, um die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen im Nahen Osten zu fördern. Diese wurden bei einer Regionalkonferenz in Tunis im November 2019 vorgestellt und diskutiert (siehe Schwerpunkt II). Das Vorhaben arbeitet zudem eng mit anderen Institutionen der VN und VN-Sondergesandten zusammen, um die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit innerhalb des VN-Systems zu stärken.

Zur Vorbereitung des 20-jährigen Jubiläums von Resolution 1325 im Oktober 2020 lud Bundesaußenminister Heiko Maas bereits im April 2019 gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich und UN Women VN-Mitgliedsstaaten sowie VN- und Regionalorganisationen dazu ein, Selbstverpflichtungen zur Umsetzung der WPS-Agenda einzugehen und diese bis zum 20-Jahr-Jubiläum der Agenda im Oktober 2020 umzusetzen. 64 Mitgliedsstaaten, acht VN-Organisationen und drei Regionalorganisationen kamen der Aufforderung nach. Ihr Fortschritt in der Umsetzung der Selbstverpflichtungen wurde in zwei Folgeveranstaltungen im Januar und Juli 2020 und einem kontinuierlichen Monitoringprozess von UN Women mitverfolgt³. Deutschland konnte demnach alle Maßnahmen, zu denen es sich verpflichtet hatte, mit zwei Ausnahmen langfristiger Projekte bis Ende 2020 umsetzen; ein Programm zur Dokumentation von Verbrechen gegen jesidische und andere irakische Frauen und ein weiteres zur Stärkung der Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen in Irak, Libyen, Jemen und Syrien werden noch bis 2022 umgesetzt.

Darüber hinaus hat Deutschland die Rolle als „Champion“ zum Themenfeld Frauen, Frieden und Sicherheit im Rahmen der Action-for-Peacekeeping (A4P)-Reforminitiative des VN-Generalsekretärs übernommen. Champions koordi-

³ UN Women (2020), Monitoring Progress and Looking Ahead: Interactive Stock-Taking on High Level Commitments Made on Women, Peace and Security ahead of the 20th Anniversary of 1325, 29 January 2020, Permanent Mission of Germany to the UN, <https://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/what%20we%20do/peace-security/wps-commitments-for-2020-en.pdf?la=en&vs=640>

² A/HRC/RES/45/28; Promoting and protecting the human rights of women and girls in conflict and post-conflict situations on the occasion of the twentieth anniversary of Security Council resolution 1325 (2000) [Übers. d. Verf.]



© Auswärtiges Amt

Austausch zwischen Bundesregierung, deutscher Zivilgesellschaft, den International Civil Society Action Network und Friedensaktivistinnen aus Afghanistan, Syrien und Kolumbien

nieren Maßnahmen und den Austausch zu gutem Vorgehen, bringen gleichzeitig aber auch selbst die Umsetzung von Maßnahmen voran. Eine koordinierende Auftaktsitzung mit Kanada fand Covid-19-bedingt in virtueller Form im April 2020 statt. In 2021 soll eine Veranstaltungsreihe zum Thema Hürden für die verstärkte Teilhabe von Frauen in Friedensmissionen gemeinsam mit weiteren A4P-Champion-Ländern durchgeführt werden.

2018 übernahm Deutschland den Vorsitz des 2016 am Rande der VN-Generalversammlung gegründeten *WPS Focal Points Network*, das aus derzeit 80 Staaten und sieben Regionalorganisationen besteht⁴ und die Förderung von Nationalen Aktionsplänen, sowie den Austausch von Erfahrungen unter den Staaten zum Ziel hat. Die Bundesregierung richtete im April 2018 das jährliche Hauptstadttreffen in Berlin, sowie ein hochrangiges Treffen am Rande der VN-Generalversammlung aus. 2019 war Deutschland zusammen mit dem Vorsitzland Namibia und Kanada/Uruguay als Teil

der „Führungs-Troika“ an der Ausrichtung des Hauptstadttreffens in Windhuk und der hochrangigen Veranstaltung am Rande der Eröffnung der 74. VN-Generalversammlung beteiligt. Auch 2020 nahm die Bundesregierung aktiv an den virtuellen Austauschformaten des Netzwerks unter dem Ko-Vorsitz von Kanada und Uruguay teil.

Die Bundesregierung nahm aktiv an den vier jährlichen Treffen der EU Task Force zu Frauen, Frieden und Sicherheit teil und trug so zur Entwicklung des „Strategischen Ansatzes“ der EU zu Frauen, Frieden und Sicherheit⁵, sowie zur Entwicklung des EU-Aktionsplans zu WPS⁶ bei. Im Rahmen der Treffen nimmt sie aktiv am Monitoring teil. Im November 2020 wurde der dritte EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle

⁵ Verabschiedung in den Ratsschlussfolgerungen am 10. Dezember 2019; Rat der Europäischen Union (2018), Women, Peace and Security – Council conclusions (10 December 2018) [15086/18], <https://www.consilium.europa.eu/media/37412/st15086-en18.pdf>

⁶ Rat der Europäischen Union (2019), EU Action Plan on Women, Peace and Security (WPS) 2019–2024 [11031/19], <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11031-2019-INIT/en/pdf>

⁴ Stand vom 25. September 2020.

der Frau im auswärtigen Handeln 2021–2025 (GAP III)⁷ veröffentlicht, der die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit als eigenen Schwerpunkt enthält und den WPS-Aktionsplan vollumfänglich umfasst. Auf diese Art konnten Mainstreaming der WPS-Agenda gestärkt und ein wichtiger Schritt zur Vereinheitlichung der Umsetzung der beiden Strategiedokumente erreicht werden. Ein Panel des von der Europäi-

schen Kommission, des Europäischen Auswärtigen Dienst und Deutschland veranstalteten hochrangigen Events zum Launch des GAP III widmete sich der Bedeutung der WPS-Agenda. Als Vorsitz im Rat der Europäischen Union setzte sich Deutschland, soweit in dieser Rolle möglich, für ambitionierte Ratsschlussfolgerungen zum GAP III ein und veröffentlichte letztlich Schlussfolgerungen des Vorsitzes, die von 24 Delegationen befürwortet wurden.

7 Europäische Kommission, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2020), Joint Communication of the European Parliament and the Council: EU Gender Action Plan (GAP) III – An Ambitious Agenda for Gender Equality and Women’s Empowerment in EU External Action [JOIN(2020) 17 final], https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/join-2020-17-final_en.pdf und zugehöriges Staff Working Document: Europäische Kommission, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (2020), Joint Staff Working Document: Objectives and Indicators to frame the implementation of the Gender Action Plan III (2021–25) [SWD(2020) 284 final], https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/swd_2020_284_en_final.pdf

Im Rahmen der Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) beteiligt sich die Bundesregierung kontinuierlich an der Umsetzung des NATO/EAPC Women, Peace and Security Policy and Action Plan⁸ und seines zugehörigen Implementierungsplans. Das BMVg arbeitete aktiv an der Entwicklung

8 NATO/EAPC (2018), Women, Peace and Security Policy and Action Plan, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2018_09/20180920_180920-WPS-Action-Plan-2018.pdf



einer Geschlechterperspektive in den NATO-Richtlinien über Kleinwaffen und leichte Waffen mit und trug über die Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren zu den Planungsrichtlinien zur Verbesserung der Eignung von militärischer Ausrüstung für Frauen bei. Deutschland nahm mit einer großen Delegation des BMVg an der 43. Jahreskonferenz des Ausschusses für Geschlechterperspektiven im Juni 2019 teil.

In der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) engagiert sich Deutschland für eine übergreifende Thematisierung der WPS-Agenda sowohl im sicherheitspolitischen Bereich als auch im Bereich Menschenrechte. Unter dem albanischen OSZE-Vorsitz 2020 waren der Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft, die Überwindung geschlechtsspezifischer Gewalt und die Rolle von Frauen in Friedensprozessen Schwerpunkte. Deutschland unter-

stützte Albanien darin. Bei den Missionen der OSZE sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. Die OSZE versucht durch spezielle Fortbildungen für Grenzbeamtinnen wie z. B. beim *Border Staff Management College* in Tadschikistan die Einbindung von Frauen in friedenssichernde Maßnahmen voranzutreiben. Deutschland unterstützt solche Trainingsmaßnahmen, beispielsweise durch Unterstützung des *Border Staff Management College* in Tadschikistan oder den ein- bis zweimal jährlich vom ZIF abgehaltenen Kurs „Women, Peace & Security reloaded: Gender-sensitive Approaches in Peace Missions“, der die Erfahrungen von geschlechtsspezifischen Ansätzen im Rahmen von EU-, UN-, OSZE- und anderen Friedenseinsätzen der vergangenen 20 Jahre aufgreift und vermittelt. 2019 hielt Deutschland in der *OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine* einen „In-Mission Gender Awareness Workshop“ ab, um Geschlechterdynamiken in verschiedenen Teams zu besprechen und zu analysieren. Ziel war es, konkrete Ideen zu entwickeln,



© Xander Heinl/photothek.net

2018 führte Deutschland den Vorsitz über das WPS Focal Points Network, ein Netzwerk aus WPS Focal Points aus Staaten und Regionalorganisationen. Im April 2018 fand das Hauptstadttreffen in Berlin statt.

wie die Verankerung einer Geschlechterperspektive in der Arbeit der Mission aussehen könnte. Zur Stärkung der Expertise von Frauen im Bereich Abrüstung förderte die Bundesregierung ein von OSZE und dem Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) durchgeführtes Stipendienprogramm zu Abrüstungsthemen, das speziell auf Frauen und Berufseinsteiger*innen ausgelegt war (2019 und 2020 betrug der Frauenanteil an dem Programm 90 Prozent). Ebenso förderte die Bundesregierung 2018 eine Studie zur Gewalt gegen Frauen in Südosteuropa, Moldau und der Ukraine, die die Folgen der Gewalt für die betroffenen Frauen in konfliktfreien sowie Konfliktregionen



Die Friedensaktivistin Zarqa Yaftali spricht im Oktober 2020 anlässlich der offenen Debatte zu Frauen, Frieden und Sicherheit vor dem VN-Sicherheitsrat

untersuchte und auf deren Ergebnissen Aktionspunkte für Regierungen und Zivilgesellschaften zur Unterstützung der betroffenen Frauen und zur besseren Prävention von Gewalt erstellt wurden.⁹ Im Zuge der G7-Abschlussdokumente, so wie auch durch die *G7 Guiding Principles for Building the Capacity of Women and Girls* (2016), die *G7 Roadmap for a Gender-Responsive Economic Environment* (2017), im Rahmen der *Charlevoix Declaration on Equality and Economic Growth*, der *Charlevoix Declaration on Quality Education for Girls, Adolescent Girls and Women in Developing Countries*, dem *Charlevoix Commitment to End Sexual and Gender-Based Violence, Abuse and Harassment in Digital Contexts* (2018) und der *Declaration on Gender Equality and Women's Empowerment*, der *Biarritz Partnership on Gender Equality* und der Initiative *“Promoting Women's Entrepreneurship in Africa”* (2019) unterstützte Deutschland einen Fokus auf Frauenrechte und die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. Auch im Rahmen der G20 positionierte sich Deutschland klar zu diesem Thema (so in der Abschlusserklärung des G20 Gipfels in Hamburg 2017).

Besondere Bedeutung gewinnt die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in der **bilateralen Zusammenarbeit in fragilen Staaten, Krisenregionen und Postkonfliktstaaten**. Dabei kommt den deutschen Auslandsvertretungen besondere Bedeutung zu: Sie stehen in direktem Kontakt mit Friedensaktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Organisationen vor Ort, können Schutz und Unterstützung bieten und über Entwicklungen in ihren Gastländern nach Berlin berichten. Sie können eigene Maßnahmen durchführen und Projekte unterstützen. Im Berichtszeitraum haben die Auslandsvertretungen von dieser Möglichkeit ausgiebig Gebrauch gemacht und von sich aus eine Vielzahl an Projekten zur Thema Frauen, Frieden und Sicherheit zur Förderung vorgeschlagen. Insgesamt 38 anlässlich des Jubiläumsjahres der Resolution 1325 von den Vertretungen vorgeschlagene Projekte lokaler Zivilgesellschaftsorganisationen zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit konnten zur Förderung ausgewählt werden; viele Auslandsvertretungen führten darüber hinaus Veranstaltungen, Diskussionsformate, Schreibwettbewerbe, Kulturprojekte und viele weitere Maßnahmen durch. Die im November 2020 virtuell veröffentlichte Ausstellung *„Ohne Frauen kein Frieden“* (www.OhneFrauenKeinFrieden.de) stellt das Engagement der Auslandsvertretungen und der Partner Deutschlands vor Ort in den Mittelpunkt.

Darüber hinaus war Frauen, Frieden und Sicherheit Thema zahlreicher bilateraler Treffen und Austausch, sowohl zwischen Auslandsvertretungen und Vertretungen der Gastländer, als auch im Kontext themenspezifischer bilateraler Gespräche auf Führungsebene des Auswärtigen Amtes¹⁰. Das BMZ legte in seinem 5-Punkte-Papier *Keine Gewalt gegen Frauen*¹¹ fest, dass die Situation von Frauen und Mädchen in allen Regierungsverhandlungen mit Partnerländern thematisiert werden soll.

Ebenso treibt die Bundesregierung die **Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform und die Agenda 2030** für nachhaltige Entwicklung aktiv voran. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen der Frauenrechtskommission, des Menschenrechtsrates und des Hocharrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung. Dabei bringt

¹⁰ Darunter fallen beispielsweise Gespräche der Leitungsebene des AA, auf Minister-, Staatsministerinnen- und -ministerebene, sowie Staatssekretärebene, aber auch Gespräche auf der Ebene von Abteilungsleiter*innen und Beauftragten, beispielsweise zu VN-politischen Konsultationen, Gesprächen zu Rüstungskontrolle oder Gesprächen zu Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und humanitärer Hilfe.

¹¹ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2017), *Keine Gewalt gegen Frauen*, https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/menschenrechte/Keine_Gewalt_gegen_Frauen_Fuenf-Punkte-Plan_des_BMZ.pdf

⁹ OSCE (2019), *OSCE-led Survey on Violence Against Women*, www.osce.org/VAWSurvey/publications

Deutschland die Inhalte der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in Diskussionen und Dokumente ein. Anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Verabschiedung der Pekingener Erklärung und Aktionsplattform der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking (1995) unterstützt Deutschland den von UN Women lancierten *Generation Equality* Prozess, der neben zwei hochrangigen Konferenzen (die Covid-19-bedingt auf 2021 verschoben wurden) auch die Zusammenkunft langfristig angelegter Aktionsbündnisse umfasst. Die Aktionsbündnisse sind seit Juli 2020 in sechs Arbeitsbereichen tätig: *Geschlechtsbasierte Gewalt, wirtschaftliche Gerechtigkeit und Rechte, körperliche Autonomie sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, feministisches Handeln für Klimagerechtigkeit, Technologie und Innovation für die Gleichstellung der Geschlechter, sowie feministische Bewegungen und Führung*. Deutschland ist unter der Federführung des BMZ Teil der Leitungsgruppe des Aktionsbündnisses zu *wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Rechten*. Auch zu den anderen Aktionsbündnissen¹² wird sich Deutschland aktiv einbringen.

Eine detaillierte Analyse dazu, wie die Bundesregierung sich für die Umsetzung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen einsetzte, bietet der 14. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung¹³.

12 Weiterführende Informationen: UN Women (2020), *Generation Equality, Action Coalitions*, <https://www.unwomen.org/en/news/stories/2020/1/announcer-generation-equality-forum-action-coalition-themes-announced>

13 Auswärtiges Amt (2020), 14. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik – Kapitel B3, Menschenrechte von Frauen und Mädchen, S. 89–100, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2422192/f01891c5efa5d6d89df7a5693eab5c9a/201202-mrb-14-download-data.pdf>

Neben der engen **Zusammenarbeit mit der internationalen Zivilgesellschaft**, sowie der Zivilgesellschaft in fragilen Staaten, Krisenstaaten und Postkonfliktstaaten ist der Bundesregierung die **Zusammenarbeit mit der deutschen Zivilgesellschaft** ein besonderes Anliegen. Im Rahmen des Aktionsplans, aber auch darüber hinaus fand ein regelmäßiger strategischer sowie inhaltlicher Austausch der interministeriellen Arbeitsgruppe zu Frauen, Frieden und Sicherheit mit der deutschen Fachöffentlichkeit statt. Darüber hinaus organisierte die Bundesregierung eine Vielzahl an Veranstaltungen, die an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet waren, darunter Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, runde Tische, Filmvorführungen, Hintergrundgespräche. Zentrale Themen der Veranstaltungen waren die Rolle von Frauen – und hier insbesondere von Friedensaktivistinnen – in verschiedenen Krisenkontexten, die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen, Frauen in der Friedensmediation, gendersensible Konfliktanalyse, die wirtschaftliche und politische Teilhabe von Frauen im Flucht- und Vertreibungskontext, sexualisierte Gewalt im Konfliktkontext und die Umsetzung eines überlebendenzentrierten Ansatzes, sowie die transparente und inklusive Entwicklung eines neuen Aktionsplans.

Schlussfolgerungen

Deutschland ist ein sichtbarer Akteur und wird von internationalen und nationalen staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Partner*innen als verlässlicher Partner wahrgenommen. Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, so auch das Ergebnis einer vom Auswärtigen Amt in Auftrag gegebenen Studie, in der Stärkung politischer Kohärenz, einem starken und klaren Bekenntnis zu Geschlechtergerechtigkeit, entsprechenden Fortbildungen und einem systematischen Ansatz zu Gender Mainstreaming, geschlechtersensibler Konflikt- und Kontextanalyse, sowie zweckgebundener und langfristiger Finanzierung. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in der Form von Konsultationsgruppen-treffen und fachlich-operativen Austauschen hat sich be-

währt und sollte beibehalten werden. Während der Aspekt des strategischen wie inhaltlichen Austauschs aus Sicht der Bundesregierung sehr produktiv und zielführend verlief, wird angeraten, den Aspekt des Monitoring in Zukunft noch zu optimieren. Dafür wird vorgeschlagen, sich in den ersten Sitzungen mit der Zivilgesellschaft zum dritten Aktionsplan auf künftige Formate zu einigen, die sowohl dem Anspruch des strategischen wie inhaltlichen Austauschs, als auch der Monitoringfunktion besser entsprechen.

Strategischer Austausch mit der Zivilgesellschaft in Deutschland und fragilen Kontexten, Konflikt- und Postkonfliktstaaten

Die qualitative Beteiligung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, sowie Expert*innen bei der Ausgestaltung und der Umsetzung des Aktionsplans ist für die Bundesregierung essentiell. Seit Inkrafttreten des Aktionsplans konnte der Austausch, sowohl mit deutscher Zivilgesellschaft, als auch mit Zivilgesellschaft aus fragilen und (Post-)Konfliktstaaten deutlich gesteigert werden. Davon hat auch der Entwicklungsprozess des dritten Aktionsplans zu Frauen, Frieden und Sicherheit profitiert.

Im Berichtszeitraum fanden die folgenden Austausche und Konsultationen mit der Zivilgesellschaft in Deutschland und fragilen und (Post-)Konfliktstaaten statt:

- April 2017: Fachlich-operativer Austausch zur Umsetzung von VNSR-Resolution 1325 im Kontext Syriens
- Mai 2017: Treffen der Konsultationsgruppe aus Vertreter*innen der Zivilgesellschaft sowie der Interministeriellen Arbeitsgruppe zu Frauen, Frieden und Sicherheit¹⁴
- November 2017: Fachlich-operativer Austausch zur Umsetzung von Resolution 1325 in Mediations- und Friedensprozessen
- November 2017: Treffen der Konsultationsgruppe
- April 2018: Treffen der Konsultationsgruppe
- Juni 2018: Fachlich-operativer Austausch zu gendersensibler Konfliktanalyse
- November 2018: Treffen der Konsultationsgruppe
- Dezember 2018: Fachlich-operativer Austausch zu Übergangsgerechtigkeit und geschlechtergerechten nationalen Maßnahmen der Wiedergutmachung mit Expertinnen aus dem Kosovo und Bosnien und Herzegowina
- Mai 2019: Treffen der Konsultationsgruppe
- Juni 2019: Fachlich-operativer Austausch zu Friedensaktivistinnen (gemeinsam mit dem International Civil Society Action Network und Aktivistinnen aus Afghanistan, Kolumbien und Syrien)
- September 2019: Fachlich-operativer Austausch zu Frauen, Frieden und Sicherheit in Krisensituationen: Chancen und Herausforderungen inklusiver Friedensförderung in Jemen (gemeinsam mit CARE und Aktivist*innen aus Jemen)

¹⁴ Die Interministerielle Arbeitsgruppe zu Frauen, Frieden und Sicherheit setzt sich aus allen Ressorts zusammen, die gemeinsam der Aktionsplan herausgeben: AA, BMFSFJ, BMI, BMJV, BMVg, BMZ

- Oktober 2019: Beratendes Treffen mit 25 Friedensaktivist*innen am Rande der offenen Debatte zu Frauen, Frieden und Sicherheit des VN-Sicherheitsrates in Vorbereitung des dritten Aktionsplans zu Frauen, Frieden und Sicherheit
- November 2019: Treffen der Konsultationsgruppe
- November 2019: Fachlich-operativer Austausch zur Entwicklung effektiver, ergebnisorientierter Nationaler Aktionspläne mit dem britischen Außenministerium und britischer Zivilgesellschaft sowie Zivilgesellschaftsvertreterinnen aus Afghanistan, Brasilien, Georgien, Israel, Kamerun, Kosovo, Libanon, Nigeria und Syrien
- Dezember 2019: Austausch mit 20 Bürger*innen zu Frauen, Frieden und Sicherheit bei der BürgerWerkstatt Außenpolitik¹⁵
- April 2020: Treffen der Konsultationsgruppe
- März bis Oktober 2020: PeaceLab-Debatte *Frauen, Frieden & Sicherheit: Impulse für den dritten Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung*¹⁶
- Oktober 2020: Austausch mit Vertreterinnen afrikanischer zivilgesellschaftlicher Organisationen: "Strengthening the Peacebuilding Role and Protection of Women and Girls in Conflicts in Africa" (organisiert von ifa zivik)

© Auswärtiges Amt



Am Austausch zu Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten für Friedensaktivistinnen im Mai 2019 nahmen rund 50 Personen aus Bundesregierung und Zivilgesellschaft teil, darunter auch Friedensaktivistinnen aus Afghanistan, Syrien und Kolumbien

¹⁵ Auswärtiges Amt (2020), BürgerWerkstatt Außenpolitik, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/aussenpolitiklive/buergerwerkstatt-node>

¹⁶ Auf Initiative des Beirats Zivile Krisenprävention trugen zwischen März und Oktober 2020 zivilgesellschaftliche und akademische Expert*innen aus Deutschland und der internationalen Gemeinschaft in 31 Artikeln zur Diskussion von Kernthemen des 3. Aktionsplans bei. PeaceLab (2020), Frauen, Frieden & Sicherheit: Impulse für den dritten Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung, <https://peaceclab.blog/debatte/frauen-frieden-sicherheit>

20-Jahr-Jubiläum der Resolution 1325

Am 30. Oktober 2020 wurde die richtungsweisende Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats 20 Jahre alt. Viele der zahlenreichen für Oktober geplanten Veranstaltungen rund um das Jubiläum konnten aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Gleichzeitig bot die zusätzliche Aufmerksamkeit, die das Jubiläum schuf, die Möglichkeit, auf die in vielen Bereichen ungleich stärkeren Auswirkungen von Covid-19 auf Frauen (in Krisenregionen) hinzuweisen.

Ohne Frauen kein Frieden

Eine virtuelle Ausstellung
des Auswärtigen Amts



© Goldener Westen

In einer virtuellen Ausstellung stellt das Auswärtige Amt die Arbeit von Friedensaktivistinnen und der deutschen Botschaften vor Ort in den Mittelpunkt

Deutschland nutzte das Jubiläum sowohl zur langfristigen Verstärkung des WPS-Engagements, für politische Unterstützung von Friedensaktivistinnen und -mediatorinnen, als auch dafür, gemeinsam Antworten auf die zusätzlichen Herausforderungen zu finden, vor die die Corona-Pandemie die WPS-Agenda und Friedensaktivistinnen stellt:

- Virtuelle Konferenz **“Amplifying Voices for Peace: Women peacebuilders and mediators at the peace table – the new norm”** am 5. Oktober. Die Konferenz im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, die Deutschland federführend in Kooperation mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) sowie staatlichen und nichtstaatlichen Partnern organisierte, stieß bei Friedensaktivist*innen und Mediator*innen aus Europa, Afrika, Asien und Nordamerika, hochrangigen VN-/EU-Vertreter*innen sowie bei EU-Mitgliedsstaaten auf großes Interesse. Die Bundesregierung verpflichtete sich, die Teilhabe von Friedensaktivistinnen/-mediatorinnen an Friedensprozessen zu stärken, Frauen in Friedensprozessen weiter durch direkte Fördermaßnahmen zu unterstützen und sich für Schutz und Unterstützung von Friedensaktivistinnen einzusetzen. Außerdem kündigte sie an, die WPS-Agenda in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen des AA zu verankern sowie WPS-Ansprechpersonen an inhaltlich betroffenen Auslandsvertretungen zu benennen.

- **Abschluss-Veranstaltung zu den WPS-Commitments 2020** am 20. Oktober in New York. Im April 2019 verpflichteten sich unter deutschem gemeinsamem Vorsitz mit Großbritannien und in Zusammenarbeit mit UN Women 64 Staaten, acht VN-Organisationen und drei Regionalorganisationen zu über 400 Maßnahmen, um der Umsetzung der WPS-Agenda stärkere Dynamik zu verleihen. Durch Monitoring stellte UN Women sicher, dass „den Worten auch Taten folgen“. Bei der abschließenden Veranstaltung berichtete Deutschland über die erfolgreiche Umsetzung fast aller Selbstverpflichtungen. Auch andere Staaten konnten zahlreiche Erfolge vermelden.
- **Die Offene Debatte des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit** am 29. Oktober wurde in virtuellem Format durch Staatsministerin Müntefering wahrgenommen. Sie zog Bilanz über das deutsche WPS-Engagement während der VNSR-Mitgliedschaft 2019/20 und kündigte verstärkte Unterstützung, Finanzierung und Schutz der Zivilgesellschaften und Friedensaktivistinnen in Krisenregionen an. Gerade vor dem Hintergrund eines weltweiten Pushbacks gegen Frauenrechte sei dies unumgänglich.
- **Virtuelle Ausstellung [OhneFrauenKeinFrieden.de](https://www.ohnefrauenkeinfrieden.de).** 2019 wurden Auslandsvertretungen, in deren Gastländern das Thema hohe Relevanz hat, gebeten, 2020 mindestens eine Maßnahme im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit durchzuführen. Ideen dazu wurden bei einem Workshop der Konferenz der Leiter*innen der deutschen Auslandsvertretungen 2019 entwickelt. Die Projekte von mehr als 45 Auslandsvertretungen in den Themenfeldern WPS, sexualisierte Gewalt, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte und Frauenrechte in fragilen Kontexten wurden mit Texten, Bildern und Videos in der virtuellen Ausstellung [OhneFrauenKeinFrieden.de](https://www.ohnefrauenkeinfrieden.de) vorgestellt. Um auch in Krisenregionen möglichst zugänglich zu sein, ist die Ausstellung in vier Sprachen verfügbar.
- Konferenz **Women's Night In**. Am 27. November 2020 veranstalteten Staatsministerin Michelle Müntefering und Elke Büdenbender die virtuelle Konferenz *Women's Night In* mit dem Schwerpunkt Frauen, Frieden und Sicherheit mit (virtueller) Teilnahme der ehemaligen liberianischen Präsidentin und Nobelpreisträgerin Ellen Johnson Sirleaf und von Melinda Gates. Vertreterinnen der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft diskutierten Gegenstrategien zum derzeitigen Pushback gegen Frauenrechte, besonders in Krisenregionen und vor dem Hintergrund der drastischen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Frauenrechte.
- Zur **Konferenz zu Frauen, Frieden und Sicherheit von UN Women und der Regierung Vietnams** vom 7.–9. Dezember 2020 trug das AA mit einer Keynote Speech zur Sitzung zu Frauen in der Friedensförderung bei, das BMZ leitete eine Arbeitsgruppe zum Thema wirtschaftlicher Stärkung von Frauen und den Bedürfnissen von Frauen und Mädchen in Wiederaufbauprozessen.

Anhang

Anhang: Tabellarische Übersicht der Aktivitäten 2017–2020

Zwischen Januar 2017 und Dezember 2020 setzte die Bundesregierung zur Erfüllung ihres Aktionsplans zu Frauen, Frieden und Sicherheit insgesamt 684 Maßnahmen um. Die

einzelnen Kapitel des Umsetzungsberichts geben eine qualitative wie quantitative Übersicht über diese Aktivitäten. Die folgenden Punkte sollten dabei berücksichtigt werden:

- Bei den Aktivitäten handelt es sich zum Teil um mehrjährige Projekte, die bereits vor dem Berichtszeitraum initiiert wurden oder über diesen hinausgehen. Eine detaillierte Aufschlüsselung der Fördermittel für den Zeitraum 2017 bis 2020 nach den Schwerpunktbereichen ist daher nicht erschöpfend möglich.
- Nicht alle Aktivitäten können aufgrund ihrer Art monetär benannt werden. Engagement im multilateralen Bereich, Veranstaltungen außerhalb des Rahmens der Projektförderung, Mainstreaming in der bilateralen Außenpolitik oder regelmäßiger Austausch und politische Unterstützung der Zivilgesellschaft und von Friedensaktivistinnen lässt sich nicht monetär erfassen. Nur ein Teil des außen-, friedens-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Instrumentariums ist finanziell bezifferbar.
- Viele der Aktivitäten sind entsprechend der Intention und dem Charakter des Aktionsplans multidimensional und betreffen daher meist mehr als nur einen Schwerpunktbereich. Die geförderten Aktivitäten wurden zwar einem Schwerpunktbereich des Aktionsplans zugeordnet, haben aber zum Teil Bezüge zu einem oder mehreren weiteren Schwerpunktbereichen. Rückschlüsse auf die Priorisierung zwischen den Schwerpunktbereichen sind daher nur begrenzt möglich.
- Ebenso konnten manche Aktivitäten in der tabellarischen Übersicht nicht aufgelistet werden. Dies liegt in der Art der Aktivität begründet (z. B. regelmäßige Treffen mit Zivilgesellschaftsaktivistinnen durch Auslandsvertretungen oder Mainstreaming der WPS-Agenda in themenspezifische Gespräche mit anderen Staatenvertreter*innen).
- Für die humanitäre Hilfe wird zu den Projekten berichtet, die im Zeitraum 2017 bis 2020 aufgenommen wurden und SGBV-Komponenten beinhalteten. Die Liste ist nicht abschließend, da im laufenden Haushaltsjahr 2020 weitere Projekte aufgenommen werden können (Stand: August 2020).

I. Die Geschlechterperspektive bei der Prävention von Konflikten, Krisen und Gewalt systematisch einbeziehen.

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- a bei der Analyse sowie Planung und Gestaltung von Projekten zur Krisen- und Gewaltprävention geschlechterspezifische Fragen zu berücksichtigen sowie zivilgesellschaftliche Projekte zu einem umfassenden, geschlechtsspezifischen sowie generationsübergreifenden Friedensverständnis zu fördern.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Berücksichtigung der Belange von Frauen und Mädchen im Krisenfrühwarnsystem (Anwendung der genderspezifischen Indikatoren des EU-Krisenfrühwarnsystems).	Methodische Integration in Früherkennungsanalyseprozesse	Bei Früherkennungsprognosen werden genderspezifische Indikatoren in das Krisenfrühwarnsystem und die entsprechenden Analysen wo methodisch sinnvoll integriert, um die Belange von Frauen und Mädchen stärker berücksichtigen zu können. Im Rahmen qualitativer Länderanalysen werden genderspezifische Indikatoren des EU-Frühwarnsystems angewendet. Darüber hinaus werden genderspezifische Indikatoren wo methodisch sinnvoll Leitfragen und Indikatoren in Früherkennungsmodelle und in datengestützte Instrumente zur Beobachtung krisenhafter Entwicklungen integriert.	kein Länderbezug	2019–2020	AA		
Gender als Instrument für Analyse und Wandel: Because gender matters!	Projekt	Kapazitäten syrischer Menschenrechtsverteidiger*innen sind gestärkt, und sie sind befähigt, Bedürfnisse und Interessen syrischer Frauen gezielt zu analysieren sowie eine Genderperspektive in der Gestaltung der Friedenspolitik für Syrien einzubringen. Die Erstellung der Schulungsmaterialien dient als Handreichung sowie fortlaufende Unterstützung. Teilnehmer*innen sind befähigt, selbst Trainings für andere NROs, die syrische Zivilgesellschaft und syrische Geflüchtete zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Frauen im syrischen Konfliktkontext durchzuführen.	Syrien	2019	AA	AMICA e.V. und Syrian Women League	66.116 €
In der Bewertung von Projektvorschlägen zur Krisen- und Gewaltprävention wird über bestehende Instrumente standardisiert der Beitrag zur Umsetzung von Resolution 1325 abgefragt.	Anderes	Bisher wird der Beitrag zur Resolution 1325 nicht bei allen Projekten abgefragt, da es keine gesonderten Formulare für Projekte der Krisen- und Gewaltprävention gibt. Im Rahmen der Übergangshilfe gibt es jedoch seit 2018 eine „Gender- und Inklusions-Checkliste“, die als Hilfestellung bei der Antragsstellung dient und zudem in den Projekten vor Ort zum Einsatz kommt. Für Vorhaben der Übergangshilfe gilt außerdem als Mindeststandard, die Gleichberechtigung der Geschlechter als Projektnebenziel zu verankern (GG1-Kennung). Grundsätzlich werden jedoch bei allen Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geschlechterspezifische Fragen analysiert und berücksichtigt.	kein Länderbezug		BMZ		
1325 Snapshots from the Field: Examples of Good Practices and Lessons Learned within Projects on Women, Peace and Security	Studie	Analyse und Auswertung von Erfahrungen bei der Umsetzung von Anliegen der Frauen, Frieden, Sicherheit-Agenda in zehn durch das Förderprogramm zivik unterstützten Projekten (2017–18). Veröffentlichung: https://ifa-publikationen.de/Zeitschriften-und-Editionen/ifa-Input/1325-Snapshots-from-the-Field.html .	International	2018	AA	ifa – Förderprogramm zivik	

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- b Projekte und Programme zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in akuten Konflikt- und Fluchtkontexten sowie in Postkonfliktsituationen mit einem besonderen Fokus auf Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen und Frauenorganisationen zu fördern.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„Aufbau kommunaler Schutzkonzepte zur Prävention von Gewalt an geflüchteten Frauen und Mädchen des Ukraine-konflikts (Pilotphase)“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	In entlegenen Gebieten in der Ostukraine sowie in Russland wurden kommunale Schutzkonzepte zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt erarbeitet. Insbesondere für vor dem bewaffneten Konflikt im Donbas geflohene Frauen und Mädchen wurden Angebote zur Traumabearbeitung geschaffen und Maßnahmen zur Stärkung ihrer Beteiligung an kommunalen gesellschaftlichen und politischen Prozessen eingeleitet.	Ukraine	2017	AA	AMICA e.V.	39.090 €
„Peace and Post-Conflict Reconstruction Programme for Internally Displaced Women of Ukraine ‘WOMEN VOICES COUNT’“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	In fünf Regionen der Ukraine wurden für einheimische sowie aus den Kriegsgebieten des Donbas und von der besetzten Krim vertriebene Frauen sichere Räume für Austausch und Vernetzung geschaffen. Durch Trainings zu ziviler Konfliktbearbeitung, Nutzung digitaler Medien und Propagandabekämpfung wurde die Mitwirkung der Frauen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen gestärkt.	Ukraine	2017	AA	Ukrainian Human Rights Foundation	69.161 €
„Peace and Post-Conflict Reconstruction Programme for Internally Displaced Women of Ukraine ‘WOMEN VOICES COUNT-2018’“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	In sieben Regionen der Ukraine wurden für einheimische sowie aus den Kriegsgebieten des Donbas und von der besetzten Krim vertriebene Frauen sichere Räume für Austausch und Vernetzung geschaffen. Durch Trainings zu ziviler Konfliktbearbeitung, Nutzung digitaler Medien und Zusammenarbeit mit kommunalen Verwaltungen wurde die Mitwirkung der Frauen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen gestärkt.	Ukraine	2018	AA	Ukrainian Human Rights Foundation	123.469 €
„Unterstützung kriegstraumatisierter und gewaltbetroffener Frauen und Mädchen in der Ukraine“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Entlang der sog. „Kontaktlinie“ im ostukrainischen Donbas wurden Angebote für kriegsvertriebene Frauen und Mädchen zur Traumabearbeitung und Stärkung ihres Friedenspotenzials entwickelt und durchgeführt: Soziale, psychologische und rechtliche Einzelberatung, Kunsttherapie, Selbsthilfegruppen, Trainings zur Förderung ökonomisch-sozialer Selbständigkeit, zu Frauenrechten und geschlechtsspezifischer Gewalt.	Ukraine	2018	AA	AMICA e.V.	43.540 €
„Stärkung der Rolle von Krieg traumatisierter und von Gewalt betroffener Frauen und Mädchen in der ukrainischen Gesellschaft“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Entlang der sog. „Kontaktlinie“ im ostukrainischen Donbas wurden Angebote für kriegsvertriebene Frauen und Mädchen zur Traumabearbeitung und Stärkung ihres Friedenspotenzials durchgeführt: Soziale, psychologische und rechtliche Einzelberatung, Kunsttherapie, Selbsthilfegruppen, Trainings zur Förderung ökonomisch-sozialer Selbständigkeit, zu Frauenrechten und geschlechtsspezifischer Gewalt.	Ukraine	2019	AA	AMICA e.V.	156.816 €
„Peace and Post-Conflict Reconstruction Programme for Internally Displaced Women of Ukraine ‘Women Voices Count 2019’ Third Year Phase – ART for PEACE“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	In acht Regionen der Ukraine wurden für einheimische sowie aus den Kriegsgebieten des Donbas und von der besetzten Krim vertriebene Frauen sichere Räume für Austausch und Vernetzung geschaffen. Durch Trainings zu ziviler Konfliktbearbeitung und dem Einsatz künstlerischer Elemente (Art for Peace) wurde die Verständigung zwischen den Gruppen gefördert und die Mitwirkung der Frauen an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen gestärkt.	Ukraine	2019	AA	Ukrainian Human Rights Foundation	180.295 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„Peace and Post-Conflict Reconstruction Programme for Internally Displaced Women of Ukraine ‘Women Voices Count 2020’ Third Phase – WOMEN FOR PEACE“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	In zehn Regionen der Ukraine werden Friedensbotschafterinnen und Projektteams ausgebildet, die Projekte der Friedensförderung, des Dialogs sowie der Umsetzung der Resolution 1325 entwickeln und durchführen. Die Aktivitäten richten sich an Initiativen von aus dem Donbas und von der besetzten Krim vertriebener Frauen, lokale Frauengruppen und kommunale Verwaltungen.	Ukraine	2020	AA	Ukrainian Human Rights Foundation	288.185 €
„Frieden braucht Frauen, Frauen brauchen Frieden! – Stärkung der Rolle kriegstraumatisierter und von Gewalt betroffener Frauen und Mädchen in der Ukraine“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Entlang der sog. „Kontaktlinie“ im ostukrainischen Donbas wird die politische und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen und Frauenorganisationen durch Multiplikator*innen trainings, die Unterstützung von Selbsthilfstrukturen, Gender Audit der lokalen Sicherheitssituation Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit gestärkt. Daneben stehen psychosoziale Arbeit mit Traumatisierten, medizinische Versorgung, Rechtsberatung und berufliche Qualifizierung für Frauen.	Ukraine	2020	AA	AMICA e.V.	209.972 €
Anpassung an den Klimawandel in humanitären Situationen in Subsahara-Afrika	Projekt	Das Projekt wird die Kapazitäten zur Klimaanpassung von vertriebenen und gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Burundi, Sudan und Tschad stärken. Frauen aus Fluchtkontexten aber auch Frauen der aufnehmenden Gemeinden sind Hauptzielgruppe des Projekts.	Burundi, Sudan, Tschad	2018–2021	BMU	United Nations World Food Programme (WFP)	3,5 Mio. €
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit Ländercluster Westäthiopien/ Ostsudan, Intergovernmental Authority on Development (IGAD)	Projekt	Durch die Verbesserung der Infrastruktur im Gesundheitswesen und der Wasserversorgung sollen in der IGAD-Region die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerungen in den Grenzregionen in Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung, Resilienz, friedliches Zusammenleben und Kooperation verbessert werden. In allen Aspekten wird die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen sichergestellt.	Äthiopien, Sudan	2017–2021	BMZ		
Wasser, Hygiene und Sanitärprogramm (PEHAT) über NRO, Burundi	Projekt	Durch die Versorgung der ländlichen und städtischen Bevölkerung mit hygienisch unbedenklichem Trinkwasser und angemessener Sanitärinfrastruktur in Schulen, Gesundheitszentren und an öffentlichen Plätzen wird die Lebenssituation von Frauen und Mädchen in Burundi verbessert.	Burundi	2017–2021	BMZ	KfW	5 Mio. €
Zugang zu sicherer Trinkwasser- und Sanitärversorgung sowie Prävention und Nachsorge von genderbasierter Gewalt (UNICEF), Republik Südsudan	Projekt	Durch die Bereitstellung sicherer und nach Geschlechtern getrennter Wasser-, Sanitär- und Hygieneeinrichtungen an Schulen, Gesundheitszentren und öffentlichen Einrichtungen im Südsudan sollen die Risiken von geschlechtsspezifischer Gewalt reduziert werden. In das Vorhaben sind außerdem Maßnahmen zur Prävention und Nachsorge von geschlechtsspezifischer Gewalt eingebettet.	Südsudan	2018–2020	BMZ	KfW/UNICEF	6 Mio. €
Fonds für Frieden und Stabilisierung III, Demokratische Republik Kongo	Projekt	Partizipativ geplante und durchgeführte Infrastrukturinvestitionen, darunter die Rehabilitation und der Bau von Gesundheitszentren und Schulen, leisten in der Demokratischen Republik Kongo einen Beitrag zur Stabilisierung des Landes. Frauen stellen neben Jugendlichen, (Binnen-) Flüchtlingen und Rückkehrenden die spezifische Zielgruppe dar.	DR Kongo	seit 2018	BMZ	KfW	30 Mio. €
Grundbedürfnisorientierter Wohnraum für Vertriebene in Afghanistan	Projekt	Das Vorhaben fördert die Rehabilitation und den Aufbau grundbedürfnisorientierten Wohnraums für Binnenvertriebene und Rückkehrende in Afghanistan, um ihnen die Integration zu erleichtern. Die Infrastruktur stellt geschützte Räume bereit, z. B. ein Wohnheim für Mädchen, und wird durch Rechtsberatung zu Landbesitz und Eigentumsrecht für alleinstehende Frauen ergänzt.	Afghanistan	seit 2018	BMZ	KfW	5,2 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Ein Leben frei von Gewalt für Frauen im Departement Cortés, Honduras	Projekt		Honduras	2019–2023	BMZ	KZE	189.000 €
Friedensförderung und Stärkung der sozialen Gerechtigkeit in zehn Diözesen Burkina Faso	Projekt		Burkina Faso	2018–2022	BMZ	KZE	405.000 €
Stärkung von interreligiösen Frauengruppen, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Toleranz, Fortführung, Indonesien	Projekt		Indonesien	2017–2020	BMZ	EZE	280.000 €
Qualifizierung des lokalen interreligiösen Dialogs, Fortführung, Israel	Projekt		Israel	2019–2022	BMZ	EZE	219.000 €
Programm zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und mit HIV/AIDS in Vietnam	Projekt		Vietnam	2020–2022	BMZ	Caritas	320.850 €
Der Weg zum Frieden: Zivilgesellschaft stärken, Benachteiligten beistehen, Konfliktparteien einen, Nepal	Projekt	Das Vorhaben fördert in Nepal die Vernetzung vom Konflikt betroffener Frauen auf lokaler und nationaler Ebene und stellt deren Beteiligung an Entscheidungsprozessen auf lokaler Ebene sicher. Auf Policy-Ebene werden die Aufnahme der Thematik sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in den Nationalen Aktionsplan und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen gefördert.	Nepal	2017–2020	BMZ	ZFD (KURVE Wustrow)	1,8 Mio. €
Teilnahme an der Konferenz „#timetoact Against Sexual Violence in Conflict“	Teilnahme an Veranstaltung	Teilnahme an der Konferenz „Sexual violence in conflict: delivering justice for survivors and holding perpetrators to account“ (25.–27.2.2019, Wilton Park) im Rahmen der deutschen Mitgliedschaft in der „Preventing Sexual Violence Initiative“.	kein Länderbezug	2019	AA		
Frauenrechtsveranstaltungen, die live im Radio übertragen werden	Projekt	Ziel des Projekts ist die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Sensibilisierung für die Problembewältigung und Gewaltprävention.	Chile	2017	AA	Foro Ciudadano	31.186 €
Training zu geschlechtsspezifischer Gewalt	Projekt	Das Projekt dient der Stärkung von Frauenrechten, der Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt und der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema. Die Frauen und Mädchen sollen vor allem lernen, wie sexuelle Gewalt möglichst verhindert werden kann und wie sie sich auswirkt auf Schwangerschaft und die Verbreitung von Infektionskrankheiten. Zudem sollen sie ihr Selbstbewusstsein trainieren. Dabei soll die Vermittlung praktischer Kenntnisse zur Herstellung von Seife helfen. Wichtiger Teil des Projekts ist auch die Verbreitung/Diskussion des Themas über interaktive Radiosendungen.	Kamerun	2018	AA	HOFNA Hope for the Needy Association Cameroon	13.882 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Förderung der Stärkung von Frauen und ihren Rechten („power“)	Projekt	Stärkung von Frauenrechten, Verhinderung geschlechtsspezifischer Gewalt und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Menschenrechte und die Situation intern vertriebener Frauen zur Vorbeugung von geschlechtsbezogener Gewalt und Aufbau eines Systems der Berichterstattung, Dokumentation und Prävention von Fällen der geschlechtsspezifischen Gewalt in den Gemeinden, sodass mögliche rechtliche Schritte unternommen werden können. Darüber hinaus sollen die binnenvertriebenen Frauen ihr Selbstbewusstsein mit Hilfe der Projektmaßnahmen trainieren und stärken. Dadurch soll die wirtschaftliche Situation von Frauen verbessert werden, damit sie unabhängiger agieren können.	Kamerun	2019	AA	HOFNA Hope for the Needy Association	51.550 €
Stärkung der Selbstbestimmung von benachteiligten Jugendlichen in Dschibuti-Stadt	Projekt	Das Ziel dieses Projekts ist es, durch die strategische Vernetzung von Frauen, auf lokaler und nationaler Ebene, grundlegende Informationen und Bildung bereitzustellen, um gefährdeten heranwachsenden Mädchen und jungen Frauen zu helfen, fundierte Entscheidungen über ihre Gesundheit, Sexualität und Bildung zu treffen.	Dschibuti	2020	AA	Union Nationale des Femmes Djiboutiennes (UNFD)	70.000 €
Urban Farming Workshops for Refugees and Migrants	Projekt	Stärkung einer der vulnerabelsten Gruppen von Geflüchteten in Griechenland, Vermittlung praktischer Fähigkeiten, die unmittelbar und sichtbar Erfolge erzielen, Schutzräume bieten und soziale Integration fördern. Sensibilisierung für Umwelt und Ernährung, Austausch in sicherem Umfeld, gelebte Toleranz, soziale Fähigkeiten und Stärkung des Selbstbewusstseins.	Griechenland	2020	AA	Organization Earth	14.486 €
Gender dimensions of aggravated migrant smuggling: towards more evidence-based responses	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab, die Rechtsstaatlichkeit, die justizielle und multidisziplinäre Zusammenarbeit zu fördern und zur Migrationssteuerung beizutragen, indem es evidenzbasierte Antworten auf die geschlechtsspezifischen Dimensionen der verschärften Schleusung von Migranten fördert.	multilaterale Institutionen	2020	AA	UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime)	70.000 €
Unterstützung der Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen	Politische Unterstützung	Zusammenarbeit mit der Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, u. a. durch Unterstützung ihrer Berichterstattung im VN-Menschenrechtsrat und durch Einladung zur Teilnahme an Veranstaltungen	multilaterale Institutionen	2017–2020	AA		
Unterstützung der Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu sexueller Gewalt in Konflikten	Politische Unterstützung	Enge Zusammenarbeit mit dem Büro der VN-Sondergesandten bei der Ausrichtung der offenen Debatten zu sexueller Gewalt in Konflikten im April 2019 und Juli 2020, sowie enge Absprache bei der Entwicklung der von Deutschland vorgelegten VN-Sicherheitsratsresolution 2467 (2019)	multilaterale Institutionen	2019–2020	AA		
Campaign to strengthen violence prevention and care for women survivors during the crisis by Covid-19	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Prävention von Gewalt gegen Frauen als Folge des Bürgerkriegs und der Ausbreitung von Covid-19. Durchführung einer medialen Kampagne, diverser Veranstaltungen im öffentlichen Raum und eines Forums zur Informationsverbreitung und zum Aufzeigen von Aktionsmöglichkeiten, v. a. für Überlebende von geschlechtsspezifischer Gewalt und ihrer Kinder.	Guatemala	2020	AA	Grupo Guatemalteco de Mujeres GGM	24.474 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- c darauf hinzuwirken, diskriminierende und gewaltbezogene geschlechtsspezifische Rollenstereotypen abzubauen, insbesondere auch von Männern und Jungen, die der Gleichstellung der Geschlechter entgegenstehen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„Enhancing Women’s participation in the Democratic Process of Uganda“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Durch Trainings- und Sensibilisierungsmaßnahmen, die Gründung von Komitees und Gruppen sowie die Begleitung ihrer Tätigkeit wurde die Partizipation von Frauen am demokratischen Willensbildungsprozess in Uganda gestärkt. Schwerpunkt der Maßnahmen, in die auch staatliche Akteure integriert waren, waren ländliche Gebiete.	Uganda	2018	AA	Gender Equality and Women Empowerment for Development (GWEFODE)	52.679 €
„Enhancing Women’s participation in the Democratic Process of Uganda“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Durch Trainings- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie die Unterstützung von Komitees und Gruppen wurde die Partizipation von Frauen am demokratischen Willensbildungsprozess in Uganda gestärkt. Schwerpunkt der Maßnahmen, in die auch staatliche Akteure integriert waren, waren ländliche Gebiete.	Uganda	2019	AA	Gender Equality and Women Empowerment for Development (GWEFODE)	91.301 €
Karateworkshop für Mädchen in Dhaka, Bangladesch	Projekt im Rahmen des KKF	Durchführung eines einwöchigen Selbstverteidigungs-/Judo-kurses für Mädchen und junge Frauen aus sozial schwachen und benachteiligten Familien. Das Projekt wurde zusammen mit den NGOs JAAGO und FEM durchgeführt, die sich für Rechte von Frauen und Mädchen einsetzen. Eine deutsche Judotrainerin übte mit den Mädchen grundlegende Judo- und Selbstverteidigungstechniken. Ziel des Projektes war es, gezielt Mädchen und junge Frauen anzusprechen, die aus sozial schwächeren Familien stammen, um durch das Training das Selbstbewusstsein zu stärken.	Bangladesch	2019	AA		
Initiative Klischeefrei	Bundesinitiative	Unterstützung aller an Berufsorientierung Beteiligten (Frühe Bildung, (Hoch-)Schulen, Unternehmen, prof. Berufsberatung, Eltern) bei einer Berufsorientierung frei von Geschlechterklischees und Rollenstereotypen.	Deutschland	seit 2016	BMFSFJ, BMBF	BIBB	
Preventing Gender based violence through setting up clubs of positive masculinity in schools	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Das Projekt adressiert sexualisierte und genderbasierte Gewalt in der DR Kongo, indem kulturelle Normen gewaltbesetzter Männlichkeit thematisiert werden. Durch capacity building werden Lehrer*innen befähigt, über Peace Clubs an Schulen, Schüler*innen für Geschlechtergerechtigkeit zu sensibilisieren.	DR Kongo	2020	AA	Fondation Panzi (Panzi Foundation DRC)	43.582 €
Männer stärker in die Gleichstellungspolitik – Vernetzung, Beratung, Ansprache und Unterstützung	Projekt	Ausbau von Beratungsangeboten für Jungen, Männer und Väter; Vernetzung von Frauen- und Männerpolitik	Deutschland	2020–2022	BMFSFJ		1,1 Mio. €
Förderung Weiterbildung von Multiplikatoren im Bereich männerfokussierter Beratung	Projekt	Kompetenzerweiterung für Fachkräfte, die im Beratungsalltag mit Jungen und Männern arbeiten. Auseinandersetzung mit Rollenbildern und Männlichkeitsanforderungen, Vereinbarkeit, Vaterschaft, Gesundheit, Gewalt- und Krisenprävention, Gleichstellung	Deutschland	2019–2022	BMFSFJ		800.000 €
Webseite des Journalistinnenbundes für gendersensible Sprache im Journalismus und der Medienarbeit	Projekt	Die Online-Plattform genderleicht.de soll den Facettenreichtum gendersensiblen Arbeitens und den daraus entstehenden Qualitätsgewinn für den Journalismus aufzeigen. Es werden Lösungsvorschläge präsentiert, wie in der journalistischen Praxis verständlich und gendersensibel berichtet werden kann.	Deutschland	2018–2021	BMFSFJ		264.100 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Monitoring-Projekt sexistische Werbung in Deutschland – Werbemelder*in	Projekt	Das von Pinkstinks e.V. durchgeführte Monitoring beinhaltet Maßnahmen zur Reduzierung von sexistischer Werbung in den Medien. Bürger*innen konnten sexistische Werbungen über ein Webformular und per App mit Bild, Standort und Beschwerdegrund an Werbemelder*in schicken. Ziel war es, zu ermitteln, wie ausgeprägt sexistische Werbung in Deutschland ist.	Deutschland	2017–2019	BMFSFJ		393.228 €
Schule gegen Sexismus (SGS) als Volkshochschule-Online von Pinkstinks e.V.	Projekt	Ziel der SGS ist die Förderung medialer Teilhabe an Diskussionen um Sexismus, Gender und sexistische Diskriminierung. Es handelt sich um ein niedrigschwelliges Bildungsangebot, das auf einer Homepage aufbereitet wird und auch Erwachsene erreichen soll. Mit Schule ist eine „Volkshochschule-Online“ gemeint.	Deutschland	2019–2021	BMFSFJ		257.320 €
Booklet und Webseite zu den Themen Sexismus und Stereotype in der medialen Repräsentation	Projekt	Der Verein „Drago – Power to transform“ erstellt ein Lexikon, das die zentralen Themen in der medialen Auseinandersetzung mit Sexismus und Stereotypen beinhaltet. Die wichtigsten Forschungsarbeiten der letzten Jahre zu Sexismus werden auf der Webseite zusammengefasst sowie Handlungsempfehlungen im Umgang mit medialem Sexismus ausgesprochen.	Deutschland	2019–2020	BMFSFJ		37.230 €
Dialogforen zur Bekämpfung von Sexismus	Projekt	Im Rahmen von Dialogforen mit relevanten gesellschaftlichen und staatlichen Akteuren sollen Handlungsempfehlungen und ggf. Selbstverpflichtungen entwickelt sowie ein Leitfaden erstellt werden, der bundesweit verwendet werden kann. Es soll in den Bereichen „Sexismus in Kultur und Medien“, „Sexismus im Öffentlicher Raum“ und „Sexismus am Arbeitsplatz“ gearbeitet werden.	Deutschland	2020	BMFSFJ		101.531 €
Zeitbild Medical „Gewalt gegen Frauen: Erkennen und Helfen“/Erstellung von Ärztemappen und Patientinnenmagazinen	Projekt	Die Informationen der Ärztemappe des Zeitbild Medical „Gewalt gegen Frauen“ sollen Ärztinnen und Ärzte im Umgang mit gewaltbetroffenen Frauen unterstützen. Durch die beiliegenden Patientinnenmagazine (erschieden in den Sprachen: Deutsch, Englisch, Arabisch, Russisch und Türkisch), die im Wartebereich der Praxen ausliegen, wird eine breite Masse an Menschen über die Thematik informiert, ggf. das Umfeld Betroffener für Anzeichen von Gewalt sensibilisiert und Betroffene dazu ermutigt, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Das begleitende Internetportal www.gesundheit-und-gewalt.de wird im Rahmen des Projekts aktualisiert.	Deutschland	2020–2021	BMFSFJ/ RFG	Zeitbild Stiftung	156.053 €
Dachverband der Migrantinnenorganisationen – DaMigra – Projekt „Frauen* mit Migrations- und Fluchtgeschichte zwischen Mehrfachdiskriminierung und Selbstbestimmungsrecht #selbstbestimmt!“	Projekt	DaMigra will die Öffentlichkeitsarbeit nutzen, um auf die Mehrfachdiskriminierung von Migrantinnen aufmerksam zu machen. Die Auswirkungen dieser Diskriminierungen sollen in Veranstaltungen und Gremien diskutiert werden. Zum Thema „Selbstbestimmungsrecht“ will DaMigra u. a. einen Diskussionsprozess mit Expert*innen und gesellschaftlichen Akteuren führen und Diskussionen versachlichen. Durch die Einbeziehung von Migrantinnen vor Ort werden diese Diskussionsprozesse in die Fläche getragen.	Deutschland	2019–2022	BMFSFJ	BAMF	BMFSFJ ca. 664.000 €; BAMF: 330.000 €
Mobilisierung von Männern und Jungen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen im Pazifik, Fortführung, Asien (nur EL)	Projekt			2019–2022	BMZ	EZE	300.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Förderung vertrauensvoller zwischenmenschlicher Beziehungen in Ehe, Familie und Gesellschaft in Kambodscha	Projekt		Kambodscha	2017–2021	BMZ	KZE	209.000 €
Förderung von Jugendlichen zur sozialen Kohäsion, Timor-Leste	Projekt	Das Projekt fördert das zivilgesellschaftliche Engagement von Jugendlichen in Timor-Leste. Dabei werden die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen besonders berücksichtigt. Trainings und Sensibilisierungsmaßnahmen helfen präventiv gegen geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen.	Timor-Leste	2019–2021	BMZ	GIZ	5,4 Mio. €
Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika	Projekt	Das Vorhaben fördert in vier Ländern des südlichen Afrikas die Kooperation von staatlichen, nichtstaatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen (VAWG). Maßnahmen umfassen den Launch einer App sowie ein SMS-basiertes Angebot zur Prävention von VAWG (bereits 1.500 Downloads) und die Veränderung negativer Stereotype der Polizei gegenüber VAWG.	Südafrika, Sambia, Lesotho, Simbabwe	2017–2021	BMZ	GIZ	10 Mio. €
Projekt mit Jugendlichen zu verantwortungsvollem Umgang mit Sexualität und Förderung von positiver Maskulinität, Fortführung, Ruanda	Projekt		Ruanda	2019–2022	BMZ	EZE	400.000 €
Förderung von Präventionsmodellen zur Vorbeugung von Gewalt in Schulzentren in verschiedenen Gemeinden El Salvadors	Projekt		El Salvador	2017–2021	BMZ	KZE	100.000 €
Ussoholo – Kampagne zur Verhinderung von Frühehen	Projekt	Ziel des Projekts ist die Sensibilisierung der Betroffenen und deren Familien, die häufig Entscheidungsträger für die Eheschließung sind, aber auch der Gemeinden, die als wichtige gesellschaftliche Größe Einfluss auf die Familien haben, um die Zahl der Kinder- und Frühheiraten zu verringern. Damit einhergehend soll den Mädchen der Abschluss einer Schulbildung nahegelegt werden.	Mosambik	2017	AA	ActionAid Mozambique	60.000 €
Veröffentlichung einer Broschüre in Hindi anl. Weltmädchentag	Projekt	Anlässlich des Weltmädchentages wurde in Neu Delhi eine Broschüre in Hindi veröffentlicht.	Indien	2017	AA		1.027 €
Giving voice to the voiceless women and girls of Galmudug'	Projekt	Mit dem Projekt sollen insbesondere Frauen und Mädchen die Möglichkeit erhalten, über sie betreffende Probleme, insbesondere aus den Bereichen: Bildung und Beschäftigung, Sexualisierte Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung, Frühverheiratung sowie mangelnde politische Teilhabe zu sprechen. Gleichzeitig soll über die Ausstrahlung der Radiosendungen das öffentliche Bewusstsein für diese Themen insgesamt in der Bevölkerung gestärkt werden, um eine nachhaltige Veränderung zu erreichen.	Somalia	2019	AA	Radio Daljir (Daljir Abudwaaq)	64.211 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Giving voice to the voiceless women and girls of Galmudug	Projekt	Mit dem Projekt sollen insbesondere Frauen und Mädchen die Möglichkeit erhalten, über sie betreffende Probleme, insbesondere aus den Bereichen: Bildung und Beschäftigung, Sexualisierte Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung, Frühverheiratung sowie mangelnde politische Teilhabe zu sprechen. Gleichzeitig soll über die Ausstrahlung der Radiosendungen das öffentliche Bewusstsein für diese Themen insgesamt in der Bevölkerung gestärkt werden, um eine nachhaltige Veränderung zu erreichen.	Somalia	2020	AA	Radio Daljir (Daljir Abudwaaq)	36.597 €
Männlichkeitstransformation für Gleichstellung der Geschlechter	Projekt	Durch das Projekt soll die Männerrolle bei der Verteidigung von Frauenrechten gestärkt und die Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt in der Marracuene und Manhica Region gefördert werden. Durch Erfahrungsberichte und Good Practice-Beispiele von Männern, die sich gegen Gewalt gegenüber Frauen einsetzen, sollen die geschlechterspezifischen Rollenbilder und das Männlichkeitsverständnis hinterfragt und verändert werden. Die Sensibilisierung auf das Thema soll langfristig zur positiven Veränderung des Verhaltens und Einstellungen gegenüber Frauen führen.	Mosambik	2019	AA	Action Aid Mozambique	42.306 €
Aufklärung über Rechte an sexueller und reproduktiver Gesundheit	Projekt	Das Projekt zielt darauf, dass eine möglichst breite Öffentlichkeit bessere Kenntnisse zum dem Thema „Sexuelle Selbstbestimmung“ erhält, die entsprechenden Zusammenhänge versteht, sich mit der Problematik auseinandersetzt und im Bestfall ihre Verhaltensweisen, die oft noch von überkommenen Traditionen bestimmt werden, ändert. Das Projekt trägt dazu bei, sowohl bei den betroffenen Mädchen und Frauen, aber auch bei Jungen und Männern und in den Familien allgemein das Bewusstsein für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zu schärfen und entsprechende Maßnahmen zu treffen (z.B. Verhütungsmaßnahmen zulassen, Frühehen verhindern, etc.), um so auf längere Sicht auch die hohe Mütter- und Kindersterblichkeitsrate zu senken.	Somalia	2019	AA	Somalia	23.221 €
Prevention of Honour Killings in Kurdish societies	Projekt	Ziel des Projektes ist die Reduktion von sog. Ehrenmorden in kurdischen Gesellschaften		2020	AA	Civil Development Organization	39.047 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

d weltweit für den Schutz des Raums für Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger*innen, insbesondere auch Frauenrechtler*innen, einzutreten.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Empowerment and Protection of Women Human Rights Defenders to contribute to Civil Crisis Prevention, Conflict Resolution and Peace-Building in the Democratic Republic of Congo	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Menschenrechtsverteidigerinnen in der DR Kongo wurden mittels Trainings, Analysen und Begleitung in die Lage versetzt, kontext- und bedürfnisspezifische präventive und reaktive Sicherheitsmanagementsysteme aufzubauen.	DR Kongo	2018	AA	Protection International (aisbl)	112.990 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Second Phase of the Project Empowerment and Protection of Women Human Rights Defenders to contribute to Civil Crisis Prevention, Conflict Resolution and Peace-Building in the Democratic Republic of Congo	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Menschenrechtsverteidigerinnen in der DR Kongo wurden mittels Trainings, Analysen und Begleitung in die Lage versetzt, kontext- und bedürfnisspezifische präventive und reaktive Sicherheitsmanagementsysteme aufzubauen.	DR Kongo	2019	AA	Protection International (aisbl)	259.142 €
Extension Phase of the Project 'Empowerment and Protection of Women Human Rights Defenders to contribute to Civil Crisis Prevention, Conflict Resolution and Peace-Building in the Democratic Republic of Congo'	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Menschenrechtsverteidigerinnen in der DR Kongo werden mittels Trainings, Analysen und Begleitung in die Lage versetzt, kontext- und bedürfnisspezifische präventive und reaktive Sicherheitsmanagementsysteme aufzubauen.	DR Kongo	2020	AA	Protection International (aisbl)	385.308 €
Combating impunity for serious human rights violations in Thailand	Projekt	International Commission of Jurists (ICJ)	Thailand	2019	AA		
Förderung des internationalen Dialog mit dem St. Petersburger Frauenclub durch das Generalkonsulat St. Petersburg	Regelmäßige Dialogveranstaltungen	Der Frauenclub ist ein loser Verband von Frauenrechtsaktivistinnen aus St. Petersburg. Durch die Kooperation mit dem Generalkonsulat St. Petersburg wird der Austausch über Geschichte und Bandbreite der Aktivistinnen sowie aktuelle Herausforderungen politisch flankiert. Dazu gehören etwa die Einbindung in die Städtepartnerschaft mit Hamburg sowie die Organisation einer Dialogveranstaltung mit dem Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Dirk Wiese, MdB.	Russische Föderation	seit 2019	AA		
Einbringen des Themas Frauenrechte/Prävention gegen häusliche Gewalt in die Tätigkeit des Petersburger Dialogs	Veranstaltung	Angesichts des sowohl in Deutschland als auch Russland existierenden Problems der häuslichen Gewalt, von der in großem Maße Frauen betroffen sind, hat der Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft als Koordinator der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft dieses Thema und die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft bei der Prävention und Bekämpfung häuslicher Gewalt zum Thema in Sitzungen der Arbeitsgruppe gemacht.	Russische Föderation	2019	AA		
Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen im Bundesstaat Oaxaca, Mexiko und Zentralamerika, Fortführung	Projekt		Mexiko	2018–2020	BMZ	EZE	360.000 €
Förderung der institutionellen Nachhaltigkeit von Tequio durch Gebäudekauf, Mexiko	Projekt	In Mexiko wird die institutionelle Nachhaltigkeit von Tequio gefördert. Bei Tequio handelt es sich um kollektive Gemeindearbeit, ein indigener Brauch, der in Mexiko bis heute fortgeführt wird.	Mexiko	2018–2020	BMZ	EZE	250.000 €
Kauf eines Hauses als Rückzugsort für Menschenrechtsverteidigerinnen, Mexiko	Projekt		Mexiko	2018–2020	BMZ	EZE	430.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Unterstützung demokratischer Arbeiter*innenbewegungen in Asien – Fortführung	Projekt			2018–2020	BMZ	EZE	525.000 €
Schutz und Förderung der Menschenrechte in Nepal, Fortführung	Projekt		Nepal	2019–2022	BMZ	EZE	2 Mio. €
Unterstützung der Bürger- und Menschenrechtsarbeit in der Diözese Kumbo, Kamerun	Projekt		Kamerun	2019–2023	BMZ	KZE	132.000 €
Stärkung der gemeinschaftlichen Organisation von Frauen zur Förderung ihrer Rechte und Reduzierung sexualisierter Gewalt im Bundesstaat Veracruz, Mexiko	Projekt		Mexiko	2019–2023	BMZ	KZE	284.000 €
Stärkung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Frauen im Bereich Friedensförderung in Manipur, Indien	Projekt		Indien	2018–2020	BMZ	KZE	75.000 €
Förderung und Schutz von Menschenrechten in abgelegenen ländlichen Gebieten in Banteay Meanchey, Oddar Meanchey und Preah Vihear in Kambodscha	Projekt		Kambodscha	2017–2020	BMZ	KZE	176.000 €
Schutz und Förderung von Kinder- und Jugendrechten in Asien, Regionalprogramm Indien, Kambodscha und Philippinen	Projekt		Indien, Kambodscha, Philippinen	2019–2022	BMZ	Caritas	670.400 €
Programm zur Stärkung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte von Frauen, Jugendlichen und Kindern, Sri Lanka	Projekt		Sri Lanka	2018–2020	BMZ	EZE	96.000 €
Regionalprojekt Fluchtursachen, Syrien, Irak, Jordanien, Libanon, Türkei	Projekt	Das Projekt fördert demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien in der MENA-Region, stärkt die freie Zivilgesellschaft und fördert den friedlichen Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen in Fluchtkontexten. Dabei sind Frauenorganisationen im Bereich Friedensarbeit sowie Berufsbildung wichtige Partner.	Irak, Jordanien, Libanon, Syrien, Türkei	2020–2022	BMZ	Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	2,5 Mio. €
Stärkung von Menschenrechten und Teilhabe, Asien	Projekt			2018–2020	BMZ	KZE	1,5 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Präsenz zeigen: Menschenrechtsgruppen den Rücken stärken, Kenia	Projekt	Das Vorhaben unterstützt ein Netzwerk von Frauenrechtsverteidiger*innen in informellen Siedlungen Nairobis, u. a. durch Schulungen zu Advocacy-Arbeit und zum Monitoring von Menschenrechtsverletzungen. So werden diese in ihrer Arbeit für Frauenrechte und gewaltfreie Konflikttransformation in Kenia gestärkt.	Kenia	2018–2021	BMZ	ZFD (PBI)	867.532 €
Wachsam bleiben: die Sicherheits- und Menschenrechtslage im Blick, Nepal	Projekt	Das Vorhaben fördert das Projekt NepalMonitor, das Daten zu Menschenrechtsverletzungen und Gewaltverbrechen in Nepal erhebt, v. a. zu geschlechtsspezifischer Gewalt (der häufigsten Gewaltform im Land). Die Daten werden von zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen zur Lobbyarbeit genutzt und wurden z. B. im Bericht der UN-Sonderberichterstatterin zu Gewalt gegen Frauen in Nepal erwähnt.	Nepal	2017–2020	BMZ	ZFD (PBI)	474.028 €
Adequate and differentiated protection program for human rights defenders	Projekt	Dieses Projekt setzt sich zum Ziel, Mechanismen zum Schutz, Selbstschutz und Selbstfürsorge in Zusammenarbeit mit dem „National Network of Women Defenders“ (RNMD) in weiten Teilen der Bevölkerung bekanntzumachen und zu implementieren, sowie Einfluss auf öffentliche Debatten zu nehmen, die sich diesem Thema widmen, um auf diese Weise das Bewusstsein für eine Verteidigung von Menschenrechten und das mit dieser Arbeit verbundene Risiko zu verstärken. Wichtig ist dabei für die Projektträger der Genderaspekt-Ansatz mit dem Ziel, dass auf diese Weise die Arbeit der MR-MR-Verteidigerinnen besser Anerkennung und Wertschätzung im lokalen und nationalen Kontext erfährt.	Kolumbien	2020–2022	AA	Sisma Mujeres	63.765 €
Förderung von Friedenskultur und Dialogräumen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung und sozialen Teilhabe in EI Alto, Bolivien	Projekt	Das Vorhaben bildet Multiplikator*innen in Bolivien aus, die Frauenrechte und Friedenskultur im privaten und sozialen Umfeld sowie im Rahmen von Informationskampagnen fördern. Außerdem initiieren sie Transformationsprozesse soziokultureller Normen in zivilgesellschaftlichen Organisationen und produzieren z. B. Radioprogramme zu Themen wie Friedenskultur, Leadership und Beteiligung von Frauen.	Bolivien	2016–2019	BMZ	ZFD (EIRENE)	2,4 Mio. €
Bereitstellung von Fördermitteln für Umsetzungsorganisationen zur Stärkung des Schutzes von Menschenrechtsverteidiger*innen, insbesondere von Frauenrechtler*innen zur Umsetzung der EU-Richtlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen	Finanzierungen	Das BMZ leistet einen Beitrag zur Umsetzung der EU-Richtlinien durch Finanzierung des Programms Ziviler Friedensdienst, das sich in vielen Ländern für die Rechte von Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Frauenrechtler*innen einsetzt. Auch werden Projekte privater Träger, politischer Stiftungen und Kirchen, in denen die Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen ein Schwerpunkt ist, gefördert.	Weltweit	Fortlaufend	BMZ		
Shahrazad II, fortgeschrittene Unterstützung für weibliche HR-Verteidiger im Irak	Projekt	Durch das Projekt sollen Frauenrechtsverteidiger*innen gestärkt werden. Ihr Schutz soll verbessert werden und ihre Mitwirkung bei irakischen Instituten und der Entscheidungsfindung soll erhöht werden. Mithilfe von Forschungsarbeiten, Seminaren, der Einrichtung von Nothilfezentren, etc.	Irak	2017	AA	Un porte per ...	65.832 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Schutz der Zivilgesellschaft, insbes. Frauen und Kinder, in bewaffneten Konflikten	Projekt	Unter anderem Aufklärungsarbeit in Dialogform mit örtlichen Frauengruppen, Jugendlichen und „community leaders“ über Menschenrechte und deren Einhaltung durch ANSAs (armed non-State actors). Mit dem Ziel, dass sowohl ANSA-Kämpfer als auch die Gemeinden besser aufgeklärt sind über die fundamentalen Rechte von Frauen und Kindern sowie über allgemeines humanitäres Recht, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.	Weltweit	2019	AA	Geneva Call/ Appel de Genève	70.000 €
Protection of Women & Human Rights Defenders (WHRDs)	Projekt	Ziel des Projekts ist Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen in Afghanistan, der durch Aufrechterhaltung eines Frauenhauses in Kabul gewährleistet werden soll. Opfer von geschlechterspezifischer Gewalt und Menschenrechtsverteidigerinnen sind meist auf Schutzmöglichkeiten außerhalb der Familie und oftmals außerhalb der eigenen Region angewiesen. Das Projekt bietet diesen Frauen Schutz und unterstützt sie in ihrem Kampf für Gleichberechtigung und Teilhabe.	Afghanistan	2020–2021	AA	Afghan Women's Skills Development Center (AWSDC)	68.850 €
Unterstützung des europäischen Treffens von WILPF in Rom	Projekt	Ziel des Projekts ist die bessere Vernetzung europäischer Sektionen von WILPF mit Frauenorganisationen aus dem EU-Nachbarschaftskontext sowie eine Stärkung und bessere Beteiligung der Frauen im Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Frauenrechte.	kein Länderbezug	2017	AA	IFFF/WILPF (intern. Frauenliga)	1.190 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

e sich weiter für die Umsetzung des Regelwerks der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), und Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Politische und finanzielle Unterstützung für das VN-Hochkommissariat für Menschenrechte in Genf	Finanzielle Unterstützung	Freiwillige Beiträge in Höhe von 31,2 Mio. € (2017–2020). Ein Teil der Mittel war jeweils ungebunden zur freien Verfügung durch OHCHR, ein weiterer Teil wurde zweckgebunden.	multilaterale Institutionen	2017–2020	AA	OHCHR	31,2 Mio. €
BMZ Finanzierungen (Funds in Trust), Haushaltsmittel UN Women, Entwicklungsländer (regional)	Finanzielle Unterstützung	UN Women wurde im Zeitraum 2017–2020 mit insgesamt 29,427 Mio. € (25 Mio. € Kernbeiträge, 4,427 Mio. € zweckgebundene Beiträge) gefördert. Dabei wurden die Kernbeiträge im Berichtszeitraum auf 9 Mio. € für 2020 mehr als verdoppelt, um die wichtige Arbeit von UN Women im VN System zu unterstützen. Den „UN Women Trust Fund for Gender Equality“ unterstützte das BMZ im Zeitraum 2017–18 mit insgesamt 1,5 Mio. €.	multilaterale Institutionen	2017–2020	BMZ	UN WOMEN	29,4 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Verbreitung und Umsetzung der Vorgaben der Frauenrechtskonvention (CEDAW)	Zusammenarbeit mit dem OHCHR/CE-DAW-Ausschuss und Umsetzung und Verbreitung der Frauenrechtskonvention (CEDAW)	Die nationale Umsetzung der 1985 von Deutschland ratifizierten VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) erfolgt fortlaufend. DEU ist auch 2019–2020 den Berichtspflichten nachgekommen (März 2019 Follow-Up-Bericht zum komb. 7./8. Staatenbericht (2015) und hat zudem die Öffentlichkeitsarbeit zu CEDAW anl. des 40-jährigen Jubiläums der Verabschiedung der Konvention 2019 mit dem Ziel intensiviert, die Frauenrechtskonvention in DEU bekannter zu machen und eine einheitliche Umsetzung voranzutreiben. Zu den Aktivitäten gehörte u. a. eine große Jubiläumsdialogveranstaltung am 27.11.2019 in Berlin, die Veröffentlichung von Übersetzungen und Informationen zum Staatenberichtsverfahren (siehe www.bmfsfj.de/cedaw), Dialoge mit der Zivilgesellschaft und auf Bund-/Länderebene sowie die Veröffentlichung und deutschlandweite Verbreitung (2020–2021) eines neuen Handbuchs zur Frauenrechtskonvention mit erstmaliger deutscher Übersetzung aller neueren General Recommendations seit 2008, darunter auch die Allgemeine Empfehlung Nr. 30 zu Frauen in der Konfliktprävention und Krisenbewältigung. Digitale Dialogveranstaltung mit der Zivilgesellschaft (TN von PSt'in Caren Marks) im Dezember 2020.	Deutschland	2019–2020	BMFSFJ		
Ausstellung HERstory in Genf und Paris	Ausstellung	Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung ‚HERstory: A Celebration of Leading Women in the United Nations‘	multilaterale Institutionen	2017	AA		5.823 €
„Enhancing the role of the judiciary in protecting women’s rights and ensuring a sustainable peace in Morocco“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Zur Stärkung der Frauenrechte in Marokko wurden Maßnahmen für und mit Richter*innen, Staatsanwält*innen, Strafverfolgungsbeamt*innen, Rechtsanwält*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Regierungs- und Parlamentsbeamt*innen durchgeführt.	Marokko	2017	AA	International Commission of Jurists (ICJ)	229.230 €
„Transformational Partnership in Egypt: Toward Implementation of 19 Constitutional Articles for Women’s Rights“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Durch Fortbildungsangebote für Frauen sowie die Vernetzung zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen mit politischen Akteuren wurde das gesellschaftliche und politische Engagement von Frauen in Ägypten gefördert. Im Mittelpunkt standen Frauen- und Bürgerrechte, insbesondere Fragen der Umsetzung in Gesetzen und deren Durchsetzung im Gefüge der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen.	Ägypten	2019	AA	Karama	68.271 €
Building Support for Implementation of 19 Constitutional Articles for Women’s Rights	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Im landesweiten NGO-Netzwerk „The 19 Articles Coalition“ werden Maßnahmen zur Umsetzung einer frauerechtsrelevanten Gesetzgebung in Ägypten entwickelt und durchgeführt. Hierbei werden Schlüsselakteure aus Regierung, Parlament, Religionsgemeinschaften sowie von den Medien involviert.	Ägypten	2020–2021	AA	Karama	112.112 €
Ausgestaltung der thematischen Säule Human Rights and Democracy in der Kommentierung zum EU-Finanzierungsinstrument Neighbourhood Development and International Cooperation Instrument (NDICI)	Arbeit in multilateralen Foren	Das BMZ setzt sich dafür ein, dass die Fördermittel für Menschenrechtsverteidigerinnen auch im neuen EU-Finanzierungsinstrument, Neighbourhood Development and International Cooperation Instrument (NDICI) als Kernelement erhalten bleiben.	multilaterale Institutionen	Fortlaufend	BMZ		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Verbesserung der Rechtslage für Witwen in Ländlichen Gebieten	Projekt	Ziel des Projekts ist es, die Witwen, ihre Familien und die Gesellschaft zum einen über die unmenschlichen Bedingungen, denen sie aufgrund alter Traditionen ausgesetzt sind, und zum anderen über ihre tatsächlichen Rechte aufzuklären und zu sensibilisieren. Mithilfe von der Erstellung von Broschüren, der Durchführung von Seminaren und Radiosendungen.	Kamerun	2017–2018	AA	Afrique Justice	12.797 €
Stärkung von Frauenrechten und Verhinderung häuslicher Gewalt	Projekt	Durch das Projekt soll vorübergehenden Schutz gewähren und den Rechtszugang für Frauen und Mädchen, die Opfer sexueller Gewalt wurden, verbessern. Außerdem soll in der Öffentlichkeit ein Umfeld geschaffen werden, in dem Frauen und Mädchen ihre Rechte frei von Gewalt und Diskriminierung ausüben können. Hierzu sollen Schulungen stattfinden, zu entwickelnde Broschüren gedruckt und verteilt werden, im Fernsehen und in Zeitungen über die Problematik informiert werden.	Tadschikistan	2017	AA	Human Rights Center	15.837 €
Tagung „Pressefreiheit und Frauenrechte in Europa“	Tagung	Ziel des Projekts ist die Förderung des Austausches zwischen den Journalistinnen vor allem aus den Ländern, in denen eine zunehmende Beschneidung der freien Pressearbeit sowie eine verstärkte Diskriminierung von Frauen zu beobachten ist. Die öffentliche Diskussion und Sichtbarmachung ihrer Situation soll helfen, den politischen Druck zu erhöhen und sie in ihrer Arbeit zu stärken.	International	2017	AA	Journalistinnenbund e.V.	1.470 €
Unterstützung wegen Abtreibung Inhaftierter	Projekt	Das Projekt soll eine Überprüfung der Wahrung von Rechtsstaatlichkeit der Prozesse und ggf. Wiederaufnahme der Verfahren bzw. Anträge auf Änderung der Anklage, Begnadigung oder Straferlass, sowie Verbesserung der Haftbedingungen und Haftbesuche durch Angehörige ermöglicht werden. Der Schutz der Angehörigen vor Angriffen wird angestrebt.	El Salvador	2017	AA	Gruppe 17+ (FESPAD)	5.064 €
Vorbereitung und Durchführung Workshop CAAC/WPS 2018	Workshop	Vorbereitung und Durchführung des internationalen Workshops zu den Themen Kindern in bewaffneten Konflikten und Frauen, Frieden und Sicherheit in 2018.	International	2017–2018	AA	ZIF (Zentrum für intern. Friedenseinsätze)	38.219 €
Koordinierung zivilg. Aktivitäten zu VN-SR-Res. 1325/Workshop zu CAAC/WPS	Projekt		Deutschland	2018	AA	ZIF (Zentrum für intern. Friedenseinsätze)	104.284 €
Verbesserung soz. und wirtschaftliche Situation von Landfrauen	Projekt	Junge Frauen sollen befähigt werden, sich in unterschiedlichen Regionen des Landes wirtschaftlich und politisch zu betätigen und als Multiplikatoren zu wirken. Circa 350 Teilnehmer sollen über Möglichkeiten von Kooperativen und Vertrieb von Produkten informiert und geschult werden. Angestrebt ist die Einrichtung eines Netzwerks für Frauen, die in kleinen und mittleren Betrieben tätig sein könnten.	Kirgistan	2018	AA	Bir Duino	9.759 €
Ermächtigung und Sicherheit von irakischen Journalistinnen	Workshop	Durch die im Projekt angebotenen Workshops, soll das Bewusstsein der Journalistinnen zu ihren Rechten gestärkt werden, Netzwerke geknüpft und ein Austausch über Möglichkeiten wie sie sich in ihrem Arbeitsbereich schützen können stattfinden. Mittelfristig ist es das Ziel, eine Verbesserung der gesellschaftlichen und rechtlichen Arbeitsumgebung weiblicher Journalisten zu ermöglichen.	Irak	2018–2019	AA	Iraqi women journalists Forum	54.290 €
Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit und LGBT-Rechte	Projekt	Das explizite Ziel des Projekts ist es, die dürrtige, in der Ukraine vorherrschende Meinung zu LGBT-Themen, der Diskriminierung von Frauen und der Geschlechtergerechtigkeit zu verbessern. Außerdem soll ein vorurteilsfreier und nicht diskriminierender Journalismus zu diesen Themen gefördert werden.	Ukraine	2018	AA	Zaporizhia Regional Charitable Foundation 'Gender Z'	23.209 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Stärkung der Arbeitsrechte von Frauen im informellen Arbeitssektor	Projekt	Das Weißbuch soll bestehende Mängel im Arbeitsrecht aufzeigen. Auch soll es Aktionen und Reformen zur Verbesserung der rechtlichen Stellung von Frauen im informellen Sektor vorschlagen. Ziel ist es, staatliche Stellen auf die Problematik aufmerksam zu machen und Möglichkeiten für Frauen zu schaffen, Zugang zu ihren Rechten zu erhalten. Mit den Kurzfilmen soll eine breite Öffentlichkeit für das Thema Arbeitsrechte im informellen Sektor sensibilisiert werden. Frauen sollen ein stärkeres Bewusstsein für ihre Rechte entwickeln. Die Kurzfilme sollen zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Stellen zur weiteren Verbreitung zur Verfügung gestellt werden.	Indien	2018	AA	MARG Multiple Action Research Group	38.810 €
Aufbau eines selbstverwalteten Jugendcafés für Mädchen	Projekt	Es wird ein selbstveraltetes Jugendcafé für junge Frauen und Mädchen geschaffen, das einen geschützten öffentlichen Raum für diese Zielgruppe bietet. Durch die Ausbildung in Deutschland erwerben die Frauen sowohl praktische Kenntnisse in Bezug auf das Führen eines solchen Cafés, als auch „soft skills“ wie z. B. Übernahme von Verantwortung, Umgang mit Konflikten, Treffen von konsensorientierten Entscheidungen. Das Café bietet die Möglichkeit, verschiedene Themen zu diskutieren und Meinungen zu entwickeln und dadurch stärker am gesellschaftspolitischen Leben teilzuhaben und Einfluss zu nehmen. Neue Mitarbeiterinnen werden gewonnen, die ihr Wissen als Multiplikatorinnen weitergeben können.	Tunesien	2018–2019	AA	Interchange e.V.	70.486 €
WPS Workshop	Workshop	Workshop zu dem Thema Frauen, Frieden und Sicherheit.	International	2019	AA		30.671 €
Maßnahmen gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	Projekt		Bolivien	2019	AA	COMPACT (Fundación Comunidad de Productores de Artes)	44.575 €
Marktgebundenes Qualifizierungstraining für die Beschäftigung von Frauen	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab, die wirtschaftliche Rechte der Frauen zu stärken und die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen durch Qualifizierung und Verbesserung des Zugangs zu Einstellungsmöglichkeiten zu fördern. Durch das Projekt soll das Recht auf angemessenen Lebensstandard und Arbeit gestärkt werden. Ziel ist es, ökonomische Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein von Frauen zu erhöhen und Möglichkeiten für Frauen zu schaffen, Zugang zu ihren Rechten zu erhalten.	Indien	2019	AA	CSR – Centre for Social Research	40.000 €
Verringerung der Verletzlichkeit junger Frauen und Mädchen im Hinblick auf frühe Schwangerschaften und Ehen in der Region Savanes	Projekt	Das Gesamtziel dieses Projekts ist die Förderung reproduktiver Gesundheit junger Frauen und Mädchen und der Gleichberechtigung für gemeinschaftliche Entwicklung in der Region Savanes in Togo. Ein spezielles Ziel ist hier die Verringerung von frühen Schwangerschaften und Ehen von jungen Mädchen.	Togo	2020	AA	Togoisches Rotes Kreuz (Croix-Rouge Togolaise)	33.956 €
Projekt zur Unterstützung der politischen Beteiligung von Frauen in der Region Plateaux und Savanes	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab einen Beitrag zu einer besseren Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien in Togo zu leisten und so auch ein Gender-Mainstreaming in Gemeindeentwicklungsprogrammen in Togo zu erreichen.	Togo	2020	AA	Collectif des Associations Contre l'Impunité au Togo (CACIT)	54.441 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Support Program for Women of Rural China	Projekt	Ziel des Projekts ist die besondere Förderung von benachteiligten und besonders vulnerablen Mädchen und ihres Umfelds und Ermöglichung besserer Ausbildung und Berufschancen. Damit leistet das Programm einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung in der Region, für Armutsbekämpfung und insbesondere für die Abmilderung und Änderung diskriminierender Strukturen und damit auch für die Förderung der Rechte von Mädchen und Frauen.	China	2020	AA	Canadian Society for Educating Girls of Rural China	48.979 €
Investing in Partnerships with men to Promote Women's Rights in Kurdistan Region of Iraq (KRI)	Projekt	Förderung von Frauenrechten, mithilfe von Partnerschaften mit Männern in der kurdischen Region von Irak (KRI)	Irak	2020	AA	Women for Women International (WfWI)	25.556 €
Fortbildung/Ausbildungsarbeit MR, Vernetzung, Dokumentation von MR-Verletzungen	Projekt	Informations- und Aufklärungsarbeit zur Prävention von Menschenhandel, um besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen – Frauen und Kinder – zu sensibilisieren. Durchführung von Informations- und Bildungsaktivitäten in den Bezirken der Region Odessa für Vertreter der Kommunen, Bildungseinrichtungen, Bezirksverwaltungen und der Polizei. Schaffung eines Netzwerks für den Informations- und Erfahrungsaustausch mit nationalen und internationalen Organisationen. Identifizierung der Opfer von Menschenhandel, mit dem Ziel, den offiziellen Status der Opfer von Menschenhandel zu etablieren und umfangreiche Hilfen zu erhalten.	Ukraine	2020	AA	Caritas Odessa	18.939 €
Injecting Peace into the Media Discourse	Projekt	Ziel des Projekts ist die Stärkung der israelischen Medien und ihrer Rolle für die Friedens- und Versöhnungsprozess im Nahost-Konflikt, um bessere Voraussetzungen für die Konfliktlösung zu schaffen. Durch Schulung von Journalist*innen zur Relevanz der Berichterstattung über den Friedensprozess und Einbeziehung dieses Themas in den öffentlichen Diskurs sollen verschiedene Gruppen der israelischen Gesellschaft über die Notwendigkeit eines Friedensvertrags aufgeklärt und das Thema in der Öffentlichkeit wieder sichtbar werden.	Israel	2020	AA	H.L. Education for Peace – The Geneva Initiative	38.917 €
Girls Club selbstverwaltetes Jugendcafé für Mädchen und junge Frauen	Projekt	Es wird ein selbstverwaltetes Jugendcafé für junge Frauen und Mädchen geschaffen, das einen geschützten öffentlichen Raum für diese Zielgruppe bietet. Durch die Ausbildung in Deutschland erwerben die Frauen sowohl praktische Kenntnisse in Bezug auf das Führen eines solchen Cafés, als auch „soft skills“ wie z. B. Übernahme von Verantwortung, Umgang mit Konflikten, Treffen von konsensorientierten Entscheidungen. Das Café bietet die Möglichkeit, verschiedene Themen zu diskutieren und Meinungen zu entwickeln und dadurch stärker am gesellschaftspolitischen Leben teilzuhaben und Einfluss zu nehmen.	Tunesien	2020	AA	Interchange e.V.	32.849 €
Fighting the international push-back on women's rights	Projekt	Das Ziel dieses Projekts ist es, eine zweiteilige Studie zu erstellen, die aus 1) einer Analyse der Akteure (ihrer Interessen, Strategien und Bündnisse) auf der ganzen Welt, die darauf hinwirken, die internationale Frauenrechtsagenda zu untergraben und 2) Politikempfehlungen für die deutsche und die finnische Regierung, wie man diesen Strategien entgegenwirken kann, bestehen soll.	International	2020	AA	Centre for Feminist Foreign Policy gGmbH	28.875 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Women on the Front Line: A feminist communications project promoting awareness, advocacy and access to information in the time of Covid-19	Projekt	Das Projekt hat zum Ziel, die Frauenrechte während der Covid-19-Pandemie zu stärken und die mit der Krise zusammenhängenden Herausforderungen für Frauen sichtbar zu machen. Durch das Projekt sollen Frauen einen besseren, barrierefreien Zugang zu Information und Unterstützungsangeboten bekommen.	Namibia	2020	AA	Sister Namibia	36.540 €

II. Die Mitwirkung von Frauen in allen Phasen und auf allen Ebenen der Prävention und Beilegung von Konflikten, der Stabilisierung, der Friedensbildung und des Wiederaufbaus sowie der Nachsorge und der Friedenskonsolidierung ausbauen und ihre Führungsrolle stärken

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- a sich verstärkt für die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an Krisen- und Gewaltprävention, Friedensförderung, Konfliktlösungs- und Verhandlungsprozessen, Stabilisierung, Analyse und Bekämpfung von Fluchtursachen sowie Konfliktachsorge und Wiederaufbau sowie bei Abrüstungsfragen und Extremismusprävention zu engagieren, insbesondere durch Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung von Frauen und Mädchen sowie ihre frühzeitige Einbindung auf allen Ebenen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Freiwilliger ungebundener Beitrag zum Women's Peace and Humanitarian Fund (WPHF)	Mit Mitteln aus dem Fonds werden Projekte von sowohl UN Women als auch verschiedenen lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen finanziert	Der WPHF ist seit Februar 2016 aktiv und der erste VN Trust Fund, der eine globale Kooperation zwischen den Vereinten Nationen, Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft darstellt, um Frauenorganisationen darin zu unterstützen, weltweit aktiv zur Krisenprävention und Friedensförderung beizutragen und ihre Rolle und Teilhabe im humanitären und Nothilfesektor zu stärken. DEU leistete 2019 Beitrag iHv 3 Mio. € und (plant) für 2020 einen weiteren Beitrag iHv 1 Mio. €	Weltweit	2019–2020	AA		7 Mio. €
Women Leadership in Parlament	Projekt	Ziel war es, die Aufmerksamkeit für die stärkere Rolle von Frauen in der Legislative zu erhöhen, indem der damalige Botschafter sich an einer Plenumsdiskussion im israelischen Parlament beteiligte.	Israel	2018	AA		
Förderung von Frauenrechten in der syrischen Verfassung	Projekt	Förderung von Frauenrechten in der neuen syrischen Verfassung.	Syrien	2020	AA	AMICA e.V.	49.701 €
Frauen als Förderinnen von Frieden und Versöhnung	Menschenrechtsprojekt in den Palästinensischen Autonomiegebieten	Weiblichen Führungskräfte werden Prinzipien der Versöhnungsarbeit näher gebracht; einschl. entsprechendem Wissen und Instrumenten, im Rahmen von Workshops und Zusammentreffen mit Palästinensern. Ziel ist es, die Führungsrollen der Frauen und ihre Teilhabe in der Versöhnungs- und Friedensarbeit zu stärken, und somit die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung zu unterstützen und günstige Bedingungen für eine Konfliktlösung zu schaffen.	Palästinensische Autonomiegebiete	2019	AA	Geneva Initiative	54.447 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Stärkung von Frauen in Führungspositionen für Frieden und Resilienz in Burundi	Projekt	Das Ziel dieses Projekts ist es, durch die strategische Vernetzung von Frauen, auf lokaler und nationaler Ebene, die Konfliktdynamik im Zusammenhang mit dem Wahlprozess in Burundi positiv zu beeinflussen. Außerdem sollen die Frauen in Burundi sich die Errungenschaften der internationalen Instrumente (einschließlich der Erklärung von Peking und der Resolution 1325) zu eigen machen und diese konsolidieren indem sie ihr Jubiläumsjahr feiern, einschließlich des 10-jährigen Bestehens von UN Women.	Burundi	2020	AA	ONU Femmes/ UN Women	101.646 €
Female Leader Academy Ramallah 2020	Projekt aus dem Kulturbereich in den Palästinensischen Autonomiegebieten	Es geht um die Stellung der Frau in der palästinensischen Gesellschaft und die Stärkung und Sichtbarmachung palästinensischer Frauen in politischen und wirtschaftlichen Führungsrollen,	Palästinensische Autonomiegebiete	2020	AA		40.000 €
Religious Leader, Community Leaders, Women and Youth as Healers and Community Bridge Makers	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Frauen und Jugendliche sowie religiöse Führer*innen und Gemeindevertreter*innen engagieren sich gemeinsam als Schlüsselakteure in einem Dialogprozess auf Gemeindeebene, um Spannungen zwischen polarisierten Gruppen zu überwinden und interreligiöse Dialoge und Aktionen auf Gemeindeebene und auf regionaler Ebene zu initiieren.	Sri Lanka	2020–2021	AA	Centre for Peace Building and Reconciliation	229.912 €
Initiative to Improve Women's Socio-Political Role	Projekt	Ziel ist es, 60 qualifizierte junge Frauen aus Balkh, Samangan und Jawzjan in Nordafghanistan fortzubilden, damit sie in der Öffentlichkeit, und zwar in den Bereichen Politik, Journalismus und Rechtsbereich, eine Rolle spielen können. Schulungsmaßnahmen, Konferenzen, öffentliche Debatten mit Gemeinden, Gemeindebehörden, politischen Partnern, Medien und Rechtsabteilungen. erreicht. Praktika in Rechtsanwaltskammern, pol. Parteien und Medien.	Afghanistan	2017–2018	AA	ARRAO	200.589 €
Amplifying Voices for Peace: Women peace-builders and mediators at the peace table – the new norm	Konferenz	Internationale virtuelle Konferenz am 5. Oktober 2020 im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, von Deutschland federführend mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), sowie staatlichen und nichtstaatlichen Partnern organisiert, brachte Friedensaktivistinnen und Mediatorinnen aus Europa, Afrika, Asien und Nordamerika mit hochrangigen VN-/EU-Vertreter*innen sowie EU-Mitgliedsstaaten zusammen.	International	2020	AA	International Civil Society Action Network (ICAN), Global Alliance of Regional Women Mediators' Networks	
Women's Night In	Konferenz	Internationale virtuelle Konferenz am 27. November 2020, brachte Friedensaktivistinnen, feministische Organisationen und Entscheidungsträgerinnen zusammen, um Gegenstrategien zum derzeitigen Pushback gegen Frauenrechte, besonders in Krisenregionen und vor dem Hintergrund der drastischen Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Frauenrechte, zu diskutieren	International	2020	AA		
Unterstützung der ersten 2 Phasen des African Women Leaders' Network (AWLN), erste Phase, mit UN Women in Kooperation mit der Kommission der Afrikanischen Union	Projekt	Gründung des Netzwerkes „African Woman Leaders“ politisch aktiver Frauen; hierfür Durchführung von zwei Konferenzen, in New York (Mai 2017) und Addis Abeba (März 2018) und Vernetzung weiblicher afrikanischer Führungskräfte sowie Kapazitätsaufbau mit dem übergeordneten Ziel einen Beitrag zu inklusiven Friedensprozessen in Afrika durch stärkere Beteiligung von Frauen in allen Phasen der Konfliktprävention und -beilegung, der Stabilisierung, der Friedensbildung und des Wiederaufbaus sowie der Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung zu leisten.	Afrika (regional)	2017–2020	AA	UN Women	2,4 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„elbarlament im Irak 2017 – Frauen denken den Irak neu“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Für in staatlichen Strukturen und NGOs tätigen Frauen im Irak wurden Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt und angeboten. Zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen wurden mit Parlamentarierinnen vernetzt. Ziel der Maßnahmen war es, Frauen als gesellschaftliche Kräfte zu stärken und ihre aktive Beteiligung auszubauen.	Irak	2017	AA	elbarlament GmbH	190.357 €
„Reconciliation and Peace through the development of Women Interaction“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Frauen im Gebiet Dahuk im Nordirak wurden zu Friedensbotschafterinnen ausgebildet, die das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Ethnien und Religionen fördern.	Irak	2017	AA	World Relief Deutschland e.V. (heute: Tearfund Deutschland e.V.)	29.048 €
„elbarlament im Irak 2018 – Frauen denken den Irak neu“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Anlässlich der Parlamentswahl wurden Frauen befähigt, sich über ethnische und sonstige Grenzen hinweg gemeinsam in politische Prozesse einzubringen. Fokus war zunächst ihre Beteiligung an der Vorbereitung und engagierte Kandidaturen. Nach den Wahlen wurde eine frauenpolitische Agenda erarbeitet und deren Umsetzung mit den neugewählten Parlamentarierinnen und zivilgesellschaftlichen Kräften begonnen.	Irak	2018	AA	elbarlament GmbH	295.063 €
„elbarlament for Syria 2018 – Syrian women taking the lead“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Damit sie beim Wiederaufbau in ihren Gemeinden in Syrien Führungsrollen übernehmen können, wurden Frauen fortgebildet und zur Beteiligung befähigt. Themen der Workshops waren gesellschaftliche und politische Führungskapazitäten, Frauen- und Bürgerrechte, demokratische Strukturen und Verwaltung sowie Gerichtsbarkeit und Transitional Justice.	Syrien	2018	AA	elbarlament GmbH	84.115 €
Women for Peace in the Donbas	Projekt	Entwicklung von Friedens- und Sicherheitsbedingungen in der Ukraine mit guten Beziehungen zu den Nachbarn, inklusive Russland. Geplant ist, verstärkt auf Frauen und Binnenflüchtlinge aus dem Donbas, Frauen, die mit ukrainischen Flüchtlingsorganisationen zusammenarbeiten und Frauen aus der internationalen Gemeinschaft zuzugehen, um diesen Personenkreis für die Projektarbeit zu gewinnen.	Ukraine	2018–2020	AA	OWEN	779.939 €
Women Initiatives for Peace in the Donbas	Projekt	Das Projekt „Women Initiatives for Peace in Donbass“ (WIPD) verfolgt das Ziel eines inklusiven Friedensprozesses im Konflikt in und um die Ukraine. Es baut nachhaltige, langfristige Kooperationsstrukturen von zivilgesellschaftlichen Akteuren über die Konfliktlinien hinweg auf, stützt sich auf die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und stärkt Frauen als Akteurinnen, um strukturelle und kulturelle Voraussetzungen für Frieden und Sicherheit in der Ukraine und ihren Nachbarstaaten, einschließlich Russland, zu schaffen.	Ukraine	2020–2023	AA	OWEN	314.366 €
Constitutive Conference for the Establishment of a National Platform for Women, Peace and Security	Projekt	Das Projekt soll zum Ausbau der Beteiligung von Frauen am Friedensprozess in MOZ beitragen. Die zwei konkreten Projektziele sind: 1) Verabschiedung eines zivilgesellschaftlichen Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung von Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. 2) Schaffung einer Nationalen Plattform für Frauen, Frieden und Sicherheit.	Mosambik	2019	AA	Council of Religions in Mozambique (COREM)	86.279 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Unterstützung der Women Advisory Groups (WAGs) über Förderung UNAMI bei der Umsetzung der VNSR Res. 1325 in Irak	Arbeit in multilateralem Forum	Schaffung der „Iraq Women Advisory Group“ mit Hilfe der „United Nations Assistance Mission for Iraq“ (UNAMI) Aktivitäten zur Umsetzung von VN-Resolution 1325 durch UNAMI	Irak	2019	AA		315.116 €
„elbarlament for Syria 2019 – Syrian women taking the lead“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Damit sie beim Wiederaufbau in ihren Gemeinden in Syrien Führungsrollen übernehmen können, wurden Frauen fortgebildet und zur Beteiligung befähigt. Themen der Workshops waren gesellschaftliche und politische Führungskapazitäten, Frauen- und Bürgerrechte, demokratische Strukturen und Verwaltung sowie Gerichtsbarkeit und Transitional Justice.	Syrien	2019	AA	elbarlament GmbH	236.545 €
„Women and civil society think Iraq anew-elbarlament im Irak 2019“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Um die Vernetzung von Parlamentarierinnen im Irak nach der Wahl im Vorjahr zu fördern und für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Parlament, dem Frauenausschuss und etablierten Jurist*innen und Richter*innen zu nutzen, wurden Trainings und Workshops durchgeführt. Die Analyse bestehender Gesetze und die Ausarbeitung von Gesetzesinitiativen wurde juristisch begleitet.	Irak	2019	AA	elbarlament GmbH	215.850 €
„Strengthening Inclusive Community Conflict Management Structures (SICCOM)“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Frauen wurden befähigt und stärker in kommunale Aussöhnungsprojekte eingebunden, um den Friedens- und Aussöhnungsprozess in Mali zu unterstützen.	Mali	2019	AA	Handicap International Federation, operating name Humanity & Inclusion (HI)	242.000 €
„M(ultiply)Power-Frauen“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Tunesien Ende des Jahres wurden Frauen und Mädchen zur Teilnahme an politischen Prozessen befähigt. Für Multiplikatorinnen wurden Trainings zu Gleichberechtigung und Partizipation in Politik und Gesellschaft durchgeführt.	Tunesien	2019	AA	Citizens of Europe e.V.	26.665 €
Deutsch-Lateinamerikanisches Frauennetzwerk Unidas	Gründung des Frauennetzwerks Unidas im Rahmen der Lateinamerika Initiative	Austausch von Frauen aus verschiedenen Bereichen mit Fokus auf weibliche Friedensakteure; Förderung von Projekten zugunsten der Arbeit von Frauen(-organisationen) im Stabilisierungskontext (bis zu 350.000 €)	Deutschland, Lateinamerika	2019–2020	AA		
Women's perspectives and alternatives on security challenges in Latin America	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Das Projekt möchte anhand von gelebten Erfahrungen von Frauen zu einem alternativen Ansatz der Sicherheitspolitik in Lateinamerika beitragen. Partizipative Erarbeitung eines Vorschlags für die Women, Peace and Security-Agenda aus zivilgesellschaftlicher Perspektive.	Kolumbien, Mexiko	2020	AA	Cooperación de Investigación y Acción Social y económica – Corporación CIASE	75.175 €
Women constituents: Gender and representation, the challenges of the process towards a new constitution	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Beitrag zu einer aktiven Beteiligung von Frauen im aktuellen Verfassungsgebungsprozess. Genderspezifischen Forderungen sollen Eingang in die neue Verfassung finden, um damit die durch strukturelle Ungleichheiten geprägte soziale und politische Krise zu überwinden.	Chile	2020	AA	Humanas_CL: Corporación Humanas, Centro Regional de Derechos Humanos y Justicia de Género	65.737 €
Capturing inequalities to Plan for lasting Peace	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Partizipative Erstellung einer intersektionalen, gendersensiblen Konfliktanalyse sowie Entwicklung von Frühwarnindikatoren zur Prävention und Stabilisierung als Folge des Demokratieverfalls und Gewalteskalation in Südamerika am Beispiel von drei Ländern der Region.	Bolivien, Brasilien, Chile	2020	AA	GAIC – Gender Associations International Consulting GmbH	83.611 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Building peace through young adult peace champions in post-conflict communities – to prevent youth re-radicalization in Uganda – Phase II	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Präventionsmaßnahmen vor Re-Radikalisierung junger Erwachsener in Uganda (darunter ehemalige Kindersoldat*innen) und Ausbildung junger Frauen und Männer zu change agents mit dem Ziel, die Einstellungen bezüglich Gewalt in ihren Gemeinden zu verändern. Ergänzend werden junge Menschen in praktischen Fähigkeiten ausgebildet, um ihnen alternative Einkommensquellen aufzuzeigen.	Uganda	2020	AA	Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC)	202.900 €
Our Vision, our future: Gender, Peace and Security across South Sudan's conflict lines	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Im Südsudan werden Frauengruppen aufgebaut, Trainings zur Förderung der Beteiligung von Frauen durchgeführt und psychosoziale Unterstützungsangebote für Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt angeboten. Es wird ein inklusiveres Umfeld geschaffen, in welchem sich Frauen und Mädchen sicherer fühlen, ihre Rechte verwirklichen können und als zivile Akteure der Friedenskonsolidierung wahrgenommen werden.	Südsudan	2020	AA	Peace Movement – Pax Netherlands Foundation	95.275 €
Women take the lead 2020–2021	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Damit sie beim Wiederaufbau in ihren Gemeinden in Syrien Führungsrollen übernehmen können, werden Frauen fortgebildet und zur Beteiligung befähigt. Neben Workshops zu Frauen- und Bürgerrechten werden Leadership-Seminare durchgeführt und werden Frauen bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Projekte unterstützt.	Syrien	2020–2021	AA	elbarlament GmbH	552.467 €
Projektförderung in Mali: Bürgerinitiative für Friedenskonsolidierung und Förderung der aktiven politischen Teilhabe von Frauen	Projekt	Ziel des Projektes ist es, Initiativen zu stärken und zu fördern, welche die politische Repräsentation von Frauen und deren aktive Teilhabe verbessern und den sozialen Zusammenhalt fördern. Projekt im Rahmen einer zweckgebundenen Einzahlung 2019 in den MINUSMA – Treuhandfonds (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali)	Mali	2020	AA		ca. 132.000 €
Building Open Spaces to Prevent Youth Re-radicalization and Recruitment into Radical Groups in Cameroon	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Präventionsmaßnahmen zur Re-Radikalisierung junger Erwachsener in Kamerun (darunter ehemalige Kindersoldat*innen) und Ausbildung junger Frauen und Männer zu change agents mit dem Ziel, die Einstellungen bezüglich Gewalt in ihren Gemeinden zu verändern. Ergänzend werden junge Menschen in praktischen Fähigkeiten ausgebildet, um ihnen alternative Einkommensquellen aufzuzeigen.	Kamerun	2020	AA	Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC)	88.779 €
Building Resilience Against Violent Extremism	Projekt	Das Projekt wird Führungspersönlichkeiten aus verschiedenen Kontexten (u. a. Politik und Religion) sowie Jugendliche, Frauen und Medienvertreter in Bangladesch in Verbindung bringen und die Führungspersönlichkeiten als Mentor*innen für Frauen und Jugendliche etablieren. Diese sollen befähigt werden, als Vorkämpfer für Frieden, Gewaltlosigkeit und ein friedliches Miteinander zu wirken. Ebenso werden die lokalen staatlichen Institutionen einbezogen.	Bangladesch	2020–2023	AA	The Hunger Project	399.925 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Gewährleistung von Sicherheit für Frauen in Nigeria	Projekt	Verbesserung des Sicherheitssektors im Bereich geschlechtsspezifischer Themen und Förderung des gesellschaftlichen Dialogs zwischen von Konflikten betroffenen Frauen und Akteuren des Sicherheitssektors. Das Projekt verfolgt folgende Ziele: (i) Die wichtigsten Institutionen des nigerianischen Sicherheitssektors schaffen ein förderliches, geschlechtsspezifisches politisches Umfeld (ii) Verbesserte Kapazität des Personals des Sicherheitssektors für geschlechtsspezifische Themen und Maßnahmen (iii) Betroffene Frauen und Frauenorganisationen engagieren sich sinnvoll und arbeiten mit Institutionen und Mitarbeitern des Sicherheitssektors im Bereich der Sicherheit für Frauen in der Gemeinschaft zusammen	Nigeria	2020–2021	AA	UN Women	1,7 Mio. €
Berufliche Ausbildung benachteiligter Frauen und Mädchen in Trincomalee, Sri Lanka	Projekt	Schulung junger Frauen und Mädchen in der Herstellung von Kunsthandwerk	Sri Lanka	2019	AA		
Empowering tamil & muslim women with low income in Kallady through dry fish production	Projekt	Schulung von Frauen in der hygienischen Herstellung von Trockenfisch		2019	AA		
Empowering women of Kamburupitiya through the production of Vanilla and King Chillies (Nai Miris)	Projekt	Schulung von Frauen in der Anzucht von Setzlingen und der Verarbeitung von Feldfrüchten mit hohen Marktpreisen (hier: Vanille und Chili)		2019	AA		
Providing the widows and helpless women of Thalai Mannar with houses	Projekt	Bau von 3 Häusern für mittellose Frauen		2019	AA		
Konferenz für den innerafghanischen Dialog (IAD) in Doha (Katar)	Vertrauensbildende Maßnahme zwischen den Teilnehmenden und Einigung auf ein gemeinsames Abschlusssstatement	Besonderes Anliegen Deutschlands war es, den Dialog inklusiv zu gestalten und Stimmen unterschiedlichster Gruppen innerhalb der afghanischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen. Im Unterschied zu vorangegangenen Gesprächsformaten waren sowohl Angehörige der in Afghanistan vertretenen Ethnien und Religionen, als auch Vertreter*innen der jüngeren Generation aktiv an dem Dialog beteiligt und trugen maßgeblich zu seinem Erfolg bei. Rund 20 % der Teilnehmenden waren Frauen. Wenngleich die Bundesregierung eine noch stärkere Einbindung von Frauen in künftige Friedensbemühungen anstrebt, hat der IAD hier Maßstäbe gesetzt.	Afghanistan	2019	AA	Berghof-Stiftung	
Austausch mit afghanischen Friedensaktivistinnen und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft	Regelmäßige Gespräche der Bundesregierung und Austausch mit Bundestagsabgeordneten	Bundesminister Maas traf Vertreterinnen der afghanischen Zivilgesellschaft am 11.03.2019 in Kabul; Staatsminister Annen traf sich zum Austausch mit afghanischen Zivilgesellschaftsvertreterinnen in Kabul am 15. Januar 2020; Der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan, Botschafter Potzel, hält regelmäßigen Kontakt zu afghanischen Aktivistinnen, und trifft diese bei seinen Afghanistan-Reisen, aber auch in Deutschland	Afghanistan	2019–2020	AA		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Bundesprogramm „Demokratie leben!“	Förderprogramm Demokratieförderung, Extremismusprävention, Vielfaltsgestaltung zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung	Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, für gesellschaftliche Vielfalt und gegen politischen und religiös begründeten Extremismus. Dabei wird ein ganzheitlicher jugendpädagogischer Ansatz in der Extremismusprävention verfolgt, bei dem alle Formen des Extremismus – auch in ihrer jeweiligen Wechselwirkung – in den Blick genommen werden. Gender Mainstreaming ist bei der Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ein leitendes Prinzip und als solches in der Förderrichtlinie des Bundesprogramms fest verankert. Damit sollen die Anliegen und Erfahrungen nicht nur von Frauen und Mädchen sowie die von Männern und Jungen, sondern auch die von LGBTI-Personen in die Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung von Projekten und Maßnahmen selbstverständlich einbezogen und ihre Teilhabe an Projekten und Maßnahmen sichergestellt werden. Im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden bereits in der ersten Förderperiode (2015–2019) konkrete Maßnahmen und Ansätze gefördert, die die Geschlechterdimension des Extremismus adressierten.	Deutschland	2015–2019 2. Förderperiode 2020–2024	BMFSFJ		
Verbesserung von Schutzmechanismen für Frauen und Mädchen gegen geschlechterbasierte Gewalt, Kamerun, Kolumbien, DR Kongo, Georgien-Abchasien, Haiti, Irak, Syrien, Libyen, Sudan, Jemen	Projekt	Das Vorhaben setzt Maßnahmen zur Verbesserung von Schutzmechanismen für Frauen und Mädchen gegen geschlechtsspezifische Gewalt in den Ländern Kamerun, Kolumbien, DR Kongo, Georgien-Abchasien, Haiti und Arabischen Staaten um durch die Stärkung ihrer Beteiligung in Entscheidungsprozessen in Konflikt- und Postkonfliktumgebungen. Außerdem arbeitet das Vorhaben mit dem Büro zur Kriegsverbrechensforschung am Justizkolleg Washington zusammen.	Kamerun, Kolumbien, DR Kongo, Georgien, Haiti, Irak, Syrien, Libyen, Sudan, Jemen	2018–2019	BMZ	UN WOMEN	950.000 €
Offener Fonds für soziale Kohäsion, Burundi	Projekt	Der Fonds für soziale Kohäsion finanziert, unterstützt und berät zivilgesellschaftliche Organisationen in Burundi in den Bereichen psychosoziale Unterstützung und Versöhnung sowie Kapazitäten für bürgerschaftliches Engagement. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Partizipation von Frauen als Akteurinnen, die einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung des Friedensprozesses leisten.	Burundi	2017–2020	BMZ	GIZ	4,3 Mio. €
LEAD – Stärkung von Frauen in führenden Positionen in Verwaltung und Zivilgesellschaft im Nahen Osten, Jordanien, Libanon, Palästinensischen Gebieten	Projekt	Das Vorhaben stärkt die politische Teilhabe von Frauen in ausgewählten Gemeinden sowie auf nationaler Ebene in Jordanien, Libanon und den Palästinensischen Gebieten. Dies beinhaltet die Förderung von Frauen in Kommunalpolitik und -verwaltung, die Durchführung von Gender Audits in Gemeindeverwaltungen sowie die Etablierung bzw. Stärkung von Gender-Plattformen und Netzwerken.	Jordanien, Libanon, Palästinensische Autonomiegebiete	2015–2021	BMZ	GIZ	11,8 Mio. €
Förderung der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen im Nahen Osten, Irak, Libyen, Jemen, Syrien	Projekt	Verbesserung der aktiven Teilnahme von Frauen an Friedensprozessen und nationalen Dialogen auf hoher und höchster Ebene in Irak, Syrien, Jemen und Libyen. Frauengruppen und Vertreterinnen werden durch gezielte Fortbildung, Vorbereitung auf politische Gespräche und Beratung gestärkt, um sich aktiv in die Prozesse einzubringen. Akteure des Friedensprozesses werden gleichzeitig zu den Vorteilen und Potentialen stärkerer Frauenbeteiligung sensibilisiert. Das Programm hat eine starke Forschungskomponente, um die Erfahrungen von insgesamt 30 Friedensprozessen systematisch aufzuarbeiten und für laufende Verhandlungen im Nahen Osten nutzbar zu machen.	Irak, Libyen, Jemen, Syrien	2016–2022	BMZ	GIZ/UN Women	10 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Stärkung der Kapazitäten zur Bearbeitung des Konflikts zwischen Ackerbauern und Viehhaltern in Zentralnigeria	Projekt	Das Projekt soll die Voraussetzungen für eine Deeskalation des gewaltsamen Ressourcenkonfliktes in Zentralnigeria verbessern. U.a. zielt das Vorhaben darauf ab, eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern am Community Development Planning herzustellen. Männer werden außerdem für die Potentiale der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in der Wirtschaft sensibilisiert.	Nigeria	2019–2023	BMZ	GIZ	12 Mio. €
Stärkung von Resilienz und Partizipation auf lokaler Ebene, Jemen	Projekt	Das Projekt stärkt die Funktionsfähigkeit der vom gewaltsamen Konflikt betroffenen sub-nationalen Institutionen in den drei jemenitischen Gouvernoren Dhamar, Hadramout und Ibb. Frauen werden explizit in die Verhandlungsprozesse auf lokaler Ebene einbezogen. Im Bereich Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung ist die Rolle von Frauen unerlässlich und soll sichtbar ausgebaut werden.	Jemen	2019–2023	BMZ	GIZ	12 Mio. €
Stärkung der Teilhabe von Frauen am Wiederaufbau- und Friedensprozess, Irak	Projekt	Das Vorhaben im Irak soll Kapazitäten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure auf nationaler und lokaler Ebene auf- und ausbauen, um die aktive Teilhabe von Frauen im Wiederaufbau- und Friedensprozess zu fördern. Öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Transformation patriarchal geprägter Geschlechterverhältnisse werden gefördert, um die gesellschaftliche Akzeptanz für Gewalt gegen Frauen zu reduzieren.	Irak	2018–2021	BMZ	GIZ	8,5 Mio. €
Gute Regierungsführung für den Frieden – Paz Comunal, Kolumbien	Projekt	Das Vorhaben sorgt dafür, dass die Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren für die Friedensentwicklung auf regionaler Ebene in Kolumbien transparenter und inklusiver wird. Eine von drei Komponenten widmet sich der politischen Teilhabe von Frauen und Jugendlichen.	Kolumbien	2020–2022	BMZ	GIZ	5 Mio. €
Qualifizierungsinitiative lokale Verwaltungsstrukturen und Zivilgesellschaft (QUICS II), Syrien	Projekt	Das Vorhaben stärkt die Kapazitäten der syrischen Diaspora in Deutschland, um sich in die Debatte zur Zukunft Syriens einzubringen. Gesellschaftlich aktive syrische Frauen in der Türkei, Syrien und Deutschland bekommen Fortbildungen und Leadership-Maßnahmen, um ihre Stimme einzubringen. Live Radiodebatten zwischen jungen Syrerinnen informieren zu kulturellen und gesellschaftlichen Tabu, Themen wie GBV, arrangierte Hochzeiten und häuslicher Gewalt.	Syrien	2017–2019 2020–2023	BMZ	GIZ	7 Mio. € 6 Mio. €
Förderung von Frieden und Sicherheit in der Region Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika-Region	Projekt			2018–2020	BMZ	FES	1,8 Mio. €
Regionalprogramm Politischer Dialog und Regionale Integration im Südlichen Mittelmeer (SI MENA 1)	Projekt			2018–2020	BMZ	KAS	1,8 Mio. €
Unterstützung der Afrikanischen Union im Bereich Frieden und Sicherheit (APSA) Phase III	Projekt	Das Projekt unterstützt die Afrikanische Union (AU) beim Aufbau der Strukturen der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur in den Bereichen Konfliktprävention und Mediation, Konfliktmanagement und Friedenskonsolidierung. Es fördert die aktive Einbindung von Frauen in allen Stadien des Konfliktzyklus sowie auf verschiedenen politischen Ebenen, u. a. auch durch die Zusammenarbeit mit dem Office of the AU Special Envoy for Women, Peace and Security sowie die Förderung des Mediatorinnen-Netzwerk FemWise.	Afrika (regional)	2018–2021	BMZ in Zusammenarbeit mit GIZ	GIZ	6 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Regionalprogramm für Inklusion gesellschaftlich benachteiligter Personengruppen in Asien	Projekt			2019–2021	BMZ	Caritas	2 Mio. €
Förderung von nachhaltigen und inklusiven Friedensprozessen in Mindanao, Philippinen	Projekt		Philippinen	2017–2021	BMZ	KZE	400.000 €
Beitrag zu Frieden und Konfliktbewältigung in fünf Distrikten im Norden von Sri Lanka	Projekt		Sri Lanka	2019–2023	BMZ	KZE	204.000 €
Unterstützung von Basisgruppen zur friedlichen Lösung von Konflikten und für demokratische Mitwirkung-Fortführung, Demokratische Republik Kongo	Projekt		DR Kongo	2017–2019	BMZ	EZE	270.000 €
Indigenen-orientierte Entwicklung und Stärkung der guten Regierungsführung Chittagong Hill Tracts, Bangladesch	Projekt		Bangladesch	2017–2020	BMZ	EZE	722.000 €
Integriertes Projekt zur Förderung von Frieden und Existenzsicherung der ländlichen Armen, Pakistan	Projekt		Pakistan	2018–2020	BMZ	EZE	530.000 €
Stärkung des Jugendengagements in Pakistan, Fortführung	Projekt		Pakistan	2019–2022	BMZ	EZE	480.000 €
Stärkung von afrokolumbianischen Gemeinderäten in den Bereichen Umwelt und Gender im Einzugsgebiet des San-Juan-Flusses, Departement Chocó, Kolumbien	Projekt		Kolumbien	2020–2023	BMZ	KZE	198.000 €
Lokale Friedensinitiativen in den Entwicklungsregionen im Kanchanpur Distrikt sowie im Siraha Distrikt, Nepal	Projekt		Nepal	2017–2020	BMZ	KZE	130.000 €
Lokale Friedensinitiativen in den Entwicklungsregionen im Kanchanpur Distrikt sowie im Siraha Distrikt, Nepal	Projekt		Nepal	2019–2023	BMZ	KZE	158.000 €
Aufbau von friedlichen inklusiven Gemeinschaften mit Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltiger Landnutzung, Fortführung, Indien	Projekt		Indien	2017–2020	BMZ	EZE	200.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Unterstützung von Kommunen, Libyen	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Handlungsfähigkeit 17 ausgewählter libyscher Bezirke und Gemeinden im Hinblick auf lokale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und partizipative Entwicklungsplanung. Es werden zehn Begegnungs- Beratungs- und Trainingszentren für Frauen aufgebaut. 26 Ausbilderinnen zur Textilverarbeitung wurden geschult und sollen jährlich mehr als 100 Frauen ausbilden, darunter auch Witwen, Binnenvertriebene und Migrantinnen.	Libyen	2017–2020	BMZ	GIZ	17 Mio. € (7 Mio. € BMZ, 10 Mio. € EU-KoFi)
Sozio-ökonomischer Dialogprozess, Libyen	Projekt	Das Vorhaben entwickelt Reformstrategien und Umsetzungspläne für ein zukünftiges Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsmodell, die in relevante politische Prozesse zur Transformation Libyens einfließen. Die Repräsentation und aktive Mitwirkung von Frauen soll dazu führen, dass ihre Situation, Bedürfnisse und Rolle bei allen Aktivitäten angemessen berücksichtigt werden.	Libyen	2017–2020	BMZ	GIZ	4 Mio. €
Reform der Verwaltung in der Ostukraine II	Projekt	Das Personal (u.a. 54 Prozent Frauen) in Verwaltungsinstitutionen in der Ostukraine wird in der Wahrnehmung der Aufgaben gestärkt. Ziel ist ihre aktive Beteiligung an Reformen und die Entwicklung einer bürger*innenorientierten öffentlichen Verwaltung auf kommunaler Ebene. Weiterbildungen zu fachlichen Themen sowie zu Kommunikationsstrategien und Human Centred Design kommen zum Einsatz.	Ukraine	2017–2020	BMZ	GIZ	3,5 Mio. €
Krisenpräventiver Wiederaufbau Mossul, Irak	Projekt	Das Projekt stärkt die Resilienz von verwundbaren Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Gemeinden in Ninewa (Irak), stärkt Frauennetzwerke zur Konfliktbeilegung und Mitbestimmung an Entscheidungsprozessen und fördert die Teilnahme von Frauen an Übergangsprozessen bei der Entwicklung und Verabschiedung lokaler Initiativen.	Irak	2017–2021	BMZ	GIZ	60,7 Mio. €
Stärkung von Kapazitäten für den Umgang mit gewaltsamer Vertreibung in Mindanao, Philippinen	Projekt	Das Projekt verbessert den Umgang staatlicher Akteure mit Situationen gewaltsamer Vertreibung in Herkunfts- und aufnehmenden Gemeinden in Caraga (Philippinen). Dialogmaßnahmen in Herkunfts- und aufnehmenden Gemeinden zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und Betroffenen sollen Frauen aktiv beteiligen und die soziale Kohäsion erhöhen.	Philippinen	2017–2020	BMZ	GIZ	4 Mio. €
IKT – Perspektiven für eine moderne Jugend, Irak	Projekt	Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven für Jugendliche im Irak im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien. Frauen stellen hierbei eine besondere Zielgruppe dar und sollen explizit von Empowerment Maßnahmen, praxisnahen Qualifizierungsangeboten, vom Zugang zu passend ausgerüsteten Hubs und von der Unterstützung zur Unternehmensgründung und Arbeitsvermittlungsmaßnahmen profitieren.	Irak	2017–2020	BMZ	GIZ	10 Mio. €
Pilot-Investitionsprogramm zur Umsetzung des Friedensabkommens auf lokaler Ebene, Kolumbien	Projekt	Die Lebensbedingungen und der soziale Zusammenhalt der Bevölkerung in den ausgesuchten Postkonflikt-Munizipien (PDET) sind verbessert.	Kolumbien	2019–2024	BMZ	KfW	11,9 Mio. €
Förderung von Dezentralisierung und lokaler Regierungsführung, Irak	Projekt	Das Vorhaben stärkt im Irak die Kapazitäten von Schlüsselakteuren für bürger*innen-orientierte Dezentralisierung auf (sub-)nationaler Ebene und etabliert zwei zivilgesellschaftliche Plattformen (40% Frauen). Es werden Trainings zu Gender Diversity für Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durchgeführt und die Einrichtung von zwei Zentren zum Empowerment von Frauen sowie einer Nähwerkstatt unterstützt.	Irak	2017–2021	BMZ	GIZ	10 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
FATA Entwicklungsprogramm, Pakistan	Projekt	Im Rahmen des Projekts werden die Bedarfe von Frauen in jährlichen Entwicklungsplänen für die Stammesdistrikte in Pakistan abgebildet. Die partizipativ erstellten Entwicklungspläne sollen zu 50% auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen zielen. Diese Arbeit wird u. a. von Gender Desk Officers in Dialogforen in allen sieben Stammesdistrikten unterstützt.	Pakistan	2019–2021	BMZ	GIZ	17,5 Mio. € (davon 12,5 Mio. € BMZ)
Unterstützung des Berufsbildungssektors in Pakistan	Projekt	Im Rahmen der Stärkung des Berufsbildungssektors in Pakistan werden Weiterbildungsmaßnahmen für Berufsschullehrerinnen und Prüferinnen angeboten, Genderpläne mit der nationalen und mit Provinz-Berufsbildungsbehörden erarbeitet und 18 Fortbildungen für über 600 Teilnehmende zum Thema Gender Mainstreaming in der Berufsbildung und zum Thema „Förderliches Arbeitsumfeld“ organisiert.	Pakistan	2017–2021	BMZ	GIZ	62,5 Mio. € (davon 14,5 Mio. € BMZ)
Förderung lokaler Regierungsführung (LoGo II), Pakistan	Projekt	Das Projekt stärkt die Rolle von Frauen in den Kommunalverwaltungen und im politischen Leadership in Pakistan. Bürgermeisterinnen und Rätinnen werden in der Entscheidungsfindung und durch Trainings zu Gesetzen und lokaler Regierungsführung unterstützt. Zudem werden subnationalen Regierungen bei der Verbesserung der Dienstleistungserbringung für Frauen und marginalisierte Gruppen beraten.	Pakistan	2020–2022	BMZ	GIZ	9 Mio. €
Gewaltfreie Initiativen stärken – durch Vernetzung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit, Israel und Palästinensische Gebiete	Projekt	Das Vorhaben stärkt die Kapazitäten von Frauenbewegungen und -initiativen in den Palästinensischen Gebieten zur Artikulierung und gewaltfreien Durchsetzung ihrer Interessen. Hierzu werden u. a. Führungs-Trainings und psychosoziale Begleitung bereitgestellt. Maßnahmen umfassen außerdem Trainings zu Geschlechtergerechtigkeit, Männlichkeitsvorstellungen, Transidentitäten, sowie der Rechtslage bezüglich sexualisierter Gewalt.	Israel, Palästinensische Autonomiegebiete	2017–2020	BMZ	ZFD (KURVE Wustrow)	1,6 Mio. €
Internationale Lobbyarbeit zu Rechten von Indigenen in Bangladesh	Projekt		Bangladesh	2017–2020	BMZ	EZE	188.000 €
Aufbau einer aktiven Friedenskultur an evangelischen Schulen im Ostkongo und in Ruanda	Projekt		DR Kongo, Ruanda	2019–2022	BMZ	EZE	300.000 €
Qualifizierung kirchlicher Grundbildung unter Einbeziehung von Friedenserziehungs- und Geschlechtergleichstellungsmaßnahmen im Ostkongo (Fortführung)	Projekt		DR Kongo	2019–2021	BMZ	EZE	621.000 €
Ernährungssicherung und Konfliktbearbeitungsmechanismen, Demokratische Republik Kongo	Projekt	Das Projekt stärkt gezielt Frauen in der Demokratischen Republik Kongo und informiert sie über ihre Beteiligungs- und Partizipationsrechte. Zudem werden soziale Dialogprozesse für gewaltfreies Handeln auf individueller und Gemeindeebene angestoßen. So sollen soziale Normen verändert werden, nach denen Menschenrechte missachtet werden und Gewalt akzeptiert wird.	DR Kongo	2018–2021	BMZ	GIZ	5 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Soziale und ökonomische Integration von Ex-Kombattanten und von Konflikt betroffenen Gruppen, Äthiopien	Projekt	Das Projekt unterstützt die Reintegration bzw. gesellschaftliche Wiedereingliederung von ehemaligen Kombattanten und Kombattantinnen in Äthiopien und damit einen wichtigen Aspekt des äthiopischen Friedensprozesses. Auch Ex-Kombattantinnen, die sich unter den Mitgliedern der ehemals aufständischen Gruppen befinden, werden direkt bei der Wiedererlangung eines zivilen Alltags und gesellschaftlicher Teilhabe unterstützt.	Äthiopien	2018–2020	BMZ	GIZ	20 Mio. €
FZ-Programm, PBL-Sektorreformprogramm Friedensagenda, Kolumbien	Projekt	Zur Implementierung der Friedensagenda nach Abschluss des Friedensabkommens mit den FARC notwendige institutionelle und strukturelle Reformen unterstützen und der kolumbianischen Regierung finanzielle Ressourcen zu deren Implementierung zu günstigen Bedingungen zur Verfügung stellen.	Kolumbien	2019–2021	BMZ	KfW	200 Mio. €
Aufbau lokaler genderpädagogischer und therapeutischer Bildungsstrukturen zur Integration und Reintegration intern vertriebener Kinder u. Jugendlicher, Irak	Projekt	Das Projekt baut die pädagogischen und therapeutischen Versorgungsstrukturen der Projektregion im Irak gendersensibel aus, um zur psychischen Stabilisierung und schulischen (Re-)Integration von 3000 Kindern und Jugendlichen beizutragen. Damit werden die Menschen in ihrer psychischen Disposition stabilisiert und der geschlechtergerechte Zugang zu Dienstleistungen gewährleistet.	Irak	2019–2022	BMZ	terre des hommes Deutschland e.V.	3 Mio. €
Unterstützung von Maßnahmen für Flüchtlinge aus Nigeria und der Zentralafrikanischen Republik sowie Binnenflüchtlinge in Kamerun	Projekt	Das Vorhaben verbessert den Gesundheitszustand von Müttern und Kindern in den nördlichen und nord-östlichen Landesteilen Kameruns durch die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen, Nahrungsergänzungsmitteln sowie Sensibilisierungsmaßnahmen zur Verhaltensänderung. Dies stärkt die Resilienz der dortigen Bevölkerung und der Zufluchtsuchenden.	Kamerun	2017–2019	BMZ	KfW	15 Mio. €
Life Skills und Training für Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden, Kenia	Projekt	Das Vorhaben verbessert in Kenia die beruflichen Zukunftschancen von Jugendlichen mit Fluchthintergrund sowie aus den aufnehmenden Gemeinden durch Schulungen zu Informations- und Kommunikationstechnologie. Durch die friedensorientierten Inhalte der Maßnahmen erlernen Jugendliche zudem einen konstruktiven Umgang mit kulturellen und ethnischen Unterschieden sowie mit Konflikten. Mädchen und junge Mütter profitieren von speziellen Formaten.	Kenia	2017–2021	BMZ	GIZ	3 Mio. €
Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung sowie Stärkung der Gesundheitsstrukturen, Libanon	Projekt	Das Projekt soll die Resilienz von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden erhöhen, indem das libanesische Gesundheitssystem gestärkt wird. Die Verbesserung der präventiven Gesundheitsversorgung zielt in erster Linie auf Frauen und Kinder ab. Dies umfasst Maßnahmen im Bereich Schwangerschaftsvorsorge und Aufklärungsveranstaltungen zu Schwangerschaftsnachsorgeuntersuchungen.	Libanon	2017–2020	BMZ	Malteser International	3 Mio. €
Unterstützung für Flüchtlinge aus Myanmar (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen), Bangladesch	Projekt	Für von der Flüchtlingskrise betroffene Mädchen und Jungen zwischen 4–14 Jahren in Bangladesch wird der Zugang zu Grundbildung und Schulmaterial in einer sicheren Lernumgebung verbessert. Informelle Bildungs- und Lernangebote werden hierfür bereitgestellt.	Bangladesch	2017–2018	BMZ	KfW/UNICEF	4 Mio. €
Lernzentren für von Rohingya Krise betroffene Kinder Phase II, Bangladesch	Projekt	Rohingya-Flüchtlingskinder zwischen 4–14 Jahren in Bangladesch, unter besonderer Berücksichtigung von Mädchen und Kindern mit Behinderung, sollen einen gleichberechtigten Zugang zu standardisierter informeller Grundbildung und Schulmaterial in einer sicheren Lernumgebung erhalten.	Bangladesch	2018–2020	BMZ	KfW/UNICEF	8 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Verbesserung der Dienstleistungen von Gemeindezentren für Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden, Türkei	Projekt	Das Vorhaben unterstützt in der Türkei Gemeinschaftszentren und lokale Initiativen, die soziale Dienstleistungen in den Bereichen non-formale Bildung, Beratung und psychosoziale Unterstützung anbieten. Dazu zählen Bewusstseinsbildung zu geschlechtsspezifischer Gewalt, Genderstereotypen und Menschenrechten, gendersensible Bedarfsanalysen sowie die Förderung beschäftigungsrelevanter Kompetenzen und einkommensgenerierender Maßnahmen für Frauen.	Türkei	2017–2020	BMZ	GIZ	25 Mio. € (15 Mio. € BMZ, 10 Mio. € DG ECHO)
„Education Cannot Wait“ Treuhandfonds, global	Projekt	Der „Education Cannot Wait“ Treuhandfonds ist der zentrale multilaterale Fonds zur Förderung von Bildung in Krisensituationen und Fluchtkontexten und will den Zugang zu Bildung für Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden gewährleisten. Frauen und Mädchen stehen besonders im Fokus (angestrebt sind 60 % Mädchen als Zielgruppe). Zudem erfolgt die Mitarbeit in der ECW Arbeitsgruppe zu Geschlechtergerechtigkeit.	Weltweit	2017–2017	BMZ	UNICEF	57 Mio. €
Bildung, Kinderschutz und Winterresilienz (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen), Irak	Projekt	Das Vorhaben verbessert im Irak den Zugang zu Bildungs- und Kinderschutzangeboten und stärkt die Winterresilienz von Kindern auf der Flucht. Zielgruppe sind bis zu 280.000 Mädchen und Jungen, die als Kinder irakischer Binnenflüchtlinge vor den Kämpfen mit dem IS fliehen mussten. Frauen und Mädchen sind besonders betroffen, weshalb viele Maßnahmen auf eine Verbesserung der Bildungschancen für Mädchen und jungen Frauen ausgerichtet sind.	Irak	2017–2020	BMZ	KfW/UNICEF	20 Mio. €
Integration von Flüchtlingen und einer Verbesserung der Ernährungssicherung, Tschad	Projekt	Das Projekt stärkt im Tschad die Resilienz von Flüchtlingen sowie der lokalen Bevölkerung im Bereich Ernährungssicherheit und Gesundheit. Alleinstehende Frauen mit Kindern stellen eine besondere Zielgruppe dar und profitieren von Schulungen, der Verteilung landwirtschaftlicher Werkzeuge und Saatgut sowie vom Bau eines Gesundheitszentrums.	Tschad	2017–2020	BMZ	GIZ	3,2 Mio. €
Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung für vulnerable Bevölkerungsgruppen (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen), Republik Südsudan	Projekt	Das Vorhaben verbessert soziale Grunddienste im Südsudan: Wasser/Sanitär/Hygiene (WASH), Ernährung, Gesundheitsversorgung und den Schutz von Kindern und Frauen für vulnerable Bevölkerungsgruppen. Schwangere Frauen und Kinder bekommen dadurch einen besseren Zugang zu medizinischen Leistungen und den Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch.	Südsudan	2017–2020	BMZ	KfW/UNICEF	4 Mio. €
Verbesserung der Gesundheit von Kindern in den drei Regionen Kanem, Barh El Gazal, und Hadjer Lamis (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen), Tschad	Projekt	Das Projekt leistet einen Beitrag zur Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit im Tschad durch Stärkung der präventiven und kurativen Gesundheitsdienstleistungen, insbesondere in den Bereichen reproduktive Gesundheit, HIV/AIDS, Ernährung sowie Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene (WASH). Zur direkten Zielgruppe gehören u. a. schwangere und stillende Frauen.	Tschad	2017–2018	BMZ	KfW/UNICEF	7 Mio. €
Unterstützung des libanesischen Bildungsprogramms „Reaching all Children with Education“, Finanzierung von Schulgebühren, Libanon	Projekt	Das Projekt verbessert im Libanon den Zugang von bedürftigen libanesischen Kindern und Flüchtlingskindern zu formaler Schulbildung durch die Finanzierung von Schulgebühren. Mädchen sind dabei eine spezifische Zielgruppe des Vorhabens.	Libanon	2017–2019	BMZ	KfW/UNICEF	55 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Förderung des inklusiven Friedensprozesses und der Reintegration von Flüchtlingen durch verbesserten Zugang zu sozialer Infrastruktur, Myanmar	Projekt	Das Vorhaben verbessert in Myanmar die Gesundheitsversorgung von rückkehrenden Flüchtlingen und der aufnehmenden Bevölkerung, insbesondere von Müttern und Kindern. Zudem wird der Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen und Hygiene verbessert. Frauen werden durch Trainings zur Friedensarbeit gestärkt.	Myanmar	2018–2021	BMZ	Malteser International	2,3 Mio. €
Für eine gemeinsame Zukunft Gemeindebasierte Kinderschutzmechanismen und Bildungsangebote für konfliktbetroffene Kinder und ihre Familien, Irak	Projekt	Das Projekt stärkt die Resilienz der vertriebenen, zurückgekehrten und verbliebenen Kinder im Irak durch die Entwicklung gemeindebasierter Kinderschutzmechanismen und die Begleitung von Eltern und Pflegepersonen im Umgang mit Stress und Trauma. Mädchen und Jungen erhalten Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung in einer sicheren Schulumgebung und zu alters- und geschlechtsspezifischer psychosozialer Unterstützung.	Irak	2018–2021	BMZ	Save the Children Deutschland e.V.	4,4 Mio. €
Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung, Libyen	Projekt	Das Vorhaben verbessert Qualität und Zugang der Basisgesundheitsversorgung in Libyen für bedürftige Bevölkerungsgruppen. Basisgesundheitszentren werden renoviert und mit Medikamenten versorgt. Gesundheitsdienstleitungen für Frauen und Mädchen werden verbessert und das Pflegepersonal zu reproduktiver Gesundheit, geschlechtsspezifischer Gewalt und psychosozialer Beratung ausgebildet.	Libyen	2018–2021	BMZ	GIZ	5 Mio. €
Interim Country Strategic Plan, Burundi	Projekt	Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Verbesserung des Ernährungszustandes von Kindern zwischen 6 und 59 Monaten, heranwachsenden Mädchen und schwangeren und stillenden Frauen und Mädchen in Burundi. Nährstoffreiche Nahrung wird u. a. stillenden und schwangeren Frauen und Mädchen zur Verfügung gestellt. Zudem werden sie in Kochführungen und mittels Ernährungsberatung geschult.	Burundi	2018–2018	BMZ	UN World Food Programme (WFP)	2 Mio. €
Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu qualitativer Bildung für Kinder in vom Konflikt betroffenen Regionen im Gouvernorat Aden, Jemen	Projekt	Das Projekt verbessert den Zugang zu qualitativer Bildung für vom jemenitischen Konflikt betroffene Kinder, v. a. Mädchen. Dazu wird ein sicheres, gleichberechtigtes Lernumfeld geschaffen und psychosoziale Beratung für Kinder mit Traumata entsprechend der unterschiedlichen Bedürfnisse von Jungen und Mädchen bereitgestellt.	Jemen	2018–2020	BMZ	CARE Deutschland-Luxemburg e.V.	1,1 Mio. €
Verbesserung der medizinischen Versorgung von syrischen Flüchtlingen sowie bedürftigen Libanesen im Bekaa-Tal, Libanon	Projekt	Die Verbesserung des Gesundheitszustands vulnerabler Bevölkerungsgruppen im Bekaa Tal (Libanon) soll u. a. durch qualitativ gestärkte medizinische Versorgungsstrukturen erreicht werden. Frauen und Mädchen werden zudem zu sozialmedizinischen Themen und im Bereich geschlechtsspezifischer Gewalt beraten.	Libanon	2018–2020	BMZ	humedica e.V.	2 Mio. €
Interimsstrategie für die Zentralafrikanischen Republik (Interim Country Strategic Plan ICSP – 2018–2020)	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Ernährungssituation in der Zentralafrikanischen Republik, insbesondere für schwangere und stillende Frauen und stärkt die Resilienz der Bevölkerung. Dies wird durch die Wiederherstellung landwirtschaftlicher Gemeingüter, Schulspeisungen sowie Kapazitätsstärkung von Institutionen gefördert.	Zentralafrikanische Republik	2018–2022	BMZ	WFP	10 Mio. €
Verbesserung der Überlebenschancen und der Entwicklung von Kindern, Phase II, Tschad	Projekt	Das Vorhaben reduziert die Mütter- und Kindersterblichkeit im Tschad, indem vermehrt präventive und kurative Gesundheitsdienstleistungen genutzt werden. Die Maßnahmen sollen den Zugang zu gesundheitsrelevanten Informationen und Leistungen, insbesondere im Bereich reproduktive Gesundheit, verbessern und alle Ebenen des Gesundheitssystems darin stärken, auf die Bedürfnisse von Mädchen und Frauen einzugehen.	Tschad	2018–2023	BMZ	KfW/UNICEF	11 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
No Lost Generation Makani Center Phase I, Jordanien	Projekt	Durch den Bau und Betrieb von 32 UNICEF-Makani-Zentren in Jordanien trägt das Projekt zum verbesserten Zugang zu Bildungs- und Kinderschutzmaßnahmen für 28.000 bedürftige Kinder und Jugendliche bei, darunter mindestens 50 % Mädchen und junge Frauen. Die Maßnahmen erhöhen die Bildungschancen für Mädchen und Frauen, zudem werden von geschlechtsspezifischer Gewalt und Frühverheiratung Betroffene betreut und behandelt.	Jordanien	2018–2021	BMZ	KfW/UNICEF	13,5 Mio. €
Projekt zur Reduzierung der Abhängigkeit von Hilfsleistungen im Bereich soziale Infrastruktur in vom Konflikt betroffenen Gemeinden, Zentralafrikanische Republik	Projekt	Das Projekt trägt dazu bei, soziale Infrastruktur für Kinderschutz und Bildung in der Zentralafrikanischen Republik wiederherzustellen und die Abhängigkeit von Hilfsmaßnahmen zu reduzieren. Der Zugang von Frauen und Kinder zu inklusiven und angemessenen Bildungsangeboten sowie das Empowerment von Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt werden dabei besonders berücksichtigt.	Zentralafrikanische Republik	2018–2021	BMZ	Plan International Deutschland e.V.	2,5 Mio. €
UNICEF RACE II Finanzierung von Schulgebühren im Schuljahr 2018/2019 – Phase VII, Libanon	Projekt	Das Projekt verbessert den Zugang von 123.000 bedürftigen libanesischen Kinder sowie Kinder mit Fluchthintergrund zu formaler Schulbildung im Libanon, indem die Schulgebühren finanziert werden. Der gleichberechtigte Zugang von Mädchen wird hierbei besonders gefördert.	Libanon	2018–2021	BMZ	KfW/UNICEF	50 Mio. €
Konsolidierungs- und Nexusvorhaben zur Verbesserung der Basisversorgung für vulnerablen Bevölkerung im Nordirak	Projekt	Das Vorhaben trägt zur verbesserten Grundversorgung im Nordirak bei. Technisches und pflegerische Personal wird zu Mutter-Kind-Gesundheit und zur Behandlung von altersspezifischen regional auftretenden Erkrankungen von Frauen fortgebildet. In Flüchtlingsunterkünften werden für Frauen Alphabetisierungskurse sowie spezialisierte psychosoziale Dienste angeboten.	Irak	2019–2022	BMZ	GIZ	25,9 Mio. €
Nexus Türkei – Die soziale Kohäsion gefl. syr. Jugendlichen u Jugendlichen der aufnehmenden Gemeinden ist in ausgewählten Gemeinden verbessert	Projekt	Ziel des Projektes ist die Stärkung der sozialen Kohäsion zwischen geflüchteten syrischen Jugendlichen und Jugendlichen der aufnehmenden Gemeinden in der Türkei, indem das Angebot an gemeinsamen Aktivitäten, wie Sport-, Kultur- und Freizeitangebote in Jugendzentren oder Schulen konflikt-präventiv und gendersensibel gestaltet werden.	Türkei	2019–2022	BMZ	GIZ	6 Mio. €
Verbesserte Lebensperspektiven von Geflüchteten aus der Demokratischen Republik Kongo und der aufnehmenden Bevölkerung durch gemeindebasierte Ansätze im Nexus von Gesundheit, WASH und Ernährung, Demokratische Republik Kongo	Projekt	Das Vorhaben fördert die Resilienzstärkung der geflüchteten und aufnehmenden Bevölkerung in der Demokratischen Republik Kongo durch gemeindebasierte geschlechtergerechte Ansätze im Nexus von Ernährung, Gesundheit, Wasser und Sanitärdienste. So wurden z. B. die Sanitäranlagen an die Bedürfnisse von Frauen nach den Vorgaben des Toolkits „Violence, Gender and WASH“ angepasst und Hausgärten eingerichtet.	DR Kongo	2019–2023	BMZ	Malteser International	4 Mio. €
Resiliente, inklusive und geschützte Schulen und Gemeinden für Mädchen und Jungen im Westjordanland und Gaza, Palästinensische Gebiete	Projekt	Das Projekt minimiert in den Palästinensischen Gebieten die Risiken von Kindern in vulnerablen Situationen, Opfer von konfliktbedingter Gewalt, Rechtsverletzungen, Vernachlässigung, Missbrauch und Ausbeutung zu werden. Maßnahmen umfassen einen verbesserten Zugang zu Dienstleistungen im Bereich Kinderschutz, Bildung, psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung.	Palästinensische Autonomiegebiete	2019–2022	BMZ	Save the Children Deutschland e.V.	4 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Verbesserung der Gesundheitssituation und Existenzsicherung in konfliktbetroffenen Gemeinden mit Fokus auf besonders vulnerablen Personengruppen, Nigeria	Projekt	Das Projekt fördert die Resilienz von nigerianischen konfliktbetroffenen Aufnahmegemeinden und Binnenvertriebenen durch Maßnahmen zur Existenzsicherung und den Aufbau inklusiver Gesundheits-, Wasser-, Sanitär- und Hygienesdienste. Besonderer Fokus liegt auf dem Thema reproduktive Gesundheit und der Inklusion von Frauen in lokale und regionale Entscheidungsprozesse.	Nigeria	2019–2023	BMZ	Christoffel-Blindenmission Deutschland e.V.	2,8 Mio. €
Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen, Rückkehrern und ansässigen Gemeinden im Süden des Tschad in der Region Middle Chari	Projekt	Im südlichen Tschad wird die sozioökonomische Integration von Flüchtlingen, Rückkehrern und Gastgemeinden verbessert. Die Förderung des Zugangs zu Ressourcen und eine optimierte Organisation (z. B. Zusammenschlüsse in Frauenspargruppen) sollen die Ernährungssicherheit steigern. Parallel dazu werden Überlebende sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt psychosozial betreut.	Tschad	2019–2021	BMZ	CARE Deutschland-Luxemburg e.V.	2,4 Mio. €
Aufbau von Lebensgrundlagen und Stärkung der Resilienz für die vom Konflikt betroffenen Aufnahmegemeinden und Binnenvertriebe in Kachin, Myanmar	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab, die vom Konflikt betroffene Bevölkerung in Myanmar durch verbesserte Lebensgrundlagen zu stärken und Binnenvertriebenen und Aufnahmegemeinden zu schützen. Die Vermittlung finanzieller Kompetenzen für Frauengruppen steht dabei besonders im Fokus. Parallel dazu bilden sich Komitees für Frauen, in denen sie spezifische Belange und Schutzrisiken bearbeiten können.	Myanmar	2019–2022	BMZ	Oxfam Deutschland e.V.	2,2 Mio. €
Stärkung der Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung von Aufnahmegemeinden in der Ostukraine	Projekt	Das Vorhaben fördert die nachhaltige, friedliche und gleichberechtigte Integration von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen in der Ostukraine. Dazu werden lokale Akteure und Institutionen in den aufnehmenden Kommunen bei der effizienten, bedarfsorientierten und integrierten sozialen und medizinischen Dienstleistungserbringung unterstützt.	Ukraine	2019–2022	BMZ	GIZ	4 Mio. €-Aufstockung 6 Mio. €(noch nicht beauftragt)
Integriertes Bildungs- und Kinderschutzprojekt im Ostsudan und Darfur. Stärkung der Resilienz am Horn von Afrika	Projekt	Das Vorhaben verbessert für Kinder und Jugendliche in vulnerablen Situationen im Sudan den Zugang zu Grunddienstleistungen wie Bildung, WASH und Kinderschutz. Dazu wird eine geschlechterresponsive Gesundheits-, Hygiene- und Sanitärversorgung gefördert. Das Projekt setzt auf Teilhabe bei Lernen und Handeln, gender-transformative Ansätze und das Engagement von Jugendlichen und Heranwachsenden.	Sudan	2019–2023	BMZ	KfW/UNICEF	30 Mio. €
Verbesserung der Überlebenschancen und der Entwicklung von Kindern, Phase III, Tschad	Projekt	Das Vorhaben leistet im Tschad einen Beitrag zur Reduzierung der Mütter- und Kindersterblichkeit, indem die Qualität der Gesundheitsdienstleistungen erhöht wird und Schwangere und stillende Frauen für die Nutzung von Basisdienstleistungen sensibilisiert werden. Außerdem wird das Thema Menstruationshygiene in Bildungsinstitutionen verstärkt behandelt.	Tschad	2019–2023	BMZ	KfW/UNICEF	15 Mio. €
No Lost Generation Makani Center Phase II, Jordanien	Projekt	Das Vorhaben führt in der zweiten Phase den Bau und Betrieb der Makani-Zentren in Jordanien fort und verbessert somit den Zugang zu Bildungs- und Kinderschutzmaßnahmen für bedürftige Kinder und Jugendliche.	Jordanien	2020–2020	BMZ	KfW/UNICEF	10 Mio. €
Lernzentren für von der Rohingya-Krise betroffene, Kinder, Phase III, Bangladesch	Projekt	Das Projekt fördert den gleichberechtigten Zugang von der Rohingya-Krise betroffenen Mädchen und Jungen in Bangladesch zu qualitativ hochwertiger Grundschulbildung und Schulmaterial in einer sicheren Lernumgebung. Lernzentren werden aufgewertet, der Anteil weiblicher Lehrkräfte erhöht, Kapazitäten von Lehrkräften bezüglich einer geschlechtersensiblen und schüler*innen-orientierten Pädagogik gestärkt.	Bangladesch	2020–2021	BMZ	KfW	7 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Schutz und Förderung von vulnerablen syrischen und türkischen Kindern, Jugendlichen und deren Familien in Istanbul, Türkei	Projekt	Syrische und türkische Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Istanbul erhalten – unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen – einen verbesserten Zugang zu Basisversorgungsleistungen. Durch gendersensible psychosoziale Unterstützung, Bildungsmaßnahmen und Rechtsberatung werden soziale Spannungen verringert.	Türkei	2017–2020	BMZ	Save the Children Deutschland e.V.	3 Mio. €
Zukunftsförderung für Jugendliche und junge Erwachsene inner- und außerhalb der Rohingya-Flüchtlingscamps (UNICEF), Bangladesch	Projekt	Das Vorhaben unterstützt 70.000 von der Rohingya-Krise betroffene Jugendliche und jungen Erwachsene inner- und außerhalb von Flüchtlingscamps in Bangladesch, ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Dies erfolgt u. a. durch Kompetenzstärkung und Trainings für Jugendliche und junge Erwachsene. Zudem profitieren Frauen und Mädchen von Safety Spaces, Beratung zu geschlechtsspezifischer Gewalt und medizinischer Behandlung.	Bangladesch	2018–2023	BMZ	KfW/UNICEF	10 Mio €
Projekt zur Restaurierung des friedlichen Zusammenlebens und sozialen Zusammenhalts der Bevölkerung die vom Konflikt am Tschadseebecken betroffen ist, Nigeria	Projekt	Das Vorhaben fördert den sozialen Zusammenhalt in Nigeria vor dem Hintergrund des Konflikts im Tschadseebecken. Einen wichtigen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit und dem Empowerment junger Frauen leistet ein gendertransformativer Ansatz, der auf einen angemessenen Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen und auf einen gleichberechtigten Zugang von Mädchen und Jungen zur Schulbildung abzielt.	Nigeria	2019–2022	BMZ	Plan International Deutschland e.V.	5,4 Mio. €
Stärkung und Ausweitung des Gesundheitssystems im Norden Syriens, insbesondere im ehemaligen Einflussgebietes des Islamischen Staates	Projekt	Das Projekt verbessert die Gesundheitsversorgung für Binnenflüchtlinge, Rückkehrende und ansässige Bevölkerung durch die Rehabilitation und Stärkung von Gesundheitsstrukturen in Syrien. Maßnahmen umfassen u. a. die Verbesserung des Zugangs zur Geburtshilfe und Gynäkologie, Gesundheitsaufklärung sowie die Möglichkeit, sich von geschultem – je nach Bedarf – männlichem oder weiblichem Personal beraten zu lassen.	Syrien	2017–2019	BMZ	Malteser International	1,4 Mio €
Wiederaufbauprojekt zur Verbesserung von Basis- und sozialen Dienstleistungen sowie zur Sicherung der Existenzgrundlagen Konfliktbetroffener, Nigeria	Projekt		Nigeria	2018–2021	BMZ	Plan International Deutschland e.V.	2,7 Mio. €
Reintegration von Binnenflüchtlingen II, Demokratische Republik Kongo	Projekt	Das Projekt verbessert die Lebensverhältnisse zurückkehrender Binnenflüchtlinge und aufnehmender Gemeinden im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Die Ernährungssicherheit wird durch entwicklungsorientierte Wertschöpfungsketten, Alphabetisierungskurse und Trainings für Landwirtinnen gefördert. Frauen werden als wichtigste Akteure im Landwirtschaftssektor, die aber am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffen sind, besonders adressiert.	DR Kongo	2017–2017	BMZ	KfW	20 Mio. €
Erwachsenenbildung als Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen syrischer Flüchtlinge in der Türkei	Projekt	Das Projekt stärkt das subjektive Wohlbefinden von syrischen Flüchtlingen und Aufnahmegemeinden in der Türkei durch innovative Bildungs- und Berufsbildungsangeboten, u. a. spezifische Kurse für Frauen. 12 Frauen nahmen am Workshop „Kreatives Schreiben“ teil und verfassten das dreisprachige (Arabisch-Türkisch-Englisch) Buch „Migrant Letters“, das Stereotypen über syrische Frauen abbaut.	Türkei	2017–2021	BMZ	DVV International e.V.	700.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Förderung des friedlichen Zusammenlebens und der Integration von Flüchtlingen durch partizipative Gemeindeentwicklung und Katastrophenvorsorge, Libanon	Projekt	Das Vorhaben reduziert physische, psychische und soziale Risiken des Schulalltags und fördert den sozialen Zusammenhalt im Libanon. Schulen und Gemeinden werden im Bereich Katastrophenvorsorge durch Trainings und die Etablierung von effektiven Strukturen in der Katastrophenvorsorge gestärkt.	Libanon	2017–2021	BMZ	Deutsches Rotes Kreuz e.V.	1,2 Mio. €
Unterstützung und Stabilisierung der Lebensgrundlagen von Binnenvertriebenen, Rückkehrenden und aufnehmender Gemeinden in Boma State, Republik Südsudan	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Lebensbedingungen von Binnenvertriebenen, Rückkehrenden und aufnehmender Bevölkerung in Boma State (Südsudan) durch die Stärkung von Kinderschutz (sowie Schutz von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt) und Wasser- und Sanitärversorgung (insbesondere für Frauen und Mädchen), Basisqualifizierung, Ernährungssicherung sowie Bildung.	Südsudan	2017–2019	BMZ	GIZ	2 Mio. €
Perspektiven für Binnenflüchtlinge und Migranten, Libyen	Projekt	Das Projekt fördert den Zugang zur Bildung sowie den Schutz von Kindern und Jugendlichen für Binnenvertriebene sowie Migrant*innen in Libyen. Darüber hinaus werden die Wasserversorgung und sanitäre Anlagen verbessert.	Libyen	2018–2021	BMZ	KfW	9,8 Mio. €
Migration und Stabilität – Gewerkschaftliches Migrationsnetzwerk, Afrika	Projekt		Afrika (regional)	2017–2020	BMZ	FES	2,1 Mio. €
E-Governance in den Palästinensischen Gebieten mit regionaler Komponente	Projekt	Das Projekt verbessert die elektronische Dienstleistungserbringung palästinensischer Gemeinden und fördert Instrumente zur Bürgerbeteiligung. Der Zugang von Frauen, Jugendlichen und benachteiligten Gruppen zu e-Dienstleistungen, u. a. im C-Gebiet und in Gaza, wird dabei gestärkt.	Palästinensische Autonomiegebiete	2020–2024	BMZ	GIZ	6 Mio. €
Inklusive und nutzer*innen-zentrierte digitale Dienstleistungen in Jordanien	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Effizienz, Nutzer*innen-orientierung und Inklusivität kommunaler eServices in Jordanien.	Jordanien	2020–2024	BMZ	GIZ	4 Mio. €
Förderung von palästinensischen Kindern und Jugendlichen in Bethlehem und Ostjerusalem, Palästinensische Gebiete	Projekt		Palästinensische Autonomiegebiete	2017–2020	BMZ	KZE	486.000 €
Bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen in Jordanien	Projekt		Jordanien	2020–2022	BMZ	EZE	630.000 €
Palästinensische Jugendliche für zivilgesellschaftliches Engagement und Friedensarbeit, Palästinensische Gebiete	Projekt		Palästinensische Autonomiegebiete	2020–2022	BMZ	EZE	690.000 €
Stärkung der Zukunftsperspektiven und der gesellschaftlichen Teilhabe besonders vulnerabler Menschen in Nordafrika und Nahost	Projekt			2020–2022	BMZ	KZE	2,5 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Sonderinitiative Flucht Türkei	Projekt	Das Programm leistet einen Beitrag zum Schutz und zur Integration syrischer Flüchtlinge in der Türkei. Dabei wird unter Berücksichtigung einer Genderperspektive zu Flüchtlings- und Migrant*innenrechten informiert.	Türkei	2019–2024	BMZ	Heinrich-Böll-Stiftung e.V.	737.100 €
Frühkindliche Bildung zur Integration von syrischen Kindern in der Türkei	Projekt	In der Türkei wird der Zugang für 3 bis 5-jährige Flüchtlingskinder und Kinder von Familien der Aufnahmegemeinden zu frühkindlichen integrativen und inklusiven Entwicklungsangeboten verbessert. Frauen werden fortgebildet, um informelle gemischte Kinder-Spielgruppen zu gründen und zu leiten.	Türkei	2019–2022	BMZ	GIZ	2,5 Mio. €
Rolle der Frauen bei der friedlichen Reintegration, FES, Kroatien	Konferenz	Die FES veranstaltete im Januar 2017 eine Konferenz zum Thema „Rolle der Frauen bei der friedlichen Reintegration“. Gemeint ist die friedliche Rückgabe besetzter Gebiete an den kroatischen Staat Ende der 1990er Jahre, ohne kriegerische Auseinandersetzungen und ohne Opfer. Die FES Zagreb führte die Konferenz zum Jahrestag der Friedlichen Reintegration, der vielleicht erfolgreichsten VN-Friedensmission, in Zusammenarbeit mit dem Europahaus Vukovar durch mit Fokus auf Frauen und Jugendliche.	Kroatien	2017	AA		
Konferenz 20. Jahrestag der friedlichen Reintegration, Europahaus Vukovar und FES, Kroatien	Konferenz	Anlässlich des 20. Jahrestages der friedlichen Reintegration organisierte das Europahaus Vukovar in Zusammenarbeit mit der FES im Januar 2018 eine Konferenz in Vukovar. In deren Rahmen wurde der Film „Faces of Peaceful Reintegration“ gezeigt, der Einblicke in persönlichen Erfahrungen von Menschen aus der kroatischen Donauregion gibt, die während der friedlichen Reintegration dort gelebt haben.	Kroatien	2018	AA		
Veröffentlichung FES in Zusammenarbeit mit der kroatischen NRO Documenta mit dem Titel „Goli Otok“, Kroatien	Konferenz und Veröffentlichung	Im Juli 2020 veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der hrv NRO Documenta eine Broschüre mit dem Titel „Goli otok“. Beschrieben wird die Geschichte des jugoslawischen Umerziehungslagers (1949–1956) und späteren Gefängnisses (1956–1988) in der nördlichen Adria, das unter Tito zur Verfolgung politischer Gegner bzw. Andersdenkender auf der Insel Goli otok errichtet wurde. Auf der Insel gab es von 1951–1952 auch ein Lager, das ausschließlich für Frauen bestimmt war, ebenso auf der Nachbarinsel Sveti Grgur von 1950–1951. Ziel der Publikation ist es, die Erinnerungskultur in Kroatien dahingehend zu fördern, dass die Opfer des kommunistischen Regimes gewürdigt, die Verbrechen des kommunistischen Regimes an Andersdenkenden sichtbar gemacht und daraus Lehren für die Zukunft gezogen werden.	Kroatien	2020	AA		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Trainingsmaßnahme „Frauen in der Politik“, KAS und ZHDZ, Kroatien	Trainingsmaßnahme, Konferenz	Die KAS veranstaltet im Rahmen der mit ihrer Partnerstiftung ZHDZ betriebenen politischen Akademie seit mehreren Jahren eine Trainingsmaßnahme „Frauen in der Politik“, in der es darum geht, den Anteil an Entscheidungsträgerinnen in der Politik zu erhöhen. Die jeweils auf drei Jahre angelegten Trainings sollen den Teilnehmerinnen das „Handwerkszeug“ (von Rhetorik bis zu politischen Inhalten) vermitteln, um im politischen Wettbewerb zu bestehen. Aus dieser Maßnahme sind bisher Ministerinnen, Staatssekretärinnen, Abgeordnete und Bürgermeisterinnen hervorgegangen. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung von 17.–19.01.2020 diskutierten Teilnehmerinnen über die Gestaltung von Politik und Gesetzen, internationale Sicherheitspolitik, die Gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union, die Bedeutung politischer Kommunikation und die Selbstdarstellung von Politikerinnen in den Medien. Ein dreitägiges Seminar im Juli 2020 umfasste erneut Außenpolitik, Kommunikationstraining und Führungsfragen. Für August 2020 ist eine weitere Lehrveranstaltung geplant zu Sozialen Medien, politischer Öffentlichkeitsarbeit und einem Erfahrungsaustausch mit Frauen in Führungsverantwortung.	Kroatien	2020	AA		
Internationale Kongressreihe zum Thema: „Frauen und Unternehmertum in Südosteuropa“, KAS, Kroatien	Konferenz	Die KAS unterhält seit einigen Jahren eine Zusammenarbeit mit dem „Zentrum für das Frauenunternehmertum in Südosteuropa“. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, weiblichen selbständigen Unternehmerinnen den Einstieg in ihre Tätigkeit zu erleichtern und sie auf ihrem Weg zu begleiten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete am 08.03.2019 und am 08.03.2020 in Zagreb gemeinsam mit dem „Zentrum für Unternehmerinnen“ in wiederkehrendem Format internationale Kongresse zum Thema: „Frauen und Unternehmertum in Südosteuropa“. Dabei diskutierten Unternehmerinnen aus zahlreichen Ländern Südosteuropas die mangelnde Unterstützung des Staates im Bereich des Unternehmertums, die Bedeutung von Führungsverantwortung in der Wirtschaft, die Stärkung weiblichen Unternehmertums in der Region sowie eine bessere Vernetzung untereinander. Ab September 2020 sind eine Reihe von B2B-Kontakten geplant.	Kroatien	2019–2020	AA		
Veranstaltung zu Frauen in den Streitkräften, Polen	Konferenz im Rahmen der deutschen und polnischen Sicherheitsratsmitgliedschaft, anlässlich des Warsaw Security Forum	Botschaft Warschau hatte im Rahmen der DEU und POL Sicherheitsratsmitgliedschaft die Initiative zur Vertiefung des Themas Women in Peace and Security ergriffen, um anlässlich des Warsaw Security Forums der Rolle der Frauen in den Streitkräften erstmals ein Forum zu geben. DEU und POL auch USA, GBR, BEL und SWE waren an der Veranstaltung beteiligt. Teilnehmerinnen (und Teilnehmer) begrüßten die Möglichkeit des Austausch und der Vernetzung. Pulaski Stiftung als Organisatorin des Forums möchte das Format in den nächsten Jahren weiterführen und vertiefen. DEU war vertreten durch Generalarzt Dr. Almut Nolte, Oberstabsapotheker Ina Brandt, Major Vivien Rummel und Korvettenkapitän Caroline Laabs. Panel: „Promoting meaningful participation of women in the armed forces“	Polen	2019	AA		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Deutsches Biosicherheitsprogramm	Projekt zur Sensibilisierung für und Minimierung von Risiken, die von hochpathogenen Erregern ausgehen, einschließlich des potentiellen Missbrauchs für terroristische Zwecke.	Im Rahmen des Biosicherheitsprogramms: Förderung von Frauen im Einsatz f. Nichtverbreitung biologischer Erreger: Geschlechterausgeglichenheit bei Trainingsmaßnahmen, Gezielte Förderung zu Wissensträgerinnen und Multiplikatoren, Förderung von Bewusstseinsbildung für Gleichberechtigung als Teil von Lernformaten	Weltweit	2013–2022 (Aktuelle Phase ab 01.01. 2020)	AA		18 Mio. €
Verhinderung generationenübergreifender Prostitution durch Bildung	Projekt	Ziel des Projekts ist es, das Phänomen der generationenübergreifenden Prostitution durch Aufklärung und Bildung zu durchbrechen und sexuelle Ausbeutung und (Mädchen-)Menschenhandel zu verhindern. Das Projekt soll das Selbstbewusstsein der Mädchen stärken, ihnen Wissen und Information vermitteln und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten aufzeigen, mithilfe von einer Studie und konkrete Hilfsangebote.	Indien	2017	AA	Apne Aap Women Worldwide	37.828 €
Stärkung der Frauen in politischer Beteiligung und Führung	Projekt	Ziel des Projekts ist es, die Beteiligung von Frauen in der Politik zu stärken. Dies gilt sowohl im Hinblick darauf, Frauen als Kandidatinnen zu gewinnen als auch im Hinblick auf die (auch) männlichen Wähler, für mehr Frauen zu stimmen. Auch innerhalb der Parteien und Komitees sollen mehr Frauen vertreten sein und entsprechende Quoten eingeführt werden. Dies soll durch ein Mentoring- und Mobilisierungsprogramm und verschiedene Workshops erreicht werden	Sri Lanka	2017	AA	IMADR Asia Committee	27.000 €
Women's Situation Room Nigeria	Projekt	Mit dem Projekt sollen motivierte Frauen geschult werden, sich aktiv politisch betätigen und durch ihr Engagement eine stärkere und nachhaltige Berücksichtigung von Frauenrechten in lokalen, bundesstaatlichen und nationalen Bereichen bewirken. Das soll im Hinblick auf die Aufstellung der Parteilisten Anfang 2018 für die nächsten Parlamentswahlen 2019 erfolgen.	Nigeria	2017	AA	WILPF	19.305 €
Fortbildung von MRVin- nen zu VN-Mechanismen und Frauenrechten	Projekt	Ziel des Projekts ist es, den Menschenrechtsverteidigerinnen umfassende Kenntnisse zu den bestehenden menschenrechtlichen VN-Mechanismen zu vermitteln, um sie so in die Lage zu versetzen, diskriminierende Gesetze und Verfahren, die sie in ihren Heimatländern erleben, zu erkennen und anzuzeigen und dadurch Frauen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden und sonst keinen Zugang zu Justiz hätten, zu mehr Gerechtigkeit zu verhelfen. Auch sollen ihre Lobbying-Fähigkeiten gestärkt werden, um ihre Arbeit effektiver und mit mehr Einfluss durchführen zu können. Im Gegenzug werden aber auch die entsprechenden VN-Mechanismen gestärkt, die so in den betroffenen Ländern mehr Einfluss gewinnen und die allgemeine Menschenrechtslage für Frauen verbessern können.	International	2018	AA	Intern. Commission of Jurists ICJ	61.000 €
Personalisierte Kampagne für Lehrer, um am Zyklus von Radioprogrammen zu arbeiten, um Gewalt im Klassenzimmer zu verhindern	Projekt	Ziel des Projekts ist die Entwicklung und Umsetzung einer speziellen Kampagne für den Unterricht an 45 Schulen, die auf die produzierten Radiosendungen zurückgreift und Schulkinder für Probleme der Gewalt gegen Frauen und Mädchen sensibilisiert.	Chile	2018	AA	Comunicación, Cultura y Sociedad Ltda.	15.886 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Women, Peace and Security: A Chance for Georgia's and Ukraine's Protracted Conflicts?	Projekt	Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins für die Rolle von Frauen in Konflikten, indem gezeigt wird, dass die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozessen zu Frieden und Sicherheit z.Zt. noch niedrig, aber entscheidend ist. Es werden ein Beitrag zu einem besseren Verständnis der Rolle von Frauen in Prozessen der Konfliktbewältigung und nachhaltigen Friedenssicherung geleistet und dadurch vor Ort neue Perspektiven für diese Prozesse eröffnet. Es wird ein starkes transnationales Netzwerk von jungen Frauen und Männern geschaffen, die als Multiplikatoren agieren und die Agenda 1325 sowie die zugehörigen nationalen Aktionspläne in ihrer aktuellen und zukünftigen Arbeit berücksichtigen und voranbringen.	Georgien, Ukraine	2018–2019	AA	Polis180 e.V.	118.588 €
Strengthening Women's Participation, Leadership and Voice in Decision-Making in Sierra Leone	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab, die Frauenbeteiligung (inkl. vulnerabler Gruppen und junger Frauen) auf allen Entscheidungsebenen und in Führungspositionen zu stärken, Frauen in Sierra Leone zu befähigen, ihre Rechte zu schützen und für diese einzutreten und das African Women Leaders Network in Sierra Leone auszubauen. Dies soll u.a. durch ein Mentoren-Programm und Vernetzungsarbeit erreicht werden.	Sierra Leone	2020	AA	UN Women Sierra Leone	52.502 €
Women lead peace on ground	Projekt	Ziel des Projekts ist es, die Beteiligung von Frauen an dem Friedensprozess in Libyen zu stärken und einen internationalen Diskurs zur Umsetzung der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ in Libyen zu erwirken. Dazu sollen die Rolle von Frauen, das Wissen und die Expertise zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ sowie Kapazitäten von Frauenrechtsaktivistinnen in lokalen Gemeinschaften gestärkt werden und ihre Teilnahme an dem Friedensprozess auf der lokalen, nationalen und internationalen Ebene gesichert werden.	Libyen, Tunesien	2020	AA	Together We Build It	69.999 €
Strengthening the role of women and media in standing against hate speech and achieving community peace in Iraq	Projekt	Ziel des Projekts ist es, die Rolle von Frauen in Konfliktprävention und Friedensförderung sowie die Kapazitäten irakischer Journalistinnen zu stärken und somit zur Förderung der Meinungs- und Pressefreiheit beizutragen.	Irak	2020	AA	Iraqi Women Journalists Forum	81.985 €
Die vereinte Gemeinschaft setzt sich gegen Gewalt und die Verhütung von Menschenhandel ein	Projekt	Beitrag zur Veränderung der Einstellung gegenüber Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen und zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten, um ihr durch die aktive Beteiligung von indigenen und ländlichen Frauen zu begegnen.	Bolivien	2020	AA	Fundación Construir	54.753 €
Sexual abuse and exploitation? – I can protect myself (Ukraine)	Projekt	Ziel des Projekts ist es, die notwendigen Fähigkeiten zum eigenen Schutz und Vorbeugung von sexueller Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel zu fördern.	Ukraine	2020	AA	All-Ukrainian Charity "Child Well-Being Fund Ukraine"	35.442 €
"Women's Leadership for Inclusive Development and Stability" – Third Phase of the African Women Leaders Network Initiative: 2020–2021	Projekt	Unter der Leitung der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zielt die dritte Phase des Projekts „Women's Leadership Initiative for Stability in Africa“ darauf ab, nachhaltigen Frieden und integrative Entwicklung in Afrika zu fördern, indem die sinnvolle Beteiligung und Führung von Frauen an lokalen, nationalen und regionalen politischen, Friedens-, Sicherheits-, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen erleichtert wird.	Afrika (regional)	2020	AA	UN Women/ African Union Commission	1,3 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Programm der GIZ am KAIPTC „Inspiring African Women Leadership Program“ (IAWLP)	Trainings- und Coachingmaßnahmen; Konferenz	Ziel des IAWLPs ist es, Frauen optimale Berufsweiterentwicklungschancen durch die Vermittlung von „Leadership Skills“ zu ermöglichen. Die erworbenen Fähigkeiten werden an jüngeren Frauen im Rahmen von Knowledge Transfer-Workshops sowie Mentoringprogrammen transferiert. Die 16 Programmteilnehmerinnen (Polizei, Militär, Zivilisten) stammen aus 10 afrikanischen Ländern. Das Programm besteht aus drei Komponenten: zwei Wochen Training am KAIPTC, Coaching nach dem Training und Teilnahme an Seminaren (u.a. Webinar) und abschließend einer fünftägigen praktischen Schulung zur Verbesserung der Fähigkeiten.	Afrika (regional)	2019–2021	BMZ/AA	GIZ; Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC); Geneva Centre for Security Policy (GCSP); British Peace Support Team (BPST)	100.000 €
Veranstaltung am Weltfrauentag zum Launch des „Ghana National Action Plan II“ (GHANAP II) zur VN-Resolution 1325	Veranstaltung	Übergeordnetes Ziel des GHANAP II ist die Etablierung von inklusiven, sicheren und friedlichen Gesellschaften für Frauen und Mädchen in Ghana, verankert in den Prinzipien der UNSCR 1325. Thematisiert wurde auch die Rolle von Frauen im Wahlprozess seit 1992.	Ghana	2020	BMZ	GIZ; KAIPTC; Ministry of Gender, Children and Social Protection (MoGCSP); UNDP Ghana; kanadische Botschaft	
Women's Legal & Community Center	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Aus Syrien geflüchtete Frauen erhalten psychologische und rechtliche Unterstützung in Form von Beratung, Trainings und Vernetzungstreffen. Ziel ist die Reduzierung der vielfältigen sozialen, kulturellen und ökonomischen Barrieren hinsichtlich ihrer sozialen Mobilität und Integration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes Türkei.	Türkei, Syrien	2020	AA	Wothouq e.V.	40.021 €
Stärkung der Partizipation von Frauen und von Frauen geführten Organisationen bei den Wiederaufbaumaßnahmen nach der Hafener Explosion in Beirut am 04.08.2020	Fondseinzahlung in den Women Peace and Humanitarian Fund (WPHF)	Durch die Einzahlung soll die Blast Response im Libanon nach der Hafener Explosion am 04.08.2020 mit einer strukturellen Stärkung von frauengeführten Organisationen verbunden und dazu beigetragen werden, die Wiederaufbaubemühungen geschlechtergerecht zu gestalten.	Libanon	2020–2021	AA	Women Peace and Humanitarian Fund (WPHF)	600.000 €
Trainingsworkshops zur Unterstützung von aufstrebenden lokalen weiblichen Führungskräften, Netzwerkaustausch für Frauen über gute Regierungsführung	Projekt	Durch die Projektmaßnahmen sollen die Kapazitäten öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen für das inklusive Engagement bei der Rechenschaftspflichtigen Implementierung der Dezentralisierung im Libanon gestärkt werden.	Libanon	2020–2021	AA	Democracy Reporting International gGmbH	800.001 €
Aufbau von Kapazitäten und die Kontaktaufnahme zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Führungspersonlichkeiten aus verschiedenen Gouvernoren, Treffen mit religiösen Gelehrten und Führern, Treffen mit staatlichen Akteuren, Schulungen für weibliche Kandidaten für die Wahlen 2020 und der Aufbau von Kapazitäten für Mitglieder der Medien.	Projekt	Das Projekt zielt auf die Verbesserung der Rechte von Frauen in Ägypten ab, indem es die Umsetzung von 19 Artikeln der Verfassung von 2014 verfolgt, die die Rechte der Frauen unterstützen.	Ägypten	2020–2021	AA	Karama	230.220 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Trainings und Simulationsspiel für Frauen, um sie mit politischen Strukturen und Möglichkeiten zur Partizipation vertraut zu machen	Projekt	Durch das Projekt sollen Frauenrechte in Tunesien und so die Konsolidierung der Demokratie in Tunesien gestärkt werden.	Tunesien	2020	AA	Irtikaa pour une participation féminine active	22.965 €
Strengthening Capacities for Peace in Bougainville	Projekt	The programme seeks to contribute to the peaceful implementation of the Bougainville Peace Agreement, including to find a sustainable solution to Bougainville's political status, to mitigate violent conflict during the post-referendum period, and to support the transformation of Bougainville's longer-term conflict challenges.	Papua-Neuguinea	2020–2022	AA	Conciliation Resources (CR)	368.482 €
Access to Justice, Promotion of Rule of Law and Empowerment of the Marginalized through Paralegal Training	Projekt	Bereitstellung Zugang zum PAK-Rechtssystem mittels Rechtsberatung und -vertretung für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Frauen und Kinder.	Pakistan	2019–2020	AA	AGHS	217.675 €
Einzahlung in UN-DPPA Trustfund	Trustfundeinzahlung	1. Zweckbindung: Women, Peace and Security: Gender-Mainstreaming und die Integration von WPS in die Politik sowie in Projekte, um die Rechte der Frauen und die entscheidende Rolle der Frauen bei der Konfliktprävention und Konfliktlösung zu fördern, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben und konfliktbedingte sexuelle Gewalt (CRSV) anzugehen. (429.163,00 USD); 2. Zweckbindung: Beteiligung von Frauen an Waffenstillstandsabkommen: Ziel dieses Programms ist es, die Anzahl von Frauen zu erhöhen, die die technischen Fähigkeiten besitzen, um an Verhandlungen teilzunehmen. Auch sollen die resultierenden Abkommen Genderaspekte berücksichtigen. (231,650 USD)	Weltweit	2020	AA	UN-DPPA	660.813 \$

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

b eine geschlechtergerechte Personalentwicklung in der Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik umzusetzen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Umsetzung der Bestimmungen des Bundesgleichstellungsgesetzes, des Bundesgremienbesetzungsgesetzes und des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes bei der Auswahl, Förderung und Beförderung von Mitarbeiter*innen der Bundesressorts	allgemeine Personalmaßnahmen	Regelhafte Erstellung und Umsetzung des Gleichstellungsplanes für das BMI. Sicherstellung einer konsequenten Umsetzung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes im BMI mit Hilfe einer eigens dazu erlassenen Hausanordnung.	Deutschland	Fortlaufend	BMFSFJ/ BMI/ BMJV		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes im Rahmen des Bundesgleichstellungsgesetzes mit einem speziellen Fokus auf Rollenvorbilder sowie Förderung und Beförderung von Frauen in Leitungsfunktionen.	allgemeine Personalmaßnahmen	Grundsätzlich frauenfreundliche – den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des Bundesgleichstellungsgesetzes entsprechende – Einstellungspraxis des BMI. Geschlechtergerechte, auch im Personalentwicklungskonzept des BMI niedergelegte, Förderung von Führungskräften.	Deutschland	Fortlaufend	BMFSFJ/ BMI/ BMJV		
Umsetzung der Bestimmungen des Bundesgleichstellungsgesetzes, des Bundesgremienbesetzungsgesetzes und des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes bei der Auswahl, Förderung und Beförderung von Mitarbeiter*innen der Bundesressorts.	Erstellung der Gleichstellungspläne	Gleichstellungspläne beinhalten nunmehr auch den Abschluss von Zielvereinbarungen zur Reduzierung der Unterrepräsentanz von Frauen sowie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Dienst- u. Familienpflichten durch Informations- und Betreuungsangebote, Bereitstellen der IT-Ausstattung und Führungskräftebildungen.	Deutschland	2016–2020	BMVg		
Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes im Rahmen des Bundesgleichstellungsgesetzes mit einem speziellen Fokus auf Rollenvorbilder sowie Förderung und Beförderung von Frauen in Leitungsfunktionen.	Erstellung der Gleichstellungspläne	Gleichstellungspläne beinhalten nunmehr auch den Abschluss von Zielvereinbarungen zur Reduzierung der Unterrepräsentanz von Frauen sowie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Dienst- u. Familienpflichten durch Informations- und Betreuungsangebote, Bereitstellen der IT-Ausstattung und Führungskräftebildungen.	Deutschland	2016–2020	BMVg		
Ausbau von Maßnahmen zur beschleunigten Herstellung von Chancengerechtigkeit durch das neu eingerichtete Stabselement Chancengerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung und dauerhafte Implementierung eines bundeswehrweiten Mentoring-Systems.	Entwicklung und Evaluation von Maßnahmen zur Erhöhung von Chancengerechtigkeit im Geschäftsbereich BMVg Mentoring-Programm der Bundeswehr	Organisatorische Rahmenbedingungen und Grundlagendokumente zur Sicherstellung eines chancengerechten Arbeitsumfeldes werden erweitert und zentral gesteuert. Systemische Auffälligkeiten werden bspw. in Beurteilungs- und Auswahlverfahren analysiert. Primär zur Förderung besonders leistungsstarker Frauen wurde das Mentoring-Programm verstetigt.	Deutschland	2016–2020	BMVg		
Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Frauenanteile in der Bundeswehr und insbesondere in Führungspositionen	Maßnahmen der externen Personalbedarfsdeckung; Trendforschung und Werbemaßnahmen	Im Rahmen von Trendforschungsprojekten gewonnene Erkenntnisse wurden personalwerblich umgesetzt, Werbemaßnahmen intensiviert und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt. Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Frauenanteile, insbesondere zu Frauen in Führungspositionen, gehen mit Maßnahme zum Gleichstellungsplan einher	Deutschland	2016–2020	BMVg		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Umsetzung der Bestimmungen des Bundesgleichstellungsgesetzes, des Bundesgremienbesetzungsgesetzes und des Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetzes bei der Auswahl, Förderung und Beförderung von Mitarbeiter*innen der Bundesressorts.	Anderes	Gender-disaggregierte Daten über das vom BMZ bestimmte Personal werden veröffentlicht. In der Mehrheit der Aufsichtsorgane und wesentlichen Gremien wird die Parität unter den durch den Bund zu bestimmenden Mitgliedern erreicht. Im BMZ stellen Frauen 55,2 Prozent der Beschäftigten dar. 51,8 Prozent der BMZ-Mitarbeitenden, die einen Berufsaufstieg erleben, sind Frauen (Stand Juni 2019).	Deutschland		BMZ		
Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes im Rahmen des Bundesgleichstellungsgesetzes mit einem speziellen Fokus auf Rollenvorbilder sowie Förderung und Beförderung von Frauen in Leitungsfunktionen.	Anderes	Im BMZ stellen Frauen 54,8 Prozent des Personals im höheren Dienst dar. 47,9 Prozent der Leitungsfunktionen werden durch Frauen besetzt. Somit liegt das BMZ weit über dem Durchschnitt der obersten Bundesbehörden (36 Prozent). Unter den Mitarbeitenden mit Referatsleitung sind 51,3 Prozent weiblich (Stand Juni 2019).	Deutschland		BMZ		

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- c den Frauenanteil bei deutschem Militär-, Polizei- und zivilem Personal in internationalen Organisationen zu erhöhen sowie den Anteil sekundierter Frauen in Friedensmissionen zu konsolidieren.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Konsolidierung des Anteils der vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) sekundierten Frauen in Friedensmissionen.	Berücksichtigung im Bewerbungs- und Nominierungsverfahren	Frauenanteil in Auswahlprozessen für ZIF-Expertenpool möglichst mindestens 50 %. Gezielte Ansprache von berufserfahrenen Frauen auf Sekundierungsmöglichkeiten (z. B. über Frauennetzwerke wie WIIS, im Bundestag und in der Bundes- und Landesverwaltung). Gezielte Nominierungsvorschläge von weiblichen Bewerberinnen für Sekundierungen, insbesondere in Führungspositionen	Deutschland	2017–2020	AA		
Ausbau des Anteils von Frauen in europäischen und internationalen Friedensmissionen, etwa durch Informationsveranstaltungen und gezielte Ansprache	Gezielte Ansprache an die ausschreibenden Behörden und den Adressatenkreis	Jede Ausschreibung wird mit dem Verweis zu VN-R 1325 begleitet	Deutschland	Fortlaufend	BMI		
Ausbau des Anteils von Frauen in europäischen und internationalen Friedensmissionen	Durchführung des Militärbeobachter-Lehrgangs (MEoM) am VN-Ausbildungszentrum in Hammelburg mit besonderem Fokus auf Frauen in Friedensmissionen	Fokus auf Frauen in Friedensmissionen, Teilnehmerinnen aus dem Ausland werden TN und Reisekosten finanziert.	Deutschland	2019–2020	BMVg		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Ausbau des Anteils von Frauen in europäischen und internationalen Friedensmissionen	DEU Beitrag zur Elsie Initiative	Elsie Initiative Fund for Uniformed Women In Peace Operations: DEU ist viertgrößter Geber, aus dem Fonds werden Projekte der VN für VN-Mitgliedsstaaten finanziert, welche zur Erhöhung des Frauenanteils in Friedensmissionen beitragen sollen	multilaterale Institutionen	2019	BMVg		2 Mio. \$
Ausbau des Anteils von Frauen in europäischen und internationalen Friedensmissionen	Tagesbefehl des GenInspBw	Tagesbefehl des GenInspBw vom 16. August 2019 zielt darauf ab, den Frauenanteil in VN-Missionen mit Bundeswehrbeteiligung zu erhöhen	multilaterale Institutionen	2019	BMVg		

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

d sich für die verstärkte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen in Fluchtkontexten einzusetzen, etwa in Bezug auf Unterstützungmaßnahmen, Hilfsgüter oder die gendersensible Planung und Organisation in Flüchtlingslagern.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
ALL 26/18 Fortbildungsprogramm Qualität und Innovation	Projekt	Fortbildungsprogramm Qualität und Innovation	Deutschland	2018–2020	AA	VENRO	348.149 €
„Community Participation Project (CPP)“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Zur Integration von aus Syrien in die Region von Mafraq in Jordanien geflüchteten Menschen wurden Maßnahmen durchgeführt, die sich insbesondere an Frauen und marginalisierte Jugendliche aus der Flüchtlings- und der lokalen Community richteten.	Jordanien	2017	AA	Bothorona for training and capacity building	55.368 €
BDI 01/18 Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung und des Schutzes von der Krise betroffener Menschen mit einem besonderen Fokus auf vulnerable und traumatisierte Personen in Burundi	Projekt	Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung und des Schutzes von der Krise betroffener Menschen mit einem besonderen Fokus auf vulnerable und traumatisierte Personen in Burundi	Burundi	2018	AA	Malteser Hilfsdienst	450.000 €
BDI 03/18 Bargeldtransfers und Bereitstellung landwirtschaftlicher Mittel zur Verbesserung der Ernährungssicherheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen in Burundi	Projekt	Bargeldtransfers und Bereitstellung landwirtschaftlicher Mittel zur Verbesserung der Ernährungssicherheit vulnerabler Bevölkerungsgruppen in Burundi	Burundi	2018	AA	Deutsche Welthungerhilfe	300.000 €
BDI 04/20 Stärkung von Kinderschutz sowie Sexueller und Reproduktiver Gesundheit und Rechte für Flüchtlingskinder und ihre Familien in West Tansania, Verbesserung grenzüberschreitender Koordination mit humanitären Akteuren in Burundi (Konsortialprojekt mit Plan International)	Projekt	Stärkung von Kinderschutz sowie Sexueller und Reproduktiver Gesundheit und Rechte für Flüchtlingskinder und ihre Familien in West Tansania, Verbesserung grenzüberschreitender Koordination mit humanitären Akteuren in Burundi (Konsortialprojekt mit Plan International)	Tansania, Burundi	2020–2022	AA	Save the Children	

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
BDI 07/17 Hilfs- und Schutzmaßnahmen für burundische Flüchtlinge in Nachbarländern	Projekt	Hilfs- und Schutzmaßnahmen für burundische Flüchtlinge in Nachbarländern	Burundi	2017–2020	AA	UNHCR	10,5 Mio. €
AFG 01/18 Verbesserter Zugang zu Trinkwasser, Hygiene und medizinischen Leistungen für Binnenvertriebene, Rückkehrer und Gastgemeinden, insbesondere Frauen und Menschen mit Behinderungen in informellen Siedlungen Kabuls	Projekt	Verbesserter Zugang zu Trinkwasser, Hygiene und medizinischen Leistungen für Binnenvertriebene, Rückkehrer und Gastgemeinden, insbesondere Frauen und Menschen mit Behinderungen in informellen Siedlungen Kabuls	Afghanistan	2018–2020	AA	Johanniter	86.851 €
AFG 04/17 Basisgesundheitsversorgung für Binnenflüchtlinge und Rückkehrer in informellen Siedlungen Kabuls	Projekt	Basisgesundheitsdienste für Binnenvertriebene und Rückkehrer in Kabul	Afghanistan	2017–2020	AA	Johanniter	1 Mio. €
AFG 04/17 Basisgesundheitsversorgung für Binnenflüchtlinge und Rückkehrer in informellen Siedlungen Kabuls	Projekt	Sonderaufruf des IKRK zur Bekämpfung der sexualisierten und geschlechtsspezifischen Gewalt	Afghanistan	2018–2019	AA	IKRK	4 Mio. €
AFG 06/17 Gesundheits-, Ernährungs- und psychosoziale Dienste für Flüchtlinge und nomadische Kuchi-Bevölkerung	Projekt	Gesundheits-, Ernährungs- und psychosoziale Dienste für Flüchtlinge und nomadische Kuchi-Bevölkerung	Afghanistan	2017–2020	AA	Johanniter	824.611 €
AFG 06/17 Gesundheits-, Ernährungs- und psychosoziale Dienste für Flüchtlinge und nomadische Kuchi-Bevölkerung	Projekt	Sonderaufruf des IKRK zur Bekämpfung der sexualisierten und geschlechtsspezifischen Gewalt	Afghanistan	2017	AA	IKRK	2 Mio. €
Gestärkte Friedensakteur*innen und sozialmedizinische Versorgung von Kriegsvertriebenen und Grenzbevölkerung in Georgien, Fortführung	Projekt		Georgien	2019–2022	BMZ	EZE	570.000 €
Afghanistan Reconstruction Trust Fund (ARTF) – Citizens' Charter Afghanistan Project (CCAP)	Projekt	Das Vorhaben koordiniert zwischen Gemeinde-, Distrikt- und Provinzverwaltungen in Afghanistan und fördert dabei die aktive Beteiligung von Frauen, um öffentliche Dienstleistungen umzusetzen. Eine Gender-Arbeitsgruppe prüft die Auswirkungen aller ARTF-Maßnahmen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter.	Afghanistan	2019–2025	BMZ	KfW	80 Mio. €
Sicherung der Ernährung und friedliches Zusammenleben von ehemaligen Flüchtlingen und Gastgemeinden in Gedaref, Ostsudan	Projekt	Das Projekt stärkt die Ernährungssicherheit und das friedliche Zusammenleben von ehemaligen Flüchtlingen und Gastgemeinden im Sudan u. a. durch Cash for Work-Maßnahmen, die zum Aufbau und zur Instandsetzung von Infrastruktur beitragen, Schulungen zu Ernährungspraktiken und interkulturelle Veranstaltungen. Frauen und Mädchen nehmen an den Maßnahmen gleichberechtigt teil.	Sudan	2017–2020	BMZ	Deutsches Rotes Kreuz e.V.	1,3 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
BGD 02/20 Verbesserte Lebensbedingungen für Frauen und Mädchen in den Rohingya-Flüchtlingscamps und in den Gastgemeinden in Cox's Bazar/Bangladesch durch Zugang zu Sexual- und Reproduktionsmedizin und Präventionsmaßnahmen zur Reduzierung geschlechterbasierter Gewalt	Projekt	Verbesserte Lebensbedingungen für Frauen und Mädchen in den Rohingya-Flüchtlingscamps und in den Gastgemeinden in Cox's Bazar/Bangladesch durch Zugang zu Sexual- und Reproduktionsmedizin und Präventionsmaßnahmen zur Reduzierung geschlechterbasierter Gewalt	Bangladesch	2020–2022	AA	CARE Deutschland	
CAF 01/18 Wasser-, Sanitär- und Hygienemaßnahmen, Ernährungs-sicherung für von der Hungerkrise bedrohte Bevölkerung	Projekt	Trinkwasser-, Sanitärversorgung und Hygiene und Ernährungssicherung	Zentralafrikanische Republik	2018–2019	AA	Oxfam Deutschland	1,7 Mio. €
CAF 02/18 Basismedizinische Versorgung, Versorgung Überlebender von sexueller und geschlechtsbasierender Gewalt	Projekt	Basisgesundheitsversorgung, Versorgung von Überlebenden sexueller und geschlechtsbezogener Gewalt	Zentralafrikanische Republik	2018–2020	AA	Ärzte der Welt	3,8 Mio. €
CAF 02/19 Versorgung von Flüchtlingen, Rückkehrern und vulnerablen Haushalten der lokalen Bevölkerung, die durch die Krise in der Zentralafrikanischen Republik direkt oder indirekt betroffen sind im Südschad	Projekt	Versorgung von Flüchtlingen, Rückkehrern und vulnerablen Haushalten der lokalen Bevölkerung, die durch die Krise in der Zentralafrikanischen Republik direkt oder indirekt betroffen sind im Südschad	Tschad, Zentralafrikanische Republik	2019–2020	AA	CARE Deutschland	1,6 Mio. €
CAF 02/20 Lebensrettende Schutzmaßnahmen und Gesundheitsversorgung für Menschen in der Unterpräfektur Zémio, Zentralafrikanische Republik	Projekt	Lebensrettende Schutzmaßnahmen und Gesundheitsversorgung für Menschen in der Unterpräfektur Zémio, Zentralafrikanische Republik	Zentralafrikanische Republik	2020–2021	AA	International Rescue Committee (IRC)	
CAF 03/18 Basisgesundheitsversorgung von Flüchtlingen aus CAF und aufnehmenden Gemeinden	Projekt	Basisgesundheitsversorgung von Flüchtlingen aus CAF und aufnehmenden Gemeinden	Zentralafrikanische Republik	2018	AA	Malteser Hilfsdienst	285.000 €
CMR 03/20 Behindungs-inklusive humanitäre Hilfe in den Sektoren Gesundheit und Schutz für Binnenvertriebene und Aufnahmegemeinden in der Region South-West, Kamerun	Projekt	Behinderungs-inklusive humanitäre Hilfe in den Sektoren Gesundheit und Schutz für Binnenvertriebene und Aufnahmegemeinden in der Region South-West, Kamerun	Kamerun	2020–2022	AA	Christoffel Blindenmission	

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
COL 02/17 Basisgesundheitsversorgung, Ernährung und psychosoziale Betreuung für Binnenvertriebene und venezolanische Flüchtlinge in Antioquia und Córdoba	Projekt	Basisgesundheitsversorgung, Ernährung und psychosoziale Betreuung für Binnenvertriebene und venezolanische Flüchtlinge in Antioquia und Córdoba, Kolumbien,	Kolumbien	2017–2020	AA	Johanniter	969.241 €
COL 03/17 Schutz von Kindern und Jugendlichen in ihren Schuleinrichtungen und Gemeinden vor den neuen Dynamiken des Konflikts in den Departements Meta und Guaviare	Projekt	Schutz von Kindern und Jugendlichen in ihren Schuleinrichtungen und Gemeinden vor den neuen Dynamiken des Konflikts in den Departements Meta und Guaviare	Kolumbien	2017–2020	AA	Diakonie Katastrophenhilfe	500.000 €
Erweiterung und Unterhalt von lebensrettenden Unterstützungsdiensten (Schwerpunkte: Vorbereitung auf den Katastrophenfall, Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene, Training & Schutz) für 31 Lager für Binnenvertriebene im Kachin State	Projekt	Erweiterung und Unterhalt von lebensrettenden Unterstützungsdiensten (Katastrophenvorsorge, Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene, Training & Schutz) für 31 Lager für Binnenvertriebene im Kachin State	Myanmar	2016–2017	AA	Plan International	573.578 €
ESH 01/19 Hilfs- und Schutzmaßnahmen für sahraouische Flüchtlinge in Algerien	Projekt	Hilfs- und Schutzmaßnahmen für sahraouische Flüchtlinge in Algerien	Algerien	2019–2021	AA	UNHCR	2 Mio. €
ETH 02/18 (25.8.18–31.12.19) Verbesserung von Ernährung, Gesundheit und Protection für besonders vulnerable Binnenvertriebene in der Region Oromia, Äthiopien	Projekt	Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Binnenvertriebenen und der Menschen aus den aufnehmenden Gemeinden durch inklusive Aktivitäten im Bereich WASH, Ernährung und Protection/Shelter	Äthiopien	2018–2019	AA	Help Age	774.909 €
ETH 03/20 (1.4.20–31.09.21) Verbesserung von Ernährung, Gesundheit und Protection für besonders vulnerable Binnenvertriebene in der Region Oromia, Äthiopien	Projekt	Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Binnenvertriebenen und der Menschen aus den aufnehmenden Gemeinden durch inklusive Aktivitäten im Bereich WASH, Ernährung und Protection/Shelter	Äthiopien	2020–2021	AA	Help Age	309.245 €
GRC 01/17 Sichere Unterbringung und integrierte Unterstützungsleistungen für besonders vulnerable Flüchtlinge	Projekt	Schaffung von Unterbringung für besonders gefährdete Flüchtlinge, Krankentransporte sowie Psychosoziale Maßnahmen	Griechenland	2017–2018	AA	HELP e.V.	1,1 Mio. €
GRC 02/17 Humanitäre und psychosoziale Hilfe für Flüchtlinge in Griechenland	Projekt	Psychosoziale Hilfsmaßnahmen und Bildungsangebote für Flüchtlinge in Griechenland	Griechenland	2017–2018	AA	Deutscher Caritasverband	1,2 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
GRC 03/17 Unterstützung und Empowerment für minderjährige Flüchtlinge in Griechenland	Projekt	Psychosoziale Hilfsmaßnahmen und Bildungsangebote für Flüchtlinge in Griechenland	Griechenland	2017–2018	AA	Arbeiter-Samariter-Bund	420.349 €
IRQ 02/17 Verbesserung des Zugangs zur Basisgesundheitsversorgung durch Ausstattung von 3 Gesundheitseinrichtungen einschließlich Bereitstellung von psychosozialen Angeboten	Projekt	Verbesserung des Zugangs zur Basisgesundheitsversorgung im Rahmen der Implementierung von 3 Gesundheitsunits einschließlich der psychosozialen Gesundheit	Irak	2017–2019	AA	Ärzte der Welt	2,9 Mio. €
IRQ 03/17 Unterstützung der Gesundheits- und Trinkwasserversorgung von Binnenflüchtlingen, Rückkehrern und Aufnahmegemeinden in Ninewa	Projekt	Notfall- und Basisgesundheitsversorgung in der Gesundheitsstation Qayyarah, Provinz Ninewa	Irak	2017–2019	AA	Arbeiter-Samariter-Bund	1 Mio. €
IRQ 03/19 Sicherung der basismedizinischen Gesundheit und Schutzmaßnahmen in den Gouvernoraten Dohuk, Ninewa und Anbar	Projekt	Sicherung der basismedizinischen Gesundheit und Schutzmaßnahmen in den Gouvernoraten Dohuk, Ninewa und Anbar	Irak	2019	AA	CARE Deutschland	750.000 €
IRQ 03/20 Basisgesundheit einschl. MHPSS; Behandlung und Prävention von GBV gegen Frauen und Mädchen	Projekt	Basisgesundheit einschl. MHPSS; Behandlung und Prävention von GBV gegen Frauen und Mädchen	Irak	2020–2022	AA	Ärzte der Welt	
IRQ 04/16 Gesundheitsversorgung für konfliktbetroffene Binnenvertriebene in Irak	Projekt	Gesundheitsversorgung für konfliktbetroffene Binnenvertriebene in Irak	Irak	2016–2018	AA	Malteser Hilfsdienst	1,8 Mio. €
IRQ 05/17 Überlebenssicherung und Stabilisierung der Lebensbedingungen von Binnenvertriebenen durch Verteilungen von Nahrungsmitteln, Bargeld, Sommer- und Winterartikeln und sowie psychosoziale Angebote	Projekt	Überlebenssicherung und Stabilisierung der Lebensbedingungen von Binnenvertriebenen durch Verteilungen von Nahrungsmitteln, Bargeld, Sommer- und Winterartikeln und sowie psychosoziale Angebote	Irak	2017–2019	AA	Deutscher Caritasverband	2,8 Mio. €
IRQ 07/17 Physische und funktionale Notfallrehabilitation, Risikoaufklärung zu Minen/Sprengfallen	Projekt	Physische und funktionale Notfallrehabilitation, Risikoaufklärung zu Minen/Sprengfallen	Irak	2017–2018	AA	Handicap International	778.636 €
IRQ 07/20 Hilfs- und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene in Irak	Projekt	Hilfs- und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene in Irak	Irak	2020	AA	UNHCR	4 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
IRQ 09/16 Nothilfe und basismedizinische Versorgung (Verteilung von Hygieneartikeln, Schulungen, Gesundheitsstation) für Binnenvertriebene im Flüchtlingscamp Berseve 1, Dohuk	Projekt	Nothilfe und basismedizinische Versorgung (Verteilung von Hygieneartikeln, Schulungen, Gesundheitsstation) für Binnenvertriebene im Flüchtlingscamp Berseve 1, Dohuk	Irak	2016–2018	AA	Arbeiter-Samariter-Bund	705.000 €
IRQ 13/16 Stabilisierung der Lebensbedingungen durch Bargeldhilfe, Kerosin-Verteilung, psychosoziale Angebote sowie Förderung des Schulbesuchs für irakische Binnenflüchtlinge und Bedürftige in der Region Kurdistan, Irak	Projekt	Stabilisierung der Lebensbedingungen durch Bargeldhilfe, Kerosin-Verteilung, psychosoziale Angebote sowie Förderung des Schulbesuchs für irakische Binnenflüchtlinge und Bedürftige in der Region Kurdistan, Irak	Irak	2016–2019	AA	Deutscher Caritasverband	2,7 Mio. €
IRQ 14/16 Verbesserung der Versorgungslage von Binnenvertriebenen und Notleidenden in Gastgemeinden; Mosul-Komponente: Verteilung Hygiene-Kits, Haushaltsgütern und Hygieneartikeln, Trinkwasser	Projekt	Verbesserung der Versorgungslage von Binnenvertriebenen und Notleidenden in Gastgemeinden; Mosul-Komponente: Verteilung Hygiene-Kits, Haushaltsgütern und Hygieneartikeln, Trinkwasser	Irak	2016–2018	AA	Deutsches Rotes Kreuz	3,9 Mio. €
IRQ 17/17 Verteilung von mobilen Kits, Hygieneartikeln, Kerosin; Bargeldzuschüsse, Cash-for-work-Aktivitäten; psychosoziale Unterstützung für Binnenflüchtlinge	Projekt	Verteilung von mobilen Kits, Hygieneartikeln, Kerosin; Bargeldzuschüsse, Cash-for-work-Aktivitäten; psychosoziale Unterstützung für Binnenflüchtlinge	Irak	2017–2018	AA	Mission East	1,8 Mio. €
LBY 02/19 Unterstützung für Flüchtlinge, Rückkehrer und Binnenvertriebene im Rahmen der Libyen-Krise	Projekt	Unterstützung für Flüchtlinge, Rückkehrer und Binnenvertriebene im Rahmen der Libyen-Krise	Libyen	2019–2022	AA	UNHCR	12 Mio. €
LBY 04/17 Hilfs- und Schutzmaßnahmen (sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt), Notunterkünfte, Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Libyen	Projekt	Hilfs- und Schutzmaßnahmen (sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt), Notunterkünfte, Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Libyen	Libyen	2017–2018	AA	UNHCR	27,5 Mio. €
MLI 02/19 Stärkung des Schutzes und der Ernährungssicherheit von Kindern, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen in den ländlichen Gebieten von Gao und Timbuktu im Norden Malis	Projekt	Stärkung des Schutzes und der Ernährungssicherheit von Kindern, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen in den ländlichen Gebieten von Gao und Timbuktu im Norden Malis	Mali	2019–2020	AA	Plan International	900.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
MLI 03/17 Unterstützung malischer Flüchtlinge in Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Binnenvertriebene in Mali	Projekt	Unterstützung malischer Flüchtlinge in Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Binnenvertriebene in Mali	Burkina Faso, Mauretanien, Niger, Mali	2017–2021	AA	UNHCR	13,5 Mio. €
MMR 06/17 Hilfe für Binnenvertriebene und vulnerable Personen in Myanmar	Projekt	Hilfe für Binnenvertriebene und vulnerable Personen in Myanmar	Myanmar	2017–2020	AA	UNHCR	3,5 Mio. €
NGA 01/19 medizinische Notfallhilfe für Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden in Nordost-Nigeria	Projekt	medizinische Notfallhilfe für Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden in Nordost-Nigeria	Nigeria	2019–2020	AA	Ärzte der Welt	2,1 Mio. €
NGA 02/20 Medizinische Basisgesundheitsversorgung für Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden, Stärkung der Kapazitäten zur Früherkennung von und Reaktion auf Notfälle und Krankheitsausbrüche sowie Unterstützung der Koordinierung im humanitären Gesundheitssektor	Projekt	Medizinische Basisgesundheitsversorgung für Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden, Stärkung der Kapazitäten zur Früherkennung von und Reaktion auf Notfälle und Krankheitsausbrüche sowie Unterstützung der Koordinierung im humanitären Gesundheitssektor	Nigeria	2020–2022	AA	WHO	3 Mio. €
PAK 03/18 Zugang zu Basisgesundheitsversorgung für die besonders Hilfsbedürftigen der von der Krise betroffenen Bevölkerung in der Region Khyber Pakhtunkwa	Projekt	Zugang zu Basisgesundheitsversorgung für die besonders Hilfsbedürftigen der von der Krise betroffenen Bevölkerung in der Region Khyber Pakhtunkwa, Pakistan	Pakistan	2018–2020	AA	Ärzte der Welt	4,5 Mio. €
PHL 01/19 Ausweitung und Fortführung der Maßnahmen zur Stärkung der humanitären Reaktionsfähigkeit lokaler Akteure in der humanitären Katastrophenvorsorge integriert in den Bereichen Kinderschutz und Wasser- und Sanitärversorgung in Mindanao	Projekt	Ausweitung und Fortführung der Maßnahmen zur Stärkung der humanitären Reaktionsfähigkeit lokaler Akteure in der humanitären Katastrophenvorsorge integriert in den Bereichen Kinderschutz und Wasser- und Sanitärversorgung in Mindanao	Philippinen	2019–2020	AA	Plan International	940.000 €
SDN 05/17 Humanitäre Hilfs- und Schutzmaßnahmen für sudanesischer Flüchtlinge in Tschad.	Projekt	Humanitäre Hilfs- und Schutzmaßnahmen für sudanesischer Flüchtlinge in Tschad.	Tschad	2017–2018	AA	UNHCR	2 Mio. €
SOM 01/20 Verbesserung des Zugangs zu Gesundheit, Ernährung, WASH, Bildung, Kinderschutz und Geldleistungen für schutzbedürftige Kinder und ihre Familien in Somalia (programm-basierte Projektförderung)	Projekt	Verbesserung des Zugangs zu Gesundheit, Ernährung, WASH, Bildung, Kinderschutz und Geldleistungen für schutzbedürftige Kinder und ihre Familien in Somalia (programm-basierte Projektförderung)	Somalia	2020–2021	AA	Save the Children	5 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
SOM 06/16 Hilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Somalia	Projekt	Hilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in Somalia	Somalia	2016–2017	AA	UNHCR	5 Mio. €
SOM 09/18 Trinkwasser-, Sanitärversorgung und Hygiene, sowie Schutzmaßnahmen und Maßnahmen gegen Gender Based Violence für von Flut und Dürre betroffenen Gemeinden und IDPs	Projekt	Trinkwasser-, Sanitärversorgung und Hygiene, sowie Schutzmaßnahmen und Maßnahmen gegen Gender Based Violence für von Flut und Dürre betroffenen Gemeinden und IDPs	Somalia	2018–2022	AA	arche Nova	1,5 Mio. €
SOM 10/18 Bereitstellung übergreifender lebensrettender Gesundheits-, Ernährungs-, Schutz- und WASH-Maßnahmen für Mütter und Kinder in schwer zugänglichen Gebieten	Projekt	Bereitstellung übergreifender lebensrettender Gesundheits-, Ernährungs-, Schutz- und WASH-Maßnahmen für Mütter und Kinder in schwer zugänglichen Gebieten	Somalia	2018–2020	AA	SOS Kinderdörfer	1,5 Mio. €
SRB 02/17 Nahrungsmittelhilfe und Psychosoziale Maßnahmen für Flüchtlinge in Serbien	Projekt	Nahrungsmittel und Psychosoziale Maßnahmen für Flüchtlinge in Serbien	Serbien	2017–2018	AA	Deutscher Caritasverband	650.000 €
SSD 02/19 Integrierte Nothilfemaßnahmen zur Verringerung von Morbidität und Mortalität in konfliktbetroffenen Gemeinden in Western Bahr el Ghazal, Südsudan	Projekt	Integrierte Nothilfemaßnahmen zur Verringerung von Morbidität und Mortalität in konfliktbetroffenen Gemeinden in Western Bahr el Ghazal, Südsudan	Südsudan	2019–2020	AA	Johanniter	1,3 Mio. €
SSD 03/18 Verbesserung von Ernährung, Einkommen, Gesundheit und Inklusion besonders schutzbedürftiger südsudanesischer Geflüchteter in Gambella, Äthiopien	Projekt	Verbesserung von Ernährung, Einkommen, Gesundheit und Inklusion besonders schutzbedürftiger südsudanesischer Geflüchteter in Gambella, Äthiopien	Äthiopien	2018–2020	AA	Help Age	760.000 €
SSD 05/20 Regionale Nothilfe für von der Krise betroffene Bevölkerung im Südsudan, Kenia und Uganda	Projekt	Regionale Nothilfe für von der Krise betroffene Bevölkerung im Südsudan, Kenia und Uganda	Südsudan, Kenia, Uganda	2020–2023	AA	Johanniter	
SSD 06/20 Geldleistungen und Katastrophenvorsorge zur Stärkung der verwundbarsten Gemeinden	Projekt	Geldleistungen und Katastrophenvorsorge zur Stärkung der verwundbarsten Gemeinden	Südsudan	2020–2021	AA	Diakonie Katastrophenhilfe	
SSD 07/18 Integriertes Ernährungs- sowie Wasser, Sanitär, Hygiene-Projekt für Binnenvertriebene und Gastgemeinden im Bundesstaat Jonglei (Eastern Bieh)	Projekt	Integriertes Ernährungs- sowie Wasser, Sanitär, Hygiene-Projekt für Binnenvertriebene und Gastgemeinden im Bundesstaat Jonglei (Eastern Bieh)	Südsudan	2018–2020	AA	Oxfam Deutschland	4 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
SYR 03/16 Medizinische Versorgung syrischer Flüchtlinge und bedürftiger Libanesen mit Schwerpunkt auf besonders vulnerablen Gruppen im Libanon	Projekt	Beitrag zur Verbesserung des Gesundheitszustandes und Steigerung der Qualität der medizinischen Hilfsmaßnahmen für registrierte und nicht registrierte syrische Flüchtlinge in den Flüchtlingssiedlungen (ITS) und Entlastung des lokalen Gesundheitssystems durch Unterstützung eines Primary Health Care Centers für syrische Flüchtlinge und Libanesen in Bekaa	Libanon	2016–2018	AA	Humedica	1,2 Mio. €
SYR 04/19 Bereitstellung multi-sektoraler humanitärer Hilfsleistungen für vom Konflikt betroffene Haushalte in Nordost-Syrien	Projekt	Gesundheitsversorgung und Schutzmaßnahmen für vulnerable Haushalte in Nordost-Syrien	Syrien	2019–2020	AA	International Rescue Committee (IRC)	5,6 Mio. €
SYR 05/16 Basisgesundheitsversorgung für syrische Flüchtlinge in der Bekaa-Ebene und Beirut	Projekt	Sicherung des Zugangs zum Gesundheitssystem/Primary Health Care System für syrische Flüchtlinge in der Bekaa-Ebene und Beirut	Libanon	2016–2019	AA	Medico International	1,6 Mio. €
SYR 06/18 Gesundheitsversorgung, Maßnahmen im Bereich Trinkwasser-, Sanitärversorgung und Hygiene	Projekt	Primäre und sekundäre Gesundheitsversorgung und Maßnahmen im Bereich Trinkwasser-, Sanitärversorgung und Hygiene für Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden	Syrien	2018–2020	AA	Malteser Hilfsdienst	9,8 Mio. €
SYR 08/16 Betrieb einer mobilen Gesundheitsstation	Projekt	Betrieb einer mobilen Gesundheitsstation	Syrien	2016–2018	AA	Malteser Hilfsdienst	942.899 €
SYR 09/17 Nahrungsmittelhilfe und psychosoziale Unterstützung syrischer Flüchtlinge und vulnerabler libanesischer Familien	Projekt	Verteilung von warmen Mahlzeiten, einkommensschaffende Maßnahmen, psychosoziale Unterstützung	Libanon	2017–2019	AA	Diakonie Katastrophenhilfe	1,8 Mio. €
SYR 15/16 Nahrungsmittelhilfe (4 Gemeindegärten), psychosoziale Unterstützung, Verteilung von Hygieneartikeln	Projekt	Nahrungsmittelhilfe (4 Gemeindegärten), psychosoziale Unterstützung, Verteilung von Hygieneartikeln	Syrien	2016–2017	AA	Diakonie Katastrophenhilfe	510.100 €
SYR 31/16 Medizinische Basisgesundheitsversorgung und psychosoziale Unterstützung von syrischen Flüchtlingen und vulnerablen Gastgemeinden in der Türkei, im Libanon und Jordanien	Projekt	Humanitäre Hilfe und Unterstützung für die vom Konflikt betroffenen Menschen in Syrien und den Nachbarländern	Syrien, Türkei, Libanon, Jordanien	2016–2019	AA	Deutsches Rotes Kreuz	29,8 Mio. €
UKR 03/16 Reparatur von kriegsbeschädigten Häusern und psychosoziale Hilfe in der Ukraine (Luhansk und Donezk)	Projekt	Reparatur von kriegsbeschädigten Häusern und psychosoziale Hilfe für Betroffene des Ukrainekonflikts	Ukraine	2016–2017	AA	ADRA Deutschland	840.620 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
UKR 05/18 Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung durch mobile Einheiten, psychologische Hilfsmaßnahmen, Unterstützung lokaler Gesundheitseinrichtungen und -personal und Aufklärungsmaßnahmen	Projekt	Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung durch mobile Einheiten, Psychologische Hilfsmaßnahmen, Unterstützung lokaler Gesundheitseinrichtungen und -personal und Aufklärungsmaßnahmen	Ukraine	2018–2020	AA	Ärzte der Welt	1,6 Mio. €
UKR 07/17 Hilfs- und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene in der Ukraine	Projekt	Hilfs- und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene in der Ukraine	Ukraine	2017	AA	UNHCR	1 Mio. €
YEM 01/17 Medizinische Notfallhilfe für Binnenvertriebene und Gastgemeinden	Projekt	Medizinische Notfallhilfe für Binnenvertriebene und Gastgemeinden	Jemen	2017–2018	AA	Ärzte der Welt	3,6 Mio. €
YEM 05/16 Hilfs- und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene und Flüchtlinge in YEM und regional	Projekt	Hilfs- und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene und Flüchtlinge in YEM und regional	Jemen	2016–2018	AA	UNHCR	28 Mio. €
YEM 05/18 Basisgesundheitsversorgung, psychosoziale Unterstützung und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene und Gastgemeinden	Projekt	Basisgesundheitsversorgung, psychosoziale Unterstützung und Schutzmaßnahmen für Binnenvertriebene und Gastgemeinden in in Sana'a, Amanat Al Asimah, Ibb, Abyan/Lahj	Jemen	2018–2020	AA	Ärzte der Welt	5,9 Mio. €
YEM 09/16 Gesundheitsversorgung für Binnenvertriebene und Gastgemeinden	Projekt	Gesundheitsversorgung für Binnenvertriebene und Gastgemeinden	Jemen	2016–2018	AA	ADRA Deutschland	4,4 Mio. €
YEM 16/17 Ernährungs-sicherung durch Bargeld-transfers für Binnenvertriebene, Gastgemeinden und Rehabilitierung von Wassernetzwerken in Hodeidah und Hajjah	Projekt	Beitrag zur Verbesserung der Ernährungssituation durch Cash-for-Work, Bereitstellung von nichtkonditionierten Geldern für bedürftige Haushalte, Vertriebene, Gastgemeinden	Jemen	2017–2019	AA	CARE Deutschland	1,8 Mio. €
ZWE 02/19 Soforthilfe nach Zyklon Idai und Überschwemmungen durch Maßnahmen im Bereich Wasserversorgung und Hygiene sowie Kinderschutz.	Projekt	Soforthilfe nach Zyklon Idai und Überschwemmungen durch Maßnahmen im Bereich Wasserversorgung und Hygiene sowie Kinderschutz.	Simbabwe	2019	AA	Plan International	500.000 €
UNRWA Beschäftigungsförderung und Infrastruktur in Gaza, Palästinensische Gebiete	Projekt	Das Vorhaben führt palästinensische Binnenvertriebene in Gaza an den Arbeitsmarkt heran und vermittelt mindestens 1.830 Frauen in temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten, die ihre ökonomische Situation kurzfristig verbessern.	Palästinensische Autonomiegebiete	2019–2021	BMZ	KfW/UNRWA	14 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
BONO – Beschäftigungsintensives Investitionsprogramm für Jordanier und syrische Flüchtlinge in Jordanien (Phase IV)	Projekt	Das Vorhaben schafft in Jordanien Beschäftigungsmöglichkeiten für die syrische und jordanische Bevölkerung in Aufnahmegemeinden sowie ein mittelfristig erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge. 4.700 Jobs werden bei der Instandsetzung öffentlicher Infrastruktur geschaffen, was sowohl zur Integration der Beschäftigten als auch zu verbesserten Lebensbedingungen für die gesamte Gemeinde beiträgt.	Jordanien	2018–2019	BMZ	KfW	20 Mio. €
BONO – Beschäftigungsorientierte Qualifizierung im Handwerk, Jordanien	Projekt	Das Vorhaben unterstützt in Jordanien Jugendliche und junge Erwachsene in vulnerablen Situationen sowie syrische Flüchtlinge beim Zugang zu Handwerksberufen an Standorten, die in signifikanter Zahl syrische Flüchtlinge aufnehmen und über entsprechende Beschäftigungschancen verfügen. Die Beschäftigungsperspektiven von Frauen werden durch Quoten bei jeder Maßnahme adressiert.	Jordanien	2017–2022	BMZ	GIZ	18 Mio. €
BONO – Beschäftigungsförderung durch Rehabilitierung von Basisinfrastruktur und einkommensschaffenden Maßnahmen Phase III, Syrien	Projekt	Das Vorhabens fördert in Syrien die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für Binnenflüchtlinge und die lokale Bevölkerung durch Beschäftigungsförderung und einkommensschaffende Maßnahmen. Dabei wurden bereits 1500 Arbeitsplätze für Frauen geschaffen.	Syrien	2017–2019	BMZ	KfW	15 Mio. €
BONO UNDP Irak – Stabilisierung und Beschäftigung, FFIS/ICRRP Phase III	Projekt	Das Vorhaben fördert die kurzfristige Verbesserung der sozio-ökonomischen Verhältnisse im Irak durch Cash-for-Work-Maßnahmen. Auf eine geschlechtersensible Ausgestaltung der Projektmaßnahmen wird geachtet, durch bspw. die Bereitstellung von Cash-for-Work Maßnahmen, die auch für Frauen kulturell und strukturell angemessen und zugänglich sind.	Irak	2018–2021	BMZ	KfW	38 Mio. €
BONO – Beschäftigungsintensives Investitionsprogramm für Jordanier und syrische Flüchtlinge, Phase III	Projekt	Das Vorhaben fördert die arbeitsintensive Rehabilitierung und Instandhaltung von Straßen, Zisternen und Bewässerungssystemen in Jordanien. 10 % der Cash-for-Work-Teilnehmenden sind Frauen. 2019 wurden 892 Jobs für Frauen geschaffen.	Jordanien	2018–2019	BMZ	KfW	5 Mio. €
BONO – Beschäftigungsförderung durch arbeitsintensive Infrastrukturmaßnahmen/ Employment Intensive Infrastructure Programme (EIIP), Libanon	Projekt	Das Vorhaben fördert im Libanon die arbeitsintensive Rehabilitierung und Instandhaltung der Wasserversorgung, landwirtschaftlicher Straßen, öffentlicher Plätze und anderer Infrastruktur. Durch die Einführung von Standards, u. a. im Bereich Beschäftigung von Frauen, werden die Arbeitsbedingungen verbessert.	Libanon	2018–2020	BMZ	KfW	14 Mio. €
BONO – IOM Irak Wirtschaftlicher Wiederaufbau durch Beschäftigung und Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft	Projekt	Das Projekt fördert die kurzfristige Verbesserung der sozio-ökonomischen Verhältnisse durch temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten wie Cash for Work Maßnahmen für Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden im Irak. Bei Gemeindekonsultationen wird die Beteiligung von Frauen gefördert.	Irak	2018–2021	BMZ	KfW	10 Mio. €
BONO – Beschäftigungsförderung durch Rehabilitierung von Basisinfrastruktur und einkommensschaffende Maßnahmen, Syrien	Projekt	Das Projekt verbessert die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für Binnenvertriebene und lokale Bevölkerung in Syrien durch Beschäftigungsförderung und einkommensschaffende Maßnahmen. Dabei wurden mindestens 1.500 Arbeitsplätze für Frauen geschaffen (Stand Mai 2019).	Syrien	2018–2020	BMZ	KfW	15 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
BONO – Beschäftigungsintensive Wartung und Instandhaltung im öffentlichen Raum, Phase I, Jordanien	Projekt	Das Vorhaben fördert in Jordanien arbeitsintensive Beschäftigungsmöglichkeiten, z. B. Instandsetzungs- und Reinigungsarbeiten an öffentlichen Schulen (einschließlich 40 % Mädchenschulen). Mindestens 300 Jobs werden für Frauen geschaffen und ihre Beschäftigungsmöglichkeiten werden durch gendersensible Informationskampagnen verbessert.	Jordanien	2018–2021	BMZ	KfW	10 Mio. €
Beschäftigungsinitiative Khartum: Verbesserung der Zukunftsperspektiven für Flüchtlinge und die lokale Bevölkerung im Sudan	Projekt	In Khartum (Sudan) werden etwa 1.300 Menschen in erwerbsorientierten Qualifizierungsmaßnahmen trainiert. Darüber hinaus nehmen ca. 150 potenzielle Unternehmensgründerinnen (u. a. mit Fluchthintergrund) an dreis bis sechsmonatigen innovativen Gründungsförderungsprogrammen teil.	Sudan	2019–2023	BMZ	GIZ	9 Mio. €
Beschäftigungsförderung für IDP, Rückkehrer und aufnehmende Gemeinden durch arbeitsintensive Infrastrukturmaßnahmen, Somalia	Projekt	Im Rahmen des Projektes werden voraussichtlich ca. 4900 direkt Begünstigte in Somalia, einschließlich ca. 30 % Frauen, in arbeitsintensiven Infrastrukturmaßnahmen für eine Mindestdauer von 40 Tagen Beschäftigung finden. Frauen werden insbesondere in der Beförderung und Verteilung von Baumaterialien sowie in der Überwachung von Baumaßnahmen eingesetzt.	Somalia	2019–2022	BMZ	GIZ	10 Mio. €
Expert Meeting „Creating Jobs and Economic Opportunities“, Naher Osten	Veranstaltung	Am 2. und 3. November 2017 fand in Bonn das Expert Meeting „Creating Jobs and Economic Opportunities“ statt, das von BMZ und UNDP organisiert wurde und an dem ca. 70 Vertreter*innen europäischer und regionaler Regierungen, internationaler Organisationen sowie NGOs teilnahmen. Das Treffen behandelte u. a. das Thema Gender und Beschäftigungsförderung.	International	2017	BMZ	UNDP	
Kapazitätsaufbau zur Sensibilisierung von Frauen und Minderjährigen für sexuelle und reproduktive Gesundheit in Flüchtlingslagern in Griechenland	Projekt	Verbesserung der Sicherheitslage von Frauen und Mädchen in griechischen Flüchtlingslagern, Schutz vor sexueller Gewalt, Bewusstseinsbildung über ihre Rechte und Schutzmöglichkeiten. Verbesserung der gesundheitlichen Situation (z. B. durch Vorbeugung ungewollter Schwangerschaften und sexuell übertragbarer Krankheiten) sowie der gesellschaftlichen Lage (Verhinderungen von schwangerschaftsbedingten Zwangsehen, Isolation aufgrund von sexuell übertragbaren Krankheiten, Zwangsprostitution und Menschenhandel).	Griechenland	2019	AA	Doctors of the World – MDM Greece – Ärzte der Welt GRC	5,5 Mio. €
Modellprojekt „Mädchen Mischen Mit“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	Projekt	Das Modellprojekt entwickelt und erprobt einen Ansatz, um die Teilhabechancen und die Diversity-Kompetenz von Mädchen mit Fluchterfahrung zu erhöhen. Durch gezielte Kontakte zu Jugendlichen der Aufnahmegesellschaft baut es unterstützende Netzwerke auf.	Deutschland	2020–2022	BMFSFJ	International Rescue Committees (IRC)	180.000 €

III. Die Belange und Interessen von Frauen und Mädchen bei entwicklungs-, friedens- und sicherheitspolitischen sowie humanitären Maßnahmen analysieren und berücksichtigen.

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

a die Prinzipien der Resolution 1325 in den konzeptionellen Grundlagen des deutschen Krisenmanagements zu verankern.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Konsolidierung und Ausbau des genderspezifischen Lagebildes der Bundeswehr	Geschlechterspezifisches Lagebild der Bundeswehr	Das geschlechterspezifische Lagebild wird kontinuierlich fortgeschrieben, primär differenziert nach Geschlecht, Status-; Laufbahn-; Besoldungsgruppen, Dienstposten-dotierungen und Dienstgrad/Amtsbezeichnung. Die Ursachenanalyse systemischer Karrierehindernisse erfolgt auf Grundlage personeller Soll-Ist-Vergleiche.	Deutschland	2016–2020	BMVg		
Umsetzung des Aktionsplans der NATO/EAPC (2018–2020)	Arbeit in multilateralem Forum	Umsetzung des WPS-Aktionsplans der NATO, einschließlich (1) Entwicklung der Geschlechterperspektive in den NATO-Richtlinien über Kleinwaffen und leichte Waffen; (2) Planungsrichtlinien zur Verbesserung der Eignung von militärischer Ausrüstung für Frauen über die Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren; (3) Durchführung der 43. jährlichen Konferenz über Geschlechterperspektiven.	multilaterale Institutionen	2018–2020	BMVg		
WPS-Champion bei Action-for-Peacekeeping	Übernahme der Rolle als A4P Champion zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit mit Fokus auf Erhöhung des Frauenanteils in VN-Friedensmissionen	Im Rahmen der Action-for-Peacekeeping Reforminitiative des VN-Generalsekretärs spielt WPS eine wichtige Rolle. Das BMVg hat die Rolle eines sog. Champions übernommen, der zu dem Thema weitere Länder zusammenbringen möchte, um Maßnahmen zu koordinieren und best practices auszutauschen, der aber selbst auch in der Umsetzung vorangehen will.	multilaterale Institutionen	2020	BMVg		
Systematische Verankerung von Resolution 1325 in einem ressortgemeinsamen Ansatz im Rahmen der Leitlinien als Folgedokument zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention.	Strategie	Im Sommer 2017 hat die Bundesregierung mit den Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ eine neue strategische Grundlage für ihr Engagement in fragilen und von Gewalt und Konflikten geprägten Kontexten verabschiedet. Das BMZ unterstützt und setzt den darin definierten ressortgemeinsamen Ansatz einer wertegebundenen und interessensgeleiteten deutschen Entwicklungspolitik um, in der die Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit verankert ist.	Deutschland		BMZ		
Stärkung der Querschnittsverankerung von Resolution 1325 in der deutschen Außen-, Entwicklungs-, Sicherheits- sowie Verteidigungspolitik, u.a. durch Verankerung von Resolution 1325 in den Leitlinien als Folgedokument zum Aktionsplan Zivile Krisenprävention sowie Einsatz für Berücksichtigung der Resolution in relevanten Dokumenten im Rahmen der VN, EU, OSZE und NATO.	Strategie	Zur weiteren Umsetzung der Leitlinien wurden im Jahr 2019 die ressortgemeinsamen Strategien zu Vergangenheitsarbeit und Versöhnung (Transitional Justice – Federführung BMZ) sowie zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit (geteilte Federführung AA und BMZ) verabschiedet. Resolution 1325 ist in allen Strategien stark verankert.	Deutschland		BMZ		

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

b Grundsätze der Resolution 1325 in Projekten und Maßnahmen der Fluchtursachenminderung, Krisen- und Gewaltprävention, der Stabilisierung und des Wiederaufbaus sowie bei Konfliktlösungs- und Verhandlungsprozessen zu integrieren.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Enhancing Peace and Security Measures in Somalia through Support for the National Programme on Disengaged Combatants	Projekt	Als Teil einer breiter ausgelegten Unterstützung für ehemals mit gewalttätigen und extremistischen Gruppen affilierten Personen stellt IOM ganzheitliche und geschlechterspezifische Rehabilitations- und Reintegrationsangebote für Frauen bereit, die sich vom gewaltsamen Extremismus abwenden und oftmals Opfer von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt sind. In Rehabilitationszentren bekommen die Frauen Zugang zu umfassenden Leistungen, die z. B. monatliche Vergütungen, psychosoziale Hilfe oder medizinische Behandlung umfassen. Anschließend wird die Reintegration der Frauen in ihre Gemeinden durch zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen begleitet und unterstützt.	Somalia	Seit 2019	AA	IOM	7,2 Mio. €
Projekt zu Beduininnen (Jahalin)	Projekt	Die Projektmaßnahmen haben dazu beitragen, die Kapazität und Resilienz der Beduinenfrauen im Zusammenhang mit Umsiedlung zu erhöhen und breitere gesellschaftliche Unterstützung und Vernetzung mit anderen Bedouinengemeinschaften zu fördern. Die wichtigste Maßnahme war die Veranstaltung einer zweitägigen Konferenz, die ein politisch wichtiges und hochaktuelles Thema zum Gegenstand hat.	Palästinensische Autonomiegebiete	2017	AA	The Jahalin Solidarity	26,6 Mio. €
Evaluierung der Transformationspartnerschaften mit den Ländern Tunesien, Marokko, Jordanien	Evaluierung	Unabhängige, externe Evaluierung auf strategischer Ebene als Instrument zur Wirkungsüberprüfung und Steuerung außenpolitischer Maßnahmen. Evaluierung stellt Methode zur objektiven Überprüfung von Maßnahmen, Programmen und Strategien unter Berücksichtigung von u. a. Genderaspekten dar, um Relevanz der Ziele für die jeweiligen Zielgruppen zu überprüfen. U. a. Untersuchung welche Maßnahmen zur Stärkung vulnerabler Gruppen und Frauen umgesetzt wurden und wie deren nachhaltige Wirkung eingeschätzt wird.	Tunesien, Marokko, Jordanien	2017–2018	AA	GFA Consulting Group/Ceval GmbH	383.776 €
In der Bewertung von Projektvorschlägen in der Fluchtursachenminderung, Krisen- und Gewaltprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge wird über bestehende Instrumente standardisiert der Beitrag zur Umsetzung von Resolution 1325 abgefragt.	Anderes	Im Rahmen der Übergangshilfe gibt es seit 2018 eine „Gender- und Inklusions-Checkliste“, die als Hilfestellung bei der Antragsstellung dient und zudem in den Projekten vor Ort zum Einsatz kommt. Für Vorhaben der Übergangshilfe gilt außerdem als Mindeststandard, die Gleichberechtigung der Geschlechter als Projektnebenziel zu verankern (GG1-Kennung). Im Bereich der Politischen Stiftungen/ Sozialstrukturförderung durch die deutsche EZ sehen die Antragsformulare eine Differenzierung der Zielgruppen nach sozialen Merkmalen vor (z. B. Geschlecht, Bildungsstand, berufliche Einordnung).	Weltweit		BMZ		
Bei Konfliktlösungs- und Verhandlungsprozessen wird auf die Berücksichtigung der Inhalte von Resolution 1325 hingewirkt.	Anderes	Das BMZ 5-Punkte-Papier „Keine Gewalt gegen Frauen“ wurde im November 2017 veröffentlicht und legt fest, dass die besondere Situation von Frauen und Mädchen in allen Verhandlungen mit Partnerländern thematisiert werden soll.	Weltweit		BMZ		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Migration für Frauen sicher machen, Schwerpunkt Niger	Projekt	Das Programm trägt zu einer sicheren und geordneten Migration von Migrantinnen bei, die von, nach und durch Niger migrieren. Darüber hinaus werden internationale Normen und Standards zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Migrantinnen gestärkt. Das Vorhaben leistet einen wichtigen Beitrag zu einer gender-responsiven Umsetzung des Globalen Migrationspaktes (GCM).	Niger	2019–2021	BMZ	UN WOMEN	2,2 Mio. €
Regionalvorhaben Ost-/Zentralafrika: Unterstützung der Umsetzung des Comprehensive Refugee Response Framework der Vereinten Nationen, Uganda, Kenia, Äthiopien	Projekt	Das Projekt unterstützt die effiziente Nutzung von erneuerbarer Energie in Uganda, Kenia und Äthiopien und trägt zur Umsetzung des Comprehensive Refugee Response Framework der Vereinten Nationen bei. Von einer solchen Energienutzung sollen vor allem Frauen profitieren, da es z. B. den Bedarf an Feuerholz reduziert (das Beschaffen von Feuerholz wird in vielen Kontexten von Frauen übernommen).	Uganda, Kenia, Äthiopien	2018–2023	BMZ	GIZ	40 Mio. €
Deutscher Beitrag zum Global Refugee Forum 2019	Veranstaltung	Um Frauen als Akteurinnen in Fluchtsituationen Sichtbarkeit und Gehör zu verschaffen und sie in ihrer wirtschaftlichen und politischen Teilhabe zu stärken, hat das BMZ beim Globalen Flüchtlingsforum der VN in Genf Ende 2019 die Gründung des Action Network on Forced Displacement – Women as Agents of Change angekündigt. Um lokale, innovative und bewährte Ansätze zu fördern, werden dem Aktionsnetzwerk Mittel zugeordnet.	International	2019	BMZ		
Gendergerechtigkeit in Kontext des Friedensprozesses Amerika/Kolumbien/Santander	Projekt		Kolumbien	2018–2021	BMZ	EZE	274.000 €
Soziale Kohäsion zwischen syrischen Flüchtlingsfrauen und jordanischen Frauen in Jordanien	Projekt		Jordanien	2017–2019	BMZ	EZE	250.000 €
Resilienzstärkung vulnerabler Gemeinden durch umfassende Gesundheits-, Sanitär-, Hygiene-, Katastrophenrisikomanagement und Lebensgrundlage-Maßnahmen, Myanmar	Projekt	Das Projekt stärkt die Resilienz vulnerabler Gemeinden in Rakhine Staat (Myanmar). Insbesondere Frauen und Kinder sollen von einem verbesserten Zugang zur Gesundheitsversorgung profitieren und durch den Aufbau langfristiger Trinkwasserversorgungssysteme entlastet werden. Die aktive Beteiligung von Frauen an dörflichen Entscheidungsprozessen wird gefördert.	Myanmar	2017–2020	BMZ	Malteser International	2,2 Mio. €
Stärkung der Resilienz durch Aufbau von Lebensgrundlagen und verbesserte Sanitär- und Hygieneversorgung in der Provinz al-Anbar, Irak	Projekt	Durch verbesserte Wasser-, Sanitär-, und Hygiene-Versorgung, den Aufbau von Lebensgrundlagen und die Wiederbelebung der lokalen Märkte unterstützt das Vorhaben im Irak die Resilienz der konfliktbetroffenen Bevölkerung und den sozialen Zusammenhalt zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Dabei wird die aktive Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen gefördert.	Irak	2017–2020	BMZ	Oxfam Deutschland e.V.	3 Mio. €
Stärkung der WASH-Basisinfrastruktur, Resilienz und Einkommensmöglichkeiten in Rückkehrgebieten in Ninewa, Irak	Projekt	Das Vorhaben stärkt die Resilienz vom Konflikt betroffener Aufnahmegemeinden und die nachhaltige Wiedereingliederung der Rückkehrenden in Ninewa (Irak). Dazu werden der gleichberechtigte Zugang zu Rechtshilfeangeboten und der Ausbau von kulturell- und gendersensiblen Einkommensmöglichkeiten unterstützt, z. B. durch berufliche Kompetenztrainings und die Begleitung von Unternehmerinnen.	Irak	2018–2021	BMZ	CARE Deutschland-Luxemburg e.V.	2,8 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Transitional Interim Country Strategic Plan (t-ICSP), Jordanien	Projekt	Das Vorhaben stärkt in Jordanien die soziale Kohäsion und die Resilienz syrischer Flüchtlinge und der Aufnahmegemeinden. Insbesondere Frauen und Jugendliche sollen durch Trainings in ihrer Eigenständigkeit gestärkt werden und von verbesserten Erwerbsmöglichkeiten profitieren.	Jordanien	2018–2022	BMZ	WFP	11,5 Mio. €
Stärkung der Resilienz der Bevölkerung von Gaza, Palästinensische Gebiete	Projekt	Das Vorhaben plant und realisiert Infrastrukturmaßnahmen in Gaza unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse vom Konflikt betroffener Frauen. Junge Unternehmerinnen werden beispielsweise in die Planung und Umsetzung von Projekten integriert, Studentinnen werden in Betrieb und Wartung von Solaranlagen ausgebildet und die Teilnahme von Frauen an Netzwerkveranstaltungen wird gefördert.	Palästinensische Autonomiegebiete	2018–2023	BMZ	GIZ	11 Mio. €
Gesundheit, Ernährung, Kinderschutz (UNICEF), Sudan	Projekt	Das Vorhaben verbessert den Zugang zu Bildung, Wasser-, Hygiene- und Sanitärversorgung sowie Kinderschutz für besonders vulnerable Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und in aufnehmenden Gemeinden im Sudan. Mädchen sollen den gleichen Bildungszugang und die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten wie Jungen erhalten. 10.000 Mädchen profitieren außerdem von Impfungen gegen Tetanus und Masern.	Sudan	2018–2022	BMZ	KfW/UNICEF	17,5 Mio. €
Soziale Infrastruktur für binnenvertriebene Familien (UNICEF Phase IV), Ukraine	Projekt	Das Vorhaben unterstützt ukrainische Gemeinden dabei, ein neues integratives soziales Dienstleistungsangebot zu schaffen, um damit intern vertriebene Familien zu unterstützen. Der Ausbau von Kindergärten und die Frühinterventionsmaßnahmen für Kinder mit sonderpädagogischen Bedürfnissen verringern die Care-Arbeit, die oft von Frauen getragen wird, und erleichtern damit ihren Zugang zur Erwerbstätigkeit.	Ukraine	2019–2021	BMZ	KfW/UNICEF	5 Mio. €
Aufbau und Rehabilitation von sozialer Infrastruktur und Ernährungssicherung in konfliktbetroffenen und vulnerablen Gemeinden, Myanmar	Projekt	Das Vorhaben fördert die Resilienzstärkung konfliktbetroffener und vulnerabler Gemeinden in Myanmar durch langfristige Strukturbildung und lokalen Kapazitätsaufbau. Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssicherung, Wasser- und Sanitärversorgung werden v.a. zugunsten von frauengeführten Haushalten durchgeführt. Zu den Kernthemen gehört z.B. das Menstruationshygienemanagement.	Myanmar	2019–2023	BMZ	Malteser International	2 Mio. €
Unterstützung von Flüchtlingen sowie kurzfristige Verbesserung und Wiederaufbau von Infrastruktur in und um palästinensische Flüchtlingslager Libanon	Projekt	Das Vorhaben soll die Lebensbedingungen der durch die anhaltende Krise betroffenen Bevölkerung in und um palästinensische Flüchtlingsunterkünfte im Libanon verbessern. Die Bedürfnisse von Frauen und frauengeführten Haushalten werden bei Wohnraum- und Wiederaufbaumaßnahmen besonders berücksichtigt.	Libanon	2019–2021	BMZ	KfW/UNICEF	10 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen sowie weiblich geführter Haushalte bei Planung, Beauftragung und Durchführung von Vorhaben in den Bereichen Fluchtursachenminderung, Integration und Versorgung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen sowie im Postkonfliktkontext beim Aufbau von Basisinfrastruktur im Zuge des konfliktensiblen Wiederaufbaus und bei Reintegration und Versöhnung.	Anderes	Die Durchführung einer Genderanalyse ist für alle durch das BMZ beauftragte Vorhaben verpflichtend. Die Ergebnisse fließen in Konzeption und Durchführung der Projekte ein, um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen berücksichtigt, Ungleichheiten nicht verstärkt werden und Vorhaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen.	Weltweit		BMZ		
BONO – Verbesserung grüner Infrastruktur in Jordanien durch beschäftigungsintensive Maßnahmen	Projekt	Das Projekt schafft in Jordanien temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinde durch die Entwicklung und Instandhaltung grüner Infrastruktur in städtischen, stadtnahen und ländlichen Gemeinden. Um frauengeführte Haushalte zu stärken, werden Bedürfnisse für Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen explizit berücksichtigt und ein Mindestanteil von Frauen festgelegt.	Jordanien	2017–2022	BMZ	GIZ	22 Mio. €
Maßnahme der HBS im Rahmen der Sonderinitiative Flucht, Naher und Mittlerer Osten	Projekt	Das Programm regt eine (gender-)inklusive Debatte zu den Grundlagen einer friedlichen städtebaulichen Entwicklung in Syrien an mit Fokus auf geschlechterdemokratische Wiederaufbauarbeit, inklusive Staatsbürgerschaft, Transitional Justice und Versöhnungsprozessen.	Syrien	2017–2022	BMZ	Heinrich-Böll-Stiftung e.V.	1,5 Mio. €
Unterstützung von Binnenvertriebenen im Jemen Phase III	Projekt	Das Vorhaben verbessert im Jemen den Zugang zu den Basisdienstleistungen Trinkwasser-, Sanitärversorgung und Bildung in Gebieten mit besonders hohem Zuzug von Binnenvertriebenen und Rückkehrer*innen. Freiwillige Sozialarbeiter*innen erhalten Fortbildungen zum Umgang mit traumatisierten Kindern (insb. Mädchen) und Schulungen zur Bereitstellung psychosozialer Unterstützung.	Jemen	2017–2021	BMZ	KfW	16 Mio. €
Wasser- und Sanitärversorgung für Flüchtlings-siedlungen und aufnehmende Gemeinden im Norden Ugandas	Projekt	Das Vorhaben stärkt die Wasser- und Sanitärversorgung im Norden Ugandas. Unter anderem werden in 5.000 meist frauengeführten Haushalten Toiletten (durch eine Cash-for-Work-Maßnahme) installiert. Zudem werden Menstruationsbinden hergestellt und vermarktet.	Uganda	2018–2022	BMZ	GIZ	12 Mio. €
UNRWA – Unterstützung palästinensischer Flüchtlinge aus Syrien in Libanon und Jordanien	Projekt	Das Projekt verbessert in Jordanien und im Libanon die Lebensgrundlagen und Perspektiven für palästinensische Flüchtlinge aus Syrien. Dazu gehören die beschäftigungsintensive Rehabilitation von Wohnraum, von UNRWA Infrastruktur (Schulen, Berufsschulen, Gesundheitszentren sowie Verwaltungsbüros) sowie von Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH).	Jordanien, Libanon	2018–2019	BMZ	KfW	15 Mio. €
KfW – Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung für Flüchtlinge aus DR Kongo und aufnehmende Gemeinden, Sambia	Projekt	Das Projekt verbessert in Sambia die Trinkwasser- und Sanitärversorgung in Mantapala, Mayukwayukwa und Meheba sowie den ländlichen Anrainergemeinden. Dabei werden Hygieneeinrichtungen in Schulen und zusätzliche Krankenstationen gendersensibel geplant.	Sambia	2018–2021	BMZ	KfW	10 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Beschäftigungsprogramm Armutsorientierte Infrastruktur, EGP XI, Palästinensische Gebiete	Projekt	Das Vorhaben verbessert in den Palästinensischen Gebieten die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, wobei Frauen als Zielgruppe besonders berücksichtigt werden. Durch Bau, Erweiterung oder Rehabilitierung von Kindertagesstätten, Heimen für Menschen mit Behinderung, Kulturzentren, Gesundheitszentren usw. entstehen langfristige Beschäftigungsmöglichkeiten, von denen Frauen besonders profitieren.	Palästinensische Autonomiegebiete	2019–2022	BMZ	KfW	10 Mio. €
Soziale Unterstützung von vulnerablen afghanischen Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden, Pakistan – SSARC	Projekt	Das Projekt bietet in Pakistan schutzbedürftigen afghanischen Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden, v.a. Frauen und Jugendlichen, kontext- und geschlechtsspezifische soziale Unterstützung, um sozialen Zusammenhalt und Gemeinschaft zu stärken. Bei der Gestaltung von Aktivitäten wird ein Fokus auf die besonderen Bedarfe und das Empowerment von Frauen und Jugendlichen gelegt.	Pakistan	2020–2022	BMZ	GIZ	5 Mio. €
Ausbau und Nutzung von Wasserkraft und erneuerbaren Energien in Khyber Pakhtunkwa, Pakistan	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Grundversorgung mit Strom in entlegenen Distrikten Pakistans, was die häufig von Frauen übernommenen Aufgaben erleichtert. Zudem werden Frauen durch Trainings zur sicheren Nutzung des Stroms und Überwachung von Betrieb und Wartung gestärkt. Bei der Konzeption von solarbetriebenen Trinkwasserpumpen werden geschlechtsspezifische Bedürfnisse berücksichtigt.	Pakistan	2019–2023	BMZ	KfW	11 Mio. €
Entwicklung von Wasserkraft und erneuerbare Energie II, Pakistan	Projekt	Durch die dezentrale Nutzung erneuerbarer Energie wird die Grundversorgung in entlegenen Gebieten Pakistans verbessert. Bisher brachliegenden, zu bewässernden Flächen im dörflichen Gemeinschaftseigentum werden zur pachtfreien Nutzung von dörflichen Frauengruppen für den Anbau von Obstbäumen und Gemüse bereitgestellt. Die Frauengruppen werden in die dörfliche Bepflanzungsplanung einbezogen.	Pakistan	2019–2024	BMZ	KfW	12,5 Mio. €
Programm berufliche Schulen in Afghanistan Phase II	Projekt	Beim Bau von Berufsschulen in Afghanistan wird eine gendersensible und bedarfsgerechte Infrastruktur gefördert. So wurde ein Wohnheim für Mädchen in Mazar-e-Sharif aufgebaut, ausgestattet und bezogen.	Afghanistan	2017–2023	BMZ	KfW	18 Mio. €
Begleitmaßnahme zum Vorhaben Regionaler Infrastrukturfonds für Khyber Pakhtunkwa, Pakistan	Projekt	In Pakistan werden mit der Bevölkerung und lokalen Verwaltungen gemeinsam Maßnahmen zum verbesserten Umgang mit Wassernutzung, Abwasserentsorgung und Müllmanagement identifiziert und umgesetzt. Auf eine aktive Beteiligung von Frauen wird großen Wert gelegt, damit die Verbesserungsmaßnahmen ihre Arbeit erleichtern und nicht durch zusätzliche Anforderungen erschweren.	Pakistan	2020–2023	BMZ	KfW	5,5 Mio. €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

c deutsches Militär-, Polizei- und ziviles Personal zu den Prinzipien der Resolution 1325 kontinuierlich fortzubilden.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Women, Peace & Security reloaded: Gender-sensitive Approaches in Peace Missions	Trainingsmaßnahme	Ziel des Kurses ist es, die Erfahrungen von geschlechtsspezifischen Ansätzen im Rahmen von EU-, UN-, OSZE- und anderen Friedenseinsätzen der vergangenen 20 Jahre aufzugreifen und zu vermitteln.	multilaterale Institutionen	2019–2020 (ein- bis zweimal pro Jahr)	AA		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Ein Modul zu „Gender Awareness in Leadership“ im Kurs „The Art of Leadership“	Trainingsmaßnahme	Kritischer Blick auf die Genderperspektive in Führungsrollen	Weltweit	2019–2020 (ein- bis dreimal pro Jahr)	AA		
In-Mission Gender Awareness Workshop	Trainingsmaßnahme	Teamleitertraining der OSZE Special Monitoring Mission to Ukraine um Genderdynamiken in verschiedenen Teams zu besprechen und zu analysieren. Ziel war es konkrete Ideen zu entwickeln, wie die Integration der Gender-Perspektive in der Arbeit der Mission aussehen könnte.	Ukraine	2019	AA		
Ein Modul zum Thema „(Protection against) sexual exploitation and abuse“ (P-SEA) im Rahmen des Comprehensive Generic Training Peace Operations (CGTPO/ Grundkurs)	Trainingsmaßnahme	Aufklärung und Sensibilisierung zum Thema sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere im Kontext der Arbeit in Friedenseinsätzen	Weltweit	2017–2020 (dreimal pro Jahr)	AA		
Weiterführung und Aktualisierung bestehender Fortbildungen und Trainingskurse sowie -materialien im Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“.	Trainingsmaßnahme	Konsequente Umsetzung des von den VN vorgegebenen Kurrikulums für Basisseminaren und die darin enthaltenen Unterrichtseinheiten zu 1325; Sexuelle Gewalt und Ausbeutung sowie den Schutz von Zivilisten für alle Polizeibeamte/-beamtinnen die für einen Friedenseinsatz vorgesehen sind.	multilaterale Institutionen	Fortlaufend	BMI		
Weiterführung und Aktualisierung bestehender Fortbildungen und Trainingskurse sowie -materialien im Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“.	Trainingsmaßnahme	Weiterführung der Seminare „Frauen, Frieden und Sicherheit“ in Kooperation mit dem ZIF. Ziel ist die Sensibilisierung und die Erweiterung von Fähigkeiten zur Unterstützung der Agenda 1325 im Kontext von Friedensmissionen.	multilaterale Institutionen	Fortlaufend	BMI		
Weiterführung und Aktualisierung bestehender Fortbildungen und Trainingskurse sowie -materialien im Bereich „Frauen, Frieden, Sicherheit“.	Trainingsmaßnahme	Ziel ist es, Mediation als eine Methode der gewaltfreien Konfliktbewältigung und den Mediationsprozess vorzustellen. Die Rolle eines Mediators/einer Mediatorin soll verstanden werden und die Strukturen bei den VN/EU zur Unterstützung von Mediationen sollen bekannt sein. Der Schwerpunkt liegt auf Konflikte im internen oder kommunalen Bereich und der Rolle von Frauen in der Mediation.	multilaterale Institutionen	Fortlaufend	BMI		
Maßnahmen zur gendersensiblen Schulung zu Formen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Möglichkeiten zu deren Vorbeugung und Überwindung in Vorbereitungstrainings und Fortbildungen.	Trainingsmaßnahme	Weiterführung des Train the Trainers Seminars: Prävention und Strafverfolgung von Sexualdelikten und anderen Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen: Neben der Agenda 1325 soll das internationale Recht zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekannt gemacht und Ansätze für deren präventive Bekämpfung gelernt werden. Darüber hinaus werden Standards für die Strafverfolgung und den traumasensiblen Umgang mit Opfern besprochen. Die Teilnehmer*innen werden befähigt, die Trainingsinhalte selbstständig in zukünftigen Trainings zu vermitteln.	multilaterale Institutionen	Fortlaufend	BMI		
In-Mission Gender Awareness Workshop	Trainingsmaßnahme	Teamleitertraining der OSZE Special Monitoring Mission to Ukraine um Genderdynamiken in verschiedenen Teams zu besprechen und zu analysieren. Ziel war es konkrete Ideen zu entwickeln, wie die Integration der Gender-Perspektive in der Arbeit der Mission aussehen könnte.	Ukraine	2019	AA		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Grant Agreement U4 Anti-Corruption Resource Center, global	Trainingsmaßnahme	Online Trainingskurse und Publikationen: Durch das Grant Agreement werden Online-Kurse sowie Publikationen zum Thema Antikorruption angeboten und veröffentlicht, auch zu dem Thema Gender und Antikorruption. Ziel ist die Wissensproduktion und -vermittlung (z. B. zum Mainstreaming von Gender in Antikorruptionsmaßnahmen und Strategien, Sextortion in der internationalen Zusammenarbeit und der humanitären Hilfe) sowie die Fortbildung von Partnern durch die Kurse.	Weltweit	2019–2021	BMZ	GIZ	200 010 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

d die Geschlechterperspektive bei der Planung und Durchführung von Projekten der Abrüstung und Rüstungskontrolle stärker einzubeziehen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Förderung des Gender Equality Network for Small Arms Control (GENSAC)	Projekt	Kapazitätsaufbau in Form von Trainingskursen, Stärkung der Teilhabe von Frauen in Entscheidungsprozessen durch Förderung ihrer aktiven Teilnahme an Veranstaltungen, regionaler und überregionaler Austausch von best practices und lessons learned sowie Stärkung der Beweisgrundlage durch Forschungsaktivitäten	multilaterale Institutionen	2020–2021	AA	New York University/ New York University Center for International Cooperation Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies	514.770 €
Entwicklung des WoX Network, einer Datenbank zu Expert*innen im Bereich Abrüstung	Projekt	Erstellung des Abrüstungsteils einer Datenbank für Expertinnen im Bereich Abrüstung und Außenpolitik	Weltweit	2019–2020	AA	CFFP	24.000 €
Launch des WoX Network, einer Datenbank für Expertinnen im Bereich Abrüstung	Projekt	Launch der Datenbank für Expertinnen im Bereich Abrüstung und Außenpolitik, WoX Network	Weltweit	2020	AA	CFFP	8.250 €
Gendersensible Medienkampagne zur Verhinderung von Unfällen/häuslicher Gewalt durch Waffenbesitz(Somalia)	Projekt	Ziel des Projektes ist es das Risiko für Unfälle mit SALW innerhalb des privaten Haushaltes in Somaliland einzudämmen. Dies soll mit Hilfe einer Medien- und Radio-kampagne geschehen, die gezielt zu Risiken aufklärt und Soziale Medien nutzt. Außerdem soll über diese Kampagne die lokale Bevölkerung dazu gebracht werden, ihren Besitz von SALW stärker zu registrieren, so dass Diebstähle besser nachverfolgt und weniger Waffen Teil des illegalen Marktes werden. Außerdem sollen Regierungsangestellte insbesondere innerhalb des Innenministeriums in der Markierung von SALW geschult werden. Dabei soll ebenfalls ein spezieller Fokus auf Frauen gelegt werden, da diese von bisherigen Trainings noch nicht genug profitiert haben. MAG wird außerdem gezielt Daten zu diesem Projekt erheben und diese so gut es geht nach Geschlechtern differenzieren. Abgesehen davon sollen SALW-Bestände gezielt zerstört werden.	Somalia	2020	AA	Mines Advisory Group	250.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana	Projekt	Prävention und Eindämmung von bewaffneten Konflikten und Sicherheitsbedrohungen als Folge von SALW-Proiferation in der Manu River Region (GHA, BFO und CIV): Die geplanten Aktivitäten wurden auf Basis der bisherigen Erfahrungen regionaler Kleinwaffenkontrolle im Westbalkan und in Westafrika insbesondere bezüglich Gender und Sensibilisierungskampagnen entwickelt. Zudem sind weitere Pilotierungen in den drei Ländern geplant.	Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana	2019–2021	AA	UNDP	1,4 Mio. €
Gender-responsive SALW-control: strengthening the evidence base – Gender-sensible Kleinwaffenkontrolle: Stärkung der Datenerhebung und Forschung	Projekt	Um zu erreichen, dass verschiedene Akteure Maßnahmen der Kleinwaffenkontrolle gender-sensibler gestalten, hat SAS 2019 ein Handbuch zum Thema veröffentlicht. Auf Grundlage dieses Handbuchs beriet SAS das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen UNODA in der Entwicklung von entsprechenden Trainingsmodulen. Dieses Handbuch soll im vorliegenden Projekt nun in Form von Self-assessment und Trainings operationalisiert werden. Außerdem soll die Datenlage im Bereich Gender und Kleinwaffenkontrolle insbesondere zur Rolle von Frauen in Kleinwaffenkontrollmaßnahmen verstärkt werden, einschließlich durch Fallstudien zu deren Rolle in der Bekämpfung von illegalem Waffenhandel sowie freiwillige Waffenabgabe (in der Ukraine und West Afrika sowie in Grenzregionen). Schließlich sollen weiterhin Daten zu Gender und Kleinwaffenkontrolle sowie Munition erhoben, gesammelt und öffentlich zur Verfügung gestellt werden.	Weltweit	2020–2021	AA	Small Arms Survey	599.789 €
Kleinwaffen und häusliche Gewalt – Risiken minimieren und Sicherheit stärken – Serbien	Projekt	Bessere Datensammlung bezüglich Kleinwaffenbesitz und häuslicher Gewalt sowie Unterstützung der nationalen Akteure und Institutionen beim Umgang mit Betroffenen sowie Verbesserung der Strafverfolgungsprozesse. Das Projekt wird durch Präventionsprogramme sowie Kommunikationskampagnen begleitet.	Serbien	2020–2021	AA	UNDP Serbien, UNDP Funding Window Roadmap	294.462 \$
Entwicklung einer Datenbank zu Expert*innen im Bereich Abrüstung	Projekt	Förderung des Centre for Feminist Foreign Policy (CFFP), Erstellung einer Datenbank für Expertinnen im Bereich Abrüstung und Außenpolitik (Förderung des AAs galt nur dem Abrüstungsteil der Website)	Weltweit	2019–2020	AA	CFFP	24.000 €
Stärkung der Expertise von Frauen im Bereich Abrüstung (Stipendiatenprogramm)	Projekt	Stipendiatenprogramm zu Abrüstungsthemen, Kooperation zwischen OSZE und UNODA, speziell für Frauen und Berufseinsteiger*innen (2019 und 2020 nahmen 90 % Frauen teil)	Multilaterale Institutionen	2018–2021	AA	OSZE, UNODA	160.000 \$
Gender and Small Arms Control- Stärkung der Datengrundlage	Projekt	Stärkung der Datengrundlage durch Forschung und Verfassen eines Mapping-Berichts über die Herausforderungen mit denen Entscheidungsträger und Implementierungspartner im Design und Umsetzung gendersensibler Kleinwaffenkontrollmaßnahmen konfrontiert werden und welche Strategien sie zu deren Bewältigung anwenden sowie Empfehlungen für das weitere Vorgehen.	Weltweit	2018	AA	Small Arms Survey (SAS)	40.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Best Practices Gender und Kleinwaffenkontrolle – Verknüpfung SDG 5 und 16	Projekt	Regionale Seminare mit Vertreter*innen von CSOs in Addis Abeba und New York, Publikation zu bewährten Strategien zur Verknüpfung von Gender und Kleinwaffenkontrolle, Verbindung SDG 5+16	Weltweit	2019	AA	New York University/ New York University Center for International Cooperation Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies	209.807 €
West Africa Community Based Anti- Trafficking Strategy Development	Projekt	Regionales Seminar in Westafrika zu den Gefahren von illegalem Kleinwaffenhandel mit Vertreter*innen der CSOs sowie Frauenrechtsorganisationen	Afrika (regional)	2019	AA	International Action Network for Small Arms Control (IANSA)	33.251 €
Netzwerktreffen des Gender Equality Networks for Small Arms Control (GENSAC)	Konferenz	Erstes offizielles Netzwerktreffen für eine gleichberechtigte Kleinwaffenkontrolle mit 80 Teilnehmer*innen aus verschiedenen Regionen sowie internationale Expert*innen	International	2020	AA	New York University/ New York University Center for International Cooperation Pathfinders for Peaceful, Just and Inclusive Societies und Poolgroup	153.184 €
RACVIAC: „Gender Training of the Trainers Course“	Projekt		Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Nordmazedonien, Griechenland, Montenegro, Rumänien, Serbien, Türkei	2017–2020	AA	RACVIAC (regionales Zentrum in Südosteuropa für Fragen des Sicherheitsdialogs in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, EJR Mazedonien, Griechenland, Montenegro, Rumänien, Serbien, Türkei)	25.000 €
Gendergerechtes Munitionsmanagement	Projekt	Forschungsaktivitäten und Produkte zum Nexus Gender und Munition, insbesondere zu den Genderdynamiken im Munitionsmanagement. Erstellung eines Hintergrundpapiers, Infographiken und eines Podcasts zu dem Thema, sowie deren Veröffentlichung in Französisch und Spanisch	Multilaterale Institutionen	2020–2021	AA	United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA)	92.250,00 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- e die Perspektiven und Belange von Frauen und Mädchen bei der Prävention von gewalttätigem Extremismus stärker zu berücksichtigen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Bundesprogramm „Demokratie leben!“	Förderungsprogramm Demokratieförderung, Extremismusprävention, Vielfaltsgestaltung zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur Extremismusprävention und Demokratieförderung	s. o. In der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020–2024) werden weiterhin Projekte und Maßnahmen zur Weiterentwicklung der präventiv-pädagogischen Fachpraxis in der Kinder- und Jugendarbeit mit Schwerpunkt auf Sekundär- und Tertiärprävention in den Themenfeldern Rechtsextremismus, islamistischer Extremismus sowie linker Extremismus gefördert. Eine Vielzahl von Projekten nimmt insbesondere die Verschränkung extremistischer Ideologien mit anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie etwa Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Homo- und Transfeindlichkeit sowie Antifeminismus in den Blick. Einzelne Modellprojekte widmen sich gezielt geschlechterspezifischen Aspekten der Extremismusprävention. Auch medienpädagogische Ansätze und Formate für Fachkräfte, die mit der Zielgruppe der radikalisierunggefährdeten Jugendlichen arbeiten und zum Ziel haben, die medienpädagogische Kompetenz der Multiplikator*innen zu erhöhen und ihre Handlungskompetenz im Umgang mit extremistischen Haltungen und Vorfällen zu stärken, werden unterstützt. Gefördert werden auch Modellprojekte, die die Verschränkung von Online- und Offline-Arbeit mit einsteigsgefährdeten Jugendlichen bzw. Jugendlichen mit Affinitäten zu extremistischen Haltungen und Gruppen erproben. So sollen u. a. erfolgsversprechende Wege der aufsuchenden online-Ansprache und einer darauf basierenden Arbeitsbeziehung und pädagogischen Arbeit in offline-Kontexten ausgelotet werden.	Deutschland	1. Förderperiode 2015–2019; 2. Förderperiode 2020–2024	BMFSFJ		
Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention	Forschungsförderung	Die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention befasste sich in den vorangegangenen Jahren in unterschiedlichen Forschungskontexten mit dem Thema „Frauen/Mädchen und politisch-weltanschaulicher Extremismus“ und genderbezogene Prävention. Zu Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus wurden Forschungsstände aufgearbeitet und in die Fachdiskussion eingespeist. Es wurden geschlechtsspezifische Anspracheversuche durch die salafistische Szene sowie die Rolle von eindeutigen Geschlechtskonstruktionen empirisch untersucht.	Deutschland	2015–2019	BMFSFJ		
Prävention zunehmender Radikalisierung Jugendlicher in Mindanao durch formale und nicht-formale Erziehung, Dialog und Medien, Philippinen	Projekt	In enger Zusammenarbeit mit ausgewählten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren fördert das Projekt gendersensibel ausgerichtete, jugendorientierte Friedensentwicklung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung in den Philippinen. Im Mittelpunkt stehen dabei präventive Maßnahmen, um Gewaltanwendung und Rekrutierungsversuchen illegal bewaffneter Akteure entgegen zu wirken.	Philippinen	2019–2022	BMZ	GIZ	4 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Enhancing Womens' Role in CVE and Community Participation	Projekt	Förderung und Schutz der Rechte von Frauen durch die Stärkung ihrer Führungsqualitäten und den Einsatz geschlechtsspezifischer Ansätze als Mittel zur Verhinderung von gewalttätigem Extremismus. Förderung von friedensschaffenden Initiativen durch Interventionen, die sich auf die Umsetzung der Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates in zwei Bundesstaaten, Borno und Yobe, konzentrieren. Förderung eines nachhaltigen Friedens durch eine stärkere Beteiligung von Frauen bei der Verhinderung und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und beim Friedensaufbau im Nordosten Nigerias.	Nigeria	2020	AA	Borno Womens' Development Initiative	89.776 €

IV. Den Schutz vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt auf nationaler und internationaler Ebene verbessern sowie der Straflosigkeit von Tätern entgegenwirken.

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- a deutsche Soldat*innen, Polizist*innen sowie ziviles Personal vor einem Einsatz in einer Friedensmission zum Thema sexualisierter Gewalt und sexueller Ausbeutung, auch durch Peacekeeper selbst, zu sensibilisieren.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Einsatz deutschen Personals in internationalen Friedensmissionen zur Verhinderung bzw. Bekämpfung von Rechtsverletzungen und Anleitung zu rechtsstaatlichem Verhalten.	Trainingsmaßnahme	Konsequente Umsetzung des von der VN vorgegebenen Kurrikulums von Basisseminaren und die darin enthaltenen Unterrichtseinheiten zu Code of Conduct; 1325; Sexuelle Gewalt und Ausbeutung sowie Schutz von Zivilisten für alle Polizeibeamte/-beamtinnen die für einen Friedenseinsatz vorgesehen sind. Alle für einen Friedenseinsatz vorgesehenen Polizeibeamten/-beamtinnen sollen mit den internationalen Standards zu Sexuellem Missbrauch und Ausbeutung vertraut gemacht werden und den destruktiven Charakter solchen Fehlverhaltens erkennen und verstehen, sowie die Meldewege und die Konsequenzen kennen.	multilaterale Institutionen	Fortlaufend	BMI		
Schaffung von Lehr- und Ausbildungsinhalten der verschiedenen Laufbahnen und Maßnahmen zur Sensibilisierung und Wissensvermittlung im Bereich sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt.	Trainingsmaßnahme	Entwicklung einer zentralen Regelung zum Umgang mit Sexualität, diskriminierendem Verhalten und sexueller Belästigung. Durchführung der Maßnahme „Gute Führung von Anfang an vermitteln“. Durchführung verschiedener Lehrgänge mit diesen Themenfeldern am Zentrum Innere Führung. Schaffung einer Regelung, die sich an sämtliche Angehörige der Bundeswehr richtet, die unter anderem Ausführungen zu den einschlägigen gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen, Maßnahmen zur Prävention und Reaktion, zu treffende Maßnahmen von Vorgesetzten bei Verdachtsfällen, Maßnahmen zum Opferschutz, diesbezügliche Ansprechstellen und entsprechende Merkblätter beinhaltet. Im Rahmen der andauernden Maßnahme „Gute Führung von Anfang an vermitteln“ wurden Unterrichts- und Ausbildungshilfen aus dem Bereich der Inneren Führung entwickelt, die sich insbesondere an Ausbilder*innen an Lehreinrichtungen der Bundeswehr richten.	Deutschland	2017–2020	BMVg		

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- b umfassende Maßnahmen zum Schutz und zur medizinischen, psychosozialen und rechtlichen Unterstützung von Überlebenden sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern sowie einer generationenübergreifenden Übertragung von Traumata vorzubeugen; dies schließt Männer und Frauen, Mädchen und Jungen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität gleichermaßen ein.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Pilot reparations and redress programme for survivors of sexual violence in Guinea	Projekt	Strengthening participation and advocacy for other forms of redress by survivors of conflict-related sexual violence in Mali, South Sudan, Uganda and Ukraine. Das Projekt soll Kapazitäten von Organisationen unter der Führung von Überlebenden aufbauen, um ihre Führungsqualitäten und Fähigkeiten zu stärken, damit sie sich wirksam für die Rechte der Opfer einsetzen können, dies insbesondere in Bezug auf Wiedergutmachung, und damit sie als Schlüsselpartner für Beratung, Politik- und Programmentwicklung im Zusammenhang mit konfliktbezogener sexueller Gewalt (CRSV) und insbesondere Wiedergutmachung fungieren können	Guinea	2019–2020	AA	Mukwege-Stiftung	197.716 €
Increased understanding of all forms of sexual violence in Colombian accountability measures	Projekt	Ziel ist die Sensibilisierung für die Haager Grundsätze zu sexueller Gewalt und internationale Rechtsstandards durch Lobbyarbeit, Medienkampagnen und Expertentreffen, insbesondere verbesserte Kenntnisse u. gemeinsames Verständnis über sexuelle Gewalttaten, dadurch Stärkung der Rechtspraxis in Kolumbien, insbesondere des Projekts „Sonderjustiz für den Frieden“ (JEP)	Kolumbien	2020	AA	Women's Initiatives for Gender Justice	70.000 €
Teilnahme an der Konferenz „Stand Speak Rise Up!“	Konferenz	Teilnahme an der Konferenz „Stand Speak Rise Up! To End Sexual Violence in Fragile Environments“ (26.–27.03.2019, Luxembourg)	International	2019	AA		
Initiative zur Annahme von Resolution 2467 zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt im VN-Sicherheitsrat	Resolutionsinitiative	Verabschiedung von Resolution 2467 (2019) unter deutschen VN-Sicherheitsratsvorsitz im April 2019. Schwerpunkte der Resolution auf dem überlebendenzentrierten Ansatz und Stärkung der Rechenschaftspflicht für Täter, Thematisierung bisher nur wenig beachteter Gruppen Überlebender	multilaterale Institutionen	2019	AA		
Rechtliche Unterstützung von Frauen in El Salvador, die aufgrund einer Kindstötung/Abtreibung inhaftiert sind	Projekt	Das Projekt soll eine Überprüfung der Wahrung von Rechtsstaatlichkeit der Prozesse und ggf. Wiederaufnahme der Verfahren bzw. Anträge auf Änderung der Anklage, Begnadigung oder Straferlass sowie Verbesserung der Haftbedingungen und Haftbesuche und Betreuung durch Angehörige ermöglicht werden. Der Schutz der Insassen und ihrer Angehörigen vor Angriffen wird angestrebt.	El Salvador	2019	AA	Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho (FESPAD)	44.648 €
Aufbau einer Rechtsklinik: Rechtsstaatliche Verfahren als normatives Prinzip zur Verteidigung von wegen „Kindstötung“ inhaftierten Frauen	Projekt	Ermöglichung freien Zugangs zur Justiz für wegen „Kindstötung“ inhaftierter Frauen, Überprüfung und Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit der einzelnen Prozesse und Anträge auf Wiederaufnahme der Verfahren bzw. auf Änderung der Anklage, Begnadigung oder Straferlass, Ermittlung, Diagnose und Systematisierung der Fortschritte in der jeweiligen Rechtsprechung, Erstellung von Sonderberichten zu neuen Fällen, in denen die erarbeitete Interventionsstrategie angewendet wurde, Sensibilisierung der Justiz, Universitäten, etc., Entwicklung einer Kommunikationsstrategie, Beiträge für die wichtigsten Bedürfnisse der Frauen innerhalb der Haftanstalten (materielle Einzelfallunterstützung).	El Salvador	2020	AA	Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho (FESPAD)	44.439 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Combatting Violence in Palestine Society	Projekt	Beschreibung: Das Projekt konzentriert sich auf das Recht von Jugendlichen und Kindern zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt bzw. sexueller Belästigung und Ausbeutung; auch durch Cyber Manipulierung und in sozialen Medien. Die palästinensische Gesellschaft ist im Bereich sexueller Aufklärung (und damit auch Selbstbestimmung) sehr verschlossen; sexueller Missbrauch ist ein Tabuthema. Durch das Projekt soll Aufmerksamkeit für dieses Thema geschaffen werden, um besseren Schutz zu gewährleisten. Dies erfolgt gemeinsam mit Schulen und dem Ministerium für Erziehung, um dies in vorhandene Strukturen einzubetten. Ebenso soll der Schutz gegen sexuelle Gewalt rechtlich und institutionell geregelt werden. Ziel: Sensibilisierung der Gesellschaft für die Prävalenz und Konsequenzen der sexuellen Gewalt in der Gesellschaft; Institutionalisierung des Schutzes vor sexueller Ausbeutung innerhalb der Bildungs- und Sozialorganisationen; Stärkung der Fähigkeit weiblicher und männlicher Kinder, Jugendlicher und Frauen, sich vor sexueller Gewalt zu schützen; Entwicklung der Kapazitäten relevanter Institutionen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt und Ausbeutung.	Palästinensische Autonomiegebiete	2020	AA		70.000 €
10 Jahre gemeinsam für die Beendigung sexueller Gewalt in Konflikten	Veranstaltung	Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit SWE, UK, USA und CAN organisiert. Zu der Veranstaltung waren eine Reihe von Expertinnen zum Thema „sexualisierte Gewalt in Konflikten“ in COD eingeladen. Unter anderem diskutierten eine SGBV-Expertin von MONUSCO, eine Ärztin aus Bukavu und eine Überlebende von SGBV. Das Thema ist in COD weiterhin mit einem großen Stigma belastet und Überlebende begegnen einer Vielzahl von enormen Schwierigkeiten bei der Bewältigung ihrer Erlebnisse. Dies reicht von Verstoßung durch die Familie oder den Ehemann, hin zu einer überforderten, für viele nicht zugänglichen Justiz und fehlender medizinisch-psychologischer Betreuung. Ziel war es deshalb das Thema offen zu diskutieren und die Stigmatisierung von Überlebenden zu kritisieren und langfristig zu bekämpfen.	DR Kongo	2019	AA		300 €
IGMADI@ Delta; Kurse zur Selbstbewusstseinsförderung und Selbstverteidigung gegen sexuelle Belästigung	Projekt	Kurse und Workshops für junge Frauen in Ägypten zu Themen wie Stärkung des Selbstbewusstseins, Schutz vor sexueller Belästigung und Selbstverteidigung	Ägypten	2017	AA	Salemah for Women's Empowerment	9.507 €
Empower Women and help them defend themselves against harassment	Projekt	Weiterbildungsmaßnahmen zum Schutz vor sexueller Belästigung in Ägypten	Ägypten	2017	AA	Beent El Reef	13.589 €
Emergency Support to conflict affected people and vulnerable groups in Juba and Bor (South Sudan)	Projekt	Verbesserung der Erreichbarkeit, Erschwinglichkeit, Anpassungsfähigkeit und Akzeptanz justizieller Dienstleistungen und der Traumabewältigung für Opfer von (sexueller) Gewalt sowie deren sozio-ökonomischer Unterstützung im Südsudan	Südsudan	2017–2018	AA		1.335.190 €
„Empowering Survivors of Sexual Violence and Displacement in Mali“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	210 Betroffene geschlechtsspezifischer Gewalt in Mali wurden in vier Zentren aufgenommen und betreut. Dort erhielten Sie bis zu einem halben Jahr Unterstützung in Form psychologischer Hilfe sowie Vermittlung handwerklicher Fertigkeiten und ökonomischer Kenntnisse für ihre berufliche Zukunft.	Mali	2017	AA	Sini Sanuman	172.610 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„Pka Sla – Intergenerational Community Dialogue on Sexual and Gender-Based Violence under the Khmer Rouge“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Als sog. Reparationsprojekt des ECCC (Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia) zielte das Projekt auf die von den zivilen Klägern im ECCC nachdrücklich verfolgte Aufarbeitung geschlechtsspezifischer Gewalt und Zwangsverheiratung unter den Khmer Rouge. Betroffene Frauen waren unter den Teilnehmenden des Projekts in der großen Mehrheit.	Kambodscha	2017	AA	Kdei Karuna Organization	62.887 €
„Defence and Solidarity (D&S): Women in Belarus stand up for non-violence, social justice and participation for women“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Von öffentlicher und staatlicher Gewalt betroffene Frauen in Belarus erhielten psychologische Unterstützung und rechtliche Beratung. Aktivistinnen wurden in Konfliktbearbeitung und gewaltfreier Kommunikation ausgebildet sowie vernetzt. Ergänzend wurde staatliche Vertreter*innen und Abgeordnete für das Thema sensibilisiert.	Belarus	2017	AA	International Centre for civil initiatives 'Our House'	120.519 €
IGMADI@ Gouna & Cairo; Kurse zur Selbstbewusstseinsförderung und Selbstverteidigung gegen sexuelle Belästigung	Projekt	Kurse und Workshops für junge Frauen zu Themen wie Stärkung des Selbstbewusstseins, Schutz vor sexueller Belästigung und Selbstverteidigung	Ägypten	2018	AA	Salemah for Women's Empowerment	10.842 €
Empowerment afghanischer Frauen und Mädchen durch rechtliche, soziale und psychosoziale Angebote	Projekt	Projektziel ist die psychosoziale Beratung und die Stärkung von Frauenrechten durch psychosoziale Beratung und Selbsthilfegruppen für Frauen und Familien; Rechtsberatung und -beistand; Fortbildung afghanischer Akteure (z. B. Juristen, Polizei) bei der Umsetzung von Frauenrechten.	Afghanistan	2018	AA	Medica Mondiale	367.298 €
Creating safe spaces – Empowerment of Afghan women and girls through stress and trauma sensitive psychosocial services (rechtliche und psychosoziale Beratung für Frauen)	Projekt	Projektziel ist die psychosoziale Beratung von Frauen und Mädchen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind sowie Familienberatung und Selbsthilfegruppen; Entwicklung eines Monitoring- und Evaluations-systems für Medica Afghanistan.	Afghanistan	2018	AA	Medica Mondiale	169.526 €
„Pka Sla – Intergenerational Community Dialogue on Sexual and Gender-Based Violence under the Khmer Rouge“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Als sog. Reparationsprojekt des ECCC (Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia) zielte das Projekt auf die von den zivilen Klägern im ECCC nachdrücklich verfolgte Aufarbeitung geschlechtsspezifischer Gewalt und Zwangsverheiratung unter den Khmer Rouge. Betroffene Frauen waren unter den Teilnehmenden des Projekts in der großen Mehrheit.	Kambodscha	2018	AA	Kdei Karuna Organization	61.840 €
„Reconciliation and Peace through the development of Youth Interaction „	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Frieden und Konfliktlösung an der Universität Dohuk im Nordirak wurde ein Curriculum entwickelt und eingeführt, um Mädchen und Jungen im Distrikt Sindschar zu alternativen Lösungen von Konflikten zu befähigen. Multipliator*innen wurden in der Nutzung künstlerischer Methoden unterrichtet, die in Kursen mit den Jugendlichen angewandt wurden.	Irak	2018	AA	World Relief Deutschland e.V. (heute: Tearfund Deutschland e.V.)	141.002 €
„Pka Sla Kroam Angkar: From Reparation to Transformation through Community Based Approaches“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Als sog. Reparationsprojekt des ECCC (Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia) zielte das Projekt auf die von den zivilen Klägern im ECCC nachdrücklich verfolgte Aufarbeitung geschlechtsspezifischer Gewalt und Zwangsverheiratung unter den Khmer Rouge. Betroffene Frauen waren unter den Teilnehmenden des Projekts in der großen Mehrheit.	Kambodscha	2019	AA	Kdei Karuna Organization	71.446 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„Reconciliation and Peace through the development of Community Interaction“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Im Kontext von Wiederaufbau, Versöhnung und Förderung sozialer Kohäsion im Nordirak wurden Maßnahmen entwickelt und durchgeführt, um die Interaktion zwischen Mädchen und Jungen unterschiedlicher ethnischer Herkunft zu erhöhen. Im Mittelpunkt stand die Stärkung des Selbstbewusstseins der Jugendlichen mit dem Ziel der Förderung ihres gesellschaftlichen Engagements.	Irak	2019	AA	Tearfund Deutschland e.V. (vormals: World Relief Deutschland e.V.)	126.319 €
„Building Leadership for Women, Peace, Security & Equity“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Das Projekt leistet einen langfristigen Beitrag zur Aufarbeitung geschlechtsspezifischer Gewalt und Folter während des Bürgerkriegs in Nepal. Wahrheitskommission, Regierungsstellen und die Öffentlichkeit sollen für diese Verbrechen sensibilisiert werden. Insbesondere sollen die strukturellen Ursachen von Diskriminierung und Gewalt in der nepalesischen Gesellschaft thematisiert werden.	Nepal	2020	AA	Nagarik Aawaz	138.876 €
Projektförderung in Mali: Verbesserung des Zugangs für Frauen zum Justizsystem	Projekt im Rahmen einer zweckgebundenen Einzahlung 2019 in den MINUSMA – Treuhandfonds (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali)	Ziel des Projekts ist u. a. durch den Bau und die Ausstattung von Räumen zur Aufnahme von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt sowie den Bau von Unterkünften für weibliche Justizbedienstete den Zugang von Frauen zum Justizsystem zu verbessern.	Mali	2020	AA		1,1 Mio. €
Unterstützung afghanischer Frauen gegen Gewalt	Projekt	Ziel ist es durch Aufklärungsarbeit und Beratungsangebote Frauen und Mädchen, die von sexualisierter u. geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen oder inhaftiert sind, sozial und psychosozial zu unterstützen, ihnen Zugang zum Rechtssystem sowie Schutz und Entschädigung zu verschaffen.	Afghanistan	2020	AA	Medica Mondiale	563.337 €
Stärkung der Vereinigung Afghanischer Richterinnen	Projekt	Durch Fortbildungsmaßnahmen für Juristinnen und Austausch mit dem deutschen Juristinnenbund sowie der Entwicklung eines Strategie- und Maßnahmenplans soll die Vereinigung Afghanischer Richterinnen (AWJA) als Kollektivorgan gestärkt werden, um einen realistischen, kulturell angemessenen und zeitgebundenen Strategieplan zu beschließen. Auch soll durch das Projekt ein Beitrag zur Stärkung der individuellen Fähigkeiten von Juristinnen, insbesondere Richterinnen, und evtl. Richtern im Verfassungsrecht und in dessen Anwendung geleistet werden.	Afghanistan	2020–2021	AA	Max-Planck-Stiftung	729.598 €
Errichtung Bundesweite Fach- und Koordinierungsstelle Männergewaltschutz	Projekt	Bundesweite Vernetzung und Koordinierung für Errichtung von Schutz- und Rückzugseinrichtungen für gewaltbetroffene und von Ehrenmord bedrohte Männer	Deutschland	2019–2022	BMFSFJ		1,5 Mio. €
Stärkung der psychosozialen Resilienz von Kindern mit und ohne Behinderungen und ihren Familien im Gazastreifen, Palästinensische Gebiete	Projekt	Um die psychosoziale Resilienz von Kindern (50 % Mädchen) im Gazastreifen zu verbessern, werden die Kapazitäten von 250 Fachkräften (überwiegend Frauen) von fünf Spiel- und Freizeitzentren in der Unterstützung von Kindern mit und ohne Behinderungen geschult. Das Vorhaben unterstützt auch Familienangehörige (80 % Frauen) und bietet Dienste zur Früherkennung und frühkindlichen Förderung für Kinder mit Hörbehinderungen.	Palästinensische Autonomiegebiete	2018–2021	BMZ	Christoffel-Blindenmission Deutschland e.V.	1 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Bildung, Kinderschutz, WASH, psychosoziale Unterstützung (UNICEF), Irak	Projekt	Das Vorhaben verbessert im Irak die psychosoziale Betreuung sowie die öffentlichen Bildungsangebote und Wasser- und Sanitärversorgung für irakische Kinder und syrische Flüchtlingskinder (insbesondere Mädchen). 750.000 Kinder im Grundschul- und Sekundarschulalter profitieren von einem verbesserten und gleichberechtigten Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung.	Irak	2018–2021	BMZ	KfW/UNICEF	30 Mio. €
Bildung, Kinderschutz und WASH Phase 4, Irak	Projekt	Im Irak werden der Zugang und die Qualität von Bildungsangeboten, psychosozialer Betreuung und öffentlicher Wasser- und Sanitärversorgung verbessert. Ein besonderer Fokus liegt auf der Förderung von Mädchen, z. B. durch die Bereitstellung von Containerschulen mit geschlechtergetrennten Sanitäreinrichtungen sowie Lernmaterialien für 100.000 Mädchen.	Irak	2019–2021	BMZ	KfW/UNICEF	20 Mio. €
Einrichtung von Sozialzentren zur Krisenbewältigung und Selbsthilfe vom Krieg betroffener Personen und Gemeinschaften in der Ukraine	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Selbsthilfekapazität und das psychosoziale Wohlbefinden der vom Konflikt betroffenen Bevölkerung in der Ukraine und ihre individuelle wie auch gemeinschaftliche Resilienz durch die Einrichtung von Sozialzentren, wo bis zu 30.000 Menschen Zugang zu sozialen Dienstleistungen bekommen sollen, z. B. psychosoziale Beratung, Fallmanagement, Krisenmanagement und integrative Gruppenaktivitäten.	Ukraine	2017–2021	BMZ	Caritas International e.V.	4,9 Mio. €
BONO – Beschäftigungsförderung im Gesundheitssektor und psychosoziale Unterstützung in Syrien	Projekt	Das Vorhaben stärkt Primary Health Care Centres in Syrien und verbessert den Zugang zu medizinischer Versorgung und psychosozialer Unterstützung durch Ausbildungsmaßnahmen und die Finanzierung von Gehältern. 139 psychosoziale Arbeitskräfte (einschließlich ca. 47% Frauen) haben eine Fortbildung erhalten und 30 Frauen wurden als Hebammen ausgebildet. Für jede Maßnahme wurde ein Mindestanteil von Frauen definiert, um deren konsequente Beteiligung sicherzustellen.	Syrien	2017–2021	BMZ	GIZ	33 Mio. €
UNICEF Unterstützung Binnenvertriebene im Jemen	Projekt	Das Projekt unterstützt Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden im Jemen im Bereich Schulbildung, Wasser-, Sanitärversorgung and Hygiene (WASH) sowie Ernährung. Sozialarbeitende werden zum Umgang mit Trauma und der psychosozialen Unterstützung von Kindern fortgebildet. Schwangere und stillende Mütter werden besonders versorgt.	Jemen	2018–2021	BMZ	KfW	16 Mio. €
Psychosoziale Unterstützung und Traumaarbeit für syrische Flüchtlinge und ansässige jordanische Bevölkerung in Jordanien	Projekt	Das Vorhaben berät das Gesundheitsministerium in Jordanien zu einem gender- und konfliktsensiblen Ansatz zur psychosozialen Versorgung sowie praxisbasierten psychosozialen Qualifizierungen im Gesundheitsbereich. Es wurde für Mütter- und Kindergesundheitsabteilungen in ausgewählten Gesundheitszentren ein Trainingsangebot zur psychosozialen Unterstützung für Frauen mit Gewalterfahrungen entwickelt.	Jordanien	2017–2021	BMZ	GIZ	4,5 Mio. €
Aufbau von Dienstleistungsstrukturen und Ausbildungskapazitäten zur psychosozialen Gesundheitsversorgung der Ostukraine	Projekt	Das Projekt weitet im Osten der Ukraine Angebot an MHPSS-Dienstleistungen in Gemeinden mit einem hohen Anteil an Binnenvertriebenen aus. Frauen und Mädchen als Betroffene von häuslicher oder sexualisierter Gewalt stellen eine besondere Zielgruppe dar. An zwei Universitäten wird ein Weiterbildungsangebot für entsprechende Fachkräfte etabliert.	Ukraine	2019–2023	BMZ	GIZ	4 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Unterstützung von Rohingya-Flüchtlingen, Bangladesch	Projekt	Das Projekt stärkt junge Rohingya in Bangladesch in ihren sozialen und technischen Kompetenzen. Ein Teil der angebotenen Kurse wird auf die besondere Situation von geflüchteten Frauen zugeschnitten. Vertriebene, die auf der Flucht oder im Camp Gewalt erfahren und unter psychischen Belastungen stehen, erhalten individuelle Therapie oder werden an spezialisierte Anlaufstellen überwiesen.	Bangladesch	2019–2022	BMZ	GIZ	5 Mio. €
Soziale Unterstützung für vulnerable afghanische Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden, Pakistan	Projekt	Das Projekt fördert den Schutz und die psychosoziale Unterstützung von afghanischen Flüchtlingen in Pakistan. Sichere, gendersensible Rahmenbedingungen für das Wohlbefinden von Frauen werden u. a. durch den Ausbau geschützter Räume hergestellt. Frauen und Mädchen werden z. B. durch die Arbeit mit role models gestärkt.	Pakistan	2019–2022	BMZ	GIZ	5 Mio. €
Expert Meeting „Rebuilding Lives“ zu MHPSS in langanhaltenden Fluchtsituationen und Post-Konflikt-Staaten, Global	Veranstaltung	Das Meeting unter Vorsitz von BMZ und UNICEF mit rund 50 internationalen Expert*innen fand im Juli 2018 in Berlin statt. Im Rahmen des Expert Meetings fand auch eine Arbeitsgruppe zur psychosozialen Unterstützung von Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt statt, die entsprechende Empfehlungen erarbeitete.	International	2018	BMZ	UNICEF	
Psychosoziale Begleitung von Gewaltopfern und Prävention von Gewalt gegen Frauen als Beitrag zur Friedensentwicklung im Departement Meta, Kolumbien	Projekt		Kolumbien	2017–2020	BMZ	KZE	167.000 €
Förderung von Frieden und Stabilität im Ost-Kongo	Projekt	Im Osten der Demokratischen Republik Kongo werden zivilgesellschaftliche Akteure in ihren Kapazitäten gestärkt, moderne Ansätze zum Empowerment von Frauen im Bereich Konflikttransformation und zum Schutz vor und zur Prävention von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV) umzusetzen. Das Vorhaben bietet Capacity Building-Maßnahmen und finanzielle Förderung, u. a. für die Panzi-Stiftung zur Prävention von SGBV und Rechtsberatung von Überlebenden.	DR Kongo	2018–2021	BMZ	GIZ	11 Mio. €
Bezuschussung einer Integrierten Fachkraft im Krankenhaus Panzi, Demokratische Republik Kongo	Anderes	Mit der Zuschussung einer Integrierten Fachkraft im Krankenhaus Panzi (Ost-Kongo) wird ein Beitrag zur Verbesserung der Qualität der gynäkologischen und chirurgischen Dienstleistungen und zur Versorgung von Überlebenden sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt geleistet. Die entsandte Ärztin schult das lokale Personal und begleitet abdominale und vaginale gynäkologische Eingriffe.	DR Kongo	2019–2021	BMZ	GIZ	500.000 €
Erweiterung individueller und struktureller Handlungskompetenz zur Überwindung von (S)GBV für Geflüchtetenunterkünfte und Gastgemeinden, Irak	Projekt	Ziel des Vorhabens sind gestärkte Überweisungssysteme und präventive Netzwerke zur Beratung von Frauen mit Gewalterfahrungen in Geflüchtetenunterkünften und Gastgemeinden im Irak. Dafür werden staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen qualifiziert, gestärkt und untereinander vernetzt.	Irak	2018–2021	BMZ	medica mondiale e.V	1,7 Mio. €
Stärkung der Resilienz, UNICEF Bildung und Kinderschutz in Syrien (Phase II-IV)	Projekt	Das Vorhaben schützt und unterstützt vom Bürgerkrieg betroffene Kinder und Jugendliche mit psychosozialen Traumata und Gewalterfahrungen, insb. Binnenflüchtlinge. Maßnahmen sind psychosoziale Unterstützung für Überlebende sexualisierter Gewalt, Sensibilisierung von Betreuungspersonen und Schulumbau, um die Gefahr von Gewaltausübung in diesem Umfeld zu reduzieren.	Syrien	2017–2021	BMZ	KfW	28 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
SI-FLUCHT – Beschäftigungsförderung von konfliktbetroffenen Bevölkerungsgruppen und psychosoziale Stärkung von kriegstraumatisierten Frauen und Kindern im Nordirak	Projekt	In der Region Kurdistan im Irak wird ein Frauen Center gegründet, das vom Konflikt betroffene Frauen, v. a. Überlebende sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV), in ihrer soziowirtschaftlichen Reintegration unterstützt. Durch psychosoziale Beratung, Beschäftigungsförderung, Kompetenzentwicklung und berufliche Weiterbildungskurse werden sie gestärkt und in ihrer Wiedereingliederung in ihre Gemeinden unterstützt.	Irak	2018–2021	BMZ	Malteser Hilfsdienst e.V.	2 Mio. €
Auf lange Sicht – Prävention von SGBV und Stärkung betroffener Frauen und Mädchen in der afrikanischen Große Seen Region, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Uganda	Projekt	In der afrikanischen Großen Seen Region werden von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Frauen und Mädchen sowie ihre Kinder in ihren Familien und Gemeinden nachhaltig gestärkt. Dies erfolgt durch medizinische, psychosoziale, juristische und sozio-ökonomische Unterstützung, aber auch Sensibilisierungsmaßnahmen für deren Umfeld sowie für lokale Behörden.	DR Kongo, Ruanda, Uganda	2019–2022	BMZ	medica mondiale e.V.	1,6 Mio. €
Programm Verbesserung des Zugangs zu traumasensiblen Gesundheitsdienstleistungen für Betroffene von SGBV: THTP II, Bosnien und Herzegowina; Afghanistan; Kosovo; Autonome Region Kurdistan im Irak	Projekt	Das Vorhaben fördert den verbesserten Zugang zu stress- und traumasensiblen Gesundheitsdiensten für weibliche Überlebende sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in Afghanistan, der Region Kurdistan im Irak, Bosnien und Herzegowina und Kosovo. Hierzu werden u. a. 410 Gesundheitsfachkräfte (darunter 50 % Frauen) geschult, von deren Dienstleistungen bis zu 50.000 Frauen und Mädchen (direkt und indirekt) profitieren.	Afghanistan, Irak, Bosnien und Herzegowina, Kosovo	2018–2021	BMZ	medica mondiale e.V.	1,6 Mio. €
Stärkung der Rolle der Frau in der libyschen Gesellschaft – Beitrag zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 in Libyen	Projekt	Das Projekt erleichtert Überlebenden von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in Tripolis und Bengasi (Libyen) den Zugang zu Beratungsleistungen durch die Bereitstellung von geschützten Räumen, das Angebot psychosozialer und rechtlicher Unterstützung und den Aufbau eines Überweisungssystems. Weiterbildungsmöglichkeiten sollen ihre Selbsthilfekapazitäten stärken.	Libyen	2016–2018	BMZ	Amica e.V.	88.605 €
Stärkung der Rechte weiblichen Gewaltopfern im Bundestaat Baja California Sur, Rechtszugang für Frauen mit indigenen Hintergrund	Projekt	Durch das Projekt soll den Rechtszugang für Frauen und Mädchen, die Opfer sexueller Gewalt wurden, verbessern. Außerdem soll ein Umfeld geschaffen werden, in dem Frauen und Mädchen ihre Rechte frei von Gewalt und Diskriminierung ausüben können. Die Kampagne richtet sich ebenso gegen die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft oder ähnlichen Ansätzen generell. Die Verbreitung soll über Radio und Plakatwände erfolgen.	Mexiko	2017	AA	Centro Mujeres A.C.	47.668 €
Ruanda: Reise Zeugenbeistand Völkerstrafverfahren gegen FDLR-Funktionäre	Projekt	Ziel des Projekts ist es, den Opfern über die persönliche Information eine gewisse Anerkennung für ihre Aussage zukommen zu lassen – dies gilt insbesondere den Opfern sexueller Gewalt – und sie dadurch bei der Verarbeitung ihrer Kriegserlebnisse zu unterstützen.	Ruanda	2017	AA	BMJV/RA Tondorf	1.855 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Opfer von geschlechter-spezifischer Gewalt im Gazastreifen	Projekt	Die vier Projektziele sind erstens die Stärkung von Frauenverbänden im Gazastreifen, um auf Menschenrechtsverstöße, die Frauen, Mädchen und Opfer sexueller Gewalt betreffen, besser aufmerksam zu machen. Zweitens, das Menschenrechtsbewusstsein von Frauen und Mädchen, die von sexueller Gewalt betroffen sind, zu stärken. Drittens, Gemeinschaften, Dorfverbände und damit auch die Gesellschaft des Gazastreifens für die Rechte von Frauen und Mädchen und das Problemfeld der geschlechtsspezifischen Gewalt zu sensibilisieren. Und viertens, Entscheidungsträger und Regierungsvertreter zu veranlassen, Maßnahmen zum Schutze der Opfer sexueller Gewalt zu unterstützen und durchzusetzen. Damit soll ein Ende der fehlenden Strafverfolgung von Sexualdelikten gegen Frauen bewirkt werden.	Palästinensische Autonomiegebiete	2018	AA	Women's Affairs Center (WAC)	36.000 €
Pilot reparations and redress programme for survivors of sexual violence in Guinea	Projekt	Das Projekt wird den Überlebenden der sexuellen Gewalt Wiedergutmachung und die Anerkennung des erlittenen Schadens gewähren. Durch die Einbeziehung der Regierungsseite soll sichergestellt werden, dass bestimmte Maßnahmen ergriffen werden, um eine Wiederholung solcher Gewalt vorzubeugen. Die Wiedergutmachung soll die Diskriminierung, deren die Opfer ausgesetzt waren, beenden und dazu beitragen, dass die betroffenen Frauen einen angemessenen Lebensunterhalt (insb. Gesundheitsversorgung, Unterkunft und Zugang zur Bildung) für sie und ihre Kinder sichern können.	Guinea	2019	AA	Mukwege-Stiftung	199.807 €
Strengthening the Role of Women in Addressing Sexual and Gender Based Violence (SGBV) in Sri Lanka	Projekt	Ziel des Projekts ist es, die Gleichberechtigung und Frauenrechte in Sri Lanka zu stärken indem das Wissen über diese Themen verbreitet wird und bereits bestehende Mechanismen zur effektiven Bekämpfung von sexualisierter Gewalt und Schutz von Frauen ausgebaut werden. Durch besseren Zugang zu psychologischer Betreuung, Unterstützung von Polizistinnen und Sensibilisierung lokaler Entscheidungsträger soll langfristig besserer Schutz von Frauenrechten in Sri Lanka ermöglicht werden.	Sri Lanka	2020–2021	AA	Women In Need – WIN	19.159 €
Rohingya Women Defenders of Justice Fellowship	Projekt	Mit Hilfe des Projekts sollen Frauen ermutigt werden, für ihre Rechte im Alltag einzustehen und das Recht auf Gerechtigkeit und Rechtsbeistand bei geschlechterspezifischer, sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt durchzusetzen. Die Stipendiatinnen sollen in die Lage gebracht werden, ihre Anliegen vor die Rechenschaftsorgane bis in internationale Foren einbringen zu können. Das Projekt soll auch zur größeren Frauenbeteiligung von Rohingya in Diskussionen über Rückführungen führen.	Bangladesh, Myanmar	2020	AA	Legal Action Worldwide (L.A.W.)	
Malaysia: Supporting and Advocating for the Rights of Victims of Gender Based Violence	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab, genderspezifische Vorurteile und Opferbeschuldigung zu reduzieren sowie das Bewusstsein für die Problematik von Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu stärken.	Malaysia	2020–2021	AA	Women's Centre for Change	33.665 €
Program to prevent rape and sexual violence against women and girls in 10 districts of Delhi, Madhya Pradesh, Uttar Pradesh, Maharashtra and Rajasthan	Projekt	Ziel des Projekts ist es, Opfer sexualisierter Gewalt über ihre Rechte aufzuklären und sie für die Durchsetzung ihrer Rechte zu befähigen. Polizei, Ärzte und Vertreter der Justiz sollen für die Belange und Rechte von Opfern sexualisierter Gewalt sensibilisiert werden, um auch deren gesellschaftlicher Ächtung besser entgegen zu wirken. Die politische Lobbyarbeit soll zu konsequenter Strafverfolgung sowie zu einer Verbesserung der bestehenden Gesetze führen. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit soll ein Umdenken der traditionellen Rollenbilder stattfinden.	Indien	2020–2021	AA	Jan Sahas Social Development Society, Dewas (M.P.)	73.301 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Afghanistan: Action research and training for improved access and services for male survivors of sexual violence	Projekt	Projekt zur Verbesserung des Zugangs von Services für männliche Überlebende von sexualisierter Gewalt, durch Training und Aktionsforschung	Afghanistan	2020	AA	All Survivors Project Foundation (ASP)	100.000 €
Advancing the Right to Reparations for Survivors of Conflict Related Sexual Violence (CRSV) in Iraq	Projekt	Rechte von Überlebenden von sexualisierter Gewalt fördern	Irak	2020	AA	International Organisation for Migration (IOM)	101.000 €
Bildungsangebote, Usbekistan	Projekt	Förderung von nicht-formellen Bildungsangeboten in Usbekistan, die für sozial schwache Bevölkerungsteile konzipiert wurden. Junge Frauen und Jugendliche können berufliche Fähigkeiten erwerben. Die Zielgruppe kann an Schulungen zu erfolgreicher Kommunikation, Führungs- und Geschäftsfähigkeiten, Grundlagen des Marketings und gesunder Lebensweise teilnehmen. Es werden u.a. berufliche Fähigkeiten für Näherinnen, Friseurinnen und Bäckerinnen vermittelt. Wird durchgeführt von NRO Nationales Zentrum für sozioökonomische Entwicklung „SABR“	Usbekistan	Fortlaufend	BMZ	SABR	174.404 € (2013–2020)
Mobile Dienstleistung für Frauen, Usbekistan	Beratung	Mobile Dienstleistungen für Frauen in ländlichen Gebieten des Ferghanatals: • rechtliche und psychologische Unterstützung/Beratung sowie Gesundheitsberatung • Trainings zur Gewaltprävention • IT-Fortbildungen und Computerschulungen Wird durchgeführt von NRO 'Mekhrjon': Zentrum für soziale und rechtliche Unterstützung von Frauen und Kindern	Usbekistan	2019–2020	BMZ		15.000 €
Strengthening participation and advocacy for reparations and other forms of redress by survivors of conflict-related sexual violence in 4 conflict-affected countries (Mali, South Sudan, Uganda and Ukraine)	Projekt	Das Projekt hat zum Ziel die Überlebenden konfliktbezogener sexualisierter Gewalt in Südsudan, Uganda, Mali und in der Ukraine zu stärken und die Kapazitäten ihrer Organisationen und Netzwerke auszubauen. Dadurch sollen die Überlebenden befähigt werden, effektiver für die Rechte von Opfern sexualisierter Gewalt zu arbeiten und sich für eine Wiedergutmachung und Gerechtigkeit einzusetzen.	Mali, Südsudan, Uganda, Ukraine	2020–2021	AA	Mukwege-Stiftung	

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- c sich dafür einzusetzen, dass Frauen und Mädchen in ihren Herkunftsländern wie auch in Fluchtkontexten besser vor sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden und Überlebende Zugang zu medizinischer, psychologischer und rechtlicher Unterstützung bekommen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„Safe cities for adolescent girls“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Zur Bekämpfung der weitverbreiteten Belästigungen von Mädchen und Frauen insbesondere in Armenvierteln sowie zur Sensibilisierung der ägyptischen Gesellschaft wurden Maßnahmen mit den Gefährdeten und Betroffenen sowie mit weiteren Zielgruppen durchgeführt.	Ägypten	2017	AA	Save the Children Deutschland e.V.	103.413 €
„Safe Cities for Adolescent Girls“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Zur Bekämpfung der weitverbreiteten Belästigungen von Mädchen und Frauen insbesondere in Armenvierteln sowie zur Sensibilisierung der ägyptischen Gesellschaft wurden Maßnahmen mit den Gefährdeten und Betroffenen sowie mit weiteren Zielgruppen durchgeführt.	Ägypten	2018	AA	Save the Children Deutschland e.V.	94.478 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Zugang zu Recht für Frauen und Mädchen in Kabul und Balk, Afghanistan	Projekt	Ziel ist es, von geschlechterspezifischer Gewalt betroffene Frauen juristisch zu beraten, psychosozial zu unterstützen und relevante Akteure wie z. B. Polizistinnen, Angehörige des Justizministeriums und anderer Ministerien und Behörden zu befähigen, betroffene Frauen angemessen zu unterstützen und bestehende Gesetze umzusetzen.	Afghanistan	2019	AA	Medica Mondiale	508.109 €
Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel	Strategie	Deutschland hat im Jahr 2019 das ILO-Protokoll zum Übereinkommen Nr. 29 über Zwangsarbeit ratifiziert. Damit hat sich Deutschland der internationalen Staatengemeinschaft in dem weltweiten Kampf gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel angeschlossen. Mit dem 2014 verabschiedeten Protokoll, wurde das aus dem Jahr 1930 stammende Übereinkommen zur Zwangs- und Pflichtarbeit aktualisiert und bestehende Regelungslücken geschlossen.	Deutschland	2019	BMAS, BMFSFJ		
Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel	Strategie	Das BMAS hat, um den arbeitsausbeuterischen Menschenhandel wirksam zu bekämpfen, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet und eine gemeinsame Strategie entwickelt. Zur Umsetzung dieser Strategie wurde eine bei Arbeit und Leben e.V. (DGB Berlin-Brandenburg) angesiedelte zentrale Servicestelle vom BMAS in 2017 implementiert, die auch in 2020 und darüber hinaus gefördert wird. Die Servicestelle bündelt und koordiniert die bundesweiten Aktivitäten und leistet damit auch eine Unterstützung für die Arbeit in den Ländern.	Deutschland	2017–2020	BMAS	Arbeit und Leben e.V.	
Lernzentrum für die Opfer von Säureattacken in Bangladesch	Kleinstprojekt	Durch das Projekt wird Hilfe für die besonders stigmatisierten Opfer von Säureattacken in Bangladesch geleistet. Das Projekt unterstützt die lokale NRO „Acid Survivors Foundation“, ein Lernzentrum für die Opfer von Säureattacken in Dhaka aufzubauen. In diesem Lernzentrum sollen Opfern von Säureattacken zukünftig Fortbildungen in den Bereichen Computer und IT, leichten Handwerks- und Küchenarbeiten angeboten werden. Ziel ist, die Opfer von Säureattacken gut aus-/weiterzubilden, um ihnen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, von dem sie oftmals ausgeschlossen sind, zu eröffnen. Die Fortbildungen werden Opfern von Säureattacken landesweit ermöglicht.	Bangladesch	2018	AA		
Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften	Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften	Fortführung von Maßnahmen zum Schutz von besonders schutzbedürftigen Personengruppen wie Kinder, Jugendliche und Frauen in Flüchtlingsunterkünften im Rahmen der Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften.	Deutschland	seit 2016	BMFSFJ		2017: 4,6 Mio. € 2018: 4,4 Mio. € 2019: 1,5 Mio. € 2020: 1,1 Mio. €
Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften	KfW-Sonderprogramm	KfW-Sonderprogramm zur finanziellen Unterstützung baulicher Schutzmaßnahmen in Flüchtlingsunterkünften: Die Bundesregierung und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) haben die Kommunen mit zinslosen Krediten bei der Finanzierung entsprechender baulicher Schutzmaßnahmen in Flüchtlingsunterkünften unterstützt.	Deutschland	2016–2017	BMFSFJ		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Hilfetelefon „Schwangere in Not“ (rund um die Uhr mit Dolmetscherinnen); Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (rund um die Uhr mit Dolmetscherinnen); Koordinierungsstelle bff und FHK; Koordinierungsstelle KOK	Programm (gesetzlicher Auftrag); Koordinierungsstellen bff und FHK; Projektförderung; Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.; Projektförderung	Betrieb eines zentralen Notrufs (Rufnummer: 0800 40 40 020) sowie dazugehörige Online-Angebote (www.geburt-vertraulich.de und www.schwanger-und-viele-fragen.de) durch den Bund: effektive Hilfen für geflüchtete Schwangere in Not- und Konfliktlagen; niedrigschwelliger Zugang zu weiteren Beratungsangeboten, insbesondere Lotsenfunktion an Schwangerschaftsberatungsstellen; Betrieb eines telefonischen Hilfsangebots (Rufnummer: 08000 116 016) sowie dazugehöriges Online-Angebot (www.hilfetelefon.de) durch den Bund: Erstberatung für von Gewalt betroffene Frauen, ihr soziales Umfeld sowie Fachkräfte; Lotsenfunktion an Beratungsstellen vor Ort, Dolmetschung in 17 Sprachen; Koordinierungsstellen bff und FHK: Die Vernetzungsstellen bündeln die Fachkompetenz der Einrichtungen zur Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen in Deutschland und bringen diese in die politische Diskussion, die Öffentlichkeit und die Gesetzgebung ein. Sie unterstützen auf Bundesebene ihre Mitglieder in ihrer fachlichen und gesellschaftlichen Zielsetzung und leisten Hilfestellungen in rechtlichen Belangen. Darüber hinaus tragen die Vernetzungsstellen zur Schaffung von Strukturen bei, die ein nachhaltig effizientes und wirtschaftliches Handeln der Unterstützungseinrichtungen vor Ort unterstützen sollen. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildungsangebote informieren die Vernetzungsstellen über die Angebote ihrer Mitglieder und sensibilisieren die Öffentlichkeit sowie verschiedene relevante Berufsgruppen für das Thema.	Deutschland	2019–2021	BMFSFJ		Hilfetelefon ca. 9 Mio € p.a.; Koordinierungsstellen bff und FHK: 2 Mio. €; Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.: 1,5 Mio. €
Projekt für u. a. geflüchtete Mädchen zum Schutz vor Zwangsheirat und zur Betreuung von Mädchen, deren im Ausland geschlossene Ehen in Deutschland nicht anerkannt werden	Maßnahme nicht bis Ende 2020 erfüllt	Grund: Das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen, das im Juli 2017 in Kraft getreten ist, schreibt in Artikel 10 eine Evaluierungspflicht vor, die sich auch auf die Situation in der Kinder- und Jugendhilfe bezieht. Die Evaluierung ist im Sommer 2020 abgeschlossen worden. Nach Prüfung der Ergebnisse wurde entschieden, im Jahr 2021 eine Handreichung zum Umgang mit von Kinderehen betroffenen Jugendlichen zu erstellen.	Deutschland		BMFSFJ		
Perspektiven für Binnenflüchtlinge und Migranten – Umsetzung über UNICEF Phase III, Libyen	Projekt	Das Projekt fördert in Libyen den Zugang zu Bildung und schützt Kinder und Jugendliche, v. a. Überlebende geschlechtsbasierter Gewalt. 13.550 Eltern wurden mit Aufklärungsmaßnahmen über geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Kinder sensibilisiert. 3.758 Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt haben psychosoziale Unterstützung erhalten.	Libyen	2017–2019	BMZ	KfW	6,5 Mio. €
STOP! – Prävention von sexualisierter Gewalt in ugandischen Flüchtlingscamps und deren Nachbargemeinden, Uganda	Projekt	Das Projekt fördert den Aufbau funktionierender Strukturen zur Prävention und Bearbeitung von Fällen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV) in und um das Flüchtlingscamp Kyaka II im Westen Ugandas, u. a. durch Sensibilisierungsmaßnahmen und die Beteiligung lokaler Behörden und zivilgesellschaftlicher Organisationen über Advocacy- und Vernetzungsarbeit.	Uganda	2019–2022	BMZ	EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.	232.303 €
Workshop: Understanding Sexualized Violence against Men and Boys (SVM) in the Context of the Syria Crisis. Developing Recommendations from a Development and Peacebuilding Perspective	Veranstaltung	Am 14. Februar 2018 organisierte das BMZ einen Workshop zu sexualisierter Gewalt gegen Männer und Jungen (SVM) in Konflikten mit Schwerpunkt auf Syrien. Ziel des Workshops war ein Austausch zu aktuellen Erkenntnissen zum Thema SVM zwischen Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen. Außerdem wurden mögliche Ansätze zur Bearbeitung struktureller Ursachen und Unterstützungsmöglichkeiten für Überlebende diskutiert.	Syrien, International	2018	BMZ		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Veranstaltung zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in Myanmar	Veranstaltung	Ein Projekt zur Förderung von Beschäftigungsperspektiven für Binnenvertriebene und umliegende Gemeinden in Nord-Shan in Myanmar organisierte in Kooperation mit den Vereinten Nationen, anderen internationalen und nationalen Organisationen zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen eine Veranstaltung, um auf geschlechtsspezifische Gewalt hinzuweisen und die lokale Bevölkerung in Myanmar zu sensibilisieren.	Myanmar	2019	BMZ	GIZ	
Stabilisierungsfazilität (United Nations Development Programme), Irak	Projekt	Das Vorhaben verbessert im Irak die Lebensbedingungen von syrischen Flüchtlingen, irakischen Binnenvertriebenen und Rückkehrenden sowie aufnehmenden Gemeinden, insbesondere Frauen und Mädchen, indem Basisinfrastruktur und Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten verbessert werden. Verdienstmöglichkeiten für Frauen und ihr Zugang zu Kleingewerbe und Berufsausbildung werden gezielt gestärkt.	Irak	2017–2020	BMZ	KfW/UNDP	40 Mio. €
Jugendentwicklung und Livelihood -Programm. Führung, Lebensunterhalt und Versöhnung, Fortführung, Somalia	Projekt		Somalia	2017–2020	BMZ	EZE	350.000 €
Unterstützung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden in Uganda	Projekt	Das Vorhaben verbessert die inklusive, sozio-ökonomische Entwicklung von Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung in drei flüchtlingsaufnehmenden Distrikten in Uganda. Frauen profitieren beispielsweise von beruflicher Bildung und Beschäftigungsförderung.	Uganda	2018–2022	BMZ	GIZ	10 Mio. €
Aufbau nachhaltiger Existenzgrundlagen für syrische Flüchtlinge, Binnenflüchtlinge, vulnerable Mitglieder der Aufnahmegesellschaft und Rückkehrer, Irak	Projekt	Im Irak werden nachhaltige Existenzgrundlagen und die Selbstversorgung von Rückkehrenden, Binnenvertriebenen und vulnerablen Mitgliedern der Gesellschaft mit einem besonderen Fokus auf Frauen-geführten Haushalten gefördert. Dies erfolgt durch fachliche Trainings in landwirtschaftlichen Aktivitäten, den erleichterten Zugang zu Produktionsmitteln sowie den Kapazitätsaufbau der lokalen Verwaltungen.	Irak	2017–2019	BMZ	Deutsche Welthungerhilfe e. V.	3 Mio. €
Resilienz durch Arbeitsmarktintegration, soziale Sicherung und Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung für Binnenvertriebene und vulnerable Gruppen, Somalia	Projekt	Das Vorhaben erhöht die Resilienz von Binnenvertriebenen und anderen vulnerablen Gruppen in Mogadischu (Somalia) u. a. durch soziale Sicherung und Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung und Arbeitsmarktintegration. Der Zugang zu markadäquaten und finanzierbaren Ausbildungsprogrammen und die Verbesserung der Einkommenssituation werden gefördert, indem Spar- und Kreditgruppen (v. a. aus Frauen) aufgebaut und Berufsausbildungen für junge Somalier und Somalierinnen durchgeführt werden.	Somalia	2017–2022	BMZ	Save the Children Deutschland e. V.	3,7 Mio. €
Wirtschaftliche und soziale Teilhabe vulnerabler Bevölkerungsgruppen im Nord- und Zentral-Rakhine Staat in Myanmar	Projekt	In Myanmar werden binnenvertriebene Frauen wirtschaftlich und sozial gestärkt. Das Projekt fördert die ökonomische Teilhabe von mehrfachdiskriminierten Bevölkerungsgruppen durch psychosoziale Beratung, Bewusstseinsbildung sowie die Einbeziehung von lokalen und religiösen Autoritäten.	Myanmar	2017–2023	BMZ	GIZ	10 Mio. €
Nachhaltige Reintegration von Binnenflüchtlingen durch ein Weiterbildungs-/Beschäftigungsprogramm und Wiederaufbau im Al Anbar Governorat, Irak	Projekt	Das Vorhaben unterstützt irakische Binnenflüchtlinge, die in ihre Heimatorte zurückkehren. Berufsbildungsmaßnahmen schaffen die Grundlage für Selbstversorgung und den Aufbau einer neuen Existenz, v. a. für frauengeführte Haushalte. Frauen werden in ihrer neuen Rolle als Hauptverdienerinnen unterstützt, um den Familien ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.	Irak	2018–2021	BMZ	Caritas International e. V.	3 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Resilienzstärkung von ländlichen Gemeinden und Re-Integration von Binnenvertriebenen durch Einkommensdiversifizierung und berufliche Bildung, Somalia	Projekt	Das Vorhaben fördert nachhaltige Lebensgrundlagen für ländliche Gemeinden und Binnenvertriebene in Somalia. Dazu werden u. a. Spargruppen eingerichtet, um Frauen im gemeinsamen Sparen und der Kreditvergabe zu schulen. Cash-Transfers werden ergänzend eingesetzt, um besonders vulnerablen Frauen und Männern die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen zu ermöglichen.	Somalia	2018–2021	BMZ	Save the Children Deutschland e.V.	2,5 Mio. €
Förderung von Synergien zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit von Wertschöpfungsketten für Gemüse und Obst, Schaffung von Arbeitsplätzen, Libanon	Projekt	Das Vorhaben verbessert im Libanon die Lebensgrundlage von ländlichen Gemeinden und syrischen Flüchtlingen, um soziale Spannungen zu reduzieren. Ein zentrales Anliegen des Projektes ist die Akzeptanz von Frauen in der Wirtschaft. Deshalb werden Frauen in Trainings für Landwirte und Landwirtinnen gleichberechtigt einbezogen und erhalten zusätzlich exklusive Unterstützung bei der Gründung von landwirtschaftlichen Kleinunternehmen.	Libanon	2019–2022	BMZ	Deutsche Welthungerhilfe e.V.	2,5 Mio. €
Wiederaufbau und Sicherung der Lebensgrundlagen in Greater Rubkona, Südsudan	Projekt	Im Südsudan wird die Ernährungssicherheit von Binnenvertriebenen und kleinbäuerlichen Familien aus konfliktbetroffenen Gemeinden verbessert und ihre Lebensgrundlage stabilisiert. Die Gleichberechtigung von Frauen wird durch die Erschließung neuer Einkommensquellen gestärkt. Zudem werden exklusive Schulungen für Frauen durchgeführt, z. B. zum Anlegen von Gemüsegärten und Aufklärung über Menstruationshygiene.	Südsudan	2019–2022	BMZ	Deutsche Welthungerhilfe e.V.	3,2 Mio. €
Zukunftsförderung für Jugendliche und junge Erwachsene inner- und außerhalb der Rohingya-Flüchtlingcamps – neue Phase, Bangladesch	Projekt	Das Vorhaben verbessert den Zugang zu beruflicher Bildung für von der Rohingya-Krise betroffene Jugendliche inner- und außerhalb der Flüchtlingscamps in Bangladesch. Die Jugendlichen werden auch nach dem Training weiter unterstützt und erhalten psychosoziale Betreuung. Mädchen und Frauen werden gestärkt und ausgebildet, sie bekommen Zugang zum Arbeitsmarkt und werden so finanziell unabhängiger.	Bangladesch	2020–2022	BMZ	KfW	3,5 Mio. €
BONO Einkommens-schaffung für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und sozial schwache Haushalte in aufnehmenden Gemeinden, Irak	Projekt	Das Vorhaben fördert den Zugang zu Einkommen und einkommensschaffenden Maßnahmen für Haushalte von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen sowie bedürftige Haushalte in aufnehmenden Gemeinden in der Region Kurdistan Irak. Es knüpft an die Erfolge des Vorgängerprojekts an, durch das bereits 26.000 Haushalte von Cash for Work profitiert und 5.500 Haushalte Zugang zu Sozialtransfers erhalten haben.	Irak	2017–2022	BMZ	GIZ	69,5 Mio. €
BONO – UNICEF Libanon – Berufliche Bildung Phase III	Projekt	In Libanon verbessert das Projekt den Zugang zu Ausbildungsangeboten für libanesischen, syrischen und palästinensischen Jugendliche und erleichtert damit deren Berufseinstieg. Das Projekt übernimmt Einschreibe-, Transport- und Materialkosten für 1.724 Jugendliche. In sog. Innovation Labs werden junge Menschen zu innovativen einkommensgenerierenden Businessansätzen trainiert und erhalten Seedfunding.	Libanon	2017–2019	BMZ	KfW	10 Mio. €
BONO – International Rescue Committee – Verbesserung der Lebensbedingungen und Stärkung der Resilienz von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden, Libanon	Projekt	Das Vorhaben verbessert die sozioökonomische Situation syrischer Flüchtlinge und wirtschaftlich marginalisierter Mitglieder von aufnehmenden Gemeinden im Libanon. Bei der Gestaltung der einkommensschaffenden und qualifizierenden Maßnahmen werden genderspezifische Diskriminierungen besonders berücksichtigt, um Frauen den Zugang zu Beschäftigung zu ermöglichen.	Libanon	2017–2019	BMZ	KfW	10 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
BONO Stabilisierung und Beschäftigung, FFIS/ICRRP, Irak	Projekt	Das Vorhaben verbessert die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen von Binnenflüchtlinge und der lokalen Bevölkerung im Irak durch beschäftigungsfördernde Maßnahmen (u. a. Abfallentsorgung, Reparaturarbeiten an öffentlichen Gebäuden und Rehabilitierung von Basisinfrastruktur) und der Förderung des Wohnungsbaussektors.	Irak	2018–2020	BMZ	KfW	29,3 Mio. €
Berufliche Integration von Binnenvertriebenen, Ukraine	Projekt	Das Vorhaben qualifiziert ukrainische Binnenvertriebene und fördert so deren Integration in die Arbeitsmärkte der aufnehmenden Gemeinden. Die Frauenbeteiligung liegt dabei bei einem Zielwert von 60 %. Studierende erhalten Stipendien und Praktika in deutschen Unternehmen. 760 Personen (davon 75 % Frauen) haben bereits erfolgreich Qualifizierungsmaßnahmen absolviert.	Ukraine	2017–2023	BMZ	GIZ	7 Mio. €
BONO – Berufliche Bildung Phase IV, Libanon	Projekt	Das Vorhaben verbessert im Libanon den Zugang von jungen libanesischen und syrischen Menschen zu informellen Ausbildungs- und Qualifizierungsangeboten. Dazu werden Arbeitsplätze, (informelle) Ausbildungsverhältnisse und Praktika vermittelt und Unternehmensgründungen gefördert. Dies erleichtert den Berufseinstieg und verbessert langfristig die Lebensperspektiven. Etwa die Hälfte der Geförderten waren Frauen.	Libanon	2017–2020	BMZ	KfW	15 Mio. €
BONO – Lokale Entwicklung in benachteiligten städtischen Gebieten Nordlibanons	Projekt	Das Vorhaben verbessert die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen von Jugendlichen und Frauen in benachteiligten städtischen Gebieten Nordlibanons und stärkt die Beziehungen zwischen den ethnisch-religiösen Gemeinschaften im Nordlibanon. Neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt wird auch Sport (besonders Fußball) für Mädchen und Frauen gefördert.	Libanon	2017–2021	BMZ	GIZ	8,5 Mio. €
BONO – Beschäftigungsförderung für palästinensische Flüchtlinge im Libanon Phase II	Projekt	Das Vorhaben verbessert im Libanon die Lebensbedingungen in aufnehmenden Gemeinden durch die Rehabilitierung oder den Bau kommunaler Infrastruktur. Durch Beschäftigung im Rahmen von Cash-for-Work-Maßnahmen sollen knapp 4.000 palästinensische Flüchtlinge aus dem Libanon und Syrien eine Anstellung erhalten und ihre Lebensgrundlagen verbessern.	Libanon	2017–2020	BMZ	KfW	17,8 Mio. €
(Re-)Integration von fluchtgefährdeten Kindern und Jugendlichen in Zentralamerika	Projekt	Das Vorhaben fördert Angebote zur sozialen, schulischen und beruflichen Integration, um die Bleibeperspektiven fluchtgefährdeter Minderjähriger im nördlichen Zentralamerika zu stärken. Frauen stehen als Zielgruppe im Fokus und entsprechende Quoten sind für alle Maßnahmen definiert. Bspw. wurde mit einer lokalen Gruppe für Frauen und dem nationalen Grundschulzentrum ein gendersensibles Theaterstück zu Risiken der Migrationsroute organisiert.	Guatemala, Honduras, El Salvador	2017–2022	BMZ	GIZ	7 Mio. €
Wirtschaftliche Teilhabe von Binnenvertriebenen und vulnerabler Bevölkerung ausgewählter Aufnahmegemeinden im Südkaukasus	Projekt	Das Vorhaben fördert die Beschäftigung und die Umsetzung marktrelevanter Geschäftsideen Binnenvertriebener, Flüchtlinge und der lokalen Bevölkerung im Südkaukasus. Die Hälfte der Ideen kommt von Frauen. In Georgien wurden bisher 5 Jugendclubs sowie 4 Frauenclubs gegründet. In 2 Frauenclubs nehmen Männer teil und unterstützen Aktivitäten zur Gleichstellung der Geschlechter.	Georgien	2017–2021	BMZ	GIZ	6 Mio. €
Beschäftigungsförderung Darfur für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Aufnahmegemeinden, Sudan	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Strukturen von staatlichen Berufsschulen, Ausbildungsbetrieben, Unternehmensverbänden und lokalen Behörden im Sudan. Dies fördert die Stabilisierung und den Wiederaufbau der Aufnahmeregion. Zusätzliche Angebote, wie Qualifizierungskurse und Informationen zu Existenzgründung, werden zu 30 % von Frauen genutzt.	Sudan	2017–2023	BMZ	GIZ	16 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Qualifizierung und Beschäftigungsperspektiven für Flüchtlinge und aufnehmende Bevölkerung in Äthiopien, Somali Region und Addis Abeba	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Beschäftigungsperspektiven von Flüchtlingen und aufnehmender Bevölkerung in Äthiopien durch die Verbesserung des Angebots und der Qualität von beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie Ausweitung von Berufs- und Gründer*innenberatung. In allen Maßnahmen wird ein Frauenanteil von 30 % angestrebt.	Äthiopien	2017–2022	BMZ	GIZ	9,5 Mio. €
Förderung nachhaltiger und inklusiver Wirtschaftsentwicklung in Kolumbien	Projekt	Das Vorhaben verbessert das Einkommen und erhöht die Beschäftigung von Menschen in Kolumbien. Dabei wird die Situation von Frauen auf dem lokalen Arbeitsmärkten besonders berücksichtigt. Basisorganisationen und Gemeinden werden in der gendersensiblen Konzipierung und Umsetzung von Förderprojekten unterstützt.	Kolumbien	2017–2020	BMZ	GIZ	4 Mio. €
Verbesserung der Lebensgrundlagen von südsudanesischen Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden in Norduganda	Projekt	Das Vorhaben verbessert in Uganda die soziale Infrastruktur und fördert das friedliche Zusammenleben zwischen südsudanesischen Flüchtlingen und ugandischen Gemeinden. Durch Trainings und Schulungen, den Ausbau von Wasser- und Sanitäreinrichtungen und die Bereitstellung von Lehr- und Lernmaterialien wird der Zugang zu Trinkwasser und Bildung für über 200.000 Menschen verbessert. Davon profitieren überwiegend Frauen und Kinder.	Uganda	2017–2021	BMZ	KfW	15 Mio. €
Wirtschaftliche Inklusion von Flüchtlingen in Ruanda durch Förderung von Beschäftigung und Unternehmertum, Ruanda	Projekt	Das Projekt fördert die wirtschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen und Bewohner*innen von aufnehmenden Gemeinden in Ruanda. Mit einem geplanten Frauenanteil von mindestens 40 % verbessert das Vorhaben die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Monitoring und Arbeitsmarktanalysen sind genderdifferenziert angelegt.	Ruanda	2018–2023	BMZ	GIZ	7,5 Mio. €
BONO – Beschäftigung syrischer Flüchtlinge im Privatsektor in der Türkei	Projekt	Das Projekt stärkt syrische Flüchtlinge und Mitglieder der Aufnahmegemeinden in der Türkei durch Ausbildungsmaßnahmen und unterstützt die türkische Arbeitsagentur beim Auf- und Ausbau von Beratungszentren. Mindestens 30 % der geschaffenen Stellen richten sich an Frauen.	Türkei	2018–2022	BMZ	KfW	25,7 Mio. €
Unterstützung von Aufnahmegemeinden von Flüchtlingen in der Grenzregion Kolumbien/ Ecuador	Projekt	Das Vorhaben unterstützt staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in den Grenzregionen Kolumbiens und Ecuadors, die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus Venezuela und Kolumbien effizient, sozialverträglich, beschäftigungswirksam und unter Berücksichtigung der besonderen Bedarfe der aufnehmenden Gemeinden und insbesondere von Frauen, Kindern und Jugendlichen zu gestalten.	Kolumbien, Ecuador	2018–2021	BMZ	GIZ	11 Mio. €
Förderung von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden unter Einbeziehung des Privatsektors in Kakuma, Kenia	Projekt	Das Projekt stärkt die wirtschaftliche Integration von Flüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden in Kenia durch marktorientierte Lösungen zur Stärkung lokaler Märkte. Frauen und Jugendliche stehen besonders im Fokus. Deshalb wurde im Vorfeld in einer Studie untersucht, wie der Anteil von Frauen am Arbeitsmarkt gesteigert werden kann. Gezielte Informationskampagnen motivieren Bewerberinnen und erhöhen die Zahl der Anträge von frauengeführten Unternehmen.	Kenia	2018–2024	BMZ	KfW	5,2 Mio. €
Förderung von Beschäftigungsperspektiven für Binnenvertriebene und umliegende Gemeinden in Nord-Shan in Myanmar	Projekt	Das Vorhaben verbessert die Einkommens- und Beschäftigungsperspektive junger Menschen in Myanmar durch speziell auf ihre Lebensumstände zugeschnittene Kurse. Durch eine Veranstaltung wurde die lokale Bevölkerung zu geschlechtsspezifische Gewalt sensibilisiert.	Myanmar	2019–2022	BMZ	GIZ	8,5 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Privatwirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung/Entwicklungsorientierte (Re-) Integration der irakischen Jugend	Projekt	Das Vorhaben stärkt die Wirtschafts- und Investitionspolitik im Irak und verbessert die sozioökonomischen Perspektiven von jungen Menschen und Rückkehrer*innen. Maßnahmen umfassen Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote (ca. 39% Frauen), Unterstützung frauengeleiteter KKMUs, Beratung zu Rechtsfragen wie Sicherheit am Arbeitsplatz für Frauen; inkl. Schutz vor Diskriminierung und Belästigung, und psychosoziale Unterstützung, insb. für Frauen.	Irak	2017–2021	BMZ	GIZ	22,1 Mio. €
Berufliche Aus- und Fortbildung für Jordanier und syrische Flüchtlinge im Wassersektor	Projekt	Das Vorhaben fördert die Aus- und Fortbildung für Frauen in männertypischen Berufen im Sanitärbereich in Jordanien. Die Angebote richten sich an Jordanier*innen und syrische Flüchtlinge in nördlichen Gouvernoraten sowie in Amman und Aqaba. Dabei werden auch Frauennetzwerke (Kooperativen für Klempnerinnen) gefördert.	Jordanien	2017–2020	BMZ	GIZ	5 Mio. €
Förderung des Berufsbildungsprogramms des lutherischen Weltbundes, Palästinensische Gebiete	Projekt		Palästinensische Autonomiegebiete	2021–2023	BMZ	EZE	800.000 €
Empowerment von Migrant*innen in Marokko	Projekt	In Marokko werden Migrant*innen durch Bildungs-, Beratungs- und Integrationsmaßnahmen unterstützt. Das Vorhaben bietet für geflüchtete Frauen mit Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen u. a. eine drei-jährige Vollzeitausbildung als Schneiderin an. Dies soll zum Empowerment der Frauen beitragen. Bereits während der Ausbildung können sie durch den Verkauf von Produkten ihre wirtschaftliche Situation verbessern.	Marokko	2018–2021	BMZ	EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst e.V.	272.000 €
SI Flucht: Soziale Reintegration für Rückkehrer*innen und Binnenvertriebene – ökonomische Perspektivschaffung in Aufnahmegemeinden in West-Afghanistan	Projekt	Das Vorhaben fördert das friedliche Zusammenleben von Binnenvertriebenen, Rückkehrer*innen und aufnehmenden Gemeinden in West-Afghanistan, indem es ökonomische Perspektiven verbessert. V.a. für Frauen und junge Menschen werden Möglichkeiten der Einkommengenerierung durch fachliche Ausbildungen geschaffen. Durch einen erleichterten Zugang zu landwirtschaftlichen Ressourcen und Märkten sollen die Lebensbedingungen verbessert werden.	Afghanistan	2019–2024	BMZ	terre des hommes Deutschland e.V. Hilfe für Kinder in Not	1,8 Mio. €
Wiederaufbau und Stärkung der Grundsicherung für Binnenvertriebene und rückkehrende Flüchtlinge, Republik Südsudan	Projekt	Das Vorhaben fördert die Grundsicherung für Binnenvertriebene und rückkehrende Flüchtlinge im Südsudan. Bei der Unterstützung lokaler Institutionen und der lokalen Entwicklungsplanung werden Frauen, aktiv beteiligt.	Südsudan	2020–2025	BMZ		10 Mio. €
BONO Einkommenschaffung für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und sozial schwache Haushalte in aufnehmenden Gemeinden, Irak	Projekt	Das Vorhaben setzt inklusive einkommenschaffende Maßnahmen für Binnenvertriebene, Flüchtlinge und Aufnahmegemeinde in der Region Kurdistan im Irak um. 190 Frauen wurden erreicht, 39 Frauen konnten erfolgreich ein Unternehmen gründen oder ausbauen und ein Einkommen erzielen. 96 Frauen erhielten aufgrund des Livelihood Activation Grant Zugang zur Beschäftigung.	Irak	2017–2022	BMZ	GIZ	69,5 Mio. €
Schutz und Integration von venezolanischen Migrierenden und Flüchtlingen in den Grenzregionen von Venezuela, Kolumbien und Brasilien	Projekt	Das Projekt fördert den Schutz und die Integration von venezolanischen Migrierenden und Flüchtlingen in den Grenzregionen von Venezuela, Kolumbien und Brasilien, u. a. durch verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt. Hierbei werden Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und Herausforderungen für alleinerziehende Frauen besonders berücksichtigt und adressiert.	Venezuela, Kolumbien, Brasilien	2019–2024	BMZ	KZE	633.500 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Leadership and Innovation Lab: Unveil the Hidden Presence – Trafficking in Women and Children, Global	Veranstaltung	In zwei Leadership und Innovation Labs wurden neue und innovative Ansätze entwickelt, um mehr Aufmerksamkeit für das Thema Frauen- und Kinderhandel zu wecken und um die spezifische Zielgruppe Frauen und Mädchen besser in der Präventionsarbeit zu erreichen. Ca. 30 Change Agents sowie Entscheidungsträger*innen aus Europa, Asien und Afrika arbeiteten dazu zusammen.	International	2018–2018	BMZ	GIZ in Kooperation mit der Thomson Reuters Foundation (TRF) und der Global Leadership Academy	119.900 €
Regionalvorhaben zur Prävention von Menschenhandel, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien	Projekt	Das Vorhaben fördert Zugang zu und Qualität von Dienstleistungen für Opfer von Menschenhandel (u. a. Identifizierung von Opfern und psychosoziale Unterstützung) im Westbalkan. Das Vorhaben plant einen LSBTI-sensiblen Ansatz.	Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien	2019–2022	BMZ	GIZ	5 Mio. €
Unterstützung der Afrikanischen Union im Bereich Migration und Flucht	Projekt	Das Projekt unterstützt die AU-Kommission bei der Evaluierung des aktuellen Ouagadougou-Aktionsplans im Bereich Menschenhandel und der Erarbeitung eines neuen Aktionsplanes in diesem Bereich.	multilaterale Institutionen	2017–2020	BMZ	GIZ	3 Mio. €
Hilfe für Opfer sexueller Gewalt	Projekt	Die Maßnahmen sollen den betroffenen Frauen eine umfassende Hilfe und Unterstützung bieten. Neben dem physischen Schutz sollen sie befähigt werden, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und Alternativen für ihre Zukunft zu entwickeln. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit, Zugang zu Anwälten und Justiz zu erhalten und ihre Rechte einzufordern. Durch die öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen soll auch die Gesellschaft besser aufgeklärt und für die Problematik sensibilisiert werden. Durch die Trainingsmaßnahmen sollen höhere Standards auch in anderen Frauenhäusern erreicht werden.		2017	AA	Dastak Charitable Trust	45.458 €
Beduinen im Gebiet östlich von Jerusalem/ Umsiedlungspläne gegen den Willen der Gemeinden	Projekt	Beduinenfrauen sollen bezüglich Frauenrechte selbstbewusster und aktiv im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in Form von erzwungener Umsiedlung, geschult werden.	Israel	2017	AA	The Jahalin Solidarity	26.560 €
Legal Aid at Your Door (LA-DOOR): increasing access to justice for women and other vulnerable members of rural communities	Projekt	Mit dem Projekt soll der strukturellen Benachteiligung von Frauen im Rechtssystem in Nordnigeria entgegengewirkt werden. Die Rechtskenntnisse und Wissen um die Frauen- und Menschenrechte in den ländlichen Regionen soll erhöht werden, indem angemessene rechtliche Beratung für Frauen und andere benachteiligte Gruppen angeboten wird. Langfristig soll durch das Projekt eine friedliche und inklusive Gesellschaft mit gleichberechtigtem Zugang zu Justiz und effektiven Institutionen gefördert werden.	Nigeria	2019	AA	Isa Wali Empowerment Initiative	28.200 €
Enhancing Access to Justice for Women through Provision of Free Legal Aid service and Creation of Legal Awareness	Projekt	Das übergeordnete Ziel des Projekts ist es, Frauen zu befähigen für ihre Rechte einzuschreiten und Gleichstellung der Geschlechter in der äthiopischen Gesellschaft zu fördern. Betroffene Frauen sollen geschult werden, um sich ihrer Rechte bewusst zu werden. Sie sollen zudem mit den o.g. Maßnahmen befähigt werden, ihre Rechte dann vor Gericht auch besser durchsetzen zu können. Parallel soll das Bewusstsein für Frauenrechte in lokalen Gemeinschaften, bei Regierungsstellen und im Justizsystem gestärkt werden. Stellen, die sich mit Fällen von geschlechterspezifischer Gewalt oder Diskriminierung befassen, sollen für das Thema sensibilisiert werden, um die Verstöße gegen bestehende Gesetze zu erkennen und diese zu ahnden.	Äthiopien	2019	AA	EWLA Ethiopian Woman Lawyers Association	32.058 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Comprehensive Innovative approaches in combating GBV in informal settlements of Namibia among young women and girls	Projekt	Das Projekt hat zum Ziel, die sexualisierte Gewalt u. a. durch Nutzung von neuen Medien und innovative Aufklärungsmaßnahmen in drei ausgewählten informellen Siedlungen Namibias zu bekämpfen und Frauen- und Mädchenrechte zu stärken. Mit dem Projekt soll auch ein Netzwerk von Ansprechpartnern für das Thema sensibilisiert werden.	Namibia	2020	AA	Evangelical-Lutheran Church in Namibia (ELCIN), Department of Missions, Diakonia and Social Services (DMDSS)	53.582 €
National Initiative to End Violence Against Women	Projekt	Das Projekt soll zur Stärkung und Förderung von (binnenvertriebenen) Frauen und Mädchen im Bereich geschlechtsspezifischer Gewalt und zum Aufbau von Netzwerken und Kapazitäten zum Umgang mit diesem Thema beitragen.	Kamerun	2020	AA	Hope for the Needy Association (HOFNA)	69.942 €
Empowerment of migrant/refugee women – victims of Gender-Based Violence (GBV)	Projekt	Stärkung einer der vulnerabelsten Gruppen von Geflüchteten in Griechenland, Vermittlung von Methoden zur Selbsthilfe, Verbesserung der psychosozialen Betreuung und Förderung der sozialen Integration.	Griechenland	2020	AA	Doctors of the World/Médecins du Monde/Ärzte der Welt – Griechische Delegation	10.942 €
Combating Violence in the Palestinian Society	Projekt	Ziele des Projekts sind: Sensibilisierung der Gesellschaft für die besondere Aktualität, gesellschaftliche Konsequenzen und steigende Zahlen von Fällen sexualisierter Gewalt; Institutionalisierung des Schutzes vor sexueller Ausbeutung innerhalb der Bildungs- und Sozialorganisationen; Stärkung der Fähigkeit von Kindern, Jugendlichen und Frauen, sich vor sexualisierter Gewalt zu schützen und Erhöhung der Kapazitäten relevanter staatlicher Institutionen zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt und Ausbeutung.	Palästinensische Autonomiegebiete	2020	AA	Women Studies Center	70.000 €
Women campaign against domestic violence	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	Durchführung einer weithin sichtbaren Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen und zur Verabschiedung eines Gesetzes gegen häusliche Gewalt. Ein hierfür erstellter Videoclips wird über wichtige Fernsehsender sowie Social Media Kanäle verbreitet.	Irak	2020	AA	Baghdad Women Association	84.051 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

d den Schutz und die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen – insbesondere mit Blick auf die Vorbeugung und Bekämpfung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt – bei der Gestaltung humanitärer Maßnahmen zu berücksichtigen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Sonderaufruf des IKRK zur Bekämpfung der sexualisierten und geschlechtsspezifischen Gewalt	Projekt	Sonderaufruf des IKRK zur Bekämpfung der sexualisierten und geschlechtsspezifischen Gewalt	Weltweit	2020–2021	AA	IKRK	1 Mio. €
Verbesserte sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und gastgebender Bevölkerung in Burkina Faso, Kamerun, Togo	Projekt	Das Projekt fördert den Zugang von vertriebenen, geflüchteten und einheimischen Frauen und Mädchen in Burkina Faso, Kamerun und Togo zu sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechten (SRGR). Dabei werden sowohl Gesundheitsdienstleistungen als auch Informationen über SRGR und Familienplanung bereitgestellt. Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt erhalten psychologische Unterstützung.	Burkina Faso, Kamerun, Togo	2019	BMZ	IPPF	2 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Bereitstellung grundlegender sexueller und reproduktiver Gesundheit (SRG)- und jugendfreundlicher Dienstleistungen für marginalisierte palästinensische Frauen und Jugendliche	Projekt	Das Vorhaben fördert durch Sensibilisierung, Beratung und Gesundheitsdienstleistungen die sexuelle und reproduktive Gesundheit und den Zugang zu Familienplanung für Frauen und Jugendliche in den Zonen der Palästinensischen Gebiete, die geprägt sind von prekären Lebensbedingungen und mangelnder grundlegender Infrastruktur. Das Dienstleistungsangebot richtet sich auch explizit an Menschen mit Behinderung.	Palästinensische Autonomiegebiete	2018–2019	BMZ	IPPF	400.000 €
Gemeindebasierte Bildungs- und Kinderschutzmaßnahmen zur Förderung des friedlichen Zusammenlebens in 27 konfliktbetroffenen Gemeinden, Myanmar	Projekt	In 27 konfliktbetroffenen Gemeinden in Myanmar fördert das Projekt den Zugang zu geschlechtersensiblen Dienstleistungen für Mutter-Kind-Gesundheit (MCH) und frühkindliche Entwicklung. Die Ernährungs-, Wasser-, Hygiene- und Sanitärversorgung für 6.000 Kinder wird verbessert.	Myanmar	2019–2022	BMZ	Plan International Deutschland e.V.	2,3 Mio €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- e weiter die Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts zu erfüllen, bei anderen Staaten für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu werben, die Verfolgung von Völkerstraftaten zu fördern, einschließlich der Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Unterstützung der internationalen Strafgerichtsbarkeit durch Leistung von Rechts- und Vollstreckungshilfe	Leistung von Rechts- und Vollstreckungshilfe	Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, den internationalen Gerichten in vollem Umfang Rechtshilfe zu leisten. Dabei wurden in den Jahren 2017–2020 in mehreren Fällen umfangreiche Rechtshilfeersuchen erfüllt. Darüber hinaus leistet die Bundesregierung in vier Fällen Vollstreckungshilfe, indem Haftstrafen des IStGHJ bzw. IRMCT in Deutschland vollstreckt werden.	multilaterale Institutionen	Fortlaufend	BMJV		

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- f die Strafverfolgung von Personal in Friedensmissionen, das sexuelle oder geschlechtsspezifische Gewalttaten begangen hat, im Einklang mit nationalen und internationalen Verpflichtungen zu gewährleisten.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Beschwerdemechanismus an PSEA	Einrichtung eines Beschwerdemechanismus von ZIF an PSEA	Betroffene können sich beim ZIF beschweren. ZIF-interne Beschwerdegremien prüfen den Sachverhalt. Bei strafrechtlichen Anhaltspunkten werden die Informationen den deutschen Ermittlungsbehörden zugeleitet	Deutschland	seit 2019	AA		
		Sofern nicht das Völkerstrafgesetzbuch anwendbar ist, ist die Strafverfolgung grds. Ländersache. Die Strafverfolgung von Personal in Friedensmissionen ist gewährleistet. Das deutsche Strafrecht gilt auch für Straftaten von Soldaten der Bundeswehr in Friedensmissionen im Ausland. Dies umfasst auch sexuelle oder geschlechtsspezifische Gewalttaten, soweit sie dem deutschen Strafrecht unterfallen.	Deutschland		BMJV/ Länder		

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

g sich weltweit für Gesetzesreformen einzusetzen, mit denen Vergewaltigung und weitere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt als strafrechtliche Tatbestände anerkannt werden.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Austausch mit Partnerinstitutionen im europäischen Rahmen	Vortragstätigkeit durch Angehörige der Völkerstrafrechtsreferate des GBA	Vortragstätigkeit bei den Treffen des EU-Netzwerks für die Ermittlung und Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen („Genocide Network Meeting“), bei internationalen Institutionen, bspw. der EU, den VN sowie der Vertragsstaatenkonferenz des Internationalen Strafgerichtshofs und Lehrveranstaltungen des „European Judicial Training Network (EJTN)“.	multilaterale Institutionen	2017–2020	BMJV		
Konferenz: „Schutz von Frauen durch die Justiz“ Studienreise nach Deutschland: „Schutz der Rechte von Frauen durch die Justiz am Beispiel der deutschen Praxis“	Trainingsmaßnahme, Konferenz	Konferenz sowie Studienreise in Kooperation zwischen der IRZ und dem ägyptischen Justizministerium; Beteiligung staatlicher sowie nichtstaatlicher Akteure aus Deutschland sowie hochrangiger ägyptischer Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen aus der Justiz; Erfahrungsaustausch und Vermittlung von Wissen. Erfahrungsaustausch sowie Beitrag zur Reformdiskussion zum effektiven Schutz der Rechte von Frauen im ägyptischen Zivil- und Strafrecht; Diskussion zur Verbesserung und Stärkung des nationalen Strafrechts im Bereich Schutz von Frauen (v. a. vor Gewaltdelikten)	International	2019	BMJV		
Herausforderungen einer strafrechtlichen Regelung von Gewalt gegen Frauen und Häusliche Gewalt (Vergleichsübersicht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention)	Deutsch-georgische Konferenz	Die Konferenz widmete sich aktuellen strafrechtlichen Themen und Aspekten nötiger Reformen im georgischen Strafgesetzbuch zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Die Experten tauschten hierzu ihre Erfahrungen aus und diskutierten praktische Aspekte der verschiedenen Gesetzenormen, die nach Ratifizierung der Istanbul-Konvention in nationales Recht umgesetzt werden sollten.	International	2018	BMJV		
Durchführung eines Panels „Access to justice for women and girls: Ending violence and accessing justice for women and girls with disabilities, and learning from restorative justice“ im Rahmen der Weltbank Law, Justice & Development Week 2017, global	Veranstaltung	Im Rahmen der Law, Justice & Development Week 2017 der Weltbank richtete das BMZ ein Panel zu „Access to justice for women and girls: Ending violence and accessing justice for women and girls with disabilities“ aus. Das Panel beleuchtete Maßnahmen, um von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen mit Behinderungen den Zugang zu Recht zu erleichtern und thematisierte dabei auch „Restorative Justice“ und alternative Streitschlichtungsmechanismen.	Weltweit	2017	BMZ	GIZ	
Hintergrundgespräch „Vergangenheitsarbeit nach sexualisierter Kriegsgewalt“ (BMZ Berlin)	Veranstaltung	Beim im BMZ Berlin ausgerichteten und von der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) und medica mondiale e.V. organisierten Hintergrundgespräch zum Thema „Vergangenheitsarbeit nach sexualisierter Kriegsgewalt“ wurden auch Chancen und Herausforderungen der nicht-juristischen Aufarbeitung sexualisierter Kriegsgewalt diskutiert.	Deutschland	2019	BMZ		
Bessere rechtliche Umsetzung von Frauen- und Kinderrechten	Projekt	Das Projekt dient der Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung, vor allem auch in den ländlichen Regionen zu Frauen und Kinderrechten sowie zu Pressefreiheit. Mit dem Projekt soll auch die Rechtstaatlichkeit gefördert werden, denn nur, wer seine Rechte kennt, kann diese auch einfordern. Presse- und Meinungsfreiheit sind dafür unerlässlich, um ggfls. für die Regierung „unliebsame“ Themen dennoch vorbringen und darüber berichten zu können.	Deutschland	2018	AA	Legal Assistance Center	41.192 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Kapazitätenbildung zur Bekämpfung von Straffreiheit, insbesondere bei genderbasierter Gewalt	Projekt	Mit dem Projekt sollen die Straffreiheit bei internationalen Verbrechen in DR Kongo bekämpft werden und die Kapazitäten lokaler Akteure (Anwälte, MRV, Richter) gestärkt werden, um die Fälle besser zu dokumentieren und die Opfer besser vor Gericht vertreten zu können.	DR Kongo	2019	AA	Trial International	69.950 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

h eine gendersensible Gestaltung der Strafverfolgung auch mit Blick auf die Verfolgung von Völkerstraftaten zu fördern.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Im Bereich BMJV Maßnahme bisher nicht erfüllt. Eine Opferschutzplattform (Informationsangebot für Opfer von Straftaten) soll in 2020 errichtet werden.	Anderes	Es wird seitens BMJV an einem Informationsangebot für Opfer von Straftaten gearbeitet, das einfach zugänglich und leicht verständlich die Möglichkeiten der Hilfe sowie Informationen über die Rechte der Opfer von Straftaten aufzeigen soll. Dabei soll auch die Zielgruppe „Frauen und Mädchen“ in den Blick genommen werden.	Deutschland	2019–2020	ggf. BMJV, Länder, BMFSFJ		2020: 250.000 €
Mit Wirkung ab 1. Januar 2017 Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Inanspruchnahme einer psychosozialen Prozessbegleitung in § 406g StPO durch das 3. Opferrechtsreformgesetz vom 21. Dezember 2015.	Opferrechtsreformgesetz	Mit dem 3. Opferrechtsreformgesetz vom 21. Dezember 2015 wurde zum 1. Januar 2017 ein Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung gesetzlich verankert. Psychosoziale Prozessbegleitung umfasst qualifizierte Betreuung, Informationsvermittlung und Unterstützung im Strafverfahren. Kinder und Jugendliche Opfer schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten haben Anspruch auf kostenlose Begleitung; Erwachsene Opfer solcher Verbrechen oder Angehörige eines durch eine rechtswidrige Tat Getöteten bei Erforderlichkeit nach Ansicht des Gerichts im Einzelfall.	Deutschland	2017	BMJV		
Fortbildungen der DRA und des Europäischen Justiziellen Trainingsnetzwerks sowie Fortbildungen der Länder	Fortbildungsveranstaltungen	Die DRA, die Länder und EJTN bieten jährlich für Richter*innen und Staatsanwält*innen mehrere Fortbildungsveranstaltungen an, in denen das Thema sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt behandelt wird. Dazu gehören z. B. Tagungen zu den Themen „Gewaltopfer und Strafverfahren“, „Glaubhaftigkeitsbeurteilungen bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch“.	Deutschland	Fortlaufend	BMJV		
Fortbildungen der DRA und des Europäischen Justiziellen Trainingsnetzwerks sowie Fortbildungen der Länder	Fortbildungsveranstaltungen	Die DRA, die Länder und EJTN bieten jährlich mehrere Fortbildungsveranstaltungen an, die Richter*innen und Staatsanwält*innen für genderspezifische Aspekte sowie Traumafolgereaktionen sensibilisieren, etwa zu den Themen „Strafverfolgung bei sexuellem Übergriff“ und zum „Opferschutz“.	Deutschland	Fortlaufend	BMJV		
Konferenz: „Förderung von Frauen in der Justiz“ Studienreise nach Deutschland: „Mechanismen zur Förderung von Frauen in der Justiz am Beispiel der deutschen Praxis“	Konferenz sowie Studienreise	Schaffung einer Austauschplattform für deutsche und ägyptische Expert*innen zur Diskussion der Förderung von Frauen in Ägypten; Bewusstmachung unterschiedlicher Maßnahmen zur Förderung von Frauen in juristischen Berufen (z. B. Quoten, Frauenbeauftragte, o.ä.). In Kooperation zw. der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. (IRZ) und dem ägyptischen Justizministerium; Beteiligung staatlicher sowie nichtstaatlicher Akteure aus Deutschland sowie hochrangiger ägyptischer Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen aus der Justiz; Erfahrungsaustausch und Vermittlung von Wissen.	Deutschland, Ägypten	2019	BMJV		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Regionales Völkerrecht und Zugang zu Justiz in Lateinamerika – DIRAJUS III, Mexiko, Costa Rica, Honduras, Kolumbien	Projekt	Das Vorhaben unterstützt internationale und nationale rechtliche Institutionen in Lateinamerika dabei, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte marginalisierter Bevölkerungsgruppen durchzusetzen.	Mexiko, Costa Rica, Honduras, Kolumbien	2017–2020	BMZ	GIZ	3 Mio. €
Gewalt und Migration in Zentralamerika: Prävention und Schutz für Betroffene, Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras	Projekt	In Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras stärkt das Projekt Strukturen, insbesondere Nicht-Regierungsorganisationen und soziale Bewegungen, die im Bereich Gewaltprävention arbeiten, Betroffene unterstützen und gegen Straflosigkeit angehen. Ein besonderer Fokus liegt auf der Fortbildung und Rechtsberatung von in Armut lebenden Frauen sowie jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Durch Radiosendungen und Informationsveranstaltungen werden sie über ihre Rechte aufgeklärt.	Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras	2018–2022	BMZ	Christliche Initiative Romero e.V.	955.697 €
Vergangenheitsbewältigung als Grundlage für den Neuaufbau im Irak	Projekt (Landesprogramm)	Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Aufarbeitung von Gewaltverbrechen und Krieg im Nordirak durch rechtliche Information und Unterstützung für Überlebende und der qualitativen Weiterentwicklung der psychosozialen Unterstützung für Traumatisierte.	Irak	2018–2021	BMZ	ZFD (GIZ)	5,4 Mio. €
Stärkung der Menschenrechte und Förderung gewaltfreier sozialer Beziehungen als Beitrag zur Friedensentwicklung, Guatemala	Projekt (Landesprogramm)	Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteure setzen sich gemeinsam aktiv für die Umsetzung der Rechte von Frauen und indigenen Gruppen auf lokaler Ebene in Guatemala ein. Frauen, die während des Bürgerkrieges schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren, werden psychosozial begleitet. Dies umfasst u. a. die Aufarbeitung der traumatischen Erfahrungen, Vernetzung der Betroffenen, Unterstützung bei Prozessen zur Wiedergutmachung, Arbeit mit den nachfolgenden Generationen.	Guatemala	2017–2020	BMZ	ZFD (GIZ)	4,5 Mio. €
Rechtshilfe und Gemeinwesenunterstützung für von Gewalt betroffene Frauen in der Region Eastern Cape Port Elisabeth, Südafrika	Projekt		Südafrika	2018–2022	BMZ	KZE	420.000 €
Verbesserung des Zugangs von Frauen und Mädchen zu GBV und MHPSS, Beratungs- und Behandlungsangebote in Rakhine, Myanmar	Projekt	Das Vorhaben fördert rechtliche, prozessbegleitende und psychosoziale Beratungs- und Behandlungsmaßnahmen für Überlebende sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt in Myanmar. Der Zugang zur Justiz ist eine kritische Lücke bei den Reaktionsdiensten für Überlebende. Potential von Frauen, Mädchen und junge Menschen soll durch verbesserte Gleichstellung der Geschlechter und die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt gestärkt werden.	Myanmar	2019–2021	BMZ	UNFPA	5 Mio. €
Unterstützung der Rechtshilfearbeit der Zentren des Human Rights Law Network in acht Bundesstaaten Nordostindiens	Projekt		Indien	2018–2021	BMZ	KZE	248.000 €
Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Justiz, Afrika	Projekt	Das Projekt stärkt Rechtsstaatlichkeit und Justiz in verschiedenen afrikanischen Staaten. Zu den Maßnahmen gehören beispielsweise die Durchführung von Workshops zur Förderung afrikanischer Juristinnen und die Unterstützung der African Women Lawyers Association.	International	2017–2020	BMZ	GIZ	11,9 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Förderung der Rechtsstaatlichkeit, Afghanistan	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab, den Zugang zu Recht für Frauen in Afghanistan zu verbessern. U. a. sollen mehr Frauen in juristische Berufe geführt werden, um dadurch eine gendersensiblere Strafverfolgung zu fördern, Frauen aktiv den Zugang zur Justiz als zukünftige Akteurinnen zu ermöglichen und sie als „(legal) agents of change“ zu stärken. Frauen werden deshalb beispielsweise im praktischen Teil des Jurastudiums durch Praktika, Moot Courts und Trainings unterstützt.	Afghanistan	2017–2021	BMZ	GIZ	aktuell 24,5 Mio. € – geplante Aufstockung auf 29 Mio € (sowie sechsmo-natige Ver-längerung)
Einbringung von Frauenrechten im Gesetzesverfahren zur Strafrechtsreform	Projekt	Ziel des Projekts ist die Berücksichtigung genderspezifischer Aspekte bei der Reform des chilenischen Strafrechtskodex.	Chile	2019	AA	Corporación Humanas	19.447 €
Promotion of Women Access to Laws and Justice in Sangthong district (PWLJ), Laos	Projekt	Das Projekt zielt darauf ab, die Rechte und Rolle der Frauen im Justizwesen zu stärken und lokale Mediationsausschüsse in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit, Kinder- und Frauenrechte sowie Menschenhandel zu sensibilisieren. Durch Einbeziehung der lokalen Autoritäten und Förderung der Anwendung von nationalem Recht soll auch die lokale Gerichtsbarkeit langfristig gestärkt werden.	Laos	2020	AA	Association for Development of Women and Legal Education (ADWLE)	45.917 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

- i die gendersensible Gestaltung weiterer Maßnahmen zur Aufarbeitung von Konflikten zu fördern und auf die soziale Anerkennung des Unrechts hinzuwirken, insbesondere auch im Rahmen der Übergangsgerechtigkeit.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Weiterbildungsangebot des deutsch-kolumbianischen Friedensinstitutes CAPAZ (Diplomado) „Justicia Transicional y Género en el Contexto Colombiano“	Trainingsmaßnahmen	Weiterbildung zur Gender-Sensibilisierung im Kontext der Transitional Justice Maßnahmen in Kolumbien: Weiterbildung für Funktionäre staatlicher Institutionen, NGOs, sozialer Bewegungen und Opferorganisationen aus dem Departamento Nariño	International	2018	AA		
Tagung des deutsch-kolumbianischen Friedensinstitutes CAPAZ: „Represión política, desaparición forzada y estrategias de resiliencia en contextos de desigualdad“	Konferenz	Tagung zum Austausch von Wissenschaft und Praxis zum Thema gewaltsames Verschwindenlassen mit einem Panel zum Thema „Desaparición forzada desde una perspectiva de interseccionalidad y desigualdad de género“. Wissenschaft-Praxis-Austausch auf lateinamerikanischer Ebene mit Teilnahme von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Lateinamerika	International	2020	AA		
Panel des deutsch-kolumbianischen Friedensinstitutes CAPAZ auf der Tagung Justicia transicional y desigualdades de género	Konferenz	Panel auf der Tagung „Construcción de paz en un país desigual: desafíos para Colombia a tres años del Acuerdo Final“ an der Universidad del Norte in Barranquilla. Wissenschaft-Praxis-Austausch	International	2019	AA		
Enforcing Guardianship „Farad Wisay“	Projekt	Workshops und mediale Aufklärungskampagne zur Reduzierung von weibl. Genitalverstümmelung und Kinderehen in Ägypten	Ägypten	2019	AA	Radio Banat Offline	12.060 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
„Strengthening capacities for victims’ participation in transitional justice and territorial peacebuilding in Colombia“	Projektförderung im Förderprogramm zivik (ifa)	In Kolumbien werden Trainingsmodule zur Übergangsgerechtigkeit entwickelt und durchgeführt, um betroffenen von Gewalt (inkl. Frauen und indigene Gruppen) zu unterstützen und ihnen einen besseren Zugang zur Gerichtsbarkeit zu ermöglichen. Vorfälle geschlechtsspezifischer Gewalt werden dokumentiert.	Kolumbien	2020	AA	Peace Movement – Pax Netherlands Foundation	173.068 €
Prüfung von Unterstützungsmöglichkeiten durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Friedensprozess in Nepal	Projekt	Studie im Rahmen des Studien- und Fachkräftefond der GIZ zum Prozess der Übergangsgerechtigkeit in Nepal und den Bedürfnissen lokaler Opfergruppen, dabei auch besonderer Augenmerk auf die Situation von Frauen	Nepal	2019	BMZ		–
Mitarbeit an der Änderung des Gesetzes zur Übergangsgerechtigkeit in Nepal	Projekt	Studienreise des International Center for Transitional Justice zur Vorbereitung landesweiter Konsultationen zur Änderung des Gesetzes zur Übergangsgerechtigkeit mit klarem Bezug zur Berücksichtigung der Opferstellung von Frauen	Nepal	2020	AA		–
Überblick über Gesetze und Maßnahmen für den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt und Durchsetzung dieser Gesetze.	Studienreise	Studienreise einer Anwaltsdelegation aus Belarus nach Berlin und Cottbus (teilweise finanziert aus dem MOST Förderprogramm, einem EU-Projekt zur Erweiterung der Kontakte und Erfahrungsaustausch zwischen der EU und Belarus); durchgeführt von der IRZ: Überblick über praktische Erfahrungen zu Regelungen in Deutschland zum Schutz von Frauen gegen häusliche Gewalt sowie über Rechte, Schutz und Hilfsmaßnahmen von Frauen; Rolle der Anwälte bei Vertretung von Opfern und Tätern bei Fällen häuslicher Gewalt; Erfolgsfaktoren beim Schutz von Frauenrechten (Schulungen, pädagogische Angebote etc.) und Förderung der öffentlichen Wahrnehmung des Problems.	International	2017	BMJV		3.515 €
Förderung von Versöhnungsprozessen, Geschlechtergerechtigkeit und Toleranz, Fortführung landesweit, Südafrika	Projekt		Südafrika	2018–2020	BMZ	EZE	450.000 €
Aufarbeitung von Gewalt gegen Frauen als Beitrag der Friedensentwicklung im Departement Meta, Municipien Villavicencio, Granada und Vistahermosa, Kolumbien	Projekt		Kolumbien	2019–2023	BMZ	KZE	294.000 €
Friedensfonds „Vivir La Paz“, Kolumbien	Projekt	Das Vorhaben unterstützt die Aufarbeitung des Gewaltkonflikts in Kolumbien durch Beratung, örtliche Zuschüsse, Trainings und Workshops für die Zivilgesellschaft in Gemeinden, die besonders vom Konflikt betroffen sind. 425 Frauen sind im Rahmen des Vorhabens begleitet worden, um durch psychologischer Betreuung ihre Gewalterfahrungen in kreativer Form zu kommunizieren. Neben der Dokumentation von 500 neuen Fällen von Verschwundenen sind hunderte Familienangehörige in der Rekonstruktion ihrer Fälle geschult und dabei psychisch gestärkt worden.	Kolumbien	2017–2019	BMZ	GIZ	3 Mio. €
Unterstützung der Friedensentwicklung in Kolumbien – ProPaz	Projekt	Das Vorhaben arbeitet intensiv mit der kolumbianischen Sondergerichtsbarkeit zur juristischen Bearbeitung von Fällen sexualisierter oder geschlechtsspezifischer Gewalt zusammen. Dabei werden auch zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt, die sich die der kollektiven und individuellen Aufarbeitung dieser Gewalt widmen.	Kolumbien	2017–2021	BMZ	GIZ	11,6 Mio. €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Systematische Stärkung und Vernetzung lokaler und nationaler Friedenspotenziale in der Post-Kriegsphase, Nepal	Projekt (Landesprogramm)	In Nepal leistet das Vorhaben einen wichtigen Beitrag zur Vergangenheitsarbeit, indem Überlebende von sexualisierter Gewalt während des Bürgerkriegs dabei unterstützt werden, ihre Fälle zu dokumentieren und ihre Geschichten zu erzählen. Dies geschieht durch sogenannte „Story Workshops“ und durch die Anwendung sensibler, narrativer Methoden, so dass der Prozess selbst bereits Heilungsprozesse anstoßen kann.	Nepal	2018–2021	BMZ	ZDF (GIZ)	4,3 Mio. €
Stärkung syrischer Frauen im Libanon zu CEDAW und 1325	Projekt	Ziel des Projekts ist es, die Fähigkeiten syrischer Frauenrechtsorganisationen und Menschenrechtsaktivistinnen bei der Überwachung der Umsetzung der CEDAW-Konvention zu stärken und sie für genderspezifische Übergangsjustizmechanismen zu sensibilisieren, um den Zugang von syrischen Frauen zu Gerechtigkeit während und nach dem Konflikt einzuleiten und zu verstärken. Sie sollen dadurch auch befähigt werden, eine Genderperspektive in der Gestaltung der Friedenspolitik für Syrien einzubringen.	Libanon, Syrien	2017	AA	AMICA e.V.	45.350 €

V. Die Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stärken und auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für sie werben.

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

a sich in internationalen Gremien und Organisationen für die Ziele und Stärkung der Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“ einzusetzen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Internationaler Workshop zu Frauen, Frieden und Sicherheit	Workshop		International	2018	AA		
Internationaler Workshop zu Frauen, Frieden und Sicherheit	Workshop	Internationaler Workshop zur Vorbereitung der Resolutionsinitiative für die Res. 2467: „Workshop on Women, Peace and Security: Strengthening the Agenda Against Conflict-Related Sexual Violence“	International	2019	AA		
Vorsitz der Informellen Expertengruppe des VN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit	Politische Unterstützung		multilaterale Institutionen	2019–2020	AA		
Mainstreaming der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in die Befassungen des VN-Sicherheitsrats	Politische Unterstützung	Verankerung der Sprache der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in Befassungen des VN-Sicherheitsrates, z. B. in Krisenbefassungen und Mandatsverlängerungen.	multilaterale Institutionen	2019–2020	AA		
Informelles Treffen des VN-Sicherheitsrates (Arria)	Veranstaltung	Unter Vorsitz von BM Maas zur Situation von Frauen in der MENA-Region (24.01.2019, gemeinsam mit GBR und PER).	multilaterale Institutionen	2019	AA		
Informelles Treffen des VN-Sicherheitsrates (Arria)	Veranstaltung	Unter Vorsitz von BMin Barley zum Thema Strafverfolgung gegen konfliktbezogene sexuelle Gewalt mit dem Ziel der Stärkung eines holistischen Verständnisses von „accountability“ (08.02.2019).	multilaterale Institutionen	2019	AA, BMJV		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Informelles Treffen des VN-Sicherheitsrates (Arria)	Veranstaltung	Sitzung unter Vorsitz von PStS'in Caren Marks zu „Frauen, Frieden, Sicherheit im Sahel“ (13.03.2019)	multilaterale Institutionen	2019	AA, BMFSFJ		
Side Event mit Friedensaktivistinnen	Veranstaltung	Side Event zur offenen Debatte des VN-Sicherheitsrates zu sexualisierter Gewalt in Konflikten mit Friedensaktivistinnen und den ständigen Vertreter*innen der gegenwärtigen und zukünftigen VN-Mitgliedsstaaten	multilaterale Institutionen	2020	AA	ICAN	
Leitung der jährlichen offenen Debatte des VN-Sicherheitsrates zu konfliktbezogener sexueller Gewalt	Veranstaltung	90 Sprecher und Sprecherinnen, darunter VN-Generalsekretär Antonio Guterres, Friedensaktivistin Inas Miloud aus Libyen; Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad und Denis Mukwege; Amal Clooney. Annahme von Resolution 2467 zu sexueller Gewalt in Konflikten.	multilaterale Institutionen	2019	AA		
Pledging-Veranstaltung zur beschleunigten Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit 18 Monate vor dem 20-jährigen Jubiläum von VNSR-	Veranstaltung	Hochrangige Veranstaltung auf Einladung DEU, GBR und UN Women zur Vorbereitung des 20-jährigen Jubiläums von SRR 1325 unter Teilnahme von BM Maas (23.04.2019)	International	2019	AA	GBR, UN Women	
Pledging-Veranstaltung zur beschleunigten Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit 18 Monate vor dem 20-jährigen Jubiläum von VNSR-	Veranstaltung	Nachfolgeveranstaltung zur Pledging-Veranstaltung von April 2019, in dem alle Teilnehmer über die Umsetzung der von ihnen gewählten Selbstverpflichtungen zur beschleunigten Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit berichteten (19.01.2020)	International	2020	AA	GBR, UN Women	
Leitung der jährlichen offenen Debatte des VN-Sicherheitsrates zu konfliktbezogener sexueller Gewalt	Veranstaltung		multilaterale Institutionen	2020	AA		
Leitung einer Offenen Debatte zum Thema „Frauen in der Friedenssicherung“ am 11. April 2019 durch Verteidigungsministerin von der Leyen	Veranstaltung	Offene Debatte unter Beteiligung von UNSG Guterres sowie hochrangigen Brieferinnen, mehr als 60 wortnehmende Staaten zum Thema „Women in Peacekeeping“	multilaterale Institutionen	2019	BMVg		
Münchener Sicherheitskonferenz	Veranstaltung	Veranstaltung zur Rolle von Frauen und Extremismus während der Münchener Sicherheitskonferenz (14.02.2020)	International	2020	AA	Britisches Außenministerium, International Civil Society Action Network (ICAN), International Crisis Group (ICG)	
Mitarbeit an der EU Task Force für Frauen, Frieden und Sicherheit	Arbeit in multilateralem Forum	Teilnahme an vierteljährlichen Treffen zur Verankerung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU; u. a. Ausarbeitung des „strategischen Ansatzes der EU zu WPS“ (2018) und des EU-Aktionsplans zu Frauen, Frieden und Sicherheit (2019)	multilaterale Institutionen	2017–2020	AA		
Promoting Gender Affairs and Justice through UN Volunteer Assignments	Finanzierung internationale Personalpolitik im Genderbereich	Durch den freiwilligen Beitrag sollen gezielt Kapazitäten zur Umsetzung der VN Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit und im Bereich der Übergangsjustiz sichergestellt werden.	multilaterale Institutionen	2017–2020	AA		363.103 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Beitragsleistung für den Trust Fund in Support of Political and Peacebuilding Affairs (UNDPPA) in Yemen Zweckbindung: Consultative Meetings on Interim Arrangements)	Arbeit in multilateralem Forum	Anstellung eines Gender Officers im Büro des Sondergesandten des UN-Generalsekretärs für Jemen. Diese Stelle soll OSEGY dabei unterstützen, sein Mandat in Bezug zu Frauen, Frieden und Sicherheit im Süden des Landes zu erfüllen.	multilaterale Institutionen	2019	AA		495.311 \$
(1) Überprüfung des Zivilgesellschaftsgremium der NATO; (2) NATO-Richtlinie zur Prävention und Reaktion auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch (SEA).	Arbeit in multilateralem Forum	(1) Zusammensetzung des Gremiums überarbeitet und neuer Arbeitsplan für 2020 vereinbart. (2) Die SEA -Policy zielt darauf ab, einen kohärenten und integrierten Ansatz zur Verhinderung und Reaktion auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch einzuführen.	multilaterale Institutionen	2020	BMVg		
Konferenz "Gender Perspectives and Confidence Building for Inclusive Peace" (Tunis)	Veranstaltung	Das BMZ unterstützt UN Women bei einem Projekt zur Förderung der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen im Nahen Osten. Auf der Konferenz „Gender Perspectives and Confidence Building for Inclusive Peace“ in Tunis tauschten sich Expert*innen und Wissenschaftler*innen über Ansätze und Strategien zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen aus.	International	2019	BMZ		
EU Gender Expert Meetings	Arbeit in multilateralem Forum	Das BMZ engagierte sich aktiv in den EU Gender Expert Group Meetings, u. a. bei der Evaluierung des EU Engagements zur Gleichberechtigung der Geschlechter in den Außenbeziehungen und dem Gender Aktionsplan II (2016–2020); sowie bei der Erstellung des EU Gender Action Plan (GAP) III (2021–2025) bei dem u. a. die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit als eigener Schwerpunkt im Aktionsplan verankert wurde.	multilaterale Institutionen	2017–2020	BMZ		
Civil Society Forum „Strengthening the Peacebuilding Role and Protection of Women and Girls in Conflicts in Africa“ I	Veranstaltung	Auftakt einer virtuellen Veranstaltungsreihe: Konferenz mit 30 Expert*innen aus Projekten, die auf dem afrikanischen Kontinent mit Unterstützung des Förderprogramms zivik durchgeführt werden: Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure, Erfahrungsaustausch und Strategien zur Arbeit unter den Bedingungen der Covid19-Pandemie.	International	2020	AA	ifa – Förderprogramm zivik	
Civil Society Forum „Strengthening the Peacebuilding Role and Protection of Women and Girls in Conflicts in Africa“ II	Veranstaltung	Virtuelle Konferenz mit Expert*innen aus Projekten, die auf dem afrikanischen Kontinent mit Unterstützung des Förderprogramms zivik durchgeführt werden, zu Schwerpunkten ihrer Tätigkeit im Rahmen der Frauen, Frieden, Sicherheit-Agenda.	International	2020	AA	ifa – Förderprogramm zivik	
Expertentreffen zu Frauen, Frieden, Sicherheit	Projekt	Mit dem Projekt sollen die Erfahrungen und Vorstellungen der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der SR-Resolution in die Arbeit und Politik des VN-SR einfließen, um zu einer bestmöglichen Umsetzung der Resolution beizutragen. Ferner soll das Bewusstsein für die Bedeutung dieser Resolution und das Thema „Frauen, Frieden, Sicherheit“ auf allen Ebenen weiter gestärkt werden.	International	2018–2019	AA	IPI – International Peace Institute	20.729 €
Focal Point Netzwerktreffen 1325	Konferenz	Ausrichtung einer internationalen Konferenz im Rahmen des deutschen Vorsitzes des WPS Focal Points Network in Berlin (10.–11.04.2018)	International	2017–2018	AA		66.454 €
Focal Point Netzwerktreffen 1325	Konferenz	Teilnahme an Focal Points Network Meeting in Windhoek, Namibia (10.–11.04.2019)	International	2019	AA		
Internationaler Workshop zu CAAC und WPS	Workshop	Workshop auf internationaler Ebene zu den Themen Kindern in bewaffneten Konflikten und Frauen, Frieden und Sicherheit.	International	2017	AA		46.831 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Forschung über den operativen Nutzen von Gender Berater*innen in der NATO	Forschungsförderung	Erlangung von Kenntnissen über die Effektivität, Lücken und Herausforderungen beim Einsatz von NATO Gender Berater*innen und das Verhältnis zwischen Resolution 1325 und operativer Effektivität in der NATO	multilaterale Institutionen	2019–2020	AA	Büro der Sonderbeauftragten des NATO Generalsekretärs für Frauen, Frieden und Sicherheit	70.000 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

b bilateral, einschließlich über die deutschen Auslandsvertretungen in den Gastländern, für die Ziele der Resolution 1325 einzutreten.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Initiative von Mitarbeiterinnen des israelischen Außenministeriums	Kooperation mit dem Gastland	Beteiligung an einer Initiative, die – ähnlich dem deutschen „Girls Day“ – einen Tag für junge Frauen aus schwierigen Verhältnissen organisierten und die weite Palette der Beschäftigung an einer Botschaft aufzeigte	Israel	2020	AA		
Deutsch-Französischer Menschenrechtspreis	Preisverleihung in Nepal	Deutsch-französischer Menschenrechtspreis an Rechtsanwältin Mandira Sharma, die sich sehr für insbesondere weibliche Opfer des Konflikts einsetzt	Nepal	2017	AA		
Durchführung einer deutsch-israelisch-palästinensischen Frauenkonferenz in Berlin	Projekt	Canaan-Conference II – dt.-isr.-paläst. Frauenkonferenz in Berlin, Expliziten frauenpolitischen Forderungen im Sinne der VN-Resolution 1325 in Bezug auf den Nahost-Friedensprozess Raum und Stimme geben und ein gemeinsames Statement zivilgesellschaftlich organisierter Frauen aus Israel und Palästina zu Kernfragen des Nahostkonflikts erreichen. Handlungsmöglichkeiten von Friedensaktivistinnen durch die Einladung in einen geschützten Raum erhöhen.	Deutschland, Israel, Palästinensische Autonomiegebiete	2018	AA	Förderverein Friedensfestival Canaan e.V.	37.402 €
Women Wage Peace International Congress "Removing Barriers to Middle East Peace", Tel Aviv University	Veranstaltung für junge Menschen zur Bedeutung des Friedensprozesses in Israel	u. a. Teilnahme und Rede durch Staatsministerin Müntefering	Israel	2018	AA		
1325 Innovation Center: Creating New Tools to Advance Inclusion of Women in Peace and Security Fields	Projekt	Im Rahmen des Projekts soll ein sogenannter 1325-Index, d.h. quantitative und qualitative Indikatoren für die Messbarkeit der Gleichstellung von Frauen und Männern in Regierungsorganen, Ausschüssen und öffentlichen Stellen und ein 1325-Bildungskoffer mit Materialien für Aktivist*innen und Pädagog*innen entwickelt werden. 2019 soll das ganze Jahr lang eine begleitende Medienkampagne zu 1325 vorbereitet und durchgeführt werden.	Israel	2019	AA	Itach Maaki Women Lawyers Social Justice	50.826 €
Twenty years of UNSCR 1325: Fortifying women's role in peace and security – implementing innovative tools for women's participation	Projekt	Implementierung des in 2019 entwickelten Tools und große Veranstaltung zum 20. Jahrestag der Verabschiedung der Resolution	Israel	2020	AA	Itach Maaki Women Lawyers Social Justice	67.546 €
Unterstützung des ESCWA Center for Women bei Evaluierungs- und Outreachmaßnahmen zur SCR1325@20 Review, Nordafrika und Naher Osten	Projekt	Das Projekt verbreitet die Erfahrungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Nationalen Aktionsplänen zur VN Res. 1325 in der MENA Region und unterstützt die Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) bei der Entwicklung und Fortschreibung von Nationalen Aktionsplänen durch regionale Workshops und Expert*innengespräche.	Israel	2019–2021	BMZ	GIZ/UN ESCWA Center for Women	120.000 €

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Werben im bilateralen Dialog für die Umsetzung der Resolution 1325.	Anderes	Das BMZ veröffentlichte im November 2017 den 5-Punkte-Papier "Keine Gewalt gegen Frauen" und legt darin fest, dass die besondere Situation von Frauen und Mädchen in allen Verhandlungen mit Partnerländern thematisiert werden soll.	Weltweit	seit 2017	BMZ		
Teilnahme irakische Zivilgesellschaft am WPS-side event anl. 73. GV	Anderes	Mit der Veranstaltung soll die Diskussion um das Thema „Frauen, Frieden, Sicherheit“ weiter gefördert werden. Das Thema soll noch stärker in den Vordergrund gebracht werden, und es sollen sich neue Impulse für die Weiterentwicklung ergeben.	Irak	2018	AA		2.538 €
Alternative forms of deprivation of liberty for women in Argentina	Projekt	Beförderung eines öffentlichen Bewusstseins über Frauen in Haftanstalten und über die Möglichkeit, alternativen Strafvollzug zu stärken, Beratung von Entscheidungsträgern zur Thematik.	Argentinien	2020	AA	Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS)	16.685 €
Schreibwettbewerb anlässlich Jubiläum Resolution 1325 – Etre femmes RDC	Schreibwettbewerb	Die AV Kinshasa rief anlässlich des anstehenden Jubiläums der Resolution 1325 zu einem Schreibwettbewerb auf. Das vorgegebene Thema war allgemein das „Frausein“ in COD, zu dem Kongolesinnen Kurzgeschichten, Gedichte oder andere Schriftwerke einreichen konnten. Dadurch sollte zum einen ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Frauen von sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, inklusiver bewaffneter Konflikte, in besonderem Maße betroffen sein können. Zugleich sollte Frauen die Möglichkeit gegeben werden selbst über ihre Erlebnisse berichten zu können und ihre Schwerpunkte aufzuzeigen. Die Gewinnerin bekam einen Preis in Form von (feministischen) Büchern.	DR Kongo	2020	AA		200 €
Joint efforts for justice, peace and life with dignity – a need and requirement of nowadays	Projekt	Verbesserung der Kapazitäten, Fähigkeiten und Stärken von Menschenrechtsverteidigern, von relevanten Fachleuten aus staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft, Verhinderung von Folter und geschlechtsspezifischer Gewalt, bessere Unterstützung der Opfer, ihre effiziente Beteiligung an Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Gerechtigkeit, Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates in Moldawien.	Moldawien	2020	AA	Rehabilitation Centre for Torture Victims (RCTV „Memoria“)	54.814 €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

c die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ambitioniert voranzutreiben.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Einbringen der Inhalte der Resolution 1325 bei der Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, insbesondere der SDGs 5 (Gleichstellung der Geschlechter) und 16 (Frieden und Gerechtigkeit).	Anderes	In der Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform sowie der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung setzt sich das BMZ konsequent für die Stärkung der Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechte ein, beispielsweise im Rahmen der Frauenrechtskommission (FRK) und des Hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung (HLPF). Dabei werden die Inhalte der Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit und die in diesem Kontext relevante Sprache eingebracht und gestärkt sowie als Themen in Veranstaltungen platziert.	multilaterale Institutionen	2017–2020	BMZ		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Konferenz „Towards a gender equal world – EU contribution to Beijing +25“	Veranstaltung	Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) organisierte im Kontext der deutschen EU-Ratspräsidentschaft- gemeinsam mit der EU Kommission und dem Europäischem Auswärtigen Dienst- eine hochrangigen Konferenz mit dem Titel „Towards a gender equal world - EU contribution to Beijing +25“. Anlass war die Veröffentlichung des „EU Gender Action Plan (GAP) III – An Ambitious Agenda for Gender Equality and Women’s Empowerment in EU External Action“. Ein Panel des Events widmete sich der Bedeutung der WPS-Agenda.	multilaterale Institutionen	2020	BMZ		
Regionalkonferenz „Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika“	Veranstaltung	Als wichtiger Beitrag zur Umsetzung von SDG 5 wurde die Regionalkonferenz „Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika“ durch das GIZ-Projekt „Partnerschaften zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika“ (PfP) in Zusammenarbeit u. a. mit DFID und der Gender Unit des SADC-Sekretariats ausgerichtet. Es wurden wirkungsvolle und innovative Ansätze zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in der Region verbreitet.	International	2019	BMZ		
Sektorprogramm Förderung von Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechten, Global	Projekt	Das Sektorprogramm (SP) berät das BMZ zur Umsetzung internationaler Verpflichtungen zu Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenrechten, wobei ein Schwerpunkt auf der Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit liegt. Zudem kooperiert das SP mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in Partnerländern konkrete Beiträge im Bereich Frauen, Frieden, Sicherheit, Flucht und Migration und Beendigung von Gewalt gegen Frauen leisten.	Weltweit	2018–2021	BMZ	GIZ	9,8 Mio. €

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel,

d den deutschen Beitrag zur Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“ auch in Deutschland sichtbar zu machen.

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Bürgerwerkstatt Außenpolitik „Gemeinsam globale Herausforderungen anpacken – Deutschlands Außenpolitik mitgestalten“	Veranstaltung	„Frauen, Frieden und Sicherheit“ als Tischthema bei der Bürger*innenwerkstatt 2019, wo 100 Bürger*innen zu den großen außenpolitischen Zielen der SR-Mitgliedschaft Deutschlands diskutierten und Ideen entwarfen	Deutschland	2019–2020	AA		
Förderung des Deutschen Komitee von UN Women e.V. mit dem Projekt „Vernetzung der nationalen Politik zu Gleichstellung und Chancengleichheit der Geschlechter mit der internationalen Arbeit zu Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung“.	Projekt	Projekt ermöglicht eine stärkere Einbringung der deutschen Gleichstellungspolitik in internationale Bezüge und vice versa. Seit Projektbeginn hat das DK über zahlreiche Veranstaltungen internationale gleichstellungspol. Anliegen öffentlichkeitswirksam bearbeitet und ist dazu auch für die deutsche ZG zum festen Ansprechpartner geworden. Ziel: gemeinsam agieren u. national sowie international Leitlinien deutscher Gleichstellungspolitik erfolgreich einbringen u. die verschiedenen Politikfelder aktiv mitgestalten.	multilaterale Institutionen	2017–2020	BMFSFJ		875.000 €
Veranstaltung zu sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt	Veranstaltung	Veranstaltung zu sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt mit Britischer Botschaft und CFFP: „Ending sexual violence in conflict: Connecting the realities of survivors and the international community’s efforts to ensure accountability“ (06.02.2019)	Deutschland	2019	AA	Britische Botschaft Centre for Feminist Foreign Policy	

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Qualitative Beteiligung der Zivilgesellschaft, die sich für die Verwirklichung der Agenda „Frauen, Frieden, Sicherheit“ engagiert.	Ressort eigene Veranstaltung des BMVg als Mitglied der IMAG 1325.	Einbindung der Resorts und der Zivilgesellschaft im Rahmen der ressorteigenen Aktivitäten zur Umsetzung des aktuellen NAP.	Deutschland	2017	BMVg		
#strongerUNited – Deutschland im VN-Sicherheitsrat	Ausstellung	Eröffnung der Ausstellung „#strongerUNited – Deutschland im VN-Sicherheitsrat“ mit zwei Plakaten zu Frauen, Frieden, Sicherheit im Lichthof des Auswärtigen Amtes (03.04.2019)	Deutschland	2019	AA		
Virtuelle Ausstellung NoWomenNoPeace.de	Ausstellung	Virtuelle Ausstellung, die anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums von Resolution 1325 die Umsetzung in Krisenregionen durch Auslandsvertretungen und Partnerorganisationen in den Mittelpunkt rückte; verfügbar auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Französisch	Weltweit	2020	AA		81.450 €
Fachlich-operativer Austausch: Die Rolle von Frauen im syrischen Friedensprozess	Workshop	Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Bundesregierung, um gemeinsam Inhalte und Empfehlungen zu erarbeiten, die der Umsetzung des Aktionsplans dienen. Vorbereitung thematischer Schwerpunkte und Vertiefungen der Arbeit der Bundesregierung im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit. (10.04.2017)	International	2017	AA		
Fachlich-operativer Austausch: Die Rolle von Frauen in Mediationsprozessen	Workshop	Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Bundesregierung, um gemeinsam Inhalte und Empfehlungen zu erarbeiten, die der Umsetzung des Aktionsplans dienen. Vorbereitung thematischer Schwerpunkte und Vertiefungen der Arbeit der Bundesregierung im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit. (03.11.2017)	Deutschland	2017	AA		
Fachlich-operativer Austausch: Gendersensible Konfliktanalyse	Workshop	Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Bundesregierung, um gemeinsam Inhalte und Empfehlungen zu erarbeiten, die der Umsetzung des Aktionsplans dienen. Vorbereitung thematischer Schwerpunkte und Vertiefungen der Arbeit der Bundesregierung im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit. (25.06.2018)	Deutschland	2018	AA		
Fachlich-operativer Austausch: „Transitional Justice: Gender-sensitive national reparation measures“	Workshop	Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Bundesregierung, um gemeinsam Inhalte und Empfehlungen zu erarbeiten, die der Umsetzung des Aktionsplans dienen. Vorbereitung thematischer Schwerpunkte und Vertiefungen der Arbeit der Bundesregierung im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit. (12.12.2018)	Deutschland	2018	AA		
Fachlich-operativer Austausch: „The Missing Ingredient: Women Peacebuilders as Critical Allies in Strengthening a Fragile Peace“	Workshop	Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Bundesregierung, um gemeinsam Inhalte und Empfehlungen zu erarbeiten, die der Umsetzung des Aktionsplans dienen. Vorbereitung thematischer Schwerpunkte und Vertiefungen der Arbeit der Bundesregierung im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit. (25.06.2019)	Deutschland	2019	AA		
Fachlich-operativer Austausch: „Inclusive development of effective, results-oriented National Action Plans“	Workshop	Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Bundesregierung, um gemeinsam Inhalte und Empfehlungen zu erarbeiten, die der Umsetzung des Aktionsplans dienen. Vorbereitung thematischer Schwerpunkte und Vertiefungen der Arbeit der Bundesregierung im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit. (27.11.2019)	Deutschland	2019	AA		
Konsultationsgruppentreffen	Veranstaltung	Strategischer Austausch zwischen Fachöffentlichkeit und Interministerieller Arbeitsgruppe der Bundesregierung zur Umsetzung des Aktionsplans Frauen, Frieden und Sicherheit. Die Treffen dienen als Teil des Monitoring der Umsetzung des Aktionsplan und finden halbjährlich statt.	Deutschland	2017–2020	AA		

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Hintergrundgespräch: Frauen, Frieden und Sicherheit in Krisensituationen: Chancen und Herausforderungen inklusiver Friedensförderung in Jemen	Veranstaltung	Interaktiver Austausch mit fünf Expert*innen der jemenitischen Zivilgesellschaft zu den Chancen und Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit. (24.09.2019)	International	2019	AA	CARE	
Veranstaltung „Frauen als Agents of Change im Flucht-/Vertreibungskontext“ (Berlin)	Veranstaltung	Die Veranstaltung „Frauen als Agents of Change im Flucht-/Vertreibungskontext“ wurde durch das BMZ, den World Refugee Council (WRC), CARE Deutschland e.V. und Hawar.help e.V. ausgerichtet. Neben geschlechtsspezifischen Herausforderungen weiblicher Geflüchteter wurde die aktive Rolle von Frauen in Fluchtkontexten hervorgehoben, u.a. durch Dr. Maria Flachsbarth, PStSin im BMZ, und Dr. Rita Süßmuth, Co-Vorsitzende des WRC. (26.06.2019)	Deutschland	2019	BMZ	BMZ/WRC/HAWAR.help	
Veranstaltung „Grenzgängerinnen: Geflüchtete Frauen zwischen Traumabewältigung und Empowerment“ (GIZ Berlin)	Veranstaltung	Die BMZ-beauftragte Veranstaltung „Grenzgängerinnen: Geflüchtete Frauen zwischen Traumabewältigung und Empowerment“ beleuchtete die Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit und Chancen und Herausforderungen ihrer Implementierung im Fluchtkontext. (25.11.2018)	Deutschland	2018	BMZ		
Veranstaltung „Women, Peace and Security: Preventing War and Sustaining Peace“	Veranstaltung	Die BMZ-beauftragte Veranstaltung „Women, Peace and Security: Preventing War and Sustaining Peace“ fördert das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedenssicherung. (07.03.2018)	Deutschland	2018	BMZ		
Veranstaltung „Wirtschaftliches Empowerment von geflüchteten Frauen: Potentiale nutzen – Gesellschaften verändern“ (GIZ Berlin), Deutschland	Veranstaltung	Die GIZ-Veranstaltung „Wirtschaftliches Empowerment von geflüchteten Frauen: Potentiale nutzen – Gesellschaften verändern“ stärkt das Engagement der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum wirtschaftlichen Empowerment von Frauen im Kontext von Flucht und Vertreibung und beleuchtete wirksame Ansätze und Rahmenbedingungen. (11.03.2019)	Deutschland	2019	BMZ	GIZ/IRC (BMZ-Beteiligung)	
Gründungsveranstaltung des Aktionsnetzwerks zur Unterstützung von Frauen in Fluchtkontexten, Deutschland/global	Veranstaltung	Das Aktionsnetzwerk zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen in Fluchtkontexten bringt Entscheidungsträger*innen (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft) und Aktivistinnen zusammen. Es stärkt Frauen als Akteurinnen in Fluchtsituationen sowie ihre Möglichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Teilhabe. Es verschafft ihnen Gehör und Sichtbarkeit. Ein Fonds ist an das Netzwerk angegliedert.	International	2020	BMZ		
Hintergrundgespräch „Frauen als Agents of Change im Flucht- und Vertreibungskontext“, Deutschland	Veranstaltung	Hintergrundgespräch mit MdB im Bundestag: Diskussion mit PStS'in Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Elke Löbel, Dr. Rita Süßmuth, Monika Hauser (medica mondiale) und Düzen Tekkal (HAWAR.help) (29.01.2020)	Deutschland	2020	BMZ		
Premiere Film „Jiyan – Die vergessenen Opfer des IS“, Deutschland	Veranstaltung	Die Dokumentation „Jiyan – Die vergessenen Opfer des IS“ der Filmemacherin Düzen Tekkal wurde am 28.01. im Kino International in Berlin erstmals gezeigt. Die Eröffnung erfolgte durch BM Dr. Gerd Müller. Im Anschluss diskutierten die Filmemacherin und die Protagonistin des Films mit der Bundesvorsitzenden der Grünen, Annalena Baerbock, und der Schauspielerin und Menschenrechtsaktivistin Katja Riemann. (28.01.2020)	Deutschland	2020	BMZ	BMZ/HAWAR.help	

Bezeichnung der Maßnahme	Art der Maßnahme	Beschreibung und Ziel	Land	Umsetzungszeitraum	zuständiges Ressort	Partner	Mittel für aktuelle Phase
Koordinierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu VN-SR-Res. 1325	Projekt	Die qualitative Beteiligung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft sowie Expert*innen bei der Umsetzung des Aktionsplans 2017–2020 ist für die Bundesregierung essentiell. Dazu soll der Informationsfluss zwischen Bundesregierung und Zivilgesellschaft im Bereich der Resolution 1325 intensiviert werden. Der Projektmitarbeiter*innen soll den Austausch zwischen Bundesregierung und Zivilgesellschaft koordinieren, bei der Durchführung von entsprechenden Aktivitäten unterstützen, Ergebnisse aufbereiten und das Thema 1325 insgesamt mitbearbeiten.	Deutschland	2017	AA	ZIF (Zentrum für intern. Friedenseinsätze)	66.096 €
Die Kulturmittler #2: Wege der weltweiten Friedensförderung	Podcast	Gespräch mit Nicola Popović und Peter Wittschorek über die Unterstützung der Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung durch zivilgesellschaftlicher Organisationen mit besonderem Schwerpunkt auf die Anliegen der Frauen, Frieden, Sicherheit-Agenda. Veröffentlichung: https://www.ifa.de/2-wege-der-weltweiten-friedensfoerderung/ .	Deutschland	2019	AA	ifa – Förderprogramm zivik	
Bericht „Geschlechtergleichheit in der deutschen Außenpolitik und im AA	Bericht	Bericht zu Maßnahmen und Plänen zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in der deutschen Außenpolitik und innerhalb des Auswärtigen Amtes	Deutschland	2020	AA		

